Donnerstag, 4. September 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 205 - 36. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Heute in der WELT

China: Mehr Markt als Mao

Seit dem Tod Maos vor zehn Jahren hat China seinen Charakter geändert: Mehr Markt als Marx. Die Todesstunde des Titanen war das Fanal für den Wandel. Er vollzog sich in dramatischen, offenen Machtkämpfen, auf denen der Schatten des Staatsgründers von 1949 lag. Wer war Mao Zedong? Mit dieser Frage beschäftigt sich Herbert Kremp. Seite 3

Wie die Kohlmeise den Habicht täuscht

Wissenschaftler von der Universität Bochum fanden jetzt heraus: Das aufgeregte Geschrei der Singvögel beim Auftauchen eines Raubvogels ist lebensrettend. Die gejagte Kohlmeise zum Beispiel warnt ihre Artgenossen in einem Frequenzbereich, den ein Habicht nur so undeutlich wahrnimmt, daß er seine Beute nicht sicher orten kann. Seite 5

POLITIK

Biedenkopf: Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, hat in einem Interview mit der WELT die Ab-



schaffung des Asylrechts als verfassungsrechtlich unmöglich bezeichnet, jedoch einen Gesetzesvorbehalt zur Debatte gestellt. Der Frage, ob er eine Änderung des Grundgesetzes für nötig halte, begegnete Biedenkopf mit dem Hinweis, daß er sich „noch keine abschließende Meinung gebildet" habe. (S. 8)

Sowjetunion: Die Spitze des Staatskomitees für die Sicherheit der Atomindustrie wurde neu besetzt. Neuer Chef: Wadim Malyschew (54), der zuvor als Direktor eines Kernkraftwerkes arbeitete. Sein Vorgänger war nach Tschernobyl entlassen worden.

Afghanistan: Die Gespräche der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten über Afghanistan in Moskau sind vorzeitig beendet worden. Wie es hieß, verlief das eintägige Treffen im Vorfeld der Außenministerbegegnung beider Supermächte in Washington nüchtern und sachlich. Die Gespräche sollten ursprünglich zwei Tage dauern.

Aussiedler: Im August registrierte das Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen 4401 deutsche Aussiedler. Das sind 666 mehr als noch im Juli dieses Jahres. Aus Polen kamen 4150 und aus der Sowjetunion 94 Aussiedler in die Bundesrepublik.

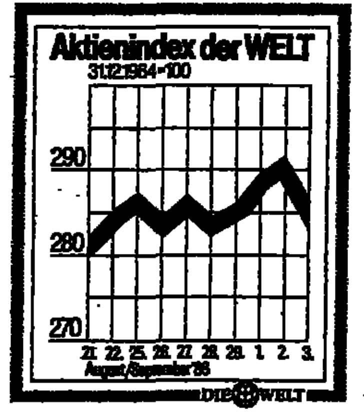
Grüne: Die Grünen im Bundestag wollen die „Macht der Großbanken" beschränken. Dies soll unter anderem durch den Abbau von Kapitalbeteiligungen erreicht werden. Gleichzeitig möchten die Grünen die gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Sparkassen auf dem Kreditmarkt stärken.

Bevölkerung: Die schnelle Bevölkerungszunahme in Schwarzafrika wirkt sich nach einem Bericht der Weltbank hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region aus. Daher könnte Schwarzafrika immer abhängiger von ausländischer Hilfe werden.

WIRTSCHAFT

Preisrückgang: Die Verbraucher können auch in den nächsten Monaten mit weiter nachgebenden Fleischpreisen rechnen. Das seit Monaten bestehende überdurchschnittlich große Angebot wird den Druck auf die Preise verstärken. Bei Rindfleisch etwa lag der Kilo-Preis für den Schmorbraten im August im Schnitt bei 15,59 gegenüber 16,01 und 16,36 DM in den beiden zurückliegenden Jahren. Schweinebauch war erstmals seit fünf Jahren mit 6,90 DM pro Kilogramm wieder billiger als sieben DM.

Börse: Am Aktienmarkt gingen die Notierungen auf breiter Front zurück. Auch der Rentenmarkt tendierte leichter. WELT-Aktienindex 286,82 (291,79). BHF-Rentenindex 107,781 (107,866). BHF-Performance-Index 107,392 (107,488). Dollar-Mittelkurs 2,0368 (2,0281) Mark. Goldpreis je Feinunze 405,00 (407,20) Dollar.



KULTUR

Biennale: Für einen Höhepunkt im Programm der ersten Hälfte der Film-Festspiele in Venedig sorgte der Schauspieler Marcello Mastroianni. Er ist Titelheld in dem Film „Der Bienenzüchter", den der griechische Regisseur Theo Angelopoulos in Szene setzte. Mastroianni spielt einen müden alten Mann, der seine Träume aufgegeben hat. (S. 21)

Interview: Andrej Wosnessenskij, einer der bekanntesten zeitgenössischen sowjetischen Lyriker, hat sich in einem Interview mit einer Belgrader Zeitung zu wichtigen Fragen der Zeit geäußert. Wosnessenski machte zuletzt von sich reden, als ausgerechnet die „Prawda" seine Gedichte über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl abdruckte. (S. 21)

SPORT

Tennis: Steffi Graf steht im Halbfinale der Meisterschaften der USA in Flushing Meadow. Für ihren Sieg über Bonnie Gadusek (USA) benötigte sie erneut nur 47 Minuten. Morgen trifft sie auf Martina Navratilova, die erste der Weltrangliste. Boris Becker spielt im Viertelfinale gegen den Tschechoslowaken Milan Srejber. (S. 19)

Fußball: Franz Beckenbauer hat für das erste Länderspiel nach der WM in Mexiko (gegen Dänemark am 24. September in Kopenhagen) zwei Neulinge ins Aufgebot berufen: Roland Wohlfarth von Bayern München und den Nürnberger Dieter Eckstein. Wieder dabei sind Buchwald, W. Funkel und der Leverkusener Waas. (S. 19)

AUS ALLER WELT

Flugtauglichkeit: Plötzlich auftretende Erkrankungen, das hat die Flugzeug-Katastrophe von Los Angeles gezeigt, können zu folgenschweren Zwischenfällen führen. Auch in der Bundesrepublik gibt es zahlreiche (ältere) Privatpiloten, die anfällig für unerwartete und plötzliche Erkrankungen sind. (S. 22)

Eisenbahnwagen: Amerikanische Millionäre haben ein neues exklusives Steckenpferd – den privaten Eisenbahnwaggon. Im eigenen Salonwagen wie einst John Jacob Astor oder John Pierrepoint Morgan reisen sie zum reinen Vergnügen durchs Land, bewirten darin Geschäftfreunde oder halten sogar Konferenzen ab. (S. 22)

Forscher: Der Wald stirbt, aber er stirbt langsamer

In den bayerischen Alpen und den Mittelgebirgen spitzt sich die Lage zu

ARNULF GOSCH, Bonn

Die Waldschäden in der Bundesrepublik haben – möglicherweise klimabegünstigt – von 1984 bis 1985 im Durchschnitt aller Baumarten deutlich langsamer zugenommen als in den Jahren zuvor. Aber die Situation in den bereits stärker geschädigten Gebieten hat sich weiter verschlechtert. Das gilt vor allem für die bayerischen Alpen und die höheren Lagen der Mittelgebirge. Zu dieser Beurteilung gelangt der Forschungsbeirat „Waldschäden / Luftverunreinigungen" in seinem zweiten Bericht, den das Bundeskabinett gestern verabschiedet hat.

Wie Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber anschließend erklärte, sieht die Bundesregierung in diesem Bericht eine Bestätigung dafür, daß die von ihr seit Ende 1982 verstärkte Förderung der Waldschadensforschung und die Koordinierung der Förderung zwischen Bund und Ländern wesentlich zur weiteren Klärung dieser Schadensphänomene beigetragen haben. Allein das Bundesforschungsministerium unterstützt die entsprechenden Forschungen in diesem Jahr mit ca. 18 Millionen Mark, während 1982 erst 200 000 Mark zur Verfügung standen. Der Bericht bestätige auch die von der Bundesregierung betriebene Politik der Verringerung der Emissionen von Luftschadstoffen. Die Wissenschaftler hätten festgestellt, daß Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Ozon entscheidende Ursachen für die Waldschäden seien. Deshalb sei die Verringerung der Schwefeldioxid-Emissionen notwendig.

Der Bericht macht im einzelnen deutlich, daß es „den" Waldschaden oder „die" Schadensursache nicht gibt. Vielmehr handelt es sich um eine komplexe Erscheinung, an der die Luftverunreinigung allerdings maßgeblichen Anteil hat. Alle weiteren zur Klärung der Walderkrankung herangezogenen Hypothesen konnten vom Forschungsbeirat nach sorgfältiger Prüfung entweder ausgeschlossen werden (was zum Beispiel für elektromagnetische Wellen, radioaktive Strahlen, Bleivergiftung oder Luftverkehr zutrifft) oder aber durch nachprüfbare Ergebnisse nicht belegt werden (epidemieartige Krankheiten durch Viren, Mykoplasmen- oder Rickettsienbefall). Der Beirat stellte jedoch mit Besorgnis fest, daß insbesondere in den Hauptschadensgebieten die natürliche Verjüngung der Wälder durch überhöhte Wildbestände sowie in den Alpen auch durch Waldweidebetrieb empfindlich gestört wird.

Aus Sicht des Beirates ist die Waldschadensforschung noch lange nicht abgeschlossen. Vielmehr bestehe ein großer Bedarf an Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf mindestens sieben Gebieten. Zur Verstärkung der Forschungskapazität wird ein Ausbau der forstlichen Fakultäten und eine verbesserte Ausstattung der Institute, aber auch der Ausbau nichtuniversitärer Forschungsinstitute sowie die verstärkte Pflege des qualifizierten Nachwuchses empfohlen. Ernährungsstaatssekretär Georg Gallus kündigte gestern für November den Waldschadensbericht der Bundesregierung „mit sicherlich brisantem Zahlenmaterial" an. Es gebe überhaupt keinen Grund zur Entwarnung.

Es rauscht

PETER GILLIES

Fast hatten wir ihn schon vergessen, den siechen deutschen Wald. Die „Havarie" in einem sowjetischen Kernkraftwerk saugte das öffentliche Interesse so vollständig auf, daß die Umweltschützer Überblick und Augenmaß verloren. Sie sind so stark auf das „Anti-Atom" fixiert, daß sie bei einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie sogar noch höhere Umweltschäden in Kauf zu nehmen bereit sind. Mit dieser Art von Umweltpolitik legte man endgültig die Axt an den Wald.

Die Mahnung kommt deshalb zur rechten Zeit: Der Wald ist weiter schwer krank, in manchen Regionen nehmen die Schäden sogar zu. Gewaltige Anstrengungen sind nötig, um das gestörte ökologische System wieder zu stabilisieren. Illusionslos sei festgestellt, daß die Forschung, will sie seriös bleiben, einräumen muß, daß sie über die Ursachen weiter im Dunklen tappt. Einen belegbaren Zusammenhang zwischen bestimmten Umweltschäden und Pflanzenkrankheiten gibt es nicht. Man pfeift im deutschen Wald, um sich Mut zu machen.

Luftverunreinigung sei die Hauptursache des Waldsterbens, belehren uns die Forscher. Aber selbst dabei sind sie so sicher nicht, denn auch der Wildbestand, das Klima und andere Faktoren beeinflußten die Entwicklung. Gleichwohl habe der Wald „gute Chancen", so heißt es regierungsseitig, wenn die Schadstoffe weiter konsequent verringert würden. Eine Information steuerte gestern eine große Ölgesellschaft bei: 80 Prozent der Ölheizungen bei uns sind veraltet – allein hier schlummert ein gewaltiges Potential für aktiven Umweltschutz.

Und selbst wenn es der Bundesrepublik Deutschland gelänge, die Schadstoffemissionen auf den absoluten Nullpunkt zu drücken, hätte sie nur die Hälfte ihrer Belastung ausgeschaltet, denn die andere Hälfte weht (oder schwimmt) über die Grenzen zu uns herein. Die Herausforderung lautet, den Wald mit technischer und politischer Phantasie, mit internationaler Kooperation und Augenmaß zu sanieren. Eine Methode jedenfalls schlüge nicht an: Hysterie.

Kanzler verärgert über Gutachten

Kernenergie-Ausstieg: Im Kabinett Kritik an Bangemann / Wallmann bestätigt Kurs

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Art und Weise gerügt, in der das Bundeswirtschaftsministerium das Thema Kernkraftausstieg behandelt hat. In der gestrigen Kabinettssitzung zeigte sich Kohl insbesondere sehr ungehalten über die Auswahl der Institute, die für das Haus Bangemann in nur sechs Wochen ein Gutachten über die kurz- und langfristigen Wirkungen eines Verzichts auf Kernenergie anfertigen sollten.

Martin Grüner (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär des Wirtschaftsministers, erläuterte in der gestrigen Kabinettssitzung, auf die Ausschreibung seines Hauses zum Thema Ausstieg aus der Kernenergie hätten sich nur zwei Institute beworben, nämlich das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und das Freiburger Öko-Institut.

In der Kabinettsrunde wurde kritisch vermerkt, daß der Tenor des Freiburger Gutachtens von vornherein zu erwarten gewesen wäre und daß auch beim RWI gewisse „Kohle-Interessen" dominieren dürften. Bangemanns Aktion wurde auch als Einmischung in die Kompetenzen des Umweltministers und des Forschungsministers getadelt, die gerade in Fragen der Kernenergie „ihren Kopf hinhalten müßten". Das Haus Bangemann habe ein derart sensibles Thema in einem „höchst eigenartigen Verfahren" behandelt, wurde in der Kabinettsdiskussion angemerkt.

Das Bundeswirtschaftsministerium selbst sieht sich durch beide Gutachten in seiner Auffassung bestätigt, daß ein kurzfristiger Verzicht schwerwiegende ökologische, wirtschaftliche und soziale Folgen haben würde. Beide Expertisen hätten angesichts des engen Zeitrahmens nicht untersuchen können, welche Wirkungen sich ergäben, wenn sich andere Industrieländer einem Kernenergieverzicht der Bundesrepublik anschlössen. Damit würde nämlich weltweit bei den fossilen Energieträgern ein Nachfrageschub mit entsprechenden Preiswirkungen ausgelöst. Bundesumweltminister Wallmann (CDU) betonte im Zusammenhang mit den beiden Gutachten, an der Energiepolitik der Bundesregierung werde sich nichts ändern.

Auch Professor Hans Karl Schneider vom RWI wies bei Erläuterung seines Gutachtens auf die zahlreichen, heute noch nicht absehbaren Risiken eines Kernkraftausstiegs hin, wenngleich es auch durchaus noch zu einem begrenzten wirtschaftlichen Wachstum kommen könnte. Schneider ließ durchblicken, daß die Risiken eines Ausstiegs – über die Umweltbelastung hinaus – beträchtlich sein könnten. So gelte es zu bedenken, daß die deutsche Wirtschaft bei einem Verzicht auf die Kernenergie „unglaublich abhängig von fossilen Energieträgern würde". Das wiederum könnte möglicherweise zu einer technologischen Abhängigkeit von Industrieländern wie Japan führen (für den Fall, daß die Bundesrepublik nach 20 oder 30 Jahren in die Kernkraftnutzung wieder einsteigen möchte).

Washington hält sich im Fall Daniloff deutlich zurück

Reagan-Administration will Gipfeltreffen nicht gefährden

wth. Washington

Trotz spürbarer Verärgerung und Betroffenheit bemüht sich die Reagan-Administration in der „Affäre Daniloff" sichtlich um Zurückhaltung. Man möchte nichts unternehmen, was den Gipfel zwischen Reagan und Gorbatschow gefährden könnte. Washington hat bisher keinerlei konkrete Gegenmaßnahmen angedroht und es offen gelassen, ob man sich auf einen Tauschhandel mit dem in New York unter Spionageverdacht verhafteten sowjetischen UNO-Angestellten Saccharow einläßt. Es gibt jedoch starke Kräfte, die von einem derartigen Tausch abraten, weil es die Sowjets veranlassen könnte, künftig jede Verhaftung eines sowjetischen Spions in den USA in der Art der „Daniloff-Affäre" zu beantworten.

Nicholas Daniloff ist amerikanischer Korrespondent in Moskau, der vom KGB in Moskau angeblich auf frischer Tat ertappt wurde, als er ein Paket mit „Geheimpapieren" in Empfang nahm. Daniloff glaubte, es handele sich in diesem Paket um Zeitungsausschnitte.

Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte gestern, daß die Fälle Saccharow und Daniloff „in ihrer Natur völlig unterschiedlich" seien. Es war die einzige indirekte Andeutung von offizieller Seite, daß man sich auf einen Austausch wahrscheinlich nicht einlassen werde. Verteidigungsminister Weinberger sprach von einer „bedauerlichen Situation", und Vizepräsident Bush warnte: „Wenn die Sowjets darauf bestehen, diesen Weg einzuschlagen, macht es die Chancen zu besseren Beziehungen schwieriger."

Sehr viel deutlicher äußerte sich der einflußreiche republikanische Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Senat, Richard Lugar: „Ich halte dies im Hinblick auf den Gipfel und das Treffen der beiden Außenminister für eine sehr ernste Angelegenheit. Man kann diese Dinge nicht isoliert sehen. Es führt zu der grundsätzlichen Frage, ob die Sowjets wirklich ernsthaft einen Gipfel vorbereiten. Kann man den Fall Daniloff mit vollem Gerichtsverfahren in Szene setzen und zugleich substantielle Fortschritte in den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen erwarten?"

Palmes Nachfolger setzt neue Akzente

Regierungschef Carlsson kündigt unter anderem Steuerreform an / WELT-Interview

HERBERT KREMP, Stockholm

Der schwedische Regierungschef Ingvar Carlsson, der im März an die Stelle des ermordeten Ministerpräsidenten Olof Palme getreten ist, will neue Akzente in der Innen- und Außenpolitik seines Landes setzen. In einem Interview mit der WELT kündigte er eine Steuerreform an, die zu einer Verbesserung der realen Einkommenssituation in Schweden führen soll. Schweden gilt als eines der höchst besteuerten Länder der Welt. Darauf beruht der Wohlfahrtsstaat, der von den Vorgängern Carlssons ausgebaut wurde.

Schweden wird künftig auch die Verteidigungsausgaben zum Schutz gegen Aktivitäten fremder Mächte in seinen Hoheitsgewässern erhöhen. Wörtlich sagte der Ministerpräsident: „Wir sind uns in Schweden ganz einig, daß wir eine starke Verteidigung benötigen." Er habe bei seiner Unterredung mit dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow die Operationen sowjetischer U-Boote in schwedischen Gewässern erwähnt und den Sowjets „sehr deutlich dargelegt, daß wir solche Aktivitäten nicht akzeptieren".

„Kopfzerbrechen" bereitet der schwedischen Regierung der zurückliegende Beschluß, bis zum Jahre 2010 alle Kernkraftwerke abzuschalten. Nach Angaben Carlssons muß

SEITE 6:
Wortlaut des Interviews

sein Land große Anstrengungen auf den Gebieten Forschung und Technologie unternehmen, um die Kernkraft, die 45 Prozent der Elektrizität liefert, zu ersetzen. Da Solar-Energie aus klimatischen Gründen nicht ausreichend gewonnen werden kann und Schweden nur über wenig Kohle verfügt, müssen die Ressourcen Wasserkraft, Wind, Torf und Holzabfälle herangezogen werden.

Nach Angaben Carlssons liegt die Arbeitslosenrate in Schweden erstaunlich niedrig, nämlich bei 2,3 Prozent. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Regierung die Jugend-Arbeitslosigkeit durch obligatorische Beschäftigung eingrenzt. Junge Menschen von 17 bis 20 Jahren, die nicht sofort Arbeit finden, müssen wenigstens vier Stunden am Tag im Dienst der Kommunen oder in privaten Unternehmen tätig sein. Erst dadurch gelangen sie in den Besitz von Arbeitslosengeld. Diese Methode verfolgt, wie Carlsson der WELT sagte, den Zweck, die jungen Menschen in Kontakt mit dem Arbeitsleben zu bringen und zu halten.

Der Ministerpräsident zitierte den Optimismus der Polizei, daß der Mörder seines am 28. Februar in Stockholm erschossenen Vorgängers Palme gefunden werden könne. Vom Zeitpunkt des Mordes an haben 200 Kriminalbeamte 400 000 Stunden lang gefahndet. Die Fahndung zielt jetzt in eine bestimmte Richtung: Nicht ein einzelner Mörder, sondern eine Gruppe sei für die Tat verantwortlich.

„Asyl-Bedenken sind Zwecklüge"

DW. Düsseldorf

Als zutiefst unmenschlich hat das DGB-Vorstandsmitglied Ilse Brusis die Asylpolitik der Bundesregierung bezeichnet. Mit der „Zwecklüge", die Versorgung von Asylanten sei gefährdet, widerspräche sie „zum ersten Mal ihren eigenen Erfolgsmeldungen über das Wirtschaftswachstum". Innenminister Zimmermanns „Gerede vom massenhaften Mißbrauch des Asylrechts" sei „nichts anderes als Wahlkampfpolemik". Statt „unqualifiziert herumzupoltern", solle er „solides Datenmaterial" vorlegen.

Arbeitslosigkeit geht zurück

DW. Nürnberg

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik hat im August um 11 594 weiter abgenommen. Am Monatsende waren allerdings noch 2 120 234 Menschen ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote verringerte sich gegenüber Juli von 8,6 auf 8,5 Prozent. Im August 1985 hatte sie noch 8,9 Prozent betragen. Vor allem aber stieg von Juni bis Juli die Beschäftigungszahl um 86 000. Außerdem waren bei den Arbeitsämtern 44 Prozent mehr offene Stellen als im Vorjahresmonat gemeldet.

Inflationsangst läßt Goldkurs glänzen

cd./fu. Frankfurt/London

Inflationsängste in den USA jagten gestern die Edelmetallpreise hoch und sorgten für einen Kurseinbruch am amerikanischen Aktien-und Rentenmarkt, der auch auf die deutsche Börse abfärbte. Der Preis für die Feinunze Gold durchbrach erstmals seit März 1984 die psychologisch wichtige Marke von 400 Dollar und kletterte von 393,26 Dollar beim zweiten Londoner Dienstagsfixing in Fernost bis auf 411 Dollar, bevor er zum gestrigen Nachmittagsfixing in London auf 405 Dollar zurückging. Zünder für den Goldmarkt war die Preisexplosion bei Platin von 544 Dollar je Unze Ende letzter Woche auf gestern 680 Dollar in der Spitze, die von der Furcht eines südafrikanischen Platin- Exportstopps als Antwort auf Sanktionen genährt wurde.

Auslöser der Inflationsängste in den USA war das unerwartete 2,2-prozentige Auftragsplus der amerikanischen Industrie im Juli, das stärkste seit Ende 1984. Obwohl Experten unter Hinweis auf den hohen Anteil von Rüstungsaufträgen vor einer konjunkturellen Überschätzung des Auftragszuwachses warnten, geisterte durch die zuvor noch von einer sich verstärkenden Wirtschaftsflaute überzeugten Märkte gestern der Gedanke an eine Konjunkturbelebung. Damit wurden manche Hoffnungen auf eine vom Markt zum Teil schon eskomptierte weitere Diskontsenkung von der Furcht vor einem Wiederanstieg der Zinsen abgelöst. Davon profitierte der Dollar mit einer leichten Befestigung.

Am US-Rentenmarkt gab es daraufhin einen Kurssturz; die Rendite der als Marktindikator geltenden 30jährigen Regierungsanleihe kletterte von 7,20 auf 7,33 Prozent. Der Zinsanstieg setzte sich gestern bei New Yorker Geschäftsbeginn fort. Für die Aktienbörse war dies das Signal für umfangreiche Abgaben, die den Dow Jones Index, das populäre Kursbarometer, um 27,98 Punkte auf 1870,36 drückten. Etwas schwächer tendierte vor diesem Hintergrund gestern auch die deutsche Börse, an der sich allerdings schon am Dienstag eine Reaktion auf die vorangegangenen Kurssteigerungen abgezeichnet hatte.

In Bankkreisen warnt man vor einer Überbewertung der hektischen Preisveränderungen an den Märkten und ihrer Ursachen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß einzelne Monatskonjunkturdaten in den USA schon häufig falsch interpretiert worden sind. Als spekulativ völlig überzogen wird vor allem die Hausse der Edelmetalle bezeichnet. Man rechnet zwar mit einer Korrektur von Übersteigerungen; doch wird ein zunehmendes Interesse für Gold beobachtet, seit die amerikanischen Zinsen nicht mehr wie in der Hochzinsperiode von der zinslosen Goldanlage abschrecken. Dabei spielt auch die Erwartung eine Rolle, daß die US-Inflationsrate wieder anzieht, sobald der Ölpreiseffekt verbraucht ist und die Dollarabwertung auf die Importpreise durchschlägt.

Umsiedlung soll Widerstand in Afghanistan brechen

Operationsgebiet der Mudschahedin wird entvölkert

DW. Kabul/Bonn

Die afghanische Regierung will im Osten des Landes eine großangelegte Umsiedlungsaktion durchführen. Offensichtlich hofft die Regierung im Kampf gegen die Rebellen, die im Grenzgebiet zu Pakistan operieren, damit einen entscheidenden Vorteil zu erringen. Nach offiziellen Angaben soll die Umsiedlung die dortige Wirtschaftsstruktur verbessern und freiwillig sein.

Aus den Ostprovinzen Kunar, Laghman und Paktia sollen bis zu 300 000 Menschen in die dünnbesiedelten Gebiete an der Grenze zu Iran umziehen. In den bergigen Ostprovinzen finden immer wieder Gefechte mit den gegen die kommunistische Regierung kämpfenden Mudschahedin statt.

Sie sickern aus dem benachbarten Pakistan ein, wo sie ihre Lager haben. Die sowjetischen und afghanischen Truppen versuchen seit Jahren vergeblich, das Einsickern von Nachschub und weiteren Widerstandskämpfern zu verhindern. In den Provinzen Helmand und Nimroz sollen im jetzt angelaufenen Fünf-Jahr-Plan rund 18 000 Hektar Land urbar gemacht werden. Dieses Neuland bietet Platz für rund 15 000 Familien. Eine Familie umfaßt in Afghanistan durchschnittlich zehn Personen. Im nächsten Fünf-Jahr-Plan solle dann noch einmal genausoviel Platz geschaffen werden. Insgesamt wären rund 300 000 Personen betroffen.

Die Umsiedlungsabsichten gehören offensichtlich zu den Bemühungen des neuen Parteichefs Nadschib, sich die Unterstützung größerer Bevölkerungsteile zu sichern – ein weiterer Versuch, die Basis der kommunistischen Regierung in der strenggläubigen islamischen Bevölkerung zu verbreitern.

Die afghanische Regierung folgt mit ihrem Umsiedlungsprogramm dem Vorbild der moskauorientierten Regierung in Äthiopien. Dort wurde Mitte 1985 der Versuch unternommen, 1,5 Millionen Menschen aus der Bürgerkriegs-Region Eritrea in die Südwestprovinzen zu deportieren. Ziel war auch hier, den Nachschub für die Rebellen zu unterbinden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sechswochen-Schnellschuß

Von Arnulf Gosch

Das vom Bundeskanzler scharf gerügte Bundeswirtschaftsministerium hat sicher mit Genugtuung und Erleichterung zur Kenntnis genommen, was Professor Hans Karl Schneider den Kernenergie-Aussteigern gestern ins Stammbuch schrieb. Nicht, daß der Wirtschaftsweise und Obergutachter aus Essen vor der Presse in Bonn von seiner Expertise komplett abgerückt wäre. Jedoch relativierte er, was die Bangemänner in den letzten Tagen reichlich beklommen gemacht hatte, nämlich die Kernthese des Gutachtens: daß ein Kernkraftausstieg zwar nicht ohne negative Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung bliebe, jedoch nicht zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch führen, ja nicht einmal ein begrenztes Wachstum ausschließen würde.

Da schien guter Rat teuer. Wie wollte man unter diesen Umständen dem Wählervolk noch klarmachen, daß ein Festhalten an der Kernenergie unverzichtbar sei? Die Geister, die Bangemann rief, wurde er nun nicht los. Und die Reaktion bei Kanzler und Kabinettskollegen war sicher nicht angenehm.

Da kam nun Hans Karl Schneider als rettender Engel und beseitigte alle Zweifel, ob er als Hans Karl Schneider und als Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung per Saldo für einen Ausstieg plädiert. Die Antwort kam gewunden, aber die Botschaft war klar: Nein!

Zwar ließ der Gutachter die Frager wissen, daß Schlußfolgerungen aus der Expertise von anderen gezogen werden müßten. Zwar wies er darauf hin, daß das Gutachten „keine Gesamtevaluierung der Kernenergie" sei. Doch gleichzeitig formulierte Schneider so viele Bedenken und wies auf so viele mögliche makroökonomische Auswirkungen hin, daß Zweifel an dem, was er tatsächlich meint, nicht mehr angebracht sind, zumal da – Originalton – „die Sicherheit unserer Kernkraftwerke keinen Zweifel zuläßt".

Die Diskussion um die Kernenergie ist um einen sehr farbigen Beitrag bereichert worden. Dazu gehört, daß das RWI-Gutachten über diese Jahrhundertfrage in ganzen sechs Wochen erstellt wurde. Da gibt es nachher viel Raum zur Relativierung.

Wer langsam geht

Von Uwe Bahnsen

Kriminalität kann man auf mancherlei Art senken. Man kann, wie die Hamburger Justizbehörde dies offensichtlich vorhat, auf dem Verfügungswege Ermittlungsverfahren gegen jugendliche Täter massenhaft einstellen lassen. Man kann auch – ebenfalls in Hamburg – Ermittlungen so schleppend betreiben, daß die Straftatbestände verjähren.

Genau das geschieht offenbar in Sachen „Neue Heimat". Im Mai hatte der Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft seinen Abschlußbericht vorgelegt. Das Gremium war einstimmig zu der Auffassung gelangt, daß in diesem umfänglichen Konvolut zahlreiche Anhaltspunkte für versuchte oder vollendete Straftaten enthalten seien. Das Landesparlament hatte sich diese Auffassung einstimmig zu eigen gemacht. Als Schriftführer des Ausschusses hatte der CDU-Abgeordnete Karl-Heinz Ehlers der Staatsanwaltschaft Ende Mai diesen Abschlußbericht mit dem Ersuchen zugeleitet, entsprechende Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Was seither geschehen beziehungsweise nicht geschehen ist, setzt den Senat und die Justizbehörde dem schlimmen Verdacht aus, es werde die Staatsanwaltschaft bei ihrer Ermittlungstätigkeit mit dem Ziel behindert, nach und nach die Verjährung möglicher Straftatbestände zu erreichen. Noch immer ermittelt nur ein Staatsanwalt in diesem überaus umfangreichen Komplex. Ermittlungsverfahren etwa gegen Aufsichtsräte der „Neuen Heimat" wurden bislang ebensowenig wie gegen Geschäftsführer von Regionalgesellschaften eröffnet. Das Ermittlungsverfahren gegen den vom Dienst suspendierten Leiter des Amtes für Wohnungswesen in der Hamburger Baubehörde, der bekanntlich für die Rechtsaufsicht über den Konzern zuständig und verantwortlich war, soll inzwischen ebenfalls eingestellt worden sein, und bei Ermittlungen gegen ehemalige Geschäftsführer des Konzerns steht das, wie aus der Hamburger Justiz zu hören ist, in Kürze bevor.

Die Verjährungsfrist etwa bei Verdacht des Subventionsbetrugs beträgt fünf Jahre. Ruchbar geworden ist der Fall „Neue Heimat" im Februar 1982. Es ist fatal für den Rechtsstaat, wenn er dem Kalender unterworfen wird.

Jubel, nicht Beifall

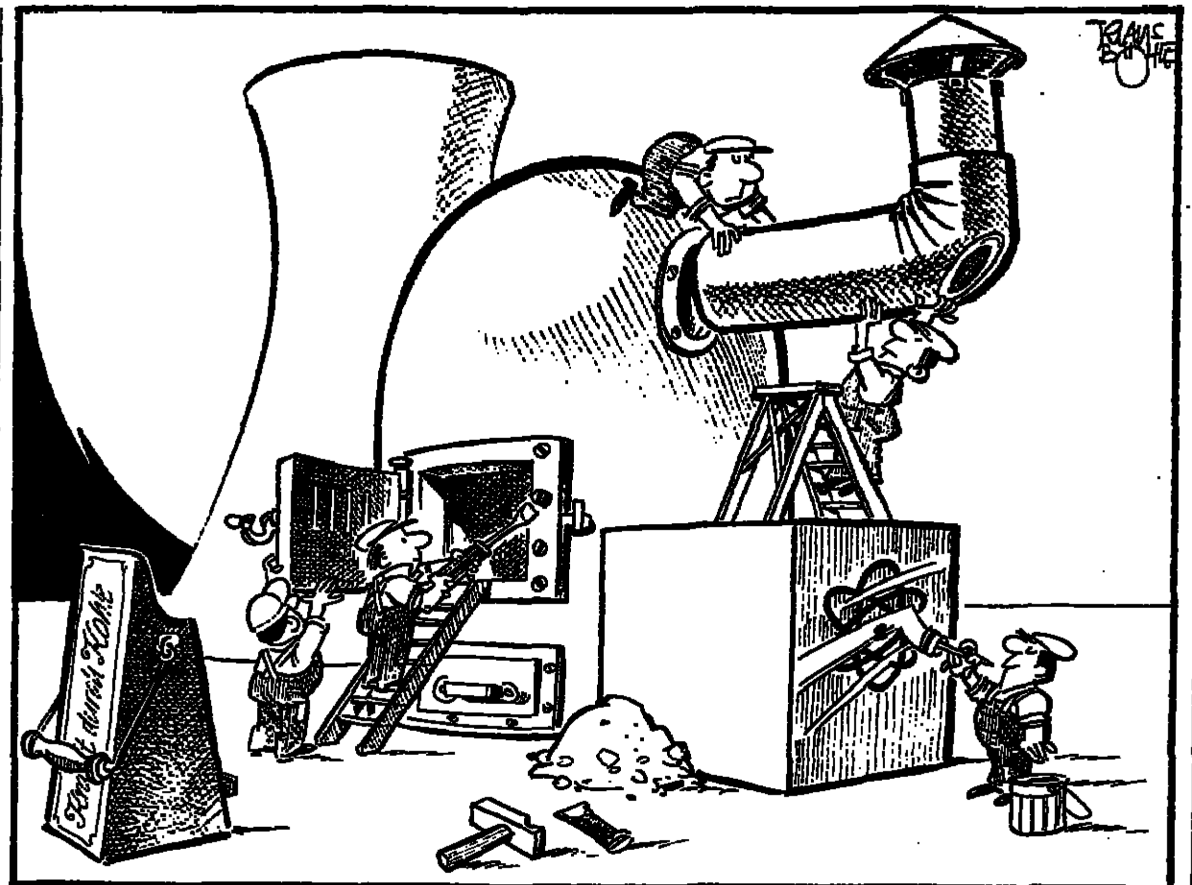
Von Enno v. Loewenstern

Nun sei „die Lüge vom Beifall wohl endgültig vom Tisch", kommentierte die Vorstandssprecherin der bayerischen Grünen, Ulrike Windsperger, nachdem das Landgericht München eine Einstweilige Verfügung gegen den Bundesjustizminister Engelhard erlassen hatte. Ihm ist es – einstweilen – verboten, förderhin zu behaupten, in Hannover hätten die Grünen bei ihrer Bundesversammlung zu Pfingsten lautstark Beifall geklatscht, als die Zahl der zur selben Zeit in Wackersdorf verletzten Polizeibeamten bekanntgegeben wurde. Die Grünen haben umso mehr Anlaß, sich zu freuen, als ein CSU- und ein SPD-Politiker entsprechende Behauptungen widerriefen, als sie mit Klagen der Grünen konfrontiert wurden.

So geht es Politikern, die ihre Hausaufgaben nicht machen. Denn vom Tisch ist gar nichts. Es ist nur so, daß die Grünen genau wie andere Systemveränderer gelernt haben, mit den Feinheiten des Systems zu operieren.

Die Wahrheit auf dem Tisch ist, daß die Deutsche Presseagentur (dpa) am Pfingstmontag meldete: „Als die Nachricht von 132 verletzten Polizisten aus Wackersdorf auf dem Parteitag durchsickerte, jubelten seine fundamentalistischen Parteifreunde an der Basis. Minister Fischer dagegen war verärgert und warnte davor, vor der Bundestagswahl in die Gewaltfalle zu laufen." Dazu berichtet der dpa-Chefredakteur: „Diesen Satz schrieb unser Korrespondent aufgrund eigener Beobachtungen über die Reaktion einer größeren Gruppe von Delegierten. Es wurde nie behauptet, daß es sich dabei um eine ‚Reaktion aus dem Plenum' gehandelt habe."

Die Grünen haben dpa wohlweislich nie verklagt. Sie verklagen wohlweislich nur diejenigen, die ihnen eine Handhabe liefern, indem sie den Sachverhalt in einem Detail unrichtig oder überzogen darstellen. Er ist schon erschütternd genug: eine „größere Gruppe" von Grünen-Delegierten „jubelt" über die Nachricht, daß 132 Menschen von Gewalttätern verletzt worden sind. Und der Grünen-Minister Fischer verweist ihnen das nicht etwa als eine verachtungswürdige Verbrechergesinnung, sondern mahnt sie nur, vor der Bundestagswahl keine taktischen Fehler zu machen.



Umrüstung KLAUS BÖHLE

Der Fall Daniloff

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Verhaftung des amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff vom Magazin „US News and World Report" durch das KGB sowie die Ankündigung, er werde wegen Spionage vor Gericht gestellt, ist in jeder Beziehung ungewöhnlich und läßt aufhorchen.

Schon manchesmal sind die Sowjets gegen unliebsame ausländische Zeitungsleute drastisch vorgegangen, mit Beschuldigungen, mit Anschlägen, auch mit dem „Spionage"-Vorwurf. Neu allerdings ist das Einsperren eines akkreditierten ausländischen Korrespondenten. So etwas hat es weder unter Breschnew noch unter Chruschtschow, ja, nicht einmal unter Stalin gegeben. Es mutet einigermaßen ironisch an, daß eine solche KGB-Aktion gegen einen bekannten amerikanischen Medien-Vertreter ausgerechnet während der Amtszeit eines sowjetischen Parteichefs erfolgt, der als erster die „Glasnost" – also die Öffentlichkeit und das Offenlegen – für sein Land und sein System verkündet hat.

Mit dem Spionagevorwurf gegen Daniloff braucht man sich kaum lange auseinanderzusetzen. Daß dem Amerikaner, der ohnehin seine Moskauer Tätigkeit beenden und ausreisen wollte, eine Falle gestellt wurde, ist nicht zu bezweifeln. Die Übergabe „kompromittierender" Papiere an eine Person und die anschließende Verhaftung durch die bereits in den Büschen liegenden KGB-Agenten: Das ist ein altbekannter Trick, und nicht einmal besonders originell.

Vielleicht war Daniloff an Untergrund-Literatur oder an politischen Analysen aus Dissidentenkreisen interessiert, sicher aber nicht an irgendwelchen militärischen Geheimdokumenten. Dennoch mag er in der Vorstellungswelt sowjetischer Geheimpolizisten besonders „geeignet" sein, um als Tauschobjekt im Falle des wegen wirklicher Spionage verhafteten sowjetischen UNO-Beamten Sacharow zu dienen. Aber selbst wenn man davon ausgeht, daß den Sowjets ungeheuer viel daran gelegen ist, ihren in New York festgenommenen Mann zurückzubekommen – die Verhaftung eines prominenten amerikanischen Journalisten in dieser Form und zu einer Zeit, da Gorbatschow sich offenbar intensiv auf seinen nächsten Gipfel mit dem amerikanischen Präsidenten vorbereitet, paßt nicht in die Landschaft.

Gorbatschows neuer Berater in amerikanischen Fragen, der langjährige sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, hat genug Erfahrung mit Amerika und amerikanischen Medien, um seinem obersten Chef erklären zu können, daß die öffentliche Meinung der USA mit solchen Methoden nicht zu gewinnen ist; daß damit vielmehr alle jene anti-sowjetischen Emotionen wiedergeweckt werden, die Gorbatschow durch geschickte Propaganda und durch weltmännisches Auftreten überwinden wollte.

Die Vermutung liegt also nahe, daß es in der Sowjetunion Kräfte gibt, die dem sowjetischen Parteichef bei der Vorbereitung des Gipfeltreffens mit Reagan einen Streich spielen, ihm den außenpolitischen Erfolg (den er dringend braucht) ruinieren wollen. Übrigens gibt es für solche Sabotageakte in der jüngeren sowjetischen Geschichte durchaus einige Beispiele. Als der damalige sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow sich 1964 auf eine Reise nach Bonn und damit auf eine neue Etappe der Deutschland-Politik vorbereitete, verübten sowjetische Agenten auf den deutschen Techniker Schwirkmann, der mit „unkonventionellen" Methoden die Moskauer Botschaft der Bundesrepublik abhörsicher machen wollte, ein Senfgas-Attentat mit fürchterlichen Folgen für das Opfer – und Chruschtschow selbst stürzte bald danach.



Opfer eines Machtkampfes im Kreml? Daniloff FOTO AP

Inzwischen ist auch bekannt, daß die Sowjets den jetzt verhafteten Daniloff schon längere Zeit „im Visier" hatten. So wurde einem sowjetischen Juden namens Goldfarb bereits vor einigen Jahren eine Ausreisegenehmigung nach Israel versprochen, falls er den Amerikaner durch eine Provokation hineinlegte. Der Mann lehnte ab – und bekam nie mehr seine Ausreise.

Hier zeigt sich also eine nicht zu leugnende Kontinuität sowjetischer Methoden. Aber es kommt noch mehr ins Spiel: Die ganze Anlage und Durchführung des „Unternehmens Daniloff" sehen so aus, als stoße der durch Tschernobyl und andere Katastrophen mitgenommene Gorbatschow (der Untergang der „Admiral Nachimow" ist gewiß nicht seine Schuld und schadet seinem Ansehen dennoch) auf starken Widerstand im eigenen Apparat. Seltsame Erklärungen der sowjetischen Militärs – vom Generalstabschef Achromejew bis zum Sprecher des Moskauer Verteidigungsministeriums, Generaloberst Tscherwow – deuten das Vorhandensein politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen Armee und ziviler Führung mit einer bisher nicht erlebten Deutlichkeit an. Die Masse der Funktionäre in Partei und Staat, die von Gorbatschow aufgescheucht wurden, ist gleichfalls unzufrieden.

Wenn das KGB oder Teile desselben hier also ein Spiel unter Umgehung oder Brüskierung des Generalsekretärs angezettelt haben sollten (ausgerechnet des Generalsekretärs, der mit dem KGB eng verbunden ist und mit Männern wie Alijew und Schewardnadse eine Art KGB-Fraktion in der sowjetischen Spitze anführt), wäre das ein weiteres Indiz dafür, daß Gorbatschows Stellung und Macht nicht so gefestigt sind, wie er uns glauben machen will. Und daß seine Reformversuche – er selbst sagte vor dem Fernsehen, er wolle sich nicht in neue Ausgaben treiben lassen; gemeint waren Rüstungsausgaben – gefährdet sind.

Womöglich wird gerade auf dem Rücken Daniloffs der exemplarische Streit um die Zukunft des Kommunismus ausgetragen.

IM GESPRÄCH L. Reidemeister

Ein „Fall", ein Glücksfall

Von Heinrich König

Dreimal mußte er in diesem Sommer operiert werden. So wundert es niemanden, daß er seine kunstweltbekannte Vitalität als „etwas reduziert" beschreibt. Denn Professor Leopold Reidemeister ist ein Mann von immerhin 86 Jahren.

Doch das alles hat ihn nicht abhalten können, selbst auf dem Krankenlager an der Vorbereitung der 5. Berliner „Orangerie" mitzuwirken, zu der der deutsche Kunsthandel vom 11. bis zum 28. September in das Charlottenburger Schloß bittet. Seit 1982, dem stürmischen Start dieser jüngsten deutschen Kunstmesse, ist er dabei – als Mitglied des Künstlerischen Beirates und der Jury, kritisierend, korrigierend, applaudierend.

Hier nimmt er unverdrossen die Hektik in Kauf, die ihn davon abhielt, zu den Eröffnungsfeiern für das Wallraf-Richartz-Museum und Museum Ludwig nach Köln zu reisen („zu viele Menschen, zuviel Gerede, bei dem doch nichts herauskommt").

Dabei war er in Köln von 1945 bis 1957 Leiter der Städtischen Museen und zugleich des alten Wallraf-Richartz-Museums. Immerhin, eine kritische Inspektion des neuen Mammutbaus („Für mich alles ein bißchen super") steht für die nächsten Monate „ganz sicher" auf seinem Programm.

Der Mann, der so alt ist wie unser Jahrhundert, kann von sich sagen: „Ich bin seit 1919 im Berliner Kulturleben tätig." Damals verdiente sich der aus Braunschweig gebürtige Student als Helfer in der Galerie van Diemen Unter den Linden sein erstes Geld. Wilhelm von Bode, der „Bismarck des Museumswesens", war sein Großonkel, und dessen Einfluß zeichnete seinen Lebensweg vor. Doch es charakterisiert ihn, daß er nicht unter den Schutzschirm des übermächtigen Mannes kroch, sondern nach dem Studium 1924 in die Ostasiatische Kunstabteilung der Berliner Staatlichen Museen „emigrierte", wie er es noch jetzt nennt. Seinen Aufstieg bis zum Direktor beendete der Krieg. Nach Berlin kehrte er erst 1957 zurück, als Generaldirektor der vierzehn ehemals Staatlichen Museen und gleichzeitig Chef der Nationalgalerie. 1964 wollte ihn sein neuer Dienstherr, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, entgegen einer früheren Zusage des Kultusministers Tiburtius pensionieren. Reidemeister trat vorzeitig zurück, doch sein „Fall", auf den Zeitungs-Titelseiten erörtert, wurde zum Glücksfall für Berlin. Er begriff den Ruhestand als Unruhestand und wurde zum rastlosen Anreger, Förderer und schließlich Leiter des 1967 eröffneten „Brücke"-Museums. Schmidt-Rottluff und Heckel, die damals noch lebenden Mitglieder der Künstlergemeinschaft, halfen mit üppigen Sach- und Geldspenden.



Mit 86 im Unruhestand: Reidemeister FOTO ULLSTEIN

Noch heute sitzt Reidemeister jeden Morgen um 9.00 Uhr an seinem Schreibtisch in dem schmucken Düttmann-Bau am Rande des Grunewaldes, mit höchst lebendigen Eichhörnchen, Wildkaninchen und sogar Pirolen vor den Fenstern. Sein Vertrag mit dem Berliner Senat verlängert sich automatisch alle zwei Jahre, und „es ist auch von keiner Seite an eine Änderung gedacht", lacht er jugendlich-fröhlich. Mit 86 . . .

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Vor allem die amerikanische Presse setzt sich scharf mit der Daniloff-Festnahme auseinander:

The Washington Post

Wir müssen (der Sowjetunion) sagen, daß wir genau verstehen, was sie getan haben: daß sie ihre Verpflichtungen verletzt haben und daß das Festhalten Daniloffs nicht ohne Folgen bleibt . . . Zwischen Santa Barbara und Washington schienen die öffentlichen und privaten Erklärungen mal anzudeuten, daß die Festnahme Daniloffs nicht den Umgang mit der Sowjetunion stören sollte, und ein andermal, daß wir seine sofortige Freilassung fordern, damit wieder normale Beziehungen gepflegt werden können. Wir hoffen sehr, daß diese zweite Lesart die richtige ist . . . Wir weisen auch auf die Gefahren all dieses losen Geredes innerhalb und außerhalb der Regierung über einen Austausch hin. Mag sein, daß dies letztlich der einzige Weg ist, Daniloff freizubekommen. Aber dann muß man auch sehen, daß dies einen Preis hat: Amerikanische Reporter werden zum Tauschobjekt für jede Regierung erklärt, die ihre gefaßten Spione zurückhaben will, ein Journalist als Spion gebrandmarkt, Daniloff mit einem sowjetischen Spionageagenten gleichgesetzt.

The New York Times

Vielleicht brauchte der KGB eine unschuldige Geisel, um die Freilassung eines sowjetischen Beamten der Vereinten Nationen zu erreichen, der unter dem Vorwurf festgenommen wurde, einen FBI-Informanten für amerikanische Geheimnisse bezahlt zu haben. Wenn der KGB auf eigene Faust gegen Daniloff gehandelt hat, verrät dies eine alarmierende Unabhängigkeit in einer Frage, die die Beziehungen mit den Amerikanern berührt. Wenn er die Billigung des Politbüros hatte, ist das nicht weniger alarmierend. Und wenn es nicht um einen Austausch gegen den UNO-Beamten geht, dann war die Festnahme Daniloffs vielleicht als eine interne Kampfansage an kürzliche sowjetische Bemühungen gedacht, die Kontakte mit den USA zu verbessern . . . Seit Stalins Tod 1953 ist das Opfer nicht mehr, selbst nicht vorübergehend, ins Gefängnis geworfen worden. Will Gorbatschow wirklich diesen Geist beschwören?

THE GUARDIAN

Diejenigen, die Daniloffs Festnahme als Vergeltung für den Arrest eines angeblichen sowjetischen Spions in den USA sehen, könnten sicher recht haben. Es könnte aber auch sein, daß sich jemand im sowjetischen Geheimdienst KGB oder im Kreml über die Berichte von Daniloff geärgert hat.

Le Monde

Muß man glauben, daß die sowjetische Nummer eins, die einige Dinge in ihrem Land in Bewegung bringen will, als Ausgleich dem KGB nichts abschlagen will, nicht einmal eine sehr heikle Initiative?

Junge Schläger und Diebe im hanseatischen „Erewhon"

Zweierlei Recht und die Verantwortung des Bürgers / Von Peter R. Hofstätter

Die eigentümlich zwiespältige Einstellung der Freien und Hansestadt Hamburg zum Recht kommt schon darin zum Ausdruck, daß es an ihrer Universität zwei Fachbereiche namens „Rechtswissenschaft 1" und „Rechtswissenschaft 2" mit den Ordnungsnummern 02 und 17 gibt, deren Mitglieder erst kürzlich das Ansinnen einer Zusammenlegung energisch zurückgewiesen haben.

Die Vertreter dieser beiden Rechtswissenschaften betrachten sie offenbar als unvereinbar. Dafür gibt es angesichts der weitgehenden Soziologisierung und Psychologisierung des Rechtes in Nummer 17 triftige Gründe, denn es geht hier um das Ausmaß, in dem man den Staatsbürger für fähig hält, sein eigenes Tun oder auch Nicht-Tun zu verantworten. Kann er das, dann ist er in einem Gemeinwesen wohl dazu auch verpflichtet. Wenn er dazu nicht fähig ist, verlagert sich die Verantwortung auf die Institutionen der Gemeinschaft, die ihn erziehen, pflegen und gegebenenfalls therapeutisch zu betreuen haben. In Samuel Butlers utopischem Roman „Erewhon" von 1872 – die Umkehrung des Wortes ergibt „Nowhere", das heißt nirgendwo – werden daher Verbrecher mit der Rücksichtnahme behandelt, die sonst nur Kranken entgegengebracht wird.

Die Grundfrage nach der Reichweite der individuellen Verantwortung steht – meist unausgesprochen – zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Leitbild der Gesellschaft. Sie wird im Vorfeld der Wahlen in Hamburg am 9. November und zum Bundestag im Januar von der SPD möglichst nicht erörtert werden, aber es gibt da die (geplante) Verfügung der Hamburger Justizbehörde (Aktenzeichen 4213/1-6), mit der die Einstellung vom Ermittlungsverfahren im Bereich der Jugendkriminalität geregelt werden soll.

Ebenso wie in Nordrhein-Westfalen sollen auch hier Jugendliche und Heranwachsende (14- bis 21jährige) bei einer Reihe von Delikten nicht mehr der Strafverfolgung unterliegen; darunter sind: vorsätzliche Körperverletzung, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (Rauschgift!), Sachbeschädigungen, Automatenaufbruch sowie Diebstahl und Unterschlagung bis zu einem Wert von 100 Mark.

Da die Häufigkeit gerade dieser Taten in Hamburg besonders deutlich ansteigt, könnte man das Ganze für einen Schildbürgerstreich halten: Indem man nicht ermittelt, gibt es die entsprechenden Straftaten in der Statistik nicht mehr – während de facto das Leben weniger sicher wird.

Zunächst aber wird der neue Justizsenator der Hansestadt den Entwurf gründlich und mindestens bis zum 9. November prüfen und davon wie von einem ganz unverbindlichen „Papier" sprechen. Nach den Wahlen wird man ja sehen, ob sich die Grün-Alternativen durch die geplante Verfügung zur Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung bewegen lassen, oder ob sie darüber hinaus auch eine Halbierung der Personalstärke bei der Polizei fordern.

Letzten Endes aber wird die Bundestagswahl am 25. Januar über das Recht des Bürgers und über dessen Pflicht zur Selbstverantwortung entscheiden. Mutet man diese den „Heranwachsenden" nicht mehr zu, die gleichwohl wahlberechtigte Bürger sind, dann lernen diese eben, daß entgegen einem alten Lehrsatz das Verbrechen sich doch auszahlt.

Die „Entkriminalisierung" von Jugendlichen und Heranwachsenden, die der Justizbehörde vorschwebt, ist ein böses Schlagwort, das insgeheim den Gedanken enthält, es sei die Unrechtsordnung der bürgerlichen Gesellschaft, in der es Wohlhabendere und Ärmere gibt, die Verbrechen entstehen läßt beziehungsweise diesen oder jenen in die Verbrecherrolle hetzt, der er dann durch seine erste Verurteilung verhaftet bleibt. Im Sinne des von amerikanischen Kriminalsoziologen eine Zeitlang maßlos überstrapazierten „Labeling approach", nach dem das ihm aufgedrückte Kennzeichen („Label") das Wesen eines Menschen bestimmt, herrscht dabei die Vorstellung, „daß es sich bei der Identifikation eines Straftäters um einen Definitionsprozeß handelt und daß das Resultat dieses Prozesses ein Ausdruck der relativen sozialen Macht der Beteiligten ist".

So gesehen, ist das Individuum ein unschuldiges Opfer der Gesellschaft beziehungsweise des Zufalls, der es von früh auf begünstigen oder benachteiligen kann. Diese sozialistische Idee zielt auf einen Staat der völligen Unfreiheit ab, der sich allerdings als Wohltäter aller und als Garant der Humanität aufspielen würde. Was von einem solchen Staat zu erwarten wäre, hat Goethe im Hinblick auf einige Gedanken Herders in einem Brief aus Neapel am 27. Mai 1787 festgehalten: „Auch muß ich selbst sagen, halt' ich es für wahr, daß die Humanität endlich siegen wird, nur fürcht' ich, daß zu gleicher Zeit die Welt ein großes Hospital und einer des anderen humaner Krankenwärter sein werde." Bis auf gelegentliche Schläge und Diebstähle, versteht sich.

هكذا من الأحلام



Mao ist in den Massen gestorben

Vor zehn Jahren starb Mao Zedong. Er verließ ein Land, das er verändert hatte und das sich nach seinem Tode wieder veränderte.

Von HERBERT KREMP

Wenn einer der bedeutenden Männer Chinas die Zeit verläßt, erklingt aus den Sendern des Landes eine Musik, in der sich reine Endlichkeit klagend dehnt. Die Komposition enthält traditionelle chinesische und bei Mahler und Wagner aufgenommene europäische Elemente. Die Hoffnung des Requiems fehlt, die stundenlange Wiederholung der kurzen Weise, das akustische Kreisrund, erstickt jeden Funken Heroismus in würgender Trauer. Mao Zedong starb, nach offiziellen Angaben, am 9. September 00.10 Ortszeit.

Man benötigte Stunden, um gewisse Reichs-Obliegenheiten und Zeremonien zu ordnen, und schaltete dann erst die tausend Lautsprecher in den Gassen, Straßen und Plätzen der Städte und Dörfer an die rotierende Trauermusik. Sie war die Bestätigung lange anhaltender Gerüchte.

Die Menschen weinten nicht so hemmungslos wie ein dreiviertel Jahr vorher beim Tode des geliebten Premiers Zhou Enlai. Sie erschraken einfach, sie schienen beschwert von dem Gedanken, was nun in China folgen werde. Die Todesstunde des Titans war das Fanal für den offenen Ausbruch des Machtkampfes in der Partei.

Hua empfahl sich als Nachfolger

Mit vier Schriftzeichen, die der siechende Mao Zedong auf ein Blatt Papier gemalt hatte, wies sich der amtierende Ministerpräsident und stellvertretende Parteivorsitzende Hua Guofeng im Politbüro als der auserwählte Nachfolger aus. „Wenn du die Sache in die Hand nimmst, bin ich beruhigt", soll auf dem Zettel gestanden haben, den Hua auf den Tisch legte. Das war die ganze Legitimation, es gab kein schriftliches Testament, keine klare mündliche Verfügung. Wie ein zerbrochenes Mosaik fiel der Auftrag der Macht unter die zerstrittenen Seilschaften der kommunistischen Einheitspartei.

Es sollte bis zum Herbst 1978 dauern, bevor der entscheidende Mann in der Reserve, Deng Xiaoping, die Trümmer der Ära abgeräumt hatte und Chinas neues Grand Design entwerfen konnte. Zwei Jahre Chaos sind nach dem Tode eines Diktators eigentlich ein kurzer Schrecken, die Zeit der Wirren zieht sich oft länger hin.

Gegen den *„Nachfolger"* Hua erhob sich Maos Frau Jiang Qing, die mit einer Gruppe getreuer Kulturrevolutionäre – man nannte sie später einfachheitshalber die Viererbande – das Erbe beanspruchte.

Hua brachte die Armeebefehlshaber und den Prätorianer-General Wang Dongxing, den Chef der Leibgarde Maos, hinter sich, mit den Schwankenden im Politbüro schloß er formell Kompromisse. Am 6. Oktober 1976, knapp einen Monat nach dem Todesfall, nahm Wang die Witwe und ihre schlecht organisierte Truppe fest.

Die Entmachteten wurden aus den Photographien der Beisetzungszeremonien auf dem riesigen Platz vor dem Kaiserpalast gelöscht. Ihnen galt von nun an der entfesselte Haß, der *sich seit 1966, dem Beginn der Kulturrevolution,* gegen Mao angesammelt hatte. Auf den Karikaturen, die überall erschienen, wurden die vier Funktionäre stellvertretend geteert, gefedert und gerädert.

Aus zehnjährigem Abstand betrachtet erscheint der Abgang Maos wie ein gewaltiges Gebirgsbeben, unter dessen Wucht sich das Profil der Landschaft veränderte. China hat sich von der kommunistischen Orthodoxie weiter entfernt als jedes vergleichbare Land. Leistung, Fachwissen, Konkurrenz; die Rückwandlung der Bauernkommunen in Familienbetriebe und das sprungartige Wachstum der Industrie; die Konsum-Stimmung des Booms, Inflation, Handelsdefizit und Korruption: Die explosive Mischung der modernen Welt kennzeichnet seitdem das Leben des 5000 *mal 5000 Kilometer großen Landes.*

Was wäre aus China, was wäre aus Amerika, Europa und Rußland geworden, hätte Mao Zedong nicht von 1949 bis 1976 genau das Gegenteil erzwungen: Hätte er nicht den Aschenregen der Gleichheit über das Reich der Begabungen gesenkt, hätte er die fünfhundert Millionen Menschen, die sich unter seiner Herrschaft verdoppelten, nicht in die Fesseln der Isolation, des Personenkultes, des zelotischen Willens, der ewigen Revolution geschlagen?

Ebenso müßig wie phantasieanregend ist diese Frage. Die Flüsse der Politik hätten sich andere Wege gesucht, was bergab geht, wäre bergauf gegangen. Aber das Wichtigste ist: Vor nur zehn Jahren hätte sich diese Frage in China niemand gestellt.

Aus vagen Zeichen mußte man damals lesen, daß sich ein großer Wandel anbahnte. Im März 1978 war der *Machtkampf zwischen dem „Nachfolger"* Hua Guofeng, der sich als Sohn in der Dynastie des Volkskaisers darstellte, und dem Reformer Deng Xiaoping, der die Öffnung und Modernisierung des Landes anstrebte, noch nicht entschieden. Hua organisierte am Ende des V. Nationalkongresses, des ersten nach Mao und seiner Familie, eine große Demonstration mit Fahnenwäldern, groben Schirmmützen, Kesselpauken auf Eselskarren und langen Fransen an den Transparenten. Hatte er nicht, um die Konkurrenz der Neuerer zu bändigen, von der Wiederholung der Kulturrevolution – in gemessenen Abständen – gesprochen?

Zwei Bilder symbolisierten den Bruch der Zeit

Zehntausende füllten die Prachtstraße, die Mao durch Peking geschlagen hatte, aber eine für die Regie verheerende Spur des Unbeteiligtseins, der Müdigkeit lag auf den Gesichtern. Nicht ein Bild, sondern zwei Bilder, das von Hua und von Mao, wurden über den Köpfen getragen, eine verwirrende Welt. Die Masse marschierte nicht, sie trottete. *Das* war der Bruch der Zeit, in Szene gesetzt.

Am Rande dieser Kluft konnte man erkennen, daß Mao in den Massen gestorben war. Seitdem gelang es den Führern der Vergangenheit nicht mehr, einen Aufmarsch oder Aufruhr zusammenzutrommeln.

Wer war Mao Zedong? Die Widersprüche seiner Person fügten sich zu einer der großen politischen Begabungen des 20. Jahrhunderts. Eine reiche, aber immer noch verwirrende biographische Literatur hat ihn mit Lenin, Stalin, Hitler, Churchill, de Gaulle, den anderen Tätern der Zeit, verglichen, aber die Parabeln hinken, denn die ganze Galerie der Mächtigen hat, mit der einen Ausnahme Hitlers, weniger gewollt und mehr erreicht als er.

Die Einigung Chinas, die Sicherung seiner Unabhängigkeit, seine Transformation in das Zeitalter der Gleichheit, das gesellschaftliche Experiment einer anhaltenden Revolution haben Abermillionen Menschen das Leben gekostet.

Mao neigte zum Soziocid, er betrieb die Ausrottung der Grundbesitzer-Schicht, die im alten China bestimmend war, er wandte sich dann gegen die gefestigten Strukturen und Bollwerke der von ihm geschaffenen Partei, sprengte sie von 1957 an in einem nicht enden wollenden Machtkampf auf und begrüßte jedes Chaos als ersten Schöpfungstag.

Kein Führer der Zeit hat sein Volk so tief unter seinen Willen gezwungen wie Mao Zedong. Pol Pot von Kambodscha und Kim Il Sung von Korea sind an ihm gemessen Epigonen.

Aus diesem Grunde wurde Mao nach seinem Tode einem fortwährenden Prozeß der Teilung unterworfen. 1979 sagte Deng, 70 Prozent an ihm seien schlecht, 30 Prozent seien gut gewesen. Zu jener Zeit teilte man auch die Geschichte seines Lebens auf in die Strecke bis 1957, die Periode der Revolution und Einigung, und in die Strecke bis zum Tod, die Periode der Exzesse.

Aus dem Widerspruch seiner Leistungen *traten dann immer stärker* die Züge des zügellosen Romantikers, des auf dem Pferderücken dichtenden Phantasten, des Sättel kauenden Exzentrikers hervor, der für seine Vision die „Vernunft der Revolution" aufs Spiel setzte, für die Mondgesichte eines Wahns die Existenz des Volkes.

Nun sagte man, er sei gar kein richtiger Marxist gewesen, sondern ein *Nachfolger des Gründerkaisers Shi* Huang Di aus dem dritten Jahrhundert v. Chr., dessen babylonischer Bau am Ende einstürzte. Ein Anarchist also, im übrigen persönlich kalt, bindungsschwach und grausam wie alle manischen Idealisten – mehr als 70 Prozent schlecht und kaum 30 Prozent gut.

Ein Porträt erinnert an den Großen Steuermann

Welch eine Gestalt, wenn alles dies zuträfe. In Peking hängt nur noch ein Porträt Mao Zedongs zur Schau, über dem Eintritt in den Kaiserpalast, dem Tor des Himmlischen Friedens. In der Distanz der Jahre erscheint Mao in der Tat immer mondgesichtiger, immer abstrakter, immer ferner, obwohl sein Ansehen unter diesem Eindruck nicht weiter leidet. Uns will es paradox erscheinen, fast unvorstellbar, daß sich in den Augen der Chinesen das Bild des Revolutionärs und Partisanenführers, des Helden und des Staatsmanns, des Bewegers und Großen Steuermanns langsam wieder festigt.



Restauration eines Bildes FOTO: HERBERT KREMP

Persönlich ist man ihn los, unpersönlich kann man ihn würdigen, kann man sogar stolz auf ihn sein, kann man das Furchtbare an ihm übersehen, das man in Asien ohnehin schneller vergißt als auf dem Rest der Erdteile.

Hat der Soldat nicht gelehrt, wie der Schwächere den Stärkeren besiegt? Hat er nicht den Imperialismus der Sowjetunion rechtzeitig durchschaut? Hat er nicht die Verbindung zu den USA hergestellt, als die Amerikaner für Vietnam eine Kompensation auf dem asiatischen Festland suchten? Wollte er nicht die kleinen Verhältnisse des Landes durch große Sprünge überwinden? Es gibt in China eine Ernüchterung der Kritik, eine Neuordnung der Geschichte, eine Nostalgie derjenigen, die der Boom, die Entfesselung der Individualität und des Gewinnstrebens gleicher machten als die Ungleichen.

Ein Zurück zu Mao jedoch gibt es *nicht, sein Gebirgsprofil verbaut die* Reprise. Ob das sich langsam glättende Geschichtsbild eine Gefahr für die Nachfolger des Reformers Deng darstellt, vermag niemand zu sagen. Der westliche Betrachter kommt zu dem Ergebnis, daß die Ära Mao Zedong die Machtgewichte in der Welt zu Ungunsten der Russen verschoben hat.

Die Kulturrevolution des Volkskaisers, die zeitweilig in den Köpfen der westlichen Jugend wetterleuchtete, verlor durch die weltpolitische Wende Maos und durch schieren Begriffsverschleiß ihre Verführungskraft und ihren Charme. Im Ergebnis braucht die freie Welt mit Mao Zedong nicht unzufrieden zu sein.

Mit dem Propeller gegen die Düse

Von ANATOL JOHANSEN

Ein Luftkampf, der mit „Türkensäbeln" ausgefochten wird, könnte die Luftfahrt bis zum Ende des Jahrhunderts bestimmen. Das zeichnet sich auf der Internationalen Luftfahrtschau in Farnborough, 60 km südwestlich von London, ab, das in dieser Woche mit rund 600 Ausstellern aus aller Welt und 150 Flugzeugen zum 27. Mal zum Mekka der Weltluftfahrt geworden ist.

Ausgerechnet die Firma, die sich zu Beginn des Düsenflugverkehrs mit dem ersten in großer Stückzahl eingeführten Passagierjet zum größten Flugzeugproduzenten der westlichen Welt (mehr als 50 Prozent Marktanteil) aufgeschwungen hat, die Boeing Aircraft Comp., bereitet jetzt auch die Einführung eines neuartigen Flugzeugantriebes vor, der den Weltluftverkehr erneut revolutionieren könnte. Doch es geht nicht etwa um noch exotischere Düsenmotoren oder neue Treibstoffe, sondern es geht um eine Rückkehr zum Propeller.

Schon in den vierziger Jahren hatten Luftfahrtingenieure in Deutschland darauf hingewiesen, daß Propeller mit stark gekrümmten Blättern („Türkensäbel") höhere Fluggeschwindigkeiten erlauben würden als die seit Beginn der Luftfahrt benützten graden Propellerblätter. Doch seinerzeit gab es die Technologie und jene Verbundwerkstoffe noch nicht, um jene breiten, gekrümmten und vergleichsweise sehr hoch belasteten und schnell drehenden Propeller mit einer ausreichenden Lebensdauer zu bauen.

Die enorme Erhöhung der Treibstoffpreise in den siebziger Jahren führte dann jedoch dazu, daß man sich in aller Welt auf die gekrümmten Propeller und ihre Möglichkeiten zurückbesann. Man wußte, daß man mit derartigen Luftschrauben genau wie mit den Düsenmotoren heutiger Passagierjets nicht nur 70, 80 oder gar mehr Prozent der Schallgeschwindigkeit erreichen kann, sondern – gegenüber den heute üblichen Jetmotoren – auch Treibstoffersparnisse von 30 und mehr Prozent. Das aber ist heute bei dem außerordentlich harten Konkurrenzkampf der Luftverkehrsgesellschaften ein durchschlagendes und sehr wichtiges Argument.

In den letzten Jahren haben daher praktisch alle großen Flugmotorenhersteller der westlichen Welt Forschungsprogramme zum Bau der neuartigen Antriebe begonnen. Einer der größten unter ihnen, die amerikanische Firma General Electric, hat jetzt offenbar das Rennen um die Herstellung des ersten sogenannten Propfan (Propeller-Fan) gewonnen.

Wenige Tage vor dem Beginn der Luftfahrtschau hängte sie das neue Propellertriebwerk an eine dreimotorige Boeing 727, der für diesen Versuch einer ihrer drei Motoren ausgebaut worden war. An seiner Stelle hatte man auf der Steuerbordseite der Maschine den Propfan installiert. Am 20. August startete die Maschine dann zum Testflug über der kalifornischen Mojave-Wüste, stieg auf etwa 7000 Meter, erreichte eine Fluggeschwindigkeit von 550 km pro Stunde und blieb länger als eine Stunde in der Luft.

Dennoch wird es noch eine Reihe *von Jahren dauern, bis der neue An*trieb serienreif ist. 1992 aber soll es soweit sein. Dann will Boeing eine völlig neue Maschine, die 150sitzige Boeing 7J7, mit dem Propfan ausrüsten.

Über die erwarteten Treibstoffersparnisse sagte Boeing in Farnborough, die direkten Betriebskosten, die nicht nur den Treibstoffverbrauch beinhalten, würden bei der Boeing *7J7 mit Propfan um zehn Prozent* niedriger liegen als bei den modernsten 1992 verfügbaren Jets mit herkömmlichen Motoren.

Haiti – wenn der Wald vernichtet wird, stirbt das Land

Haiti, dem ärmsten Land Lateinamerikas, droht Hunger FOTO: AP

Überall in der Dritten Welt wird der Wald abgeholzt, verfeuert. Das Beispiel Haiti zeigt: Dem Kahlschlag folgt das Elend.

Von WERNER THOMAS

Port-au-Prince, Anfang September. Es wimmelt von ausgemer*gelten Menschen. Die staubigen* oder schlammigen Straßen – den jeweiligen Zustand bestimmt die Jahreszeit – sind total verstopft. Zwischen den überfüllten Bussen und den überladenen Lastern irren streunende Hunde. Schweine wühlen in Müllhalden, dazwischen Ratten. Vor den schäbigen Holzhütten spielen nackte Kinder mit aufgeblähten Bäuchen.

Nicht alle Einwohner haben ein Dach über dem Kopf: Geburt und Tod finden im Freien statt. Insekten schwirren durch die stinkende Luft. Es gibt weder fließendes Wasser noch einen Kanalisationsanschluß. La Saline, nahe der malerischen Bucht von Port-au-Prince gelegen, zählt zu den dramatischsten Beispielen der Armut auf dem amerikanischen Kontinent.

Niemand weiß, wie viele Haitianer *in dieser Slumregion leben. Man weiß* nur, daß sie unkontrolliert wächst und daß es schon Hunderttausende sind. François „Papa Doc" Duvalier, der frühere Diktator, hatte den Schandfleck einmal anzünden lassen. Die Vertriebenen kehrten aber bald zurück.

La Saline symbolisiert den tragischen Verelendungsprozeß der karibischen Nation, den viele Beobachter weniger mit politischen als mit ökologischen Entwicklungen in Verbindung bringen, denn in Haiti wurde die Umwelt systematisch zerstört.

Ein amerikanischer Entwicklungshelfer, Geologe von Beruf, sagt: „Haiti kann ein karibisches Äthiopien werden." Was heißt: Hungerkatastrophe. Ein Studienbericht der Washingtoner Entwicklungshilfebehörde „usaid" prophezeite bereits im Jahr 1980 eine „apokalyptische Zukunft".

Ein Flug über die Insel vermittelt einen Eindruck von dieser Problematik. Unten liegen kahle Berge, die einer Kraterlandschaft gleichen. Grüne Flecken und Waldgebiete sind so selten geworden, daß sie auffallen. Wenn die Maschine von Port-au-Prince in Richtung Dominikanische Republik fliegt, weiß man, wann der Nachbarstaat beginnt – dort nämlich, wo die üppige Vegetation anfängt. Haiti, *sechs Millionen Menschen, 27 750* Quadratkilometer (so groß etwa wie Hessen), ist die ärmste Nation Amerikas. 80 Prozent der Bevölkerung verdienen weniger als umgerechnet 205 Mark im Jahr. 75 Prozent können weder lesen noch schreiben. 70 Prozent besitzen keinen festen Arbeitsplatz. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 52 Jahre. Darm- und Infektionskrankheiten gehören zu den häufigsten Todesursachen.

Emmanuel Constant, der Bischof *von Gonaives, einer Hungerregion,* betonte: „Die Situation wird immer schlimmer." Das Elend hängt unter anderem mit der Verkarstung der Insel zusammen. „Kein anderes Land der westlichen Hemisphäre hat einen geringeren Baumbestand", berichtet die Geologin Camille Gaskin-Reyes von der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Washington, die gerade einen Untersuchungsbericht *veröffentlichte. Die optimistischsten* Schätzungen sprechen von maximal zehn Prozent.

Die Insel taumelt in einem „Teufelskreis der Unterentwicklung" (Gaskin-Reyes), der auch vielen anderen Staaten der Dritten Welt droht. Die Armut zwingt zur Rodung, denn Holz ist die wichtigste Energiequelle Haitis. Es dient als Brennstoff und Heizungsmaterial.

In Lateinamerika und der Karibik werden 80 Prozent des jährlich verbrauchten Holzes zum Kochen verwendet. Ein großer Teil der Landbevölkerung lebt vom Verkauf der Holzkohle, der Rest wird zum Bauen benötigt.

Viele Haitianer roden aber auch, um neue Agrarflächen zu gewinnen. „Die Folgen waren verheerend", urteilt der amerikanische Anthropologe Gerald Murray (University of Massachusetts), einer der besten Kenner der haitianischen Misere. Die Regenzeit, nach der sich die Menschen sonst immer gesehnt hatten, verwandelt sich in eine Periode der Katastrophen. Von den kahlen Bergen rollen vernichtende Schlammlawinen. Nicht nur die Landwirtschaft leidet darunter, weil der Boden weggespült wird, auch die Städte.

Port-au-Prince erlebt Jahr für Jahr gewaltige Überschwemmungen, obwohl es weniger regnet. Ökologen glauben, daß die Verkarstung Haitis bereits verhängnisvolle klimatische Veränderungen bewirkt hat: Die Niederschläge nehmen ab, das Land trocknet aus. Ein Teufelskreis, denn die Leute fliehen in die Städte, weil sie hungern. Die Hauptstadt ist in den letzten Jahren zu einer chaotischen Metropole von eineinhalb bis zwei Millionen Einwohner angeschwollen. Ein Heer von Bettlern durchstreift die Straßen.

Wie schnell die negative Entwicklung fortschreitet, zeigt ein Rückblick: Der radikale Kahlschlag hat erst Anfang der fünfziger Jahre begonnen, noch bevor die Duvaliers die Macht übernahmen. Als Columbus 1492 die Insel entdeckte – sein Denkmal steht wenige hundert Meter von La Saline entfernt –, bewunderte er die „mit Tausenden Arten von Bäumen bewachsenen Berge". Noch im 18. Jahrhundert war es die reichste Kolonie Frankreichs. Steht jetzt dem Land eine apokalyptische Zukunft bevor?

Die Geologin Gaskin-Reyes und der Anthropologe Murray wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben. Sie setzen auf internationale Hilfemaßnahmen. In den letzten Jahren wur*den so 15 Millionen Bäume gepflanzt.* Gerald Murray, der weiß, daß die meisten haitianischen Bauern Bäume aus kommerziellen Erwägungen roden, empfahl deshalb die Finanzierung von Baumplantagen, damit die Bauern fremde Waldgebiete verschonen. Der ehemalige dominikanische Finanzminister Bolivar Baez, heute einer der bedeutendsten Entwicklungsexperten der karibischen Region, *schwärmte:* „Eine der besten Ideen seit langer Zeit. Der Bauer wird zum Freund des Baumes erzogen, nicht zum Feind."

Immer weniger Abiturienten wollen studieren

dpa, Wiesbaden

Jeder sechste Abiturient will auf ein Studium verzichten. Unter den Frauen nimmt sogar jede vierte Abstand von der Hochschule. Hingegen spricht sich bei den Männern jeder zehnte gegen eine akademische Ausbildung aus, teilte gestern das Statistische Bundesamt mit. Vor 15 Jahren verzichtete nur jeder 24. Abiturient auf ein Studium. Die Statistiker hatten im vergangenen Schuljahr 263 500 Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt.

Nahezu die Hälfte (47 Prozent) der Schulabgänger ohne Studienneigung bevorzugt eine Arbeit im Bereich Handel, Verwaltung und Verkehr: Ausbildungsberufe wie Bank-, Industrie- und Versicherungskaufmann stehen ganz oben auf der Wunschliste.

Haftbefehl gegen Libanesen aufgehoben

D. D. Berlin

Die Haftbefehle gegen drei Libanesen sind aufgehoben worden. Sie wa-

ren am 20. August unter dem Verdacht festgenommen worden, einen Sprengstoffanschlag geplant zu haben. Zwei der Männer waren einen Tag vorher über Ost-Berlin in den Westteil der Stadt eingereist. Der dritte lebt schon seit mehreren Jahren in Berlin.

Kameruns Präsident zu Besuch in Berlin

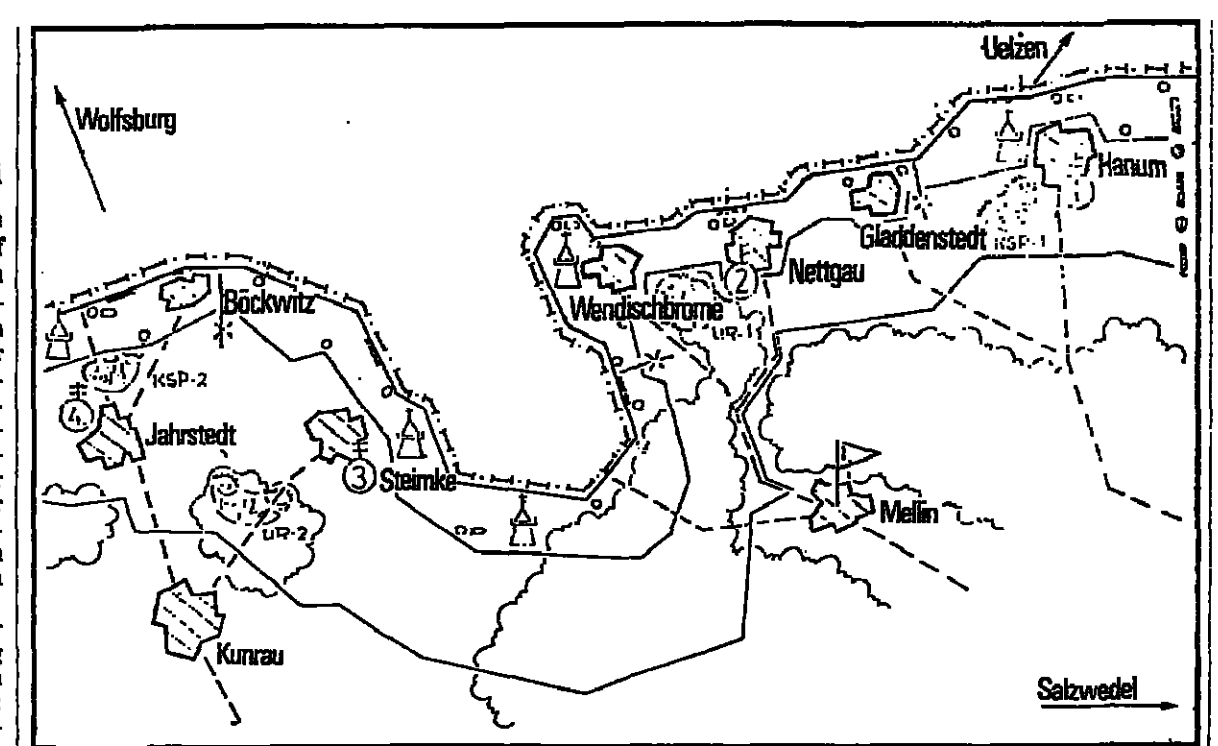
dpa, Berlin

Der Präsident der afrikanischen Republik Kamerun, Paul Biya, ist gestern zu einem Besuch in Berlin eingetroffen. Im Schloß Charlottenburg sagte Biya, es sei sein tiefer Wunsch, daß das deutsche Volk eines Tages sein höchstes Ziel, die nationale Einheit, erreichen möge.

Rechnungshof rügt Mißstände beim SDR

gü. Stuttgart

Der baden-württembergische Rechnungshof hat es als „vordringliche Aufgabe" des Süddeutschen Rundfunks (SDR) bezeichnet, „Maßnahmen zur Dämpfung der Personalkosten" zu ergreifen. Im Bericht über die erste Rundfunkprüfung in Stuttgart deckt die Kontrollbehörde eine Reihe von „Mißständen" im Haushaltsgebahren auf.



Mit dieser Skizze informierte der geflohene „DDR"-Oberstleutnant Dietmar Mann über Stützpunkte und Einsätze des an der Grenze zu Niedersachsen stationierten Bataillons seines Grenzregiments 24.

Die Grenzkompanien werden zum ‚handstreichartigen Handeln' gedrillt

Spähtrupps auf bundesdeutschem Boden / Bericht des „DDR"-Oberstleutnants Mann

WERNER KAHL, Bonn

Auf Generalstabskarten studieren gegenwärtig Militärs der Bundeswehr, Kommandeure des Bundesgrenzschutzes sowie Experten des Bundesnachrichtendienstes (BND) brandheiße Lageskizzen des in den Westen übergetretenen „DDR"-Oberstleutnants Dietmar Mann. Der hohe Offizier war am vergangenen Sonntagnachmittag durch eine Schleuse über den Todesstreifen nach Niedersachsen geflüchtet (die WELT vom 2. 9. 86).

In der streng abgeschirmten BND-Zentrale in Pullach bei München vermitteln die Aussagen des 38jährigen Überläufers nicht nur ein aktuelles Situationsbild der tief gestaffelten Sperren und Bunker im Hinterland der innerdeutschen Grenze; von dem ehemaligen Kommandeur erwarten Abwehrexperten auch Aufklärung über Vorgänge in den Streitkräften der „DDR" und der Sowjet-Armee. Hinzu kommen Kenntnisse über bisher kaum bekanntgewordene Vorstöße von „DDR"-Spähtrupps tief auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Vorbereitung von Sabotageaktionen in Spannungszeiten.

Aus den Aussagen des Flüchtlings gewinnen Beobachter den Eindruck, daß weite Gebietsstreifen in 1,5 bis drei Kilometer Entfernung von den Grenzsperren zunehmend verbunkert werden. Dazu werden getarnte Gräben für Posten angelegt, die mit der Panzerbüchse RPG 7, einem sowjetischen Raketenmodell, Fluchtversuche von „DDR"-Panzerfahrern und Lastwagenchauffeuren verhindern sollen. Mit einer sowjetischen RPG 7 hatte die linksterroristische „Rote Armee Fraktion" (RAF) auch auf den US-General Fredrick Kroesen in Heidelberg geschossen.

Bis zu seiner Flucht war Dietmar Mann Kommandeur des 3. Bataillons des Grenzregiments 24. Der Einsatzraum des Bataillons liegt gegenüber dem niedersächsischen Grenzdreieck Wolfsburg–Gifhorn–Uelzen (siehe Skizze). Der Regimentsstab befindet sich in Salzwedel, einer Kleinstadt elf Kilometer vom niedersächsischen Grenzübergang Bergen an der Bundesstraße 71 nach Uelzen gelegen.

Das Bataillon gehört zum „DDR"-Grenzkommando Nord, das für den Abschnitt zwischen der Lübecker Bucht und nördlich Nordhausen (Harz) eingesetzt ist. Diesem Nord-Kommando unterstehen sechs Grenzregimenter: Regiment 6 (Befehlsstelle Schönberg/Mecklenburg), Regiment 8 (Grabow/Mecklenburg), dem die Elbeüberwachung obliegt, ferner die Regimenter 24 (Salzwedel), 23 (Kalbe/Milde), 25 (Oschersleben) und das Regiment 20 (Halberstadt).

Unter besonderer Geheimhaltung steht eine Luftflotte von Kampfhubschraubern des sowjetischen Typs MI 24 in Salzwedel. Dort stationierte Helikopter verletzten in den vergangenen Monaten bei Flügen über die Demarkationslinie hinaus wiederholt westdeutschen Luftraum.

Der ehemalige Bataillonschef bestätigte dem Vernehmen nach Aussagen vor ihm geflüchteter Soldaten, daß die Ausbildung darauf abgerichtet ist, „aus nächster Nähe anzugreifen", um dem Gegner kaum eine Möglichkeit zur organisierten Abwehr und zur Heranführung von Reserven zu lassen. Die Kompanien werden „zum handstreichartigen Handeln" gedrillt. „Sturmgruppen" üben im Hinterland Einnahme, Besetzen und Halten von Brücken, Verkehrsknotenpunkten, Sicherheitsanlagen sowie Höhenzügen.

Bevor der Kommandant des 3. Bataillons flüchtete, kündigte die Ostberliner Führung eine neue Ordensserie an. Die Vorgesetzten wurden aufgefordert, „Heldentaten" von Genossen zu melden. Der Politoffizier des Bataillons dürfte beim Medaillensegen leer ausgehen. Seine Aufgabe blieb unerfüllt: den Kommandeur stets unter Kontrolle zu haben.

Zwei ohne Parteibuch

Perschau präsentiert CDU-Schattenkabinett in Hamburg

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Als eine „leistungsfähige Mannschaft, die Hamburg von unten wieder nach oben bringen soll", hat der Bürgermeisterkandidat der CDU, Hartmut Perschau, gestern sein „Schattenkabinett" vorgestellt. Die Senatsriege der Union besteht aus zwölf Mitgliedern. Zwei von ihnen, die Juristin Helga Stödter und der Frankfurter Pharmazie-Wissenschaftler Herbert Ölschläger, sind parteilos.

Vor wenigen Tagen war bereits – wie berichtet – das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Eckart van Hooven, als Wirtschaftssenator einer CDU-Landesregierung nominiert worden. Van Hooven ist bis nach der Wahl von seinem Amt in der Deutschen Bank entpflichtet worden.

Schlüsselpositionen in der Regierungs-Mannschaft nehmen zwei gestandene Unionspolitiker ein: Jürgen Echternach (48), seit zwölf Jahren Landesvorsitzender der hanseatischen Christdemokraten, soll das Finanzressort übernehmen, Martin Willich (41), stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaft, ist für die Leitung der Innenbehörde vorgesehen. Der Jurist Willich, Vorstandsvorsitzender von „Studio Hamburg", soll sowohl für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit in Hamburg sorgen als auch die steckengebliebene Verwaltungs- und Bezirksreform vorantreiben. Der Bürgerschaftsabgeordnete Klaus Lattmann soll das Kultur-Ressort, sein Kollege Roland Salchow die Umweltbehörde, die Abgeordnete Ingeborg Knipper die Schulbehörde, ihr Kollege Karl-Heinz Ehlers die Baubehörde und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Fridtjof Kelber, das Ressort Jugend und soziale Dienste leiten. Der Bundestagsabgeordnete Dirk Fischer wurde für die Hamburg-Vertretung in Bonn nominiert.

Die parteilose Helga Stödter, Ehrenvorsitzende des Verbandes alleinstehender Mütter und Väter, soll im Falle eines CDU-Wahlsieges an die Spitze der Justizbehörde treten. Professor Ölschläger, Direktor des Instituts für Pharmazeutische Chemie der Universität Frankfurt, soll die Leitung einer neugeschnittenen Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gesundheit übernehmen.

Bonn verstärkt Strahlenschutz

D. G. Bonn

Als direkte Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat die Bundesregierung gestern beschlossen, die Kompetenzen für eine einheitliche Strahlungsüberwachung, optimalen Strahlenschutz und die Festlegung von Grenzwerten beim Bund zusammenzufassen. Wie Umweltminister Walter Wallmann nach der Kabinettsitzung mitteilte, werden außerdem die im Betrieb und im Bau befindlichen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik entsprechend den Erkenntnissen aus dem Reaktorunfall auf ihren Sicherheitsstandard und auf sicherheitstechnische Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüft. Aufträge für dieses Programm wurden bereits erteilt. Wie Wallmann bereits in einem WELT-Interview am 14. August angekündigt hatte, strebt die Bundesregierung EG-einheitliche Höchstwerte der Strahlenbelastung an. Daher sei es jetzt noch zu früh, um Grenzwerte in einem deutschen Gesetz festzuschreiben. Wallmann kündigte gestern an, er werde demnächst zu Gesprächen über Strahlenschutz und Reaktorsicherheit in die Sowjetunion und in die CSSR reisen.

Im „DDR"-Reiseverkehr Verdoppelung erwartet

Staatssekretär Hennig weist Büchlers Vorwürfe zurück

DIETHART GOOS, Bonn

In ungewöhnlich massiver Form hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), die Aufforderung des SPD-Politikers Hans Büchler zurückgewiesen, mit wirtschaftlichem Entgegenkommen die „DDR" zu Gegenleistungen etwa bei der Asylpolitik zu bewegen. In einem WELT-Gespräch nannte Hennig gestern die Vorschläge des SPD-Obmanns im innerdeutschen Ausschuß „absolut unsinnig".

Der Staatssekretär sprach von einem „grotesken Verhalten" des SPD-Politikers und fügte hinzu: „Er nützt damit der DDR und behindert unsere Beziehungen." Wirtschaftliche und finanzielle Angebote gegenüber Ost-Berlin zu machen sei nichts anderes als eine „Aufforderung an die DDR, sich zusätzlich und auch auf anderen Feldern uns gegenüber unfreundlich zu verhalten mit dem Hintergedanken, daß die Bundesregierung durch einen Milliardenkredit die Probleme dann wieder vom Tisch räumen kann". Hennig fügte hinzu: „Büchler muß sich fragen lassen, ob er damit im Interesse der von ihm vertretenen Wähler handelt oder nicht eindeutig im Interesse der anderen Seite. Ich glaube, das letztere ist richtig." Der Staatssekretär ergänzte: „Man muß die Sache wieder auf die Füße stellen. Die DDR verhält sich unfreundlich uns gegenüber, sie wirft damit Schatten auf die innerdeutschen Beziehungen. Sie muß diese Schatten beseitigen und ihr unfreundliches Verhalten aufgeben."

Gleichzeitig sprach Hennig von Spekulationen, die „DDR" könnte nach den Honecker-Äußerungen bei Eröffnung der Leipziger Herbstmesse zum Einlenken in der Asylantenfrage bereit sein. „Wir können bisher leider nicht bestätigen, daß sich die DDR bewegt. Wir sind aber außerordentlich daran interessiert, daß sie das bald tut, und zwar unabhängig von wirtschaftlichen Gegenleistungen. Die DDR muß dieses bewußt geschaffene Schlupfloch an der innerstädtischen Grenze in Berlin schließen und sich so verhalten, wie sie sich auch sonst verhält, nämlich nur Transitreisende durchzulassen, die ein Ziellandvisum haben."

Zu den scharfen Angriffen des SPD-Politikers Büchler auf das innerdeutsche Ministerium erklärte der Staatssekretär: „Herr Büchler wird in seiner eigenen Partei nicht sonderlich ernst genommen, und deshalb soll man das nicht überbewerten." Hennig fügte hinzu: „Man muß einfach auf die Fakten verweisen. Wir haben vor einigen Wochen unsere Halbjahresbilanz vorgelegt, die außerordentlich erfolgreich ist. Wenn die Dinge weiter gut laufen, wird es uns möglich sein, innerhalb eines Jahres – das muß man sich mal vorstellen – beide Kernpunkte der innerdeutschen Politik, nämlich Kultur und Umweltschutz, mit zwei wichtigen Rahmenabkommen voranzubringen. Das Kulturabkommen ist bereits unterzeichnet, beim Umweltschutz sind wir im absoluten Endspurt. Und da nun zu sagen, es ginge von uns keine Initiative aus und ähnliche Töne mehr, ist absolut lächerlich."

Entschieden wies Staatssekretär Hennig im Gespräch mit der WELT auch den Vorwurf Büchlers zurück, sein Haus sei ein „Behinderungsministerium". „Dem muß man entgegenhalten, daß wir beispielsweise beim Reiseverkehr auf allen Sektoren Rekordzahlen erreicht haben." Hennig nannte als Beispiel die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten. „Das ganze Jahr 1985 waren es 66 000 Reisende. Ende Juli dieses Jahres waren wir schon bei 107 000. Das heißt, wir werden 1986 mehr als eine Verdoppelung erreichen."

Hat sich Späth mit dem Großrechner verrechnet?

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Vom Herbst dieses Jahres an wird die Universität Stuttgart über das leistungsfähigste Rechenzentrum des Kontinents verfügen. Zu danken ist's Ministerpräsident Lothar Späth, der höchstpersönlich dafür sorgte, daß die Hochschule zu ihrem drei Jahre alten Höchstleistungs-Computer „Cray 1 M" nun auch den perfektionierten Nachfolgetyp „Cray 2" bekommt. Kostenpunkt: 21 624 960 US-Dollar. Späth feierte die Anschaffung als wichtigen Innovationssprung der Forschungsinfrastruktur Baden-Württembergs. Nun aber hat der Landesrechnungshof leise Zweifel am Sinn der Investition angemeldet. Grund: Schon der Vorgänger des teuersten Rechners der Welt litt unter mangelhafter Auslastung. So brachte es die Universität selbst im Prüfungsjahr 1984 nur auf ein Drittel der erwarteten Betriebsstunden. Und statt 10 Millionen Mark kamen aus industriellen Fremdaufträgen nur52 000 Mark herein. „Erhebliche Finanzierungsprobleme" waren laut Rechnungshof die Folge dieser Fehlkalkulation. Anders ausgedrückt: „Cray 1 M" wurde zum Faß ohne Boden.

Dennoch fädelte Ministerpräsident Späth Mitte 1985 bei einem Besuch in den USA den Kauf des Nachfolgemodells „Cray 2" ein. Es war damit die bisher teuerste Auslandsreise des Regierungschefs: Per Nachtragshaushalt mußte der Landtag Ende 1985 für den Computer und eine Reihe notwendiger Nebeninvestitionen 81,5 Millionen Mark bewilligen. Aber nicht nur in der Landesverwaltung löste die einsame Entscheidung Lothar Späths damals Kopfschütteln aus. Auch der Wissenschaftsrat des Bundes stellte fest, daß „die für Stuttgart gewählte Konfiguration", von der es weltweit erst zwei Ausführungen gibt, „nicht in jeder Hinsicht durch die aktuellen Anforderungen zwingend begründet" erscheine. Außerdem sei vor Abschluß des Kaufvertrags keine wissenschaftliche Bedarfsanalyse vorgenommen worden. Konsequenz: Der Bund wird deutlich weniger als die üblichen 50 Prozent der Investitionskosten zuschießen. Vor diesem Hintergrund spricht der Landesrechnungshof in seiner gestern veröffentlichten Denkschrift zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes von einer „problematischen Anschaffung".

Aber damit nicht genug. Auch der Plan der Landesregierung, den alten Vektorrechner zu behalten und per Standleitung mit der Universität Freiburg zu verbinden, stößt bei den Karlsruher Kontrolleuren auf „erhebliche Bedenken". Präsident Otto Rundel wörtlich: „Der Rechnungshof sieht für die Weiterverwendung von ‚Cray 1' keinen Bedarf."

Der Landesregierung wird daher dringend empfohlen, den überflüssigen Großrechner, der jährlich 2,5 Millionen Mark Betriebskosten verschlingen würde, „an eine wissenschaftliche Institution außerhalb des Landes" zu verkaufen oder der Herstellerfirma zurückzugeben. Mit der Rückgabe ist das aber so eine Sache: Bis zum 1. April 1986 galt eine Rückkaufgarantie zum Preis von 4,5 Millionen Mark. Das Wissenschaftsministerium hatte jedoch diese Option ungenutzt aus der Hand gegeben.

Das alles freilich ändert nicht den Lauf der Dinge: Am kommenden Montag trifft „Cray 2" in Stuttgart ein. Dann kann die wertvolle Fracht installiert werden. Und eine Option für den Kauf eines späteren „Cray 3" hat das Land auch schon.

Ost-Berlin beharrt auf alten Formeln

hrk. Leipzig

15 Jahre nach der Unterzeichnung des Viermächteabkommens durch die vier Siegermächte hält die „DDR" offenbar an der Dreistaatentheorie fest. Die SED-Führung will West-Berlin auch weiterhin als gleichsam dritten deutschen Staat behandeln und drängt dabei auf offizielle „Beziehungen zur DDR". Berlin brauche „gute Beziehungen zu seiner sozialistischen Umwelt", hieß es im „Neuen Deutschland". Noch im September 1983 hatten sich der damalige Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker und SED-Chef Erich Honecker auf das Wort „Verhältnis" statt „Beziehungen" geeinigt.

Über das Viermächteabkommen heißt es, die Unterzeichnerstaaten hätten vor 15 Jahren „völkerrechtlich verbindlich bekräftigt", daß Berlin (West) „kein Bestandteil der BRD ist und auch künftig von ihr nicht regiert werden darf". In Wahrheit lautet der Passus jedoch, die Westsektoren würden, „wie bisher, auch weiterhin" nicht von der Bundesrepublik regiert.

Der Kern des Abkommens besagt, daß in dem „betroffenen Gebiet" – nämlich Groß-Berlin einschließlich des Ostsektors – die Lage „nicht einseitig" verändert werden darf – folglich auch nicht zu Lasten des Westens, was die „DDR" aber zur Zeit durch die fehlende Zusammenarbeit in der Asylfrage versucht.

Hauff für Börner im Gespräch

DW. Bonn

Als Nachfolger für den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner ist der SPD-Politiker Volker Hauff im Gespräch. Zuvor waren aus SPD-Kreisen Informationen bekannt geworden, nach denen Börner zur Hälfte der nächsten Legislaturperiode sein Amt in Wiesbaden aufgeben wolle, um möglicherweise den Vorsitz der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zu übernehmen (WELT v. 2. 9.).

Weizsäcker warnt vor Schuldenkrise

dpa. Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat zur Eröffnung der Berliner Messe „Partner des Fortschritts" vor den großen Gefahren gewarnt, die sich aus der gewaltigen Verschuldung einiger Länder der Dritten Welt ergeben könnten. Den Entwicklungsländern müsse ein höherer Anteil an den Märkten der Industrieländer eingeräumt werden.

Mit 23 Pässen für Iraner erwischt

AP. Kopenhagen

Ein freiberuflich tätiger Journalist aus der Bundesrepublik ist bei der Einreise nach Dänemark festgenommen worden, weil er 23 iranische Reisepässe bei sich führte. Wie die Polizei in Nakskov mitteilte, wird der Mann der Beihilfe zur illegalen Einreise beschuldigt. Die Inhaber der Pässe, eine Gruppe iranischer Flüchtlinge, darunter Kinder, befanden sich mit auf der Fähre. Die Iraner haben um politisches Asyl in Dänemark nachgesucht.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Chiles militante Linke erhält massive Ost-Hilfe

Nach Waffenfunden warnt Pinochet vor Guerrilla-Krieg

WERNER THOMAS, Miami

Es vergeht kein Tag ohne Bombenexplosionen in Chile; im vergangenen Jahr wurden fast 900 registriert. Die Attentatsversuche nehmen zu. Ende August ist der deutschstämmige Oberst Mario Häberle kurze Zeit entführt worden. Als die Sicherheitskräfte in den letzten Wochen 80 Tonnen Waffen entdeckten, mit denen eine Partisanenarmee von 20 000 Mann hätte ausgerüstet werden können, erklärte General Augusto Pinochet: „Ich bitte die Zweifler, ihre Augen für die Realitäten zu öffnen. Diese Leute bereiten einen direkten Guerrilla-Krieg vor."

Die „Patriotische Front Manuel Rodriguez" (FPMR) eskaliert ihren Kampf gegen das chilenische Militärregime. Die FPMR, nach einem Freiheitshelden und späteren Mitbegründer der Kommunistischen Partei benannt, existiert seit knapp drei Jahren. Die ersten Aktionen ereigneten sich im November 1983. Damals wurden terroristische Operationen lediglich mit der bereits 1966 entstandenen „Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR) in Verbindung gebracht.

Nicht nur die Pinochet-Regierung, auch neutrale Beobachter behaupten, daß hinter den Rodriguez-Rebellen Chiles Kommunistische Partei und mächtige ausländische Helfer stehen, die Sowjetunion und Kuba. Deshalb sei die Gruppe heute schlagkräftiger als die MIR, die aus dem marxistischen Flügel der sozialistischen Partei hervorgegangen ist. Obgleich sich die Guerrilleros bisher nie offen zur KP bekannten, werden sie von dem Kommunistenführer Luis Corvalan als „unsere Brüder" bezeichnet. Corvalan lebt im Moskauer Exil.

In Kuba ausgebildet

Von chilenischen Sicherheitskräften ist zu erfahren, daß sowjetische und kubanische Fischkutter die konfiszierten Waffen in den Südpazifik transportiert hätten. Dort seien sie dann mit Schlauchbooten zur Küste gebracht worden. Der größte Teil des militärischen Materials stammte aus dem Ostblock. Die amerikanischen M-16-Gewehre stammen wahrscheinlich aus dem Vietnamkrieg.

Italo Moya Escanilla, einer der 21 im Zusammenhang mit den Waffenfunden festgenommenen Männer, berichtete über eine militärische Ausbildung in Kuba. Verteidigungsminister Patricio Carvajal vermutet, daß fast alle Mitglieder der Guerrilla-Organisation in Kuba oder anderen kommunistischen Ländern gedrillt wurden. Auch Nicaragua leistet angeblich Hilfe. Informationen der Zeitung „El Mercurio" zufolge wollte die Patriotische Front in den nächsten Wochen ihren Kampf ausweiten – von terroristischen Aktionen zum offenen Guerrilla-Krieg.

Washington alarmiert

Im Gegensatz zur MIR, die unter dem Kommando des zwischen Havana und Managua pendelnden Allende-Neffen Andres Pascal Allende steht, blieb die Führung der Manuel-Rodriguez-Gruppe unbekannt. Niemand kennt die genaue Zahl der Aktivisten. Die Schätzungen reichen von einigen hundert Leuten bis 2000. Die Regierung veröffentlichte lediglich eine Statistik der bisherigen Kriegsopfer. Danach kamen in den letzten drei Jahren 280 Menschen ums Leben, unter ihnen 48 Soldaten und Polizisten.

Die Proteste des Pinochet-Regimes vergangene Woche bei den Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wegen der Waffenfunde haben weitere Alarmsignale in Washington ausgelöst. Die Reagan-Regierung verfolgt seit Monaten die Chile-Krise mit großer Sorge. Geheimdienstkreise in Washington bestätigten die Nachrichten aus Santiago, daß die marxistischen Guerrilleros heute eine massive Unterstützung des Ostblocks erhalten. Chile stehe auf der Destabilisierungsliste des internationalen Kommunismus ganz oben.

Die Amerikaner ziehen jedoch aus diesen Entwicklungen andere Schlußfolgerungen als General Pinochet: Das Land müsse schnell zu demokratischen Verhältnissen zurückkehren. Federico Willoughby, der erste Pressesprecher der Pinochet-Regierung, der heute die konservative „Bewegung der Nationalen Aktion" führt, urteilt ähnlich: „Je länger die Militärs an der Macht bleiben, desto besser sind die Chancen der gewalttätigen Linken." Sie sieht in der Tat wieder eine Chance, ihre wachsende Stärke unter Beweis zu stellen. Ende der Woche will die Opposition wieder Protesttage organisieren.

Eine „Pferdekur" für Österreich

Verstaatlichte Industrie will sich gesundschrumpfen / Tausende verlieren ihren Job

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ein drastisches Schrumpfungsprogramm und ein massenhafter Personalabbau, wie ihn die Wirtschaft des Landes seit 1945 nicht erlebte: das sind die beiden Elemente der „Pferdekur", mit welcher der neubestellte Generaldirektor des VOEST-Konzerns, Herbert Lewinsky, die notleidende verstaatlichte Industrie Österreichs retten will.

Der Plan wurde inzwischen von Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) gebilligt, von anderen sozialistischen Funktionären – vor allem von den Jusos – aber scharf kritisiert. Er sieht die Entlassung von mehr als eines Viertels der gegenwärtigen VOEST-Beschäftigten – das sind 9400 Arbeitnehmer – innerhalb der nächsten drei Jahre vor. Allein im Raum Linz, dem Zentrum des Stahlkonzerns, steht 5600 Arbeitern die Kündigung oder Pensionierung ins Haus.

Die gesamte Hochofenmetallurgie im Werk Donawitz (Steiermark) wird geschlossen. Ein Hochofen wird stillgelegt. Freiwillige Sozialleistungen von umgerechnet 100 Millionen Mark jährlich werden eingestellt. Treue-, Jubiläums- und Urlaubsgelder an die Belegschaft sollen weitgehend wegfallen.

Die Kosten der VOEST liegen, so der neue Generaldirektor Lewinsky, um fast ein Drittel höher als jene der ausländischen Konkurrenten. Daher sei eine Rationalisierung unvermeidlich, wenn man überleben wolle. Lewinsky sprach von einer „viel zu geringen Produktivität des verstaatlichten Konzerns. Auch im „Finalbereich" wurden Terminüberschreitungen und mangelnde Einhaltung von Qualitätsnormen beanstandet.

Bevor eine gesundgeschrumpfte VOEST ab 1990 – so jedenfalls sieht es der Plan vor – wieder in die Gewinnzone geführt werden kann, werden in den kommenden Jahren noch Verluste von umgerechnet 1,5 Milliarden Mark anfallen, die der österreichische Steuerzahler tragen muß. Danach wird der verkleinerte Konzern sogar im günstigsten Fall nicht mehr sein, was er einst in seinen Glanzzeiten war: das Flaggschiff der österreichischen Industrie.

Mit der nun offen aufbrechenden Krise der verstaatlichten Betriebe, die von manchen österreichischen Beobachtern bereits als „Katastrophe" apostrophiert wird, gerät auch das bisher vor allem bei den Sozialisten unangreifbare Glaubensbekenntnis zur Verstaatlichung ins Wanken.

Auch die jahrelang von sozialistischer Seite – unter anderem auch vom damaligen Bundeskanzler Kreisky – vertretene Auffassung, es sei besser, mehr Schulden zu haben als mehr Arbeitslose, hat sich als falsch erwiesen.

Der für die verstaatlichte Industrie zuständige Minister im Wiener Kabinett, Rudolf Streicher (SPÖ), erklärte jetzt: „Wenn wir die Staatsbetriebe nicht gesunden lassen, kann es langfristig auch keine gesicherten Arbeitsplätze geben."

Bundeskanzler Vranitzky stellte sich – auch gegen den zu erwartenden innerparteilichen Widerstand – auf die Seite des neuen VOEST-Direktoriums. Wenn jetzt nicht einschneidende Maßnahmen getroffen würden, stehe man in wenigen Jahren wieder vor den gleichen Problemen, meinte der Kanzler. Und: man habe nicht ein neues Team an die Spitze der VOEST gesetzt, um ihm jetzt in den Arm zu fallen. Einen politischen Einfluß auf die Führung der Betriebe dürfe es nicht geben. Man werde von politischer Seite lediglich versuchen, übermäßige soziale Härten abzubauen.

In den betroffenen Gebieten sind die Folgen der Entlassungen und Stillegungen noch gar nicht abzusehen. Im Industriegebiet der Obersteiermark befürchten örtliche Politiker – vor allem der Chef der Landesregierung, Landeshauptmann Josef Krainer – gefährliche soziale Folgen. Sogar von einer „sterbenden Landschaft" ist die Rede.

Ob es der Wiener Regierung gelingen kann, Alternativindustrien anzusiedeln, steht noch offen. Wenn in wenigen Tagen Landtagswahlen in der Steiermark stattfinden, wird sich zeigen, wie die betroffene Industriearbeiterschaft auf die „Pferdekur" reagiert. Die Sozialisten jedenfalls befürchten weitere Stimmenverluste.

Wählt Frankreich vor 1988 einen Präsidenten?

Ungewißheit nach der Rentrée / Erste Kandidaten im Gespräch

PETER RUGE, Paris

Mit dem zentralen Schulbeginn für zwölf Millionen Jugendliche in Frankreich, der „rentrée", endet auch die politische Sommerpause. Das beherrschende Thema für den Herbst zeichnet sich dabei bereits ab: die Präsidentschaftswahl. Sie muß im Frühjahr 1988 stattfinden. Doch die große Ungewißheit ist: Wird sie vorgezogen oder nicht?

Paris erwartet deshalb, daß sich der seit dem Machtwechsel nach den Parlamentswahlen vom März zu beobachtende Wettlauf zwischen dem sozialistischen Staatspräsidenten und dem gaullistischen Regierungschef um Einfluß und Wählergunst noch verschärfen wird.

Im Urteil der Franzosen liegt François Mitterrand bei der nun seit sechs Monaten andauernden „cohabitation" weiter vor Jacques Chirac. Die jüngsten Meinungsumfragen aber erbrachten überraschende Ergebnisse: Die Wochenzeitung „Le Point" veröffentlichte zwar ein Ifop-Ergebnis, das einen Kandidaten Mitterrand noch als nächsten Präsidenten vor einem Bürgerlichen bestätigte, „wenn heute gewählt würde".

Die Tageszeitung „Le Figaro" dagegen beruft sich auf eine Sofres-Umfrage, wonach einem Kandidaten Chirac die Präsidentschaft zufallen werde, „wenn in knapp zwei Jahren gewählt würde".

Beiden Demoskopien haftet jedoch ein entscheidender Mangel an: Bisher hat sich Staatspräsident Mitterrand nicht öffentlich zu einer Kandidatur geäußert, bei ihm liegt auch die Entscheidung darüber, ob vor 1988 gewählt wird. In den Reihen der Sozialisten herrscht daher eine wachsende Ungewißheit.

Viele, zu viele ehemalige Premiers wie Pierre Mauroy oder Laurent Fabius, aber auch frühere Minister wie Michel Rocard fühlen sich berufen, wagen aber noch nicht, einen Anspruch beim Parteivolk offen anzumelden. Dennoch werden wie unter Verschwörern geheime Absprachen getroffen, Bündnisse auf Gegenseitigkeit geschlossen – es summt bei den Linken wie in einem Bienenkorb.

Auf der rechten Seite, in der Regierungskoalition von RPR und UDF, also von Gaullisten und Christlich-Liberalen, schien alles auf einen einzigen, gemeinsamen Kandidaten hinauszulaufen: auf Jacques Chirac. Bis sich jetzt der junge, ungestüme Generalsekretär der „Giscardisten" zu Wort meldete. François Léotard, Kulturminister in der Regierung Chirac.

Er fordert einen eigenen Kandidaten der UDF und sieht sich dabei selbst ganz vorne, da seine RPR, die Republikanische Partei, im Block der UDF die stärkste Fraktion bilde. Nun ist der Koalitionsfrieden unter den Bürgerlichen dahin. Das Kandidatenkarussell beginnt sich auch dort zu drehen. Selbst den Alterspräsidenten Giscard d'Estaing reizt das Amt erneut. Im Hintergrund aber lauert ein anderer: Raymond Barre, der letzte Regierungschef der Rechten vor der Präsidentenwahl 1981.

Das politische Klima in Frankreich wird deshalb nun von drei „cohabitations" bestimmt: vom Verhältnis Mitterrands zu Chirac, vom Gleichgewicht im Regierungsbündnis RPR und UDF sowie vom Zusammenhalt innerhalb der Gruppierung der UDF.

Dies bedeutet, daß in einem Land, das sich ausgesprochen gern mit sich selbst beschäftigt, ab sofort die Außenpolitik nur noch am Rande interessiert – die Europapolitik oder gar die deutsch-französische Zusammenarbeit lediglich unter dem Aspekt von Nutzen ist, solange sich damit für den anstehenden Wahlkampf um die Präsidentschaft Vorteile ergeben. Das gilt bereits für den Besuch von Bundeskanzler Kohl nächste Woche in Paris.

Brasilien hält an Atomenergie fest

dpa, Rio de Janeiro

Die brasilianische Regierung hat trotz einer im eigenen Land kontrovers geführten Diskussion um die Atomenergie sich für eine, wenn auch reduzierte, Fortführung des Nuklearprogramms entschieden. Konsequenzen der neuen Richtlinien sind, daß von den ursprünglich acht Atommeilern vom Typ Biblis nun nur zwei errichtet werden. Von einer Demonstrationsanlage nach dem deutschen Trenndüsenverfahren wird bis 1987 die „erste Kaskade" fertiggestellt. Darüber hinaus strebt Brasilien eine Umstrukturierung der Gesellschaftsverträge mit der Kraftwerk-Union (KWU) und anderen deutschen Unternehmen an. Ziel ist eine „Nationalisierung" des Nuklearprogramms.

Kokain-Handel in Bolivien gestiegen

rtr, La Paz

Die Kokain-Produktion in Bolivien ist trotz verstärkter Bemühungen gegen den Rauschgifthandel weiter gestiegen. Das geht aus dem ersten umfassenden offiziellen Bericht über das Problem hervor, den der Senat in La Paz jetzt veröffentlichte. Danach lieferten die Farmer des Landes im vergangenen Jahr 158 000 Tonnen Coca-Blätter, während es 1984 noch 108 000 Tonnen gewesen waren. Der Ausstoß lag somit mehr als dreimal höher als jene 44 000 Tonnen, die das amerikanische Außenministerium für 1985 geschätzt hatte. Die bolivianische Regierung stützt sich bei ihren Maßnahmen gegen das Drogengeschäft auf massive Hilfe der Vereinigten Staaten.

Iraner kapern Sowjet-Frachter

rtr, Tokio/Moskau

Die iranische Kriegsmarine hat im Persischen Golf den sowjetischen Frachter „Pjotr Jemzow" gekapert. Das wurde vom sowjetischen Außenministerium in Moskau gemeldet und von der japanischen Schiffsagentur SLRA in Tokio bestätigt. Das sowjetische Handelsschiff sei etwa 50 Kilometer westlich von Dubai gewesen und habe sich in internationalem Gewässer befunden. Die Fracht, die nach Kuwait gehen sollte, wurde auf iranische Schlepper umgeladen. In internationalen Schiffahrtskreisen hieß es, dies sei offenbar Teil der iranischen Strategie, die Fracht von Schiffen zu kontrollieren, die für den Kriegsgegner Irak gestimmt sein könnte.

Das aktuelle Fachbuch

Mehr Sorge für ältere Menschen

Daß sich in den kommenden Jahrzehnten die Altersstruktur der Bevölkerung hierzulande dramatisch verändern wird, ist seit langem in aller Munde: Der Anteil älterer Menschen wird erheblich zunehmen. Während über viele damit verbundenen Probleme – Rentenversorgung oder wachsende Kosten für das Gesundheitssystem etwa – intensiv diskutiert wird, bleibt ein wichtiger Bereich meistens unberücksichtigt: Wie steht es mit der Versorgung der wachsenden Zahl älterer Menschen, die an psychischen Erkrankungen leiden?

Besondere Beachtung verdient daher ein Buch, das Professor Heinz Häfner, Direktor des Zentralinstitutes für Seelische Gesundheit in Mannheim, kürzlich vorgelegt hat. Es ist eine umfassende Bestandsaufnahme der aktuellen Situation der „Psychogeriatrie", wie dieses Gebiet der Medizin in der Fachsprache heißt.

Häfner macht klar, daß psychische Erkrankungen im Alter besonders häufig sind. Etwa ein Viertel der Menschen über 65 Jahre sind davon betroffen. Häufigste Erkrankungen sind Demenz (Persönlichkeitsabbau) und Depressionen. Die meisten Betroffenen bedürfen dabei nur einer hausärztlichen Betreuung. Doch Voraussetzung dafür ist, daß alle niedergelassenen Ärzte über ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Psychiatrie verfügen.

Häfner weist darauf hin, daß in der Bundesrepublik das Problem der psychischen Krankheiten im Alter in seiner Bedeutung wesentlich später erkannt wurde als in vielen anderen Ländern. Er beklagt ein erhebliches Defizit der Forschung auf diesem Gebiet.

Versäumnisse sind aber auch auf sozialen, medizinischen und gesundheitspolitischen Feldern zu konstatieren. Häfner gibt deshalb weitreichende Empfehlungen, wie die Situation der älteren Menschen hierzulande verbessert werden könnte. Es ist daher zu wünschen, daß dieser umfassende Situationsbericht weite Verbreitung und Beachtung bei allen Verantwortlichen findet. Kü.

„Psychische Gesundheit im Alter", von Heinz Häfner, 140 S., Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1986, 28 DM.

Rund zehn Jahre nach dem Seveso-Unglück sind die dioxinhaltigen Rückstände aus der Anlage der „Icmesa" endgültig aus der Welt geschafft: Sie sind nicht nur verbrannt, sondern haben jetzt auch ihren Nachruf erhalten in Form eines detaillierten Expertenberichts.

Erfolgreiche Technik vernichtet das Dioxin des Unfalls in Seveso

Von HARALD STEINERT

Die Durchführung des Verbrennungsprojekts wirkt wie eine gut geplante chemische Generalstabsarbeit. Ihr Erfolg hat die Schweiz ermutigt, die Verbrennung von Sondermüll für die Zukunft als Regel-Entsorgungsmaßnahme vorzusehen. Das Schweizer Bundesamt für Umweltschutz hat jetzt den Abschlußbericht der Expertenkommission vorgestellt, die vom Direktor des Amtes, Dr. Bruno Böhlen, geleitet wurde. Daraus können die einzelnen Schritte der Vernichtung durch Verbrennung nachgeprüft und nachvollzogen werden.

Am 10. 7. 76 ereignete sich in der chemischen Fabrik „Icmesa" in Meda bei Mailand bei der Produktion des Biozids Hexachlorophen ein Unglück: In einem Reaktionsgefäß begann nach Feierabend eine unerwartete und unkontrollierte Reaktion, die Wärme freisetzte und eine Aerosolwolke in die Umgebung blies, die unter anderem ein hochgiftiges „Dioxin" (TCDD) enthielt. Man kennt eine ganze Serie ähnliche Dioxine, doch keine von so hoher akuter Giftigkeit wie das TCDD.

Erst sechs Jahre nach dem Unfall wurde die Produktionsanlage demontiert; die Anlagereste wurden in großen Wannen vergraben, die Rückstände aus dem Reaktionsgefäß wurden in 41 Fässer verpackt. Eine Entsorgungsfirma wurde beauftragt, die Fässer zu deponieren, diese ließ sie jedoch unkontrolliert verschwinden. Nachdem sie in Frankreich entdeckt wurden, übernahm die „Hoffmann-La-Roche AG", Stammfirma der „Icmesa", die Zwischenlagerung des Dioxin-Mülls in Basel.

Da einen Endlagerung nicht bewilligt wurde und eine chemische Zersetzung der Rückstände sich wegen ihrer Konsistenz als unmöglich erwies, blieb nur die Verbrennung.

Man hatte es zu tun mit einer Masse aus etwa 70 Prozent Kochsalz und 30 Prozent organischem Material. In den verschiedenen Proben aus den Fässern wurden in dem Konglomerat von Reaktionsprodukten zwischen 5 und 1700 ppm TCDD gefunden. Aus den 400 Analysen ließ sich abschätzen, daß in den Reaktionsrückständen zwischen 0,4 und 1,2 kg TCDD vorhanden waren.

Für die Verbrennung konnte man bei der „Ciba Geigy AG" in Basel eine Sondermüllverbrennungsanlage benutzen, die ausreichende Temperaturen liefert. Man kann berechnen, daß TCDD bei Temperaturen zwischen 800 und 1500 Grad vollständig in Kohlendioxid, Chlorwasserstoff und Wasser zerfällt. Doch war bis dahin unbekannt, wie schnell die vollständige Zersetzung erfolgt. Man mußte also Probeverbrennungen durchführen, für die jedoch wegen der hohen Giftigkeit des TCDD nicht dieser Stoff selbst, sondern eine Testsubstanz verwendet werden mußte.

Eine ungiftige Substanz wurde als Modell benutzt

Dazu wurde 2,4,8-Trichlordibenzofuran (Tri-CDF) gewählt, das dem TCDD in seiner Struktur sehr ähnelt, wegen dieser Ähnlichkeit auch vergleichbare Zersetzungsverhalten in Hitze aufweist, jedoch kaum giftig ist. Der erste Schritt für die Verbrennungsvorbereitung bestand in Laborversuchen mit Mikrogramm-Mengen: Dabei wurde TCDD mit Tri-CDF verglichen.

Das Resultat: Beide Substanzen werden bei 1400 Grad C unter Laborbedingungen in Mikrogramm-Mengen in etwa einer Millisekunde zerstört. Mit Sicherheit dauert in einer Verbrennungsanlage mit einem (im Vergleich zu Laborapparaturen) um ein vielmillionenfach größeren Volumen die Zerstörung länger, weil die nach der Verdampfung der verbrannten Substanz entstandenden Rauchgase nicht völlig homogen sind und auch die Temperaturverteilung nicht homogen sein kann. So mußten als ein entscheidener Schritt der Vorbereitung Verbrennungstests in der vorhandenen Sondermüllverbrennungsanlage mit Tri-CDF durchgeführt werden.

Daß diese Anlage ausreichende Temperaturen erreicht, war vorher geklärt worden: In dem Drehrohr, in dem die Verbrennung stattfindet, herrschen etwa 1500 bis 1650 Grad Celsius, in einer nachgeschalteten „Verweilkammer", in der die Rauchgase Zeit für weitere Zersetzung finden, sinken sie auf 1300 bis 1250 Grad ab.

Die groß-maßstäblichen Testverbrennungen von Tri-CDF lieferten den Nachweis, daß die Zersetzung der Testsubstanz und damit auch des Dioxins in der Anlage etwa 100mal länger dauert als bei der Laborverbrennung: Es sind demnach „Verweilzeiten" der zu vernichtenden Substanz im Drehrohr und der anschließenden „Verweilkammer" in der Größenordnung von Sekunden notwendig, wenn man eine weitgehende Vernichtung der TCDD-Moleküle mit Sicherheit erreichen will.

Nach diesen Modellversuchen war es Ende 1984 und Anfang 1985 erstmals zu verantworten, Versuche in kleinem Maßstab in der Anlage vorzunehmen: Es wurden zweimal je 0,26 Gramm und einmal 0,65 Gramm des Dioxins verbrannt, mit einer Verweildauer von rund zwei Sekunden. Dabei wurden zuletzt bei Temperaturen von rund 1540 Grad in dem rund acht Meter langen Drehrohrofen 99,99999 Prozent des TCDD zersetzt. Es könnte theoretisch maximal ein millionstel Prozent Dioxin aus dem Ofen entwichen sein. Davon wurden jedoch noch neun Zehntel aus dem Rauchgas herausgewaschen, bevor sie an die Außenluft gelangen konnten.

Mit Sicherheit lagen die Mengen freigesetzten TCDD noch weit niedriger, die entwickelten hochempfindlichen Analysenmethoden – die schon Teile eines milliardstel Gramm im Kubikmeter Rauchgas erkennen – fanden keinerlei Spuren des Giftstoffes. Dieses Resultat gab freie Bahn für die Hauptverbrennung: Sie fand vom 17. bis 21. Juni 1985 statt und dauerte insgesamt rund 100 Stunden. Man konnte erwarten, daß dabei pro Stunde maximal 1 millionstel Gramm des giftigen TCDD in die Luft entweichen würde.

Die Messungen während des Vorgangs zeigten, daß regelmäßig gewisse Mengen von TCDD entwichen, davon in einem näher untersuchten Fall pro Stunde 15 millionstel Gramm, wie der Bericht des „Bundesamtes für Umweltschutz" feststellt. Das sind aber Mengen, die keinerlei Gesundheitsgefährdung bedeuten. Damit erschien die zu erwartende Abgabe von TCDD bei der Hauptverbrennung als völlig verantwortbar.

In den Abgasen war kein Dioxin mehr nachweisbar

Die Verbrennung verlief planmäßig, es war keine Abgabe von TCDD nachweisbar. Dies bedeutet, daß sie noch unter der vorher errechneten Menge von 100 Mikrogramm für die ganze Aktion gelegen haben muß. Die Verbrennungsschlacke konnte bei minimalem TCDD-Gehalt in normalen Deponien gelagert werden, ein kleiner Teil allerdings mußte zweimal verbrannt werden.

Für die Hauptverbrennung wurde der Inhalt der 41 Fässer mit Reaktionsrückständen zunächst in Plastikbeutel umgepackt, die wieder in sandgefüllte Plastikbeutel eingehüllt wurden: Der Sand war erforderlich für die Bildung einer Schlacke auf dem Boden des Drehrohrofens. Die Verpackung erfolgte in absolut luftdichten Schutzanzügen, die Träger wurden mit Atemluft durch Schläuche versorgt. Ein kleiner Überdruck verhindert das Eindringen von eventuell verunreinigter Fremdluft. Die gleichen PVC-Schutzanzüge hatten sich bereits 1982 und 1983 bei den Aufräumarbeiten in der Fabrik in Seveso bewährt.

Nicht nur die Rückstände selbst wurden verbrannt, sondern auch das Labor- und das Hilfsmaterial sowie die Schutzanzüge und sogar die Unterwäsche, die die Mitarbeiter während der Arbeiten getragen hatten. Das Umpacken erfolgte in einem geschlossenen Gebäude, das nur durch ein Schleusensystem zu betreten war und in dessen Innerem Unterdruck herrschte, so daß auch aus diesem Vorgang kaum TCDD in die Atmosphäre entweichen konnte.

Diese schließlich erfolgreiche Kampagne zur Vernichtung der Seveso-Fabrikrückstände hat demonstriert, daß es möglich ist, organischen oder thermisch zersetzbaren Sondermüll umweltneutral durch Verbrennung zu vernichten. Die Resultate waren nicht nur wegweisend für die eidgenössischen Planungen für die Sondermüll-Entsorgung des Landes. Sie haben bereits dazu geführt, daß die „Ciba-Geigy AG" eine kommerzielle große Sondermüll-Verbrennungsanlage in Kleinhüningen bei Basel errichtet, mit einer Jahreskapazität von 12 000 bis 15 000 Tonnen. Sie soll der Basler Großchemie wie auch dem Kanton zur Verfügung stehen.



Die Vernichtung des Seveso-Dioxins war ein Prüfstein für die Entsorgung anderer Abfälle FOTO: DPA

NOTIZEN

Wirkung von Abgasen

Bonn (vwd) – Die Auswirkungen der in den Autoabgasen enthaltenen giftigen Schadstoffe auf die menschliche Gesundheit sollen in den nächsten Jahren mit einem Forschungsaufwand von 40 Millionen Mark systematisch untersucht werden. Dies kündigte jetzt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Albert Probst, an. Trotz erheblicher Forschungsanstrengungen in der Vergangenheit bestünden immer noch Unsicherheiten über den Grad der Belastung und die Ausbreitung sowie die Wirkungen der Abgasstoffe.

Schäden durch Insekten

Münster (H. H.) – Auf rund 75 Miliarden Dollar wird der jährliche Verlust geschätzt, den Schadorganismen anrichten. Hauptverursacher sind 80 wirtschaftlich wichtige Schädlingsarten, also nur ein geringer Teil der rund 5000 Insektenarten, die in störender Wechselbeziehung zum Menschen stehen.

Kartoffelkäfer

Braunschweig (Hi.) – Bessere Erfolge bei der Bekämpfung des Kartoffelkäfers verspricht ein Verfahren, das jetzt die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft entwickelt hat. Die bisher übliche Bekämpfung des Käfers mit chemischen Methoden wird durch die zunehmende Resistenz des Schädlings immer schwieriger. Nun will man ein Bakterium einsetzen. Es bewirkt, daß der Käfer den Reifefraß und die Eiablage einstellt. Nutzinsekten werden hingegen von dem Verfahren nicht geschädigt.

Samstag auf der Wissenschaftsseite

Über neue Verfahren, mit denen man gefährlichen Hagelschlag verhindern kann, berichtet Martin Boeckh.

*

Die Sonnenforscher planen ein neues Großteleskop. Was man damit herausfinden kann, zeigt Rainer Kayser.

*

Warum Warnrufe von Schwarmvögeln keineswegs selbstmörderisch sind. Von Matthias Glaubrecht.

WELT-Interview: Herbert Kremp sprach mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Gösta Carlsson



An der Straßenecke Sveavägen/Tunnelgatan im modernen Cityteil der Stadt Stockholm passieren Bummler und Käufer eine kleine, etwa 70 Zentimeter hohe Pyramide. In ihr stecken frische dunkelrote Rosen. An dieser Stelle wurde am 28. Februar der schwedische Ministerpräsident Olof Palme hinterrücks erschossen.

Seit diesem Tag haben 200 Kriminalbeamte 400 000 Stunden gefahndet, Spuren untersucht, Mosaiksteine zusammengesetzt. Der Fleiß der Schweden, von der Findigkeit des Wiesbadener Bundeskriminalamtes unterstützt, hat noch kein festes Bild erbracht. Die neueste Vermutung: Nicht ein einzelner Mörder, sondern eine Gruppe von Leuten ist für die Tat verantwortlich. Die Fahndung zielt jetzt in eine bestimmte Richtung, sagt mir ein hoher Beamter.

Im lichten Arbeitszimmer Olof Palmes gegenüber dem wasserumsäumten Parlament sitze ich dem Nachfolger des rätselhaft ums Leben gekommenen Ministerpräsidenten gegenüber. Ingvar Gösta Carlsson (51), als junger Mann Sekretär Tage Erlanders und zuletzt Palmes Stellvertreter, ist nach dem Mordfall gemäß dem schweigenden Konsens, der die entsetzte Sozialdemokratische Arbeiterpartei einigte, auf den Stuhl des Premiers gehoben worden. Er regiert, unterstützt von den schwedischen Kommunisten und gedeckt von einer fast unsichtbar, fast nebensächlich gewordenen Krone, das Land, gleichsam als höchster Beamter inmitten einer sorgenden und fürsorgenden, mit höchster Autorität ausgestatteten Bürokratie.

In dem zurückhaltenden, sportlich-freundlich wirkenden Mann den Politiker zu erkennen, der in der Außen- und Innenpolitik neue Akzente setzt, einige zu feste Schrauben des Wohlfahrtsstaates zurückdreht und den missionarisch ausufernden internationalistischen Stil des Vorgängers sorgsam korrigiert, ist nicht leicht.

Carlsson bewegt sich in einer Aura der Sachlichkeit. In Schweden hat er breiten Boden gewonnen. Der Arbeitersohn, Jugendführer und früher wenig ambitionierte Zuarbeiter ist nach einigen Monaten im Amt beliebter als der hochfahrende Palme, dem Schweden stets etwas zu klein vorgekommen war. Der gelernte Volkswirt, den die Hierarchie der Partei für ein Jahr auch die Ökonomie Amerikas hatte studieren lassen, formuliert in abgewogenen, schweren Sätzen.

Ob Schweden leicht zu regieren sei oder ob das Land, das sich ja einmal mit dem Attribut eines Modells ausgestattet habe, schwierig sei, frage ich Carlsson. Im Vergleich zu anderen Ländern sei es natürlich leicht zu regieren, antwortet er. „Schweden ist ein kleines Land und wir haben eine gute demokratische Tradition. Die Bürger sind staatsloyal, wir haben keine schwerwiegenden inneren Konflikte. Aber auch wir haben unsere Schwierigkeiten. Denken Sie nur an die Energiefrage. Wir müssen gemäß den eigenen Beschlüssen bis zum Jahr 2010 von der Kernkraft auf andere Energiequellen umstellen. Das bereitet uns schon Kopfzerbrechen."

Der Nachfolger Olof Palmes überprüft die Zukunft des schwedischen Modells

WELT: Können Sie sich den Atom-Ausstieg leisten? Schweden verdankt seinen Wohlstand einer florierenden Industrie. Der Energieverbrauch gehört zu den höchsten der Welt.

Carlsson: Wir beziehen 45 Prozent unserer Elektrizität aus Kernkraftwerken. Zwölf Aggregate produzieren Strom, die Kernenergie ist also ganz wichtig für uns. Bis 2010 werden wir wohl in der Lage sein, unser Energiesystem umzustellen. Seit Tschernobyl fragen wir uns, ob wir den Termin nicht vorverlegen sollen. Je kürzer die Zeit, desto größer ist jedoch das Risiko, daß wir durch die Emissionen von Kohle und Öl unsere Wälder und Gewässer verunreinigen. Wir haben in Schweden mehr als 80 000 Seen und davon sind 18 000 mehr oder weniger tot. Wir haben sehr wenig Kohle in unserem Energiesystem und müssen natürlich daher versuchen, Energie einzusparen. Industrie und private Haushalte sind darin erfolgreich. Wir nutzen zwei Drittel unserer Wasserkraft zur



„Junge Arbeitslose müssen wenigstens vier Stunden am Tag arbeiten. Wir wollen die Menschen in Kontakt mit dem Arbeitsleben bringen."

Elektrizitätserzeugung. Viele Leute haben aus Gründen der Umwelt Bedenken, auch noch das letzte Drittel der Wasserkraft zu nutzen. Wenn wir von der Kernkraft wegkommen wollen, müssen wir aber vielleicht doch darauf zurückgreifen. Im übrigen arbeiten wir mit Wind, Torf und Holzabfällen. Wie weit wir bei unserem Klima die Solarenergie nutzen können, wissen wir noch nicht.

WELT: Einen sofortigen Ausstieg halten Sie demnach für unmöglich?

Carlsson: Das geht nicht. Wir würden dadurch zu viele neue Umweltprobleme schaffen. Schweden ist jedoch das einzige Land, das beschlossen hat, sich langfristig von der Kernenergie zu trennen.

WELT: Im Unterschied zu anderen Parteien in Schweden vertrat die regierende sozialdemokratische Arbeiterpartei einen ausgesprochen technokratischen Standpunkt. Sie hat die Kernenergie durchgesetzt. Hat sich die grundsätzliche Einstellung geändert?

Carlsson: Nein, wir fördern neue Techniken. Als Industriestaat ist Schweden darauf angewiesen. Wir verwenden 2,7 Prozent unseres Nationalprodukts für Forschung und Entwicklung und müssen damit fortfahren. Ein Staat, der sich von der Kernkraft trennen will, ist ja darauf angewiesen, durch Forschung neue Techniken zu entwickeln, um seinen Standard halten zu können.

WELT: Sie haben vor einiger Zeit gesagt, daß einige Atomkraftwerke näher an Schweden liegen als Tschernobyl. Werden Sie den Vorsatz, bis zum Jahre 2010 andere Energiearten zu benutzen, zum Gegenstand Ihrer internationalen Politik machen?

Carlsson: Man kann über die Kernkraft nicht nur im eigenen Land diskutieren. Das Unglück von Tschernobyl hat ja sehr deutlich gezeigt, daß die Wirkungen einer Katastrophe über Tausende von Kilometern reichen. Wir haben im Osten und Nordosten unseres Landes Verseuchungen registriert. Die Sowjetunion unterhält in Leningrad, die DDR beispielsweise in Greifswald große Anlagen – vom übrigen Europa abgesehen. Wir sind vorrangig an der Sicherheit der Kernkraftwerke in anderen Ländern interessiert. Langfristig muß man sich jedoch die Frage stellen, ob die Kernenergie überhaupt eine akzeptable Energiequelle in der Welt darstellt.

WELT: Schweden gilt als ein Land, das seine Bürger hoch besteuert. Im Prinzip beruht darauf der Wohlfahrtsstaat. Trifft es zu, daß Sie die Steuern senken wollen?

Carlsson: Ich habe in meiner Regierungserklärung von einer realen Verbesserung der Einkommenssituation gesprochen. Das bedeutet zumindest, daß wir die Steuern nicht erhöhen werden. Wir erwägen den Plan, die Einzelperson geringer zu besteuern als das Kapital. Wir werden dabei nicht so weit gehen wie die Vereinigten Staaten.

WELT: Nach den offiziellen Angaben liegt Ihre Arbeitslosigkeit nur bei 2,3 Prozent. Hat das etwas damit zu tun, daß der schwedische Staat Arbeitsplätze subventioniert?

Carlsson: Die Prozentzahl, die Sie nennen, trifft zu. In den letzten vier Jahren konnten wir 100 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Mit anderen Ländern verglichen, ist die Arbeitslosigkeit in Schweden traditionell sehr niedrig. Wir geben keine Subventionen, die uns mit den Gatt-Vereinbarungen und anderen internationalen Verpflichtungen in Konflikt bringen würden. Wir betreiben jedoch eine sehr aktive Arbeitsmarktpolitik durch Umschulung und Ausbildung. Während dieser Zeit leistet der Staat Zahlungen. Junge Menschen müssen jedoch wenigstens vier Stunden am Tag arbeiten – im Dienst der Kommunen, aber auch in privaten Unternehmen –, um in den Besitz dieses Geldes zu gelangen. Das verfolgt den Zweck, die Menschen in Kontakt mit dem Arbeitsleben zu bringen und zu halten.

WELT: Diese vier Stunden Arbeit sind obligatorisch?

Carlsson: Ja, für junge Menschen von 17 bis 20 Jahren, die nach dem Schulabschluß nicht sofort Arbeit finden. Für die Erwachsenen haben wir andere Methoden. Diese müssen, um Arbeitslosengeld zu erhalten, bereit sein, eine neue Arbeit, die ihnen angeboten wird, zu akzeptieren. Wenn das nicht möglich ist, versuchen wir es mit Umschulung.

WELT: Schweden hat sich immer als eine Art moralischer Großmacht gefühlt. Vor kurzem haben Sie in einer Rede gesagt, daß Afghanistan, Nicaragua und Südafrika drei aktuelle Beispiele für Verbrechen gegen das internationale Recht seien. Sind alle drei gleich schwer zu bewerten?

Carlsson: Nein, sie sind nicht genau gleich. Ich halte die Apartheid für das schlimmste aller Verbrechen in unserer Zeit. Kritisieren müssen wir aber alle drei. Der sowjetische Angriff in Afghanistan und die Unterstützung der Contras durch die USA verstoßen ebenfalls gegen das internationale Recht. Olof Palme hat sich noch auf unserem letzten Parteikongreß sehr kritisch über Afghanistan geäußert, und ich habe bei meinem Besuch in Moskau im Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow das Thema angesprochen. Die Sowjetunion weiß genau, wo wir in dieser Frage stehen.

WELT: Gorbatschow – was für einen Eindruck hat er auf Sie gemacht?

Carlsson: Ich glaube, er ist sehr kompetent. Eine neue Generation ist in der Sowjetunion an die Spitze getreten. Zu ihr gehört auch Ministerpräsident Ryschkow. Es wäre ein Irrtum, diese Generation zu unterschätzen. Eine ganz andere Frage ist es jedoch, ob es ihr gelingen wird, die Struktur der sowjetischen Gesellschaft zu ändern. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Ich glaube aber, daß Gorbatschow ehrlich daran interessiert ist, die Ausgaben vom Militärsektor auf den industriellen Bereich und den Konsum zu verlagern. Die Vereinigten Staaten würden klug handeln, wenn sie die sowjetische Politik hierauf prüfen würden.

WELT: Schweden hat mit der Sowjetunion Probleme. Die Seegrenze ist nicht geklärt, außerdem operierten sowjetische U-Boote in seinen Hoheitsgewässern. Hat die sowjetische Marine diese Aktivitäten eingestellt?

Carlsson: Wir haben in einigen Fällen Aktivitäten in unseren Gewässern festgestellt, wissen aber nicht, von welchem Land sie ausgehen. Sowjetische U-Boote konnten wir nur bei zwei Gelegenheiten mit



„Wir werden mehr Geld für den Schutz gegen Aktivitäten fremder Mächte in unseren Gewässern ausgeben. Wir brauchen eine starke Verteidigung."

Sicherheit identifizieren. Wir klagen niemanden an, wenn wir keinen Beweis haben. In den erwähnten Fällen jedoch haben wir der Sowjetunion sehr deutlich dargelegt, daß wir solche Aktivitäten nicht akzeptieren.

WELT: Hat Gorbatschow das eingesehen und Ihnen Zusagen gemacht?

Carlsson: Ich habe diese Frage natürlich angesprochen und Generalsekretär Gorbatschow erklärte dazu, daß die Sowjetunion unsere Neutralitätspolitik unbedingt respektiere. Das ist ein stärkeres und klareres Wort als wir es früher von sowjetischer Seite gehört haben.

WELT: Nach schwedischer Auffassung verläuft die Seegrenze zwischen Gotland und der Sowjetunion; nach sowjetischer Auffassung weiter westlich in der Nähe des Festlandsockels. Ist Gorbatschow Ihnen in dieser Frage entgegengekommen?

Carlsson: Wir haben das internationale Recht auf unserer Seite, denn auf der Insel Gotland leben 57 000 Schweden. Für ein kleines neutrales Land wie das unsrige ist es außerordentlich wichtig, auf Rechtsstandpunkten zu beharren. Wir sind noch weit von einer Verständigung mit der Sowjetunion entfernt, wir müssen uns noch einmal sehen, um einander näher zu kommen. Wir sind aber insofern zufrieden, als wir in konkreten Verhandlungen mit Moskau stehen.

WELT: Eine Reihe schwedischer Militärexperten hat kritisch angemerkt, daß der schwedischen Neutralität die ausreichende militärische Grundlage fehle. Werden Sie daran etwas ändern?

Carlsson: Wir sind uns in Schweden ganz einig, daß wir eine starke Verteidigung benötigen. Wir werden jetzt auch mehr Geld für den Schutz gegen Aktivitäten fremder Mächte in unseren Gewässern aufwenden. Dem stimmen alle politischen Parteien des Landes zu. Ich glaube aber auch, daß die meisten Länder der Welt anerkennen, daß unsere Armee, unsere Marine und nicht zuletzt unsere Luftwaffe stark und verteidigungsbereit sind.

WELT: Treten Sie ähnlich wie Ihr Vorgänger Palme für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein?

Carlsson: Ja. Aber in den letzten Monaten haben wir uns besonders mit einer kernwaffenfreien Zone im Norden beschäftigt. Wir haben auf diesem Gebiet bei der Außenministerkonferenz der skandinavischen Länder in Kopenhagen eine neue Initiative angeregt. Wir akzeptieren natürlich, daß Norwegen und Dänemark als NATO-Länder andere Interessen und Ausgangspunkte als wir haben.

WELT: Das gilt auch für die sowjetische Seite. Im Nordwesten der Sowjetunion, auf der Halbinsel Kola, ist eine sehr starke Konzentration auch von Atomwaffen zu beobachten.

Carlsson: Ja, wir wissen, daß dort starke Militärkräfte konzentriert sind.

WELT: Bei der Vier-Kontinente-Konferenz in Mexiko im August haben Sie gesagt, die Zeit sei vorbei, in der die USA und die Sowjetunion die Geschichte der Welt bestimmen könnten. Wie meinen Sie das?

Carlsson: Ich meine das so: Ein Krieg mit Atomwaffen wäre eine Katastrophe für alle Menschen der Welt. Daher müssen wir versuchen, die Interessen der nichtnuklearen Staaten zur Geltung zu bringen. Wir müssen auf die Zukunft der Welt Einfluß nehmen. Aktuell sind wir daran interessiert, daß alle Atomversuche eingestellt werden. Wir haben auf dem Gebiet der Verifikation eines Teststopps hervorragende Techniken entwickelt und Experten ausgebildet, die wir für Kontrollarbeiten in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellen können. Wir glauben, daß die Zulassung von Kontrollen nicht in erster Linie ein technisches, sondern ein politisches Problem darstellt.

WELT: Welche Rolle sollten nach Ihrer Meinung die Länder Mitteleuropas, besonders die Bundesrepublik Deutschland, bei den Bemühungen um Abrüstung spielen?

Carlsson: Es war für mich sehr interessant, daß Bundeskanzler Kohl zu unserer Initiative in Mexiko eine ermutigende Botschaft gesandt hat. Ich glaube, daß wir in der Frage der Abrüstung in eine interessante Phase eingetreten sind. Im Frühjahr war ich noch etwas pessimistisch, da nach dem ersten Zusammentreffen Reagan–Gorbatschow sich keine wirkliche Bewegung mehr gezeigt hatte. Ich rechne damit, daß die neue Begegnung zwischen den Führern der Weltmächte Ende dieses Jahres oder Anfang 1987 zustande kommt. Möglicherweise wird dann ein weltweiter Stopp der Atomversuche vereinbart. Das wäre ein großer Fortschritt. Für Europa ist es wichtig, die Entspannung voranzubringen, langfristig weniger Geld für Militärausgaben zu verwenden und dafür mehr Mittel für die Armut in der Welt zur Verfügung zu stellen.

WELT: Zum Thema Südafrika. Sie wollen ja, vorbehaltlich einer Entscheidung in der UNO, einen vollständigen Handelsboykott über Südafrika verhängen. Einen einseitigen Boykott haben Sie mit Rücksicht auf die Gatt-Vereinbarungen abgelehnt. Warum?

Carlsson: Das Votum der Vereinten Nationen ist für uns in der Tat entscheidend. Ob ein definitiver Beschluß zustande kommt, scheint mir angesichts des Vetorechts im Sicherheitsrat unsicher. Eine Empfehlung des Sicherheitsrates wäre für Schweden aber schon ausreichend. Wenn sie zustande kommt, können wir im Reichstag einen Boykott beschließen.

WELT: Wie groß ist Ihr Handel mit Südafrika?

Carlsson: 1985 betrug unser Export eine Milliarde Kronen (330 Millionen Mark) und unser Import ungefähr 400 Millionen. Danach ist der Handel erheblich zurückgegangen. Unser Handel ist also gering, aber wir haben einige gewichtige Unternehmen, die in Südafrika produzieren. Das ist ein gewisses Problem, aber nicht entscheidend für unsere Politik. Das Hauptproblem ist in diesem Zusammenhang unsere Neutralitätspolitik. Wir müssen unsere internationalen Verpflichtungen streng beachten.

WELT: In der Bundesrepublik wird immer wieder argumentiert, im Falle eines Boykotts würde die schwarze Bevölkerung in Südafrika und in den



„Solange der Mörder Palmes nicht gefunden ist, akzeptiere ich für den persönlichen Schutz einen streng arbeitenden Kontrollapparat."

Nachbarländern am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Welche Position nehmen Sie zu dieser Frage ein?

Carlsson: Ich weiß, daß es Gruppen und Personen gibt, die diese Auffassung vertreten, aber ich bin persönlich mit Pfarrer Allan Boesak und Bischof Tutu bekannt, die sich für einen Boykott ausgesprochen haben. Natürlich für einen effektiven Boykott. Er ist die einzige Möglichkeit, vom Ausland aus Druck auszuüben.

WELT: Was sagen Ihre Gewerkschaften?

Carlsson: Die sind im Prinzip für einen Boykott.

WELT: Seit dem 28. Februar, dem Tag, an dem Ihr Vorgänger ermordet wurde, sind mehrere Monate vergangen, ohne daß die schwedische Polizei den Mörder fassen konnte. Was wird getan, um zu einem Ergebnis zu kommen?

Carlsson: Die Fahnder der Polizei äußern sich optimistisch. Sie sagen, daß wir den Mörder früher oder später finden werden, und man sucht heute in einer ganz bestimmten Richtung. Solange der Mörder nicht gefaßt ist, akzeptiere ich für den persönlichen Schutz einen streng arbeitenden Kontrollapparat. Die Sicherheitsmaßnahmen unterscheiden sich jedoch von denen in vielen anderen Ländern. Schweden ist kein Polizeistaat.



Der Mord an Olof Palme verbreitete in Schweden lähmendes Entsetzen. Man kannte die vertraute Welt, in der man lebte, nicht mehr. Die schwedische Polizei war auf ein solches Ereignis nicht vorbereitet. Die Regierung suchte in Bonn und beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden um Hilfe nach. Sie wurde sofort gewährt. Das Bild zeigt den Tatort mit der Blutlache. Im Vordergrund hefteten Passanten ein Bild Olof Palmes an ein Hausgeländer. „Wer hat unsere Friedenstaube erschossen?" lautet die hilflose Frage, die man auf Plakaten lesen konnte.

FOTOS: TILLBERG/DPA

هكذا من الأهل

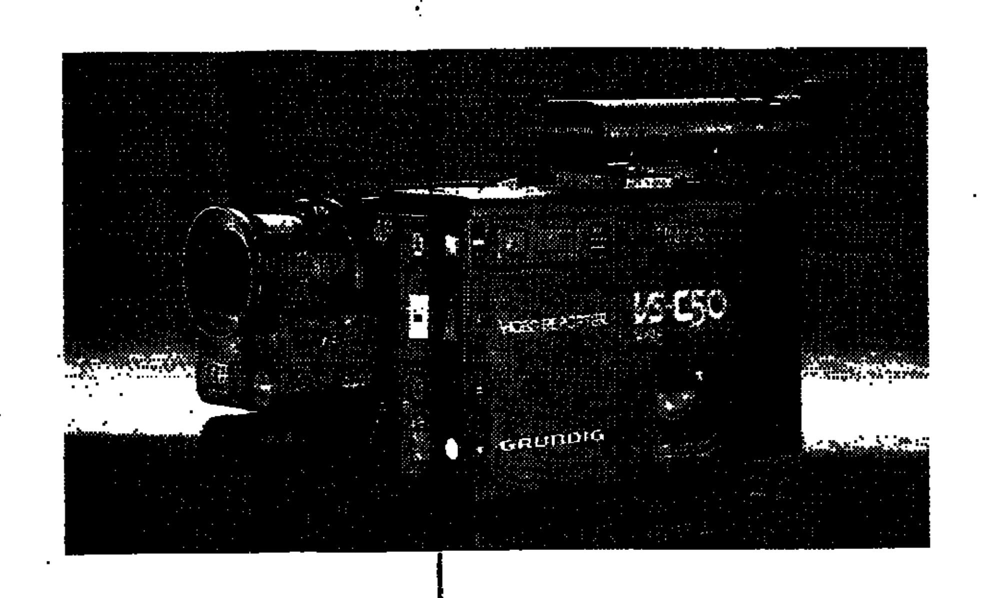
Grundig Video-Reporter VS-C 50. Unser kleines Wunderwerk hält auch bei außergewöhnlichen Ausflügen leicht mit.

NEU.

Im Weltsystem VHS.

Sie machen Urlaub, gehen auf Reisen, erleben fremde Länder, und für Ihren Camera-Recorder beginnt eine aktionsgeladene Zeit.

Denn der Grundig Video-Reporter macht exotischen Zauber und den Reiz der Ferne sichtbar. Aber auch zu Hause erweist er sich bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten als technisch perfekt und mit allen Finessen der modernen Videographie ausgestattet. Dazu hat dieser „Winzling" mit nur 1,4 kg Gewicht einen Vorteil, der weltweit zählt: Die Compact-Cassette im System VHS, für die der Nachschub auch an den entlegensten Orten klappt und die per Adapter in jedem VHS-Recorder (PAL) abspielbar ist.



Auf der Photokina hat unser Video-Reporter VS-C 50 einen außergewöhnlichen Stand. Ganz groß – damit Sie mal sehen, was im einzelnen an Technik und Ausstattung im VHS-Compact-System steckt. Ganz übersichtlich – damit Sie sich optimal informieren, sich unsere Geräte vorführen lassen und sie ausgiebig testen können. Und nicht zu übersehen. Schauen Sie sich doch mal um auf der Photokina!

photokina Köln,
3.–9. Sept. '86
Halle 4.1, Stand 16

GRUNDIG
Es lebe die Leistung

Der Schweizer Präsident legt sein Amt nieder

DW. Bern

Der Schweizer Bundespräsident und Innenminister Alphons Egli wird zum Jahresende die Regierung verlassen.

Der 62jährige Christdemokrat, der dem rechten Flügel seiner Partei zugeordnet wird, gibt gesundheitliche Gründe für seinen Rücktritt an. Egli, der aus Luzern stammt, war vor vier Jahren in die sieben Mitglieder zählende eidgenössische Regierung, den Bundesrat, eingetreten. Er war dort auch für die Umweltpolitik zuständig.

Wer sein Nachfolger wird, ist bislang unklar. Es geht zunächst darum, einen neuen Kandidaten für das Amt des Innenministers zu finden. Eglis Amtszeit als Bundespräsident wäre zum Jahresende, wenn der Rücktritt wirksam wird, ohnehin ausgelaufen. Er war 1985 Vizepräsident und stand damit Ende vergangenen Jahres für die einjährige Amtszeit an.

Das Präsidentenamt ist vorwiegend auf repräsentative Aufgaben beschränkt. Erster Mann im Staat ist in der Schweiz der Präsident des Nationalrats, der großen Kammer des Parlaments. Als nächster Bundespräsident ist bereits Außenminister Pierre Aubert als derzeitiger Vizepräsident vorgesehen. Aubert ist in der Schweiz nicht unumstritten, da er häufiger als seine Vorgänger zu Dienstgeschäften ins Ausland reist.

„Moskau lernt aus Tschernobyl"

WELT-Gespräch mit dem Chef der Reaktorsicherheits-Kommission, Adolf Birkhofer

ULRICH REITZ, Bonn

Bei dem Zwischenfall im Reaktor von Cattenom „bestand für Menschen keine Gefahr", selbst wenn die Anlage voll in Betrieb gewesen wäre. Der „Vorfall", der die Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie belebte, habe „mit dem nuklearen Teil der Anlage überhaupt nichts zu tun" gehabt. Außerdem sei kein Anlagenteil betroffen worden, „das unmittelbar zur Kühlung des Reaktors benötigt wird". Es spiele auch keine Rolle, wieviel Wasser ausgetreten sei, sagte der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, Professor Adolf Birkhofer, im Gespräch mit der WELT.

Atom-Technik beherrschbar

Auf die Frage, ob die Atom-Technik überhaupt von Menschen beherrschbar sei, sagte Birkhofer: „Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ist die Technik beherrschbar." Man werde immer mit Schwierigkeiten oder Schäden in Bereichen, die sicherheitstechnisch ohne Bedeutung seien, rechnen müssen. Dies habe aber keine Auswirkung auf die Bewertung der gesamten Anlage.

Was die Sicherheitsphilosophie der Franzosen angeht, stellte Birkhofer einen Wandel fest. Die enge Kooperation zwischen deutschen und französischen Sicherheitsexperten in den vergangenen zehn bis 15 Jahren habe mit dazu geführt, „daß sich die heute gebauten französischen Anlagen gegenüber den ursprünglichen Planungen sehr stark einem Sicherheitskonzept genähert haben, wie wir es traditionsgemäß pflegen. Praktisch gibt es keine Unterschiede."

Birkhofer wies die Vorwürfe der saarländischen Landesregierung, sie sei über den Zwischenfall in Cattenom zu spät informiert worden, zurück. Nach seinen Erkenntnissen sei der Störfall am Freitag, dem 22. August, gegen 20 Uhr entdeckt worden. Um 3.00 Uhr am folgenden Samstag morgen sei der Generaldirektor für die technische Ausrüstung von Kernkraftwerken in Paris informiert worden. Bereits um 4.00 Uhr habe die Präfektur in Metz Bescheid gewußt. Nur eineinhalb Stunden später habe sie das saarländische Innenministerium informiert. Saarbrücken hatte behauptet, erst am Sonntag morgen von Metz über den Vorfall in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Die Zeit, die zwischen dem Zwischenfall und der Information des Saarlandes gelegen habe, nannte Birkhofer „völlig ausreichend". Immerhin habe es sich um einen Vorfall gehandelt, „der keine sicherheitstechnische Bedeutung hat und der bei einer Anlage stattfand, die überhaupt nicht in Betrieb war".

Zu der von Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) angekündigten Überprüfung der deutschen Kernkraftwerke sagte Birkhofer: „Wir prüfen, ob Ergänzungen im anlageninternen Katastrophenschutz vernünftig sind." Dies heiße aber keinesfalls, „daß heute ein Sicherheitsdefizit besteht".

Das Restrisiko rechtfertigt nach Ansicht von Birkhofer nicht den Ausstieg aus der Kernenergie. „Naturgesetzlich betrachtet kann man das Restrisiko nicht ausschließen, wie man auch nicht ausschließen kann, daß einem in der nächsten Minute die Decke auf den Kopf fällt."

„Erheblicher Fortschritt"

Birkhofer stellte der Sowjetunion ein positives Zeugnis über ihr Verhalten bei der Expertentagung in Wien aus, die gegenwärtig über die Folgen von Tschernobyl berät. „Gegenüber den ersten Äußerungen von russischer Seite im Mai, wo im wesentlichen von administrativen Verbesserungen die Rede war, ist das, was jetzt auf dem Tisch liegt, wesentlich mehr."

Daß Moskau nicht mehr nur von menschlichem Versagen spreche und jetzt technische Maßnahmen ergreifen wolle, „ist ein erheblicher Fortschritt". Birkhofer äußerte sich zuversichtlich, „daß die Maßnahmen, die die Russen jetzt durchführen wollen, nicht die letzten sein werden". Er bescheinigte der Sowjetunion, daß sie „nach Tschernobyl gelernt hat". Seiner Überzeugung nach werde Moskau künftig die Fragen der Sicherheit ernster nehmen.

Gewerkschaften beklagen Folter und Verfolgung

dpa, Brüssel

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat die Verletzung von Gewerkschaftsrechten in allen Teilen der Welt beklagt. Die Verletzungen der Rechte reichten von Mord, Folter und Inhaftierung bis zu bürokratischen und rechtlichen Beschränkungen. Die meisten und schwersten Verletzungen der Gewerkschaftsrechte finden nach der Übersicht des IBFG in Ländern der Dritten Welt statt. In Afrika würden in zahlreichen Staaten grundlegende Gewerkschaftsrechte beschnitten. Häufig komme es zu willkürlichen Verhaftungen von Gewerkschaftern und zur Einmischung der Regierungen in innergewerkschaftliche Angelegenheiten.

In Lateinamerika habe sich dagegen die Rückkehr zu demokratischen Regierungen und deren Festigung in einer zunehmenden Zahl von Ländern 1985 und 1986 positiv auf die dortigen Gewerkschaftsrechte ausgewirkt. Besonders schwerwiegend seien aber noch die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten in Chile, El Salvador, Guatemala und Brasilien.

In Asien sei es in den kommunistischen Ländern, wo die offiziellen Gewerkschaften „lediglich Instrumente der kommunistischen Partei sind", zu schwerwiegenden Verstößen gekommen. Das Gesamtbild stelle sich „nach wie vor düster dar", heißt es.

„Andere Grundrechte sind auch eingeschränkt"

Biedenkopf zur WELT: Verfassungsgericht garantiert Asyl

DIETHART GOOS, Bonn

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, hat in einem Interview mit der WELT die Abschaffung des Asylrechts als verfassungsrechtlich unmöglich bezeichnet, jedoch einen Gesetzesvorbehalt zur Debatte gestellt.

Der Frage, ob er eine Änderung des Grundgesetzes für nötig halte, begegnete Biedenkopf zwar mit dem Hinweis, daß er sich „noch keine abschließende Meinung gebildet" habe, bezog aber dennoch eine klare Ausgangsposition: „So, wie das Verfahren im Augenblick läuft, kann es nicht weitergehen." Sollte eine Beschleunigung des Asylverfahrens nicht zum Erfolg führen, wäre er der Einführung eines Gesetzesvorbehalts nicht abgeneigt: „Das wäre nichts Ungewöhnliches, denn wir haben eine ganze Reihe anderer Grundrechte wie zum Beispiel die Rundfunkfreiheit oder die Lehrfreiheit oder die Redefreiheit oder die Vereinsfreiheit, die auch alle unter Gesetzesvorbehalt stehen."

Die Einführung eines sogenannten Vorschaltgesetzes wird insbesondere von Bundesinnenminister Zimmermann favorisiert. (WELT v. 7. 8.)

Biedenkopf wandte sich gegen das verbreitete Mißverständnis, daß die Einführung eines Gesetzesvorbehalts der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gleichkomme: „Eine Einschränkung des Grundrechts ist mit einem Gesetzesvorbehalt nicht verbunden. Insoweit ist die ganze Diskussionsslage schief." Seine Argumentation gipfelte in dem Hinweis auf die verfassungsrechtliche Grenze: „Ich kann das Grundrecht ohnehin in seinem Kernbestand nicht beeinträchtigen. Das würde das Verfassungsgericht gar nicht zulassen."

Die Unionsparteien forderte Biedenkopf auf, sich über die Asylfrage hinaus bald auf ein gemeinsames Wahlprogramm zu verständigen, und fügte hinzu: „Einerseits wollen wir die Frage, wie wir das Asylantenproblem lösen, nicht zum Gegenstand der Wahlkampfauseinandersetzung machen. Andererseits will die Bevölkerung wissen, wie die Union in der nächsten Legislaturperiode mit dieser Frage fertig werden will."

Als das Gespräch auf die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern um künftige Kabinettsposten kam, empfahl Biedenkopf, sich an ein amerikanisches Sprichwort zu halten: „Über die Brücke gehen wir, wenn wir hinkommen." Er plädierte auch für einen Verbleib von Außenminister Genscher im Amt: „Er ist ja auch jetzt Außenminister. Also brauche ich meine Vorstellungskraft nicht allzu sehr anzustrengen."

Unterdessen sind der innenpolitische Fraktionssprecher der Union, Broll, und der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Fellner, mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit getreten, die weit über die bisherige Diskussion in der Union hinausgehen und auch zu den Überlegungen Biedenkopfs kontrastieren. Broll empfahl, die Aussage im Grundgesetz, nämlich daß politisch Verfolgte Asyl genießen, in die Formulierung zu ändern, daß die Bundesrepublik Deutschland Asyl gewähre. „Ein Grundrecht analog zu deutschen Bürgerrechten wäre damit abgeschafft", ohne daß der moralische Anspruch auf Asyl beeinträchtigt würde.

Ehmke kritisiert in Washington US-Europapolitik

wth. Washington

Der stellvertretende Fraktionsführer der SPD, Horst Ehmke, und der Wahlkampfmanager des Kanzlerkandidaten Rau, Bodo Hombach, sind am Dienstag in Washington eingetroffen, um der amerikanischen Regierung die außen- und sicherheitspolitischen Positionen ihrer Partei nahezubringen. Ihre Gesprächspartner sind unter anderen die Staatssekretäre Ikle und Armacost, der Direktor der Rüstungskontrollbehörde, Adelman, und der Rußlandexperte im Nationalen Sicherheitsrat, Matlock. Amerikanische Gesprächspartner im Ministerrang standen nicht zur Verfügung.

Ehmke, der außerdem vom ehemaligen Berliner Bürgermeister Stobbe begleitet wird, erläuterte zu Beginn seines Besuchs noch einmal vor der Presse seine kritische Einstellung zur amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Er sei an einer offenen Diskussion mit den Amerikanern interessiert, „ob wir 300 000 ihrer Soldaten auf deutschem Boden haben müßten". Der SPD-Politiker sprach sich gegen die neuen amerikanischen binären chemischen Waffen aus, weil sie ein generelles Verbot aller chemischen Waffen erschweren, und formulierte ein entschiedenes „Nein" zum SDI-Programm der USA.

Er sei grundsätzlich für die Allianz, sagte Ehmke, doch nicht in ihrer gegenwärtigen Form, denn sie befinde sich in einem Zustand der Unordnung und Verwirrung. Er entdecke im übrigen eine starke Europäisierung der Politik in der Alten Welt, und das sei nicht zuletzt eine Folge der Politik der Reagan-Administration.

USA streichen Zimbabwe die Wirtschaftshilfe

DW. Washington/Harare

Die USA haben ihre Wirtschaftshilfe für Zimbabwe eingestellt. Wegen wiederholter antiamerikanischer Äußerungen der Regierung in Harare während der achten Gipfelkonferenz der Blockfreien werden die für dieses Jahr bereits bewilligten 13,5 Millionen Dollar nicht ausgezahlt. Auch künftig soll Zimbabwe keine Mittel mehr aus dem Auslandshilfsprogramm der USA bekommen. Sieben Millionen Dollar, die bereits für spezielle Projekte verplant sind, werden allerdings noch an Harare gezahlt.

Perus Staatspräsident Alan Garcia übte bei der Konferenz ebenfalls Kritik an den USA wegen ihrer Einmischung in Nicaragua, verurteilte jedoch auch die „Hegemonialpolitik der anderen Großmacht". Er wandte sich grundsätzlich gegen die Industriestaaten, die bei Kreditvergabe, Zinssatzfestlegung und Schuldenrückzahlungen gegenüber der Dritten Welt „wirtschaftliche Apartheid" und „finanziellen Rassismus" praktizierten. Die Schuldnerländer dürften nicht zu Instrumenten der Großmächte werden. Eine Rückzahlung der Auslandsschulden würde beispielsweise jedes lateinamerikanische Land in Elend stürzen.

Südafrikas Präsident Pieter W. Botha hat unterdessen mit Hinweis auf die geplante Resolution der Blockfreien, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen, erklärt, die Länder des Kontinents könnten sich solche Schritte gegen sein Land nicht leisten. Sie würden von anderen dazu gedrängt. Die Blockfreien sollten endlich aufhören, sich blenden zu lassen. Die Weißen zählten nun einmal zu den Ureinwohnern Südafrikas.

UNO rüttelt Afrikas Agrarpolitiker wach

DW. Yamoussoukro

Politische Fehlentscheidungen und mangelndes Interesse an der Entwicklung der Landwirtschaft in vielen afrikanischen Staaten sind nach Meinung der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) für die Hungersnot auf dem Kontinent verantwortlich. In einer Studie unter dem Titel „Afrikanische Landwirtschaft: Die nächsten 25 Jahre" heißt es, die Landwirtschaftspolitik müsse dringend korrigiert werden. Ansonsten drohe um das Jahr 2010 eine Hungersnot, die weitaus schlimmer würde als jede vergangene.

Die Untersuchung wurde bei der FAO-Konferenz in Yamoussoukro, der Hauptstadt des Staates Elfenbeinküste, vorgestellt. Darin heißt es, klimatische Verhältnisse allein könnten für die Katastrophen der jüngsten Vergangenheit nicht verantwortlich gemacht werden. Dürre habe es in Afrika immer gegeben. Schädlich sei vor allem, daß landwirtschaftlich nutzbares Gebiet nicht in einem dem Bevölkerungswachstum angemessenen Maß erschlossen werde. Die Menge der geernteten Feldfrüchte bleibe gleich oder werde sogar weniger, weil der technische Fortschritt für den Ackerbau nicht genutzt werde. Die Lebensmittel-Produktion pro Kopf der Bevölkerung drohe um dreißig Prozent zu sinken. Somit könnten zu Beginn des nächsten Jahrhunderts fast alle afrikanischen Staaten gezwungen sein, mehr als 100 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr einzuführen.

Dabei könnte Afrika sich nach Meinung des FAO-Generaldirektors Edouard Saouma selbst ernähren. Notwendige Voraussetzung dafür sei zunächst, daß der Landwirtschaft, für das kaum ein Land des Kontinents mehr als ein Zehntel seiner Haushaltsmittel aufwende, Priorität eingeräumt werde. Der Umweltschutz sei stärker zu berücksichtigen, damit die ständig wachsende Bevölkerung der Natur keine irreparablen Schäden zufüge. Die internationale Staatengemeinschaft müsse die Entwicklungshilfe verstärkt für die Nahrungsmittelproduktion einsetzen. Protektionistische Bestrebungen im Bereich der Landwirtschaft seien zu bekämpfen. Zudem forderte Saouma Förderprogramme, die helfen, Organisation und Infrastruktur zu verbessern.

Würden die genannten Mißstände abgestellt, könne die landwirtschaftliche Produktion jährlich um drei Prozent gesteigert werden. Die Tagung in Yamoussoukro will nun klären, wie die vorgeschlagene Neubelebung der Landwirtschaft praktisch bewerkstelligt werden kann.

Bundesrepublik: Welt–Exporteur Nr. 1

Exporte in Mrd Dollar

	Bundesrepublik Deutschland	USA	Japan
1985 1. Halbjahr	84	110	82
1985 2. Halbjahr	99	103	95
1986 1. Halbjahr	116	108	100

Der Export-Weltmeister des ersten Halbjahres 1986 heißt Bundesrepublik Deutschland. Die USA rutschten zum ersten Mal seit über siebzig Jahren auf den zweiten Platz. GRAFIK: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

DG Bank: Zusammen mit dem Unico-Konsortium genossenschaftlicher Zentralbanken wurde eine Multi-Währungsfinanzierung im Gegenwert von rund 275 Mill. Dollar in fünf Tranchen für die Weltbank arrangiert, darunter 250 Mill. DM 5,75prozentige Schuldverschreibungen mit siebenjähriger Laufzeit, die zu pari bei deutschen und ausländischen Genossenschaftsbanken plaziert werden.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: *286,82 (291,79); Chemie: 168,72* (171,55); Elektro: 333,27 (340,35); Auto: 765,81(785,91); Maschinenbau: 153,47 (156,06); Versorgung: 165,39 (169,52); Banken: 429,76 (436,94); Warenhäuser: 179,34 (180,05); Bauwirtschaft: 535,07 (539,37); Konsumgüter: 188,93 (191,20); Versicherung: 1525,04 *(1527,28); Stahl: 160,51 (163,59).*

Kursgewinner:	DM	+ %
Preussag	217,00	14,2
AAC South Afr.	30,50	10,9
De Beers	15,50	9,15
Toray	10,00	8,70
Moenus	96,50	7,10

Kursverlierer:	DM	– %
Mitsui	2,35	9,62
Nippon Kokan	3,60	8,86
Nisshin Steel	2,80	6,67
Frankona Rück.	705,00	6,00
Herlitz	185,00	5,13

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwächer

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Fleurop: Vier Mill. Blumensträuße für 120 Mill. DM haben die Bundesbürger 1985 über die Floristenorganisation verschickt. (S. 11)

Daimler-Benz: Das Amerikageschäft soll weiter ausgebaut werden. (S. 11)

MTU: Der Triebwerkhersteller ist mit 33 Prozent an einem 15-Mrd.-DM-Projekt zur Entwicklung und Fertigung der Triebwerke für das Kampfflugzeug „Jäger 90" beteiligt.

HSW: Die ehemals zur Korf-Gruppe gehörende Hamburger Stahlwerke GmbH hat 1985 ihren Umsatz von 465 Mill. auf 476 Mill. DM gesteigert. (S. 11)

adidas: Der weltgrößte Sportartikel-Konzern ist mit dem Geschäftsjahr 1985 zufrieden. (S. 11)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	2. 9. 86	1. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	205,00	205,00	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	131,50	130,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	73,50	71,50	71,50	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

Ispo: Tennis ist das Zauberwort der Internationalen Sportartikelmesse in München. (S. 12)

Preisindex: Die Lebenshaltung war Mitte August um 0,4 Prozent preiswerter als ein Jahr zuvor.

Konkurse: 5,4 Arbeitnehmer verlieren bei jeder Firmenpleite den Arbeitsplatz.

photokina: Die Japaner präsentieren in Köln Neuheiten und Weiterentwicklungen in der Videotechnik. (S. 11)

Kfz-Haftpflicht: Die zum 1. Januar 1985 wirksam gewordene Beitragserhöhung sollte nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Milz sofort wieder rückgängig gemacht werden.

NAMEN





Siemens: Giselher Kadegge, seit 1968 Vorstandsmitglied, vollendet am 6. September sein 65. Lebensjahr.

MAN Technologie: Aufsichtsrat: Klaus Götte, Vorstandsvorsitzender der MAN AG, Gerd R. Schmidt, Vorstandsmitglied der Zahnräderfabirk Renk AG, Rolf Kessler, Betriebsratsvorsitzender der MAN Technologie, Wilfried Lochte und Hans Dieter Meissner, beide Vorstandsmitglieder der MAN AG, und Karl-Heinz Wüllenweber, Betriebsratsmitglied der MAN Technologie.

WER SAGT'S DENN?

Ein Durchlauferhitzer ist ein Personalchef, der morgens die Büros durchstreift und die Gemüter der Mitarbeiter in Wallung bringt.

Hans Kasper

Europas Stahlproduzenten wollen keine Auflockerung der Quoten

Verband fordert im Herbst besonders restriktive Herstellungs- und Lieferprogramme

WILHELM HADLER, Brüssel

Zu optimistisch eingeschätzt hat die EG-Kommission offenbar zu Beginn dieses Sommers die Preisentwicklung auf dem europäischen Stahlmarkt. Die im Verband Eurofer zusammengeschlossenen Stahlerzeuger der EG haben deshalb von Brüssel für das vierte Quartal 1986 „besonders restriktive Produktions- und Lieferprogramme" gefordert.

Die Stellungnahme bestätigt, daß die Widerstände gegen die von der Kommission geplante weitere Auflockerung des Quotensystems groß sind. Es gilt deshalb als fraglich, ob der EG-Ministerrat sich am Jahresende wenigstens zu einer Ausgliederung von zwei neuen Produktgruppen (Walzdraht und feuerverzinkte Bleche) und aus dem Krisenmechanismus nach Artikel 58 des Montanvertrages durchringen wird.

Eurofer weist auf eine „Verringerung der Marktversorgung", einen Abbau der Lagerbestände und einen Rückgang der EG-Exporte hin. Seine Mitgliedsunternehmen treten für eine „besonders strenge Überwachung der Einfuhren" der Gemeinschaft ein und halten es für „zwingend notwendig", die bereits eingeleiteten oder noch ausstehenden Antidumping-Beschwerden gegen Drittlandslieferanten „sofort zu behandeln". Angekündigt wurden Klagen gegen Lieferanten aus Jugoslawien, Algerien, der Türkei, Venezuela und Mexiko.

Auch die EG-Dienststellen haben bei ihren Konsultationsgesprächen mit Eurofer eingeräumt, daß eine vorsichtige Politik angebracht sei. Die allgemeine Zunahme der Industrieproduktion in Europa habe sich nicht in einem vergleichbaren Anstieg der Stahlnachfrage niedergeschlagen, hieß es in Brüssel. Die auf dem Markt erzielten Preise seien relativ niedrig, was allerdings zumindest teilweise darauf zurückführen sei, daß viele Kontrakte auf Dollarbasis abgeschlossen würden.

Als Folge der verhaltend optimistischen Nachfragebeurteilung zu Beginn dieses Jahres haben nach den Erkenntnissen der Brüsseler Experten auch die Lagerbestände (vor allem bei Walzstahlerzeugnissen) inzwischen ein betächtliches Niveau erreicht und daher bestehe die Gefahr eines weiteren Preisdrucks, falls es nicht zu einer Beschränkung des Stahlangebotes komme.

Erschwerend komme hinzu, daß sich die Absatzmöglichkeiten für europäischen Stahl wegen der weltweiten Überproduktion und der US-Importbeschränkungsmaßnahmen („Selbstbeschränkungsabkommen") erheblich verschlechtert hätten.

Eurofer errechnete, daß die EG-Importe von Januar bis Mai um eine Million Tonnen (verglichen mit dem Vorjahreszeitraum) gestiegen sind, dagegen seien die EG-Ausfuhren in der gleichen Periode um zwei Millionen Tonnen zurückgegangen. Der Exportüberschuß der Gemeinschaft bei Stahlerzeugnissen hat sich danach auf etwa 3,9 Mill. Tonnen vermindert.

Wann wird sich die Kürzung der Ölproduktion durchsetzen?

Noch sind große Mengen auf dem Weg zur Verarbeitung

Bm. Bonn

Der letzte Montag war für die 13 Opec-Ölförderländer der Tag des Schwures. Vom 1. September an, so hatten sie am 5. August in Genf erklärt, werde die Förderquote der Mitgliedstaaten zurückgenommen. Ziel für 1986 ist, die Öleinnahmen der Opec nicht unter 80 Milliarden Dollar fallen zu lassen. 1984 noch waren es fast 160 Milliarden Dollar.

Nicht nur die Opec-Ölförderer haben angekündigt, ihre Förderung zu begrenzen. Auch Mexiko, Ägypten, China und Norwegen haben wissen lassen, daß sie sich dem Opec-Appell von Genf anschließen werden. Selbst die Sowjetunion hat signalisiert, daß sie die Rohölförderung drosselt.

Greift die Genfer Vereinbarung jetzt, so wird sich die Förderung der Opec auf 16 Mill. Faß (159 Liter) ermäßigen, das sind rund 800 Mill. Tonnen im Jahr. Die Mineralölwirtschaft ist jedoch nicht sicher, daß der Opec-Beschluß sofort durchgesetzt wird. Es gilt als „sehr wahrscheinlich", daß sich zunächst die Förderländer gegenseitig beobachten und dann allmählich die Förderung zurücknehmen, wenn sich ein Trend dazu abzuzeichnen beginnt. Zudem, so heißt es, seien noch große Mengen Rohöl aus der Zeit vor dem Beschluß von Genf auf dem Weg zur Verarbeitung. Erst wenn diese Welle abgebaut sei, könnte sich eine Förderkürzung durchsetzen.

Die Aufwärtsentwicklung der Ölpreise setzt sich fort. In Rotterdam wurde am Spotmarkt der Preis für Nordseeöl von 14,30 auf 14,85 Dollar je Faß heraufgesetzt. Texasöl (leicht) zog von 14,90 auf 15,46 Dollar an. Ägypten hat angekündigt, die Preise für Rohöl um 50 Cent auf 10,50 bis 12,50 Dollar (je nach Qualität) vom 15. September an anzuheben.

Insgesamt ist seit dem Tiefpunkt der Preise Ende Juli der Rohölpreis in Rotterdam um rund 50 Prozent gestiegen. Das gleiche gilt für Produkte. So zog Normalbenzin von 104 Dollar je Tonne auf 157 Dollar an. Super kostet heute 206 Dollar gegenüber 140 Dollar Anfang August. In den letzten Tagen hat sich der Preis jedoch auf diesem Niveau stabilisiert.

AUF EIN WORT



„Die geforderte neue Energiepolitik ist ein bunter Strauß von leicht verwelkten Konzepten."

Prof. Dr. Hans-Karl Schneider, Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln.
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Mehr Arbeit für die Küste durch weniger Lohnzuwachs

Provokative Thesen auf einem Symposium der IG Metall

ww. Bremen

Unter dem Gemurre vieler Teilnehmer am Symposium der IG Metall unter dem Motto „Arbeit für die Küste" forderte der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie (VDS), Michael Budczies, in Bremen: „Die Tarifparteien müssen darüber nachdenken, ob nicht das Angebot von Arbeitskraft in Norddeutschland für die Ansiedlung von neuen Industrien und Betrieben attraktiver gemacht werden kann." Es sei besser, auf ein paar Lohnprozentpunkte zu verzichten, wenn es dadurch gelinge, neue Industrien anzusiedeln. Die Ansiedlung, führte er weiter aus, müsse durch niedrige Gewerbesteuer-Hebesätze und niedrige Energiekosten gefördert werden.

Norddeutschland sollte deshalb sein hauptsächliches Augenmerk auf die Erzeugung billiger Energie richten. An die Gewerkschaft gewandt, meinte der VDS-Vorsitzende: „Arbeitszeitverkürzung verteuert die Produktion, ohne entsprechende Kaufkraft zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung schafft daher in unserer Lage keinen neuen Arbeitsplatz, sondern vernichtet Arbeitsplätze."

„Um einen Kapazitätsabbau auf den Werften zu begrenzen und einen totalen Zusammenbruch des deutschen Schiffbaues zu verhindern, brauchen wir eine *Absatzhilfe* von europäischem Niveau und eine Hilfe zur Bewältigung der Folgekosten der Kapazitätsanpassung", forderte Budczies. Diese Hilfe müsse ergänzt werden durch eine Hilfe zur Schaf*fung neuer Arbeitsplätze in der* Region.

Der Vorsitzende der IG Metall, Franz Mayr, forderte eine expansive Wirtschaftspolitik, mehr Handel bedeute mehr Fracht und damit die Notwendigkeit für nationalen Schiffbau; es müsse deshalb ein Regionalprogramm für den Norden mit küstennaher Ausprägung aufgelegt werden.

Auch der Bremer Senator für Wirtschaft, Werner Lenz (SPD), forderte die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur neu zu definieren. Es gelte, mit „entsprechenden Sonderprogrammen dort massiv helfend einzugreifen, wo das wirtschaftliche Gleichgewicht beträchtlich aus dem Lot gerät". Die Bundesregierung müsse außerdem über die Garantien für den Schiffbau hinaus Sonderhilfen für die Küstenregion gewähren.

Wall Street: Schwere Verluste nach Feiertag

dpa/VWD, New York

Noch einmal schwächer eröffnete gestern der New Yorker Aktienmarkt. Der Dow Jones Index für 30 Industriewerte notierte zehn Minuten nach Geschäftsbeginn mit 1865,16 um 5,20 Punkte niedriger als zum Schluß des Vortages. Am Dienstag hatte Wall Street nach dem dreitägigen Labor-Day-Feiertag nach zunächst etwas festerer Eröffnung einen schweren Rückschlag erlitten. Der Dow Jones fiel um 27,98 Punkte auf 1870,36. An der New York Stock Exchange, der größten US-Börse, war die Zahl der Kursverlierer zweimal so hoch wie die der Gewinner.

Wall-Street-Beobachter erklärten den Abgabedruck zum großen Teil damit, daß die jüngsten Konjunkturzahlen bei den Anlegern eher Verwir*rung stifteten. Dadurch sei auch für* die Zukunft der Aktienbörsen das Bild getrübt. Merrill Lynch vertritt in einem Börsenkommentar die These, daß der September ein entscheidender Monat für den amerikanischen *Aktienmarkt werden kann. Denn seit* Ende März habe der Markt per Saldo keine Terraingewinn mehr erzielen können. Der Börsenmakler hält es deshalb für möglich, daß der September weitere Kursgewinne bringt.

Drang zum Mittelstand

A. G. – Nicht Tschernobyl ist *überall, wohl aber der Mittelstand* und demzufolge auch die Mittelstandspolitiker. Es gibt kaum eine Wählergruppe, die so heftig umworben ist wie eben die Mittelständler, wer immer das auch sein mag. Gerade bei der Abgrenzung wird es komisch. Viele machen geradezu einen Kopfstand beim Versuch, den Mittelstand zu definieren.

Das Bundeswirtschaftsministerium, das soeben eine Informationsbroschüre über den Leistungsträger Mittelstand unter die Leute brachte, weiß eine gute Antwort: „Je mehr Experten in dieser Frage zu Wort kommen, desto mehr Antworten erhält man. Die Wirtschaftswissenschaftler haben sich bis jetzt nicht auf eine eindeutige Definition des Begriffs wirtschaftlicher Mittelstand einigen können. Denn er umfaßt sowohl quantitative als auch qualitative Merkmale."

Noch irgendwelche Unklarheiten?

Die werden flugs beseitigt: Quan*titativ gesehen wird unterschieden* zwischen kleinen, mittleren und großen Unternehmen. Mittelstand sind eben die kleinen und mittleren (mit bis zu 49 Beschäftigten oder 1 Million Mark Umsatz beziehungsweise zwischen 50 und 500 Beschäftigten und 1 bis 100 Millionen Mark Umsatz), alles was darüber ist, ist groß.

Das sind aber nur 0,17 Prozent. Denn 99,83 Prozent aller Unternehmen gehören zu den kleinen oder mittleren. Mittelstandspolitik zielt also auf den kleinen Friseur mit Lehrling ebenso wie auf einen 499-Mann-Betrieb mit *100 Millionen* Umsatz. Kann man da noch gezielte Politik machen? Unsere Politiker können es. Und sie propagieren es mit wachsender Begeisterung.

In Schulden verstrickt

Von CLAUS DERTINGER

Der Schuldendienst sollte für alle Entwicklungsländer auf „Bandbreitenrelationen" zum Bruttosozialprodukt oder zu den Exporterlösen begrenzt werden. Dieser Vorschlag, der auf seiten der Gläubiger Forderungsverzichte beinhaltet, stammt nicht etwa von einem Politiker aus der Dritten Welt, sondern von einem Offiziellen der deutschen Währungspolitik. Wilhelm Nölling, Chef der Landeszentralbank in Hamburg und damit Mitglied des Zentralbankrats, hat jetzt diese These vertreten, allerdings als persönliche Gedanken zur Bewältigung der Schuldenkrise.

Auch in anderen Behörden werden im Zusammenhang mit einer realistischen Bewertung der Engagements deutscher Banken in hochverschuldeten Entwicklungsländern privatim ähnliche Überlegungen angestellt.

Forderungsverzichte der Gläubiger werden immer häufiger zur Beendigung der Finanzkrise in der Dritten Welt propagiert. Es gibt aber sehr gute Gründe gegen eine allgemeine Schuldenentlastung.

Die offizielle Politik in Bonn und Frankfurt hält freilich nichts von Versuchen, auf diese Weise die Schuldenlast der Entwicklungsländer zu senken, um ihnen mehr finanzielle Luft zur Gesundung zu verschaffen. Es gibt auch gute Gründe für das Verweigern einer solchen Schuldenentlastung.

Sie wäre nicht nur geradezu eine Einladung auch an zahlungsfähige Schuldner, ihre Kredite nicht mehr voll zu bedienen. Die Gewißheit, im Notfall einen Teil der Schulden ein*fach streichen zu dürfen, könnte zu*dem manches Land zu einer leichtsinnigen Kreditaufnahme verführen. Dann brauchte man sich nicht zu wundern, wenn die Banken den Geldhahn für die Entwicklungslän*der noch weiter zudrehten und da*mit genau das Gegenteil dessen täten, was wünschenswert ist.

Davon einmal ganz abgesehen: Die großen amerikanischen Banken mit ihren gläsernen Bilanzen könnten – anders als die großen deutschen mit ihrer Risikovorsorge – selbst ein teilweises Streichen von Schulden nicht verkraften; sie müßten vom Staat gestützt werden, wenn eine Gefährdung des internationalen Finanzsystems vermieden werden soll. Es ist eine Illusion anzunehmen, Washington sei dazu ohne Not bereit.

Die Tatsache, daß laut über einen Schuldenerlaß nachgedacht wird, demonstriert die Ratlosigkeit in der Diskussion um das Angehen der Schuldenproblematik. Vor knapp einem Jahr, während der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Seoul, hatten viele Experten geglaubt, die Baker-Initiative werde neue Wege aus der Schuldenkrise aufzeigen.

Gemeinsame Kreditaktivitäten von IWF, Weltbank und Geschäftsbanken, kombiniert mit einer marktorientierten Wachstumspolitik der Schuldnerländer waren die Kernpunkte des Baker-Plans, der ausgesuchten Schwellenländern aus der Bredouille helfen sollte.

Mexiko, im Ausland mit 98 Milliarden Dollar verschuldet, war erster Kandidat für diese Strategie. Das nach langem Feilschen im Juli zwischen dem IWF und Mexiko unterzeichnete Beistandsabkommen läßt mit der Koppelung der Höhe der Kreditzusagen an den Ölpreis tatsächlich erkennen, daß der IWF einen neuen Weg eingeschlagen hat.

Die Flexibilität, die der IWF – er gab sich mit Zusicherungen wirtschaftspolitischer Reformen zufrieden, die weniger strikt sind als sonst üblich – hier angesichts der drohenden Zahlungsunfähigkeit des Großschuldners offensichtlich auf Washingtons Drängen gezeigt hat, läuft allerdings auf eine Aufweichung der Position des IWF als Garanten für eine Überwindung krisenhafter Situationen hinaus.

So ist es kein Wunder, daß sich die privaten Banken, die die Hälfte zu dem Zwölfmilliardenpaket bei*steuern sollen, nicht gerade zu neu*er Kredithilfe animiert fühlen und erst recht nicht zu großem Entgegenkommen bei den Zinsen für bereits umgeschuldete Kredite.

Vor einem Test steht die Rolle *des IWF auch im Falle Brasi*liens. Das mit 100 Milliarden Dollar im Ausland am stärksten verschuldete Land operiert in den Umschuldungsverhandlungen strikt am IWF vorbei, dessen Einschaltung von den staatlichen Gläubigern im „Pariser Club" zur conditio sine qua non für eine Mitwirkung gemacht wurde.

Wie das Gerangel ausgeht, läßt sich noch nicht absehen. Sollten die privaten Banken jedoch zu einem Einlenken unter Ausschaltung des IWF bereit sein, womit zugleich ein Präjudiz geschaffen würde, schnitten sie sich langfristig ins eigene Fleisch. Schließlich ist der IWF die einzige Autorität, die auch Änderungen in der Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer veranlassen kann, ohne die das Bankengeld in ein Faß ohne Boden flösse.

SPD fordert Stärkung der Bautätigkeit

A.G. Bonn

Vorschläge zur Stärkung und Verstetigung der Bautätigkeit hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion gestern in Bonn vorgelegt. Wie die SPD-Abgeordneten Franz Müntefering und Dietrich Sperling vor der Presse erläuterten, sei die gegenwärtige Lage der Bauwirtschaft mit einem „schiefen Zwischenhoch im Tal" zu umschreiben. Die scheinbar freundlichen Nachrichten über die Entwicklung in der Baubranche überlagerten die negativen Auswirkungen beispielsweise auf die Zahl der Beschäftigten und ganz allgemein beim Wohnungsbau. Die Bundesregierung habe nicht zuletzt durch Streichung der verschiedensten Fördermittel die Bauwirtschaft im Stich gelassen.

Im einzelnen fordert die SPD eine Fortführung der direkten Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des Mietwohnungsbaus in Bedarfsschwerpunkten, die Einrichtung eines Sondervermögens in den Bereichen Arbeit und Umwelt, das in hohem Maße gemeindliche Bauinvestitionen ermögliche, eine Stärkung der Investitionskraft der Gemeinden insbesondere durch Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und durch Entlastung von den Sozialhilfekosten. Gefordert wird außerdem die Fortsetzung der Städtebauförderung und die Wiederaufnahme der direkten Förderung von Modernisierungen und Energiesparprojekten beim Gebäudebestand. Auch hält die SPD eine Stützung der Bautätigkeit, die aus raumordnerischen Gesichtspunkten begründet ist, in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit für erforderlich.

US-Steuerreform zwischen Angst und Hoffnung

Viele Vorteile für innovative Branchen – Aber keine Hilfe im Bereich der hochkapitalisierten Stahl- und Ölindustrien

H.-A. SIEBERT, Washington

Erste verläßliche Analysen der vom Vermittlungsausschuß des Kongresses verabschiedeten Steuerbeschlüsse, die Präsident Reagan noch durch seine Unterschrift absegnen muß, bestätigen die recht unterschiedlichen Auswirkungen auf die US-Wirtschaft. So müssen die kapitalintensiven Unternehmen durch die Bank mehr und die innovativen Industriezweige wie Computer, Telekommunikation und Biomedizin weniger Steuern zahlen.

Wachstum oder Pleiten?

Nach einer Studie des Conference Board in New York können Amerikas Autohersteller sowie der Einzelhandel und der Dienstleistungsbereich mit kräftigen Wachstumsimpulsen rechnen, während der kranken Stahlbranche, den Holzverarbeitern und den Öl- und Erdgasfirmen nicht geholfen wird. Folgende zehn Bereiche wurden analysiert:

Automobile: Die Herabsetzung der Körperschaftsteuer von 46 auf 34 Prozent gleicht den Verlust anderer Steuervorteile – wieder verlängert werden die Abschreibungsfristen, abgeschafft der Investitionsvorabzug – mehr als aus. Detroit profitiert außerdem besonders von den auf 15 und 28 Prozent reduzierten Einkommensteuersätzen. General Motors unterstreicht vor allem den langfristigen Nutzen, der aus dem entzerrten Steuerkodex resultiert.

Einzelhandel: Laut Sears Roebuck, dem größten Waren- und Versandhauskonzern der Welt, sind die Verbraucher die „großen Gewinner". Der Handel spürt dies jedoch nicht vor 1988, da die Streichung vieler Absetzungsmöglichkeiten 1987 zunächst als Bremse wirkt. Ein weiterer Effekt sind sinkende Renditen beim Bau von Wohnsilos, die zu höheren Mieten führen. Als Folge wächst die Nachfrage nach Einfamilienhäusern und damit nach Möbeln und Haushaltsgeräten, was zu Lasten der Anbieter von Bekleidung geht. Wegen des scharfen Wettbewerbs rechnet Sears mit niedrigeren Preisen, aber auch höheren Gewinnen.

Holzerzeugnisse: Der Gigant der Branche, die International Paper Co., verurteilt heftig die Abschaffung des Steuervorabzugs bei Investitionen, deren Kosten für alle Verarbeiter auf 10 Mrd. Dollar über fünf Jahre veranschlagt werden. Dadurch erhielten ausländische Lieferanten erhebliche Wettbewerbsvorteile.

Stahl: Der Industriezweig hat insgesamt seit 1981 nur Verluste erwirtschaftet und deshalb die Vorteile des Steuervorabzugs nicht realisieren können. Ähnlich wirke jetzt die Senkung der Körperschaftsteuer. Die Zukunft der Unternehmen hänge davon ab, welchen Effekt das Steuergesetz auf die Kapitalgüter-Hersteller habe, die bis zu drei Viertel des in den USA erzeugten Stahls verbrauchten. Die Branche befürchtet ferner, daß die geplante Mehrbelastung der amerikanischen Wirtschaft – bis zu 140 Mrd. Dollar bis 1991 – die Investitionsbereitschaft dämpft.

Computer: Kurzfristig schließt die Digital Equipment Corp. Rückschläge nicht aus, weil der Fortfall des Steuervorabzugs die Anschaffungskosten um 15 bis 20 Prozent erhöht. Langfristig wirkt jedoch die Rücknahme der Spitzensteuersätze positiv. Am stärksten profitieren die Firmen mit hohen Umsätzen im Inland.

Fluggesellschaften: Nach einhelligem Urteil beschleunigt das Gesetz die Konsolidierung durch Fusionen und Pleiten. Schon jetzt sind nahezu zwei Drittel der etwa 200 Unternehmen, die nach der Deregulierung 1978 gegründet wurden, verschwunden. Besser gestellt werden die führenden Carrier, die bei verringertem Angebot höhere Preise erwarten. Die abgesenkten Steuersätze kommen den Flugreisen zugute.

Geldanlagen: Langfristig, so die Investmentbank Shearson Lehman, führt die geringere Belastung vor allem hoher Einkommen in den USA zu einer Zunahme der Sparrate und somit zu einer Ausweitung des Wertpapierbesitzes. Weiter an Attraktivität, relative Preisstabilität vorausgesetzt, verliert dagegen der Immobilienbesitz.

Verlagerung ins Ausland

Öl und Ergas: Fortsetzen wird sich der mit dem Preisverfall bereits eingetretene Trend, die Bohrtätigkeit ins Ausland zu verlagern. Unter noch größeren Druck geraten die unabhängigen Firmen, die hoch verschuldet sind. Was droht, ist eine Neuauflage der Versorgungskrise von 1973/74.

Chemikalien: Unberührt bleibt nach Kalkulationen der Monsanto Co. die Nachfrage, auch nach Plastik und Chemiefasern. In bescheidenem Umfang steigen die Gewinne. Negativ wirkt sich das Gesetz aber möglicherweise auf die inländische Investitionstätigkeit zugunsten ausländischer Standorte aus. Im Schnitt der vergangenen zehn Jahre steigerte Amerikas Chemieindustrie die Produktivität um 4,7 Prozent, verglichen mit ein Prozent in der gesamten US-Wirtschaft. Rückschläge seien deshalb wahrscheinlich.

Dienstleistungen: Folgt man der Celanese Corp., dann kann der Sektor von kräftig anziehenden Gewinnen nach Steuern ausgehen, da die Einsparungen andere Firmen veranlassen, mehr Dienste in Anspruch zu nehmen. Ähnlich reagieren die Haushalte, die bei höherem verfügbaren Einkommen praktisch den gleichen Prozentsatz für Dienstleistungen aufwenden. Andererseits kann die Branche Ausgaben für Forschung und Entwicklung nicht mehr absetzen.

Das Board schließt aus der unterschiedlichen Aufnahme, daß „das Gesetz zwar in hohem Maße populär ist und jedermann sich von ihm Vorteile verspricht. Der Beweis dafür muß aber noch erbracht werden – alles ist eine Sache des Glaubens."

Yen-Hausse stoppt Wachstum

Mengenmäßig sinken die Exporte seit fünf Monaten

FRED de LA TROBE, Tokio

Das Wachstum der japanischen Wirtschaft ist zum ersten Mal seit drei Jahren zum Stillstand gekommen, wie Regierungsstellen in Tokio berichten. Die Ursache der Flaute ist der Höhenflug des Yen, der dazu geführt hat, daß die Exporte seit fünf Monaten mengenmäßig sinken. Das staatliche Wirtschaftsplanungsamt rechnet jetzt für das Fiskaljahr 1986/87 (April–März) nur noch mit einem realen Wachstum von 2,8 Prozent. Die Anfang dieses Jahres von der Regierung vorausgesagte Wachstumsrate von vier Prozent sei nicht zu erreichen. Das Planungsamt schätzt die weitere Entwicklung in diesem Jahr pessimistisch ein, da die Investitionsvorhaben und die Produktion der Industrieunternehmen abnehmende Tendenz haben.

Die japanische Leistungsbilanz schloß im Juli noch mit dem bisherigen Rekord von 8,03 Mrd. Dollar ab. Der Yen ist gegenüber dem Dollar seit Ende 1985 um 40 Prozent teurer geworden. Da somit der mengenmäßige Rückgang der Ausfuhren wertmäßig noch nicht zu Buche schlägt, wird der japanische Überschuß im Handel mit den USA 1986 auf voraussichtlich 60 Mrd. Dollar kommen. Japans Gold- und Devisenreserven erreichten Ende August den Rekordwert von 41,2 Mrd. Dollar. Die starke Zunahme ging wesentlich auf massive Stützungskäufe der Bank von Japan zurück. Viele kleine und mittlere japanische Exportfirmen sind durch den Höhenflug des Yen in Bedrängnis geraten. Das schlägt sich in der anhaltend hohen Konkursziffer während der letzten Monate nieder. Im Juli mußte eine Rekordzahl von 72 Unternehmen Bankrott anmelden.

Die Industrieproduktion sank im Juli im Vergleich zum Vormonat um 0,3 Prozent. Laut einer Untersuchung des Planungsamts bei nahezu 4000 Großunternehmen nahmen die Kapitalinvestitionen im ersten Halbjahr um 2,4 Prozent ab. Für das zweite Halbjahr rechnet das Amt mit einem weiteren Sinken um 4,6 Prozent. Die Inlandsnachfrage wird im laufenden Fiskaljahr um vier Prozent steigen und damit der Motor der Entwicklung sein.

Im Juli erreichte die Erwerbslosenquote den Rekord von 2,9 Prozent. Ein Lichtblick ist dagegen die Preisstabilität. Die Großhandelspreise lagen im Juli um 10,7 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat, wobei die Verbilligung der Importe durch den starken Yen und die gefallenen Ölpreise die Hauptursachen waren. Die Verbraucherpreise lagen im August um 0,5 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Die Windstille in der Konjunktur hat die Rufe aus der Wirtschaft nach kräftiger staatlicher Stimulierung der Konjunktur greller werden lassen. Die Regierung will am 19. September ein Reflationspaket über 3 Bill. Yen verkünden, die in einem Ergänzungshaushalt bereitgestellt werden sollen. Das Geld wird in erster Linie für öffentliche Projekte, den Wohnungsbau und Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen verwendet werden. Der neue Finanzminister Miyazawa erwägt auch, den Ergänzungsetat mit dem Haushaltsplan für das nächste Jahr zu einem 18-Monate-Budget zu verbinden. Da die ordentlichen Staatseinnahmen nicht ausreichen, will die Regierung die Ausgaben zu einem Teil mit staatlichen Bauobligationen finanzieren.

Die Bank von Japan, die den Diskontsatz zuletzt auf 3,5 Prozent gesenkt hat, zögert mit einer weiteren Zurücknahme der offiziellen Rate. Sie befürchtet, daß eine weitere Reduktion des Diskonts die Boden- und Aktienpreise noch mehr in die Höhe treiben würde.

USA: Prüfungen jetzt gemeinsam?

VWD, New York

Die beiden internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Peat, Marwick, Mitchell + Co und KGM Main Hurdman planen die Zusammenlegung ihrer Aktivitäten, verlautete aus informierten Kreisen.

Die Fusion der beiden Firmen würde Arthur Andersen von seiner Spitzenstellung verdrängen und einer Peat-KGM Jahreseinkünfte von knapp 2,5 Mrd. Dollar bescheren (Arthur Andersen: 1,6 Mrd. Dollar), wovon rund 1,5 Mrd. Dollar auf Peat-Marwick und 1 Mrd. Dollar auf KGM entfielen. Wie es weiter heißt, werden im Rahmen der Transaktionen auch eine Reihe internationaler, mit den beiden Gesellschaften affiliierten Unternehmen, verschmolzen.

Internationale Finanzwirtschaft

H.WI. Bonn

Die Weltbank und das UNICO-Konsortium genossenschaftlicher Zentralbanken haben eine Multiwährungsfinanzierung unter Koordinierung der DG Bank beschlossen, teilte das Institut mit.

Der Exco International Plc-Gewinn vor Steuern verminderte sich im ersten Halbjahr 1986 auf 33,8 Mill. (49,4) Pfund. Das Ergebnis beinhaltet eine 9,1 Mill. Pfund hohe Verlustrückstellung für das assoziierte Brokerhaus W.I. Carr im fernen Osten.

Das US-Treasury will durch Begebung kurzfristiger Schatzwechsel neue Mittel aufnehmen. Gebote für die T-Bills sind bei Mindeststückelung von 10 000 Dollar bis zum achten September abzugeben.

Verwaltungsaufgaben in private Hand legen

vos, Bonn

Ein großes Privatisierungspotential sieht der Bundesverband der freien Berufe bei den Ländern und Gemeinden. Er ist überzeugt, daß Freiberufler zahlreiche Aufgaben der öffentlichen Hand kostengünstiger übernehmen können. Daher wurde jetzt ein Privatisierungskatalog vorgelegt. Ihre Vorschläge stoßen jedoch oft auf Widerstand der ÖTV.

Die 360 000 Freiberufler in Deutschland verzeichnen einen ständigen Zustrom von arbeitslosen Akademikern, die weder in der öffentlichen Verwaltung noch in der Privatwirtschaft einen Arbeitsplatz finden. Sie beschäftigen eine Million Arbeitnehmer, darunter 150 000 Auszubildende.

Frankreich setzt die Privatisierung fort

J.Sch. Paris

Der französische Ministerrat hat das Revirement bei den auf der Privatisierungliste stehenden 65 Unternehmen abgeschlossen. Bei den 25 Größten war schon am 23. Juli die Hälfte der Präsidenten abgelöst worden. Dem folgten jetzt 30 Banken sowie neun Versicherungen.

Die Regierung habe sich bei der Neuernennung, wie ihr Sprecher erklärte, ausschließlich von der beruflichen Kompetenz der Betroffenen leiten lassen. Immerhin wurden drei als sozialistisch geltende Präsidenten abgelöst und drei gaullistische neu ernannt. Präsident Mitterrand setzte durch, daß den ausscheidenden Managern angemessene Ersatzpositionen zur Verfügung gestellt werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Nachl. d. Johann Georg Berger; **Baden-Baden:** Nachl. d. Ella Anna Marie Simon geb. Giebelmann; **Betzdorf:** BfB, Büro f. Bauträgermaßnahmen GmbH, Birken-Honigessen; **Braunschweig:** Manfred Koziol, Tischlermeister; **Hannover:** Persolit, Kunststoffenster GmbH, Langenhagen; Papco Products Projects Consultants GmbH; **Offenburg:** OBM Bauges. f. Massiv- und Fertigbau mbH; **Osnabrück:** Karl Koch, Melle 1; **Rheine:** kbf Wohnungsbau GmbH; **Rosenheim:** Schreinerei Filser, Innenausbau GmbH; **Schwarzenbek:** Nachl. d. Hans Behrendt, Mölln; Nachl. d. Else Borchardt geb. Bruse, Mölln; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Daloiso Lebensmittel-Import GmbH; **Waldbröl:** RE-Elektronik-Vertrieb GmbH, Windeck 21; **Weiden i. d. Opf.:** Nachl. d. Josef Grünberger; **Wolfratshausen:** BEWA-Elektronik GmbH, Holzkirchen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Kleve: Montagebetrieb f. Fenster u. Türen Diethardt Terporten, Herongen.

Vergleich beantragt: Köln: Kastra Tiefbau GmbH.

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

هكذا من الأصل

Adidas stärkt Position in USA

„Erst am Beginn einer zukunftsträchtigen Entwicklung"

sz. München

„Äußerst positiv" *verlief das erste* Halbjahr 1986 für die Adidas-Sportschuhfabriken Adi Dassler Stiftung & Co. KG. Herzogenaurach, den größten Sportartikelhersteller der Welt. Nach Angaben von Firmenchef Horst *Dassler stieg der Umsatz per Ende* Juni weltweit um rund neun Prozent – in der Bundesrepublik sogar um etwa 14 Prozent. Aufgrund dieser Entwicklung sei man zuversichtlich, 1986 „alle gesteckten Ziele zu erreichen", zumal sich jetzt schon abzeichne, daß es der gesamten Branche sowohl 1986 als auch 1987 „gut gehen" werde.

Insgesamt glaubt Dassler sogar, daß Adidas jetzt „erst am Beginn einer zukunftsträchtigen Entwicklung" steht. Und die will er, wie er andeutete, auf jeden Fall alleine meistern, denn einen Gang an die Börse, wie sein größter Konkurrent (Puma), schließt er aus. Dies tue man nur, wenn man sich „finanzieren muß oder die Erfolge abschöpfen will". Und: „Beides trifft für Adidas nicht zu."

Als Erfolg für 1986 wertete Dassler, daß es inzwischen gelungen ist, die Übernahme und Neuorganisation des *Vertriebs in den USA und Großbritannien* abzuschließen. Mittelfristig werde dadurch die Position von Adidas in beiden Ländern weiter gestärkt. Ein ähnlicher Schritt soll demnächst auch in Japan erfolgen. Die Übernahmeverhandlungen seien hier aber noch nicht abgeschlossen, eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Im Geschäftsjahr 1985 hat Adidas, so Dassler, „drei Schallmauern durchbrochen". Da konnte zum einen der weltweite Umsatz (einschließlich *Lizenznehmer) auf über 4 (3,9) Mrd.* DM gesteigert werden. Ohne Lizenznehmer waren es über 3 Mrd. DM. Des weiteren stieg der Inlandsumsatz im Konzern um sieben Prozent über die Milliarden-Marke auf 1,06 Mrd. DM (57 Prozent Schuhe, 36 Prozent Textilien). Für 1986 wird hier eine Zuwachsrate von 20 Prozent angestrebt.

Mit dem Ergebnis 1985 – Zahlen hierzu werden nicht veröffentlicht – zeigte sich Dassler „insgesamt zufrieden", wenn auch nicht ganz die Gewinne der Vorjahre erreicht worden seien. Vor allem in den USA und Großbritannien habe man durch die Vertriebsübernahmen „Opfer bringen" müssen, doch seien auch hier schwarze Zahlen oder „mindestens" der Break-even erwirtschaftet worden. Mit einem „ungewöhnlich guten" Ergebnis habe die französische Tochter bei einem Umsatz von umgerechnet 1 Mrd. DM abgeschlossen.

Weltweit beschäftigte Adidas 1985 rund 11 750 Mitarbeiter (plus 4,7 Prozent), davon im Inland 4579 (plus 5,3 Prozent). Investiert wurden 60 Mill. DM mit Schwerpunkt in Deutschland (22 Mill. DM) und Frankreich.

Boom bei Autofokus-Sucherkameras

Auf der photokina präsentieren die Japaner auch Weiterentwicklungen der Videotechnik

WERNER NEITZEL, Köln

Für die japanischen Fotokonzerne, die in den vergangenen Jahren mit einem stockenden Absatz im Spiegelreflex-Sektor konfrontiert waren, bedeutet der Boom bei den kompakten Autofokus-Kleinbild-Sucherkameras *ein erleichterndes Absatzventil.* Sorgen bereitet ihnen freilich der hohe Yen-Kurs, da renditesichernde Preiserhöhungen zumindest am deutschen Markt, der für Nippons Kamerabauer einen hohen Stellenwert besitzt, *nicht* gewagt werden können. Außerdem ist der Druck der Grauimporte stärker geworden. In 1985 hatte Japans Fotoindustrie insgesamt 20,2 (1984: 18,4) Mill. Kameras produziert, darunter waren allein 13,5 (11,6) Mill. Kleinbild-Sucherkameras. Das Wertvolumen der Produktion nahm auf rund 11,3 Mrd. DM zu, wovon etwa zwei Drittel auf den Export entfielen. Auf der Kölner photokina 1986 (3. bis 9. September) präsentieren die meisten japanischen Anbieter neben Fotoerzeugnissen auch interessante Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Videotechnik.



Das neue elektronische Kamerasystem „Still-Video" ist der Renner auf der photokina '86. Das System arbeitet nicht mehr mit Film, sondern mit einer Diskette. Das Bild wird ausgedruckt oder über Bildschirm wiedergegeben. FOTO: AP

Getragen von der ungewöhnlich erfolgreichen Einführung der ersten computergesteuerten Spiegelreflexkamera mit im Gehäuse eingebautem Autofokussystem zur automatischen Schärfenregulierung, der weitere Modellvarianten folgten, legt **Minolta** ein überdurchschnittliches Wachstumstempo vor. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Dynamik, die der deutschen Vertriebstochter Minolta Camera Handelsgesellschaft mbH, Ahrensburg, auch im laufenden Geschäftsjahr 1986/87 (31. 3.) bisher eine zweistellige Umsatzzuwachsrate *im Fotosektor brachte, liefert die* kompakte Kleinbild-Sucherkamera mit Autofokus. Im Geschäftsjahr *1985/86 hatte die Ahrensburger Mi*nolta-Tochter ihren Umsatz um 15,3 Prozent auf knapp 770 Mill. DM ausgeweitet, davon entfielen 48 (Vorjahr: 39) Prozent auf Kameras und 52 (61) Prozent auf Kopierer. Mit einem Ausbau des *Marktanteils* bei Spiegelreflexkameras auf 22 (17) Prozent übernahm Minolta am deutschen Markt – wie auch am Weltmarkt – die Führung.

Mit der ersten, ab Mitte Juli dieses Jahres zunächst auf dem japanischen Markt eingeführten elektronischen Stehbildkamera (Still-Video), die das Fotografieren ohne Film ermöglicht, sorgt **Canon** in Köln für gesteigerte Aufmerksamkeit. Dieses noch im laufenden Jahr auch hierzulande verfügbare System, das komplett annähernd 100 000 DM kosten dürfte, wird mit Blickrichtung auf professionelle *Nutzung (beispielsweise für Bildagenturen oder Industrie)* angeboten. Beim laufenden Bild propagiert und präsentiert Canon unter der Bezeichnung „Canovision 8" einen weiter in der Handhabung verbesserten Camcorder (also Videokamera mit eingebautem Rekorder) auf der Basis der 8-Millimeter-Magnetband-Kassette. Für die Freunde der kompakten Kleinbild-Sucherkameras mit automatischer Entfernungseinstellung ist eine Kameraversion gedacht, die kombiniert mit Weitwinkel- und Teleobjektiv ausgestattet ist.

Bei **Nikon** ist man der Auffassung, daß an die für den Amateursektor relevante gute Bildqualität bei gleichzeitig erträglichem Preis die elektronische Bildaufzeichnung der Fotochemie so schnell nicht den Rang ablaufen wird. Gleichwohl *setzt Nikon in den USA* und in Japan in sogenannten Feldversuchen bei Bildagenturen Prototypen einer elektronischen Stehbildkamera ein. Im Bereich der Spiegelreflexkameras zeigt Nikon, deren Modell „F-501" zur „Europäischen Kamera des Jahres 1986" gekürt worden ist, ein sogenanntes Dual-Autofokussystem, bei dem die Kamera wahlweise mit Auflöse- oder Schärfenpriorität arbeitet.

Den empfindlichsten Farbnegativfilm der Welt mit der Einstufung von 3200 ASA, der nur den 32sten Teil der Lichtmenge eines normalen Farbfilms mit 100 ASA benötigt, stellt **Konica** vor. Überhaupt hat Konica, nachdem man erst seit vergangenem Jahr mit Filmen am deutschen Markt ist, bereits einen Marktanteil von 6 Prozent (Fachhandel) erobert. Über den Umsatz in der Bundesrepublik mag man nur so viel sagen, daß der *im Amateurfotobereich eine zweistellige* Millionenzahl darstelle.

Immer mehr Teilzeitarbeit

Industriekreditbank befragt mittelständische Kunden

ews. Düsseldorf

Eine bis Ende 1987 anhaltend gute Beschäftigungslage erwarten vor allem die mittelständischen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Das ergab eine Umfrage der Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank, Düsseldorf, bei 1238 ihrer Kunden, die zusammen einen Personalaufwand von 35,8 Milliarden Mark bei einer Betriebsleistung von 155,8 Milliarden Mark und einer Mitarbeiterzahl von knapp 500 000 repräsentieren. *Fast die Hälfte der Befragten* will 1986 mehr Überstunden fahren, aber dabei auch neue Leute einstellen, ein Drittel plant auch im nächsten Jahr die Aufstockung der Mitarbeiterzahl.

Die Industriekreditbank stellt fest, daß die Beschäftigungspolitik der Unternehmen in den 80er Jahren stark von der Kostenentwicklung abhängig war. Erst nach 1982, als allgemein die Betriebsleistung – mit Ausnahme der Bauwirtschaft – wieder kräftig angehoben wurde und sich gleichzeitig die Personalkostenbelastung spürbar verminderte, wurden wieder verstärkt Fachkräfte eingestellt. Die *Industrieunternehmen* haben sogar den Beschäftigtenstand deutlich über das Niveau von 1980 aufgestockt. Nur am Bau und im Handel ging die Zahl kontinuierlich, wenn auch zuletzt in langsamerem Tempo, zurück.

Die befragten Firmen haben jedoch festgestellt, daß die Qualifizierung der Bewerber in 63,1 Prozent der Fälle unzureichend war, in einem Viertel aller Vorstellungsgespräche wurde „*mangelhaftes Interesse" registriert.* Dabei sucht fast drei Viertel der Unternehmen Fachkräfte mit Spezialausbildung.

Teilzeitarbeit spielt nur beim Handel eine größere Rolle, stellt die Studie der *Industriekreditbank* weiter fest. Doch wird nach dem neuen Beschäftigungsförderungsgesetz eine generell steigende Tendenz in allen Wirtschaftszweigen außer dem Bau registriert. 15 Prozent aller Betriebe wollen Teilzeitarbeit verstärken. Und mehr als die Hälfte aller Befragten will zukünftig mehr befristete Verträge abschließen.

Konsolidierung fortgesetzt

Hamburger Stahlwerke mit „überragendem" Absatz

JB. Hamburg

Die Konsolidierung der Neuen Hamburger Stahlwerke (HSW) GmbH, die 1984 den Betrieb des in Konkurs gegangenen Korf-Stahlwerks übernommen hatte, ist im vergangenen Jahr fortgesetzt worden. Der nicht für möglich gehaltene Wiederaufstieg des Unternehmens aus einer scheinbar hoffnungslosen Kon*kurssituation schlägt sich in einem* Absatzergebnis für 1985 nieder, das der Geschäftsführer Gerd Weiland als „überragend" bezeichnet.

Wie Weiland in der Mitarbeiterzeitung mitteilt, habe die HSW trotz heftiger Konkurrenz gegen weitaus größere Stahlwerke insgesamt 448 000 Tonnen Walzdraht und Stahlbeton abgesetzt. Den Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 3,6 Prozent begründet Weiland mit einem vierwöchigen Produktionsausfall während des Umbaus des Walzwerkes. *Dieser Umbau,* der 1984 begonnen wurde, ist inzwischen abgeschlossen worden. Von den Gesamtinvestitionen des Jahres 1985 in Höhe von 37 Mill. DM sind mehr als die Hälfte in das Walzwerk geflossen.

Bei einem Umsatz von 476 Mill. DM (plus 2,3 Prozent) schließt die Bilanz ausgeglichen, nachdem 1984 noch ein Gewinn von 5,6 Mill. DM ausgewiesen worden war. Nach Angaben von *Weiland war das* Betriebsergebnis aber positiv. Es seien „großzügig" Abschreibungen vorgenommen und die freie Rücklage aufgefüllt worden. Mit der Erwirtschaftung eines Überschusses hebe sich die HSW von vielen Großkonkurrenten ebenso ab wie mit der Tatsache, daß das Hamburger Werk ohne Subventionen auskomme. Vielmehr seien die HSW ein nicht unbedeutender Steuerzahler in der Hansestadt und wendeten für die rund 800 Mitarbeiter pro Jahr rund 50 *Mill. DM* an Löhnen und Gehältern auf.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Mehr Aufträge bei BBC

Mannheim (dpa/VWD) – Auftragseingang und Umsatz der BBC AG, Mannheim, und ihren konsolidierten Beteiligungsgesellschaften haben sich im 1. Halbjahr 1986 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum deutlich erhöht. Nach einem gestern vorgelegten Zwischenbericht erzielte das Unternehmen einen um 12 Prozent auf 2,59 Mrd. DM erhöhten Umsatz. Der Auftragseingang der Unternehmensgruppe erhöhte sich um 10 Prozent auf 2,89 Mrd. DM. Zwei Drittel der Aufträge entfielen auf das Anlagengeschäft, ein Drittel auf Serienmaterial. Die Beschäftigungslage sei zufriedenstellend. Insgesamt stieg die Zahl der Mitarbeiter von Mitte 1985 bis Mitte dieses Jahres um 259 auf 36 059 Personen.

Expansion in Amerika

Hamburg (dpa/VWD) – Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, wird auch als breit diversifizierter Technologie-Konzern sein Amerikageschäft weiter ausbauen. Dies erklärte der künftige Leiter des Geschäftsbereichs Nutzfahrzeuge, Gerhard Liener. Daimler-Benz macht fast 30 Prozent seines Fahrzeugumsatzes von 54 Mrd. DM in Nord- und Lateinamerika. Davon entfällt etwa je die Hälfte auf den Export von knapp 100 000 Pkw und auf den Umsatz mit Nutzfahrzeugen in den USA, Kanada, Brasilien, Argentinien und Mexiko.

Mehrheitsaktionär bleibt

München (dpa/VWD) – *Die* Schneider Rundfunkwerke AG, Türkheim, wird ihr gesamtes Grundkapital von 40,1 Mill. DM in Frankfurt und München an die Börse bringen. Von den auf den Inhaber lautenden Stammaktien, die für das Geschäftsjahr 1986 mit einer Dritteldividende bedient werden, werden allerdings nur die aus der Kapitalerhöhung vom 27. Juni stammenden 10 Mill. DM auf den Markt kommen. Die restlichen 30,1 Mill. DM bleiben im Besitz der Brüder Albert und Bernhard Schneider. Die Plazierung soll in vier Wochen sein.

Neue Europa-Zentrale

Duisburg (dpa/VWD) – Der japanische Shimadzu-Konzern, der als einer der weltweit führenden Hersteller von Analysegeräten, Medizin- und Materialprüftechnik gilt, baut in Duisburg eine neue Europa-Zentrale auf. In den ersten Bauabschnitt werden 17 Mill. DM investiert. Nach seiner Fertigstellung im Juli 1987 soll *zunächst die Produktion von Analy*segeräten für Photometrie und Chromatographie aufgenommen werden.

DG-Massekredit

Stuttgart (VWD) – Im Fall der in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Sütex Textil-Verbund, Sindelfingen, ist ein Vergleichsverfahren gesichert worden, nachdem die DG Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt, die bisher kein Kredit-Engagement bei der Sütex hatte, einen Massekredit über 25 Mill. DM eingeräumt hat. Wie der vorläufige Vergleichsverwalter Volker Grub mitteilt, läuft der Geschäftsbetrieb der Sütex normal weiter. Noch in dieser Woche wird die vorgeorderte Herbstware an die Mit*glieder der Einkaufsgenossenschaft* ausgeliefert. Alle Lieferanten können laut Grub mit der vollen Bezahlung der nach dem Vergleichsantrag vom 29. August angelieferten Ware rechnen.

PERSONALIEN

Hans Günter Krause, Geschäftsführer der Schauenburg GmbH, Müllheim, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Helmut Roland** wurde mit Wirkung vom 1. September 1986 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Concordia Versicherungs a.G., Hannover, bestellt. Er übernimmt das *neugeschaffene Ressort Controlling,* dem die Bereiche Rechnungswesen, Datenverarbeitung, Betriebsorganisation und Unternehmensplanung zugeordnet sind.

G. Robert Cordnwener ist seit dem 1. September 1986 Geschäftsführer der Ericcson Information Systems GmbH, Düsseldorf. Er löst **Harro D. Welzel** ab, der dem Unternehmen bis zum Jahresende für besondere Aufgaben zur Verfügung stehen wird.

Dr. Peter G. Delbrück und Dr. **Jürgen-Peter Kaven** wurden zu weiteren Vorstandsmitgliedern der Schweizerischen Bank-Gesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt, bestellt.

Generaldirektor **Fritz Eberlein**, bisher Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Nürnberg, tritt Ende November mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Direktor **Hubert Weiler** (45) gewählt. Er gehört dem Vorstand seit 1975 an. Neues Vorstandsmitglied wurde **Theo Dölbler** (50), der seit 1959 bei der Stadtsparkasse tätig ist und seit 1976 die Kreditabteilung leitet.

Fleurop: Blumen bis nach China

sz. München

Sowohl im privaten als auch im geschäftlichen Bereich gehören Blumen nach wie vor zu den beliebtesten Geschenken. Dies jedenfalls beweist die Entwicklung der international operierenden Fleurop-Interflora-Organisation, die im vergangenen Jahr mit weltweit 37,86 Mill. vermittelten Aufträgen (plus 4,7 Prozent) in 133 Ländern ihr bislang bestes Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahr 1946 erzielen konnte. Die Dachorganisation von rund 53 500 Floristen, die Interflora Inc. in Southfield/USA, kam damit auf einen Umsatz von fast 2,0 (1,7) Mrd. DM. Und die Blumengrüße werden auch bald keine Ländergrenzen mehr kennen. Noch in diesem Jahr, so hofft Arthur Kuhn, Präsident der deutschen Fleurop GmbH in Berlin, wird mit der UdSSR „der letzte weiße Fleck" verschwunden sein. Die Verhandlungen über den Beitritt einiger Blumengeschäfte in der einen oder anderen *sowjetischen Großstadt* „stehen kurz vor dem Abschluß". Im vergangenen Jahr konnten zwei Mitglieder in der VR China gewonnen werden.

Etwa 11,1 Mill. Blumengrüße (plus 2,8 Prozent) verschickten die 25 227 Mitglieder der europäischen Fleurop-Interflora. Die eifrigsten Blumenversender waren dabei erneut die Bürger der Bundesrepublik, die an die 10 400 Floristen der Fleurop GmbH, Berlin, unverändert 4,0 Mill. Aufträge im Wert von rund 120 Mill. DM erteilten. Zu einem recht regen Austausch kam es nach den Worten von Kuhn da auch wieder mit den rund 500 der Fleurop angeschlossenen „DDR"-Floristen. Blumengrüße im Wert von jeweils annähernd 1 Mill. DM dürften 1985 über die innerdeutsche Grenze ausgetauscht worden sein.

Mit Energie wird sparsam umgegangen

Nachfrage nach Heizöl sprunghaft gestiegen – Esso-Studie zur Raumheizung

JAN BRECH, Hamburg

In der Raumheizung, für die die privaten *Haushalte in der Bundesre*publik fast 90 Prozent ihres gesamten Energieverbrauchs aufwenden, haben sich in den vergangenen Jahren erhebliche Veränderungen ergeben. Das gilt sowohl für den Einsatz der *verschiedenen Brennstoffarten* als auch für den Umgang mit Heizungsenergie.

Nach einer Studie der Esso AG, Hamburg, ist in der Zeit von 1970 bis 1985 der Anteil von leichtem Heizöl *an der Raumheizung mit etwa 50 Pro*zent konstant geblieben. Der Anteil von Kohle fiel demgegenüber stark zurück. Während 1970 noch 43 Prozent der insgesamt 20,8 Mill. Wohnungen mit Kohle beheizt wurden, waren es *1985 nur noch 10 Prozent des in*zwischen auf 25,1 Mill. Einheiten angewachsenen Bestands. Expansiv war das Vordringen von Erdgas, dessen Anteil von 6 auf 27 Prozent stieg. Fernwärme und Strom stagnieren seit zehn Jahren bei 8 beziehungsweise 7 Prozent.

Kennzeichnend für die Entwicklung der Raumheizung in den letzten Jahren ist ferner der sparsame Umgang mit Energie. Bei ölbeheizten Wohnungen hat sich nach Angaben *der Esso der spezifische Verbrauch* in den vergangenen zehn Jahren um fast ein Viertel verringert. In Ein- und Zweifamilienhäusern sank er von 35 auf 27 *Liter* pro Quadratmeter und Jahr, in Mehrfamilienhäusern von 29 *auf 22,5 Liter. Die Sparsamkeit* hat auch durch den jüngsten Ölpreisverfall nicht gelitten.

Bei den attraktiven Konditionen haben die Verbraucher im ersten Halbjahr zwar 45 Prozent mehr Heizöl *nachgefragt*, wetter- und bestandsbereinigt erhöhte sich der Verbrauch aber nur um 2 Prozent. Gegenwärtig lagern in den privaten Tanks mehr als 25 Mill. Tonnen, ein Bestand, der die privaten Lagerkapazitäten zu 75 Prozent füllt und Zweidrittel *des* Absatzes *von* 1985 entspricht.

Die Einsparerfolge sind in erster Linie das Ergebnis einer Verhaltensveränderung der Verbraucher. So haben die Deutschen die Raumtemperatur gesenkt und die Räume unterschiedlich beheizt. Ideal finden sie heute eine Zimmertemperatur von 18 bis 20 Grad, ein Zustand, der die Amerikaner frieren läßt (sie brauchen 21 bis 23 Grad), Engländern dagegen entschieden zu warm ist (ihnen reichen 16 bis 18 Grad). Weitere Einsparungen haben Wärmedämmung und Modernisierung der Heizungsanlagen gebracht. In diesem Bereich gibt es nach Angaben der Esso noch weitere Einsparmöglichkeiten. Gegenwärtig sind 80 Prozent aller Öl- und 70 Prozent aller Gasfeuerungsanlagen technisch veraltet.

Die Weichen auf Wachstum gestellt

MF, Stuttgart

Zufrieden zeigt sich die Firmengruppe der R. Stahl GmbH & Co., Stuttgart, mit der Geschäftsentwicklung im bisherigen Jahresverlauf 1986. Geschäftsführer Günter Stahl erwartet bis zum Jahresende eine Umsatzsteigerung von gut zehn Prozent auf etwa 240 Mill. DM bei den inländischen Gesellschaften. Im vergangenen Jahr war der konsolidierte Umsatz um neun Prozent auf 215,3 Mill. DM gewachsen, die Gesamtleistung sogar um 11,4 Prozent.

Im Engineering-Geschäft sieht die Gruppe, die in den Bereichen Fördertechnik, explosionsgeschützte Schaltanlagen und Blasformautomaten für die Kunststoffverarbeitung tätig ist, die Wachstumschancen der Zukunft. Mit der Einrichtung von 60 neuen Arbeitsplätzen in der Projektierung und der auftragsbezogenen Konstruktion habe man schon 1985 die entsprechenden Weichen dafür gestellt, erläutert Stahl. Insgesamt arbeiten in den Standorten Stuttgart, Künzelsau, Echterdingen und Ettlingen rund 1700 Beschäftigte. Der Exportanteil ist 1985 auf 40 (37) Prozent gewachsen und soll auch in den nächsten Jahren noch zunehmen.

Mit der Ertragslage zeigt sich die Gruppe zufrieden. Investiert wurden im vergangenen Jahr 4,95 (3,5) Mill. DM, bei Abschreibungen von fast unverändert 4,1 Mill. DM. Im laufenden Jahr werden die Investitionen wieder bei 4 Mill. DM liegen. Die Eigenkapitalquote ist 1985 leicht auf 19 (20) Prozent zurückgegangen, weil überplanmäßige und selbst in erheblichem Umfang versteuerte Rücklagen gebildet wurden. Die Bilanzsumme ist um 6,1 Mill. DM auf 117,7 Mill. DM gestiegen.

Das „Boris-Becker-Fieber“ herrscht auf der Ispo

In der Bundesrepublik steigt der Verkauf von Tennisschlägern mit einer Zuwachsrate von 60 Prozent

DANKWARD SEITZ, München

„Tennis“ ist das beherrschende Thema, ja geradezu das Zauberwort der 25. Ispo – Internationale Sportartikelmesse in München (2. bis 5. September). Es war nicht anders zu erwarten, nachdem die Branche bereits im ersten Halbjahr einen gewaltigen Tennisboom erlebte – allein 1985 stieg schon der Absatz in der Bundesrepublik um über 20 Prozent auf rund 550 000 Tennisschläger – und zuletzt das „Boris-Becker-Fieber“ sogar die ansonsten so kühl rechnenden Börsianer befallen hatte.

Wer denn auf dem Messegelände unter der Bavaria up to date sein und Beachtung finden will, muß etwas für den Weißen Sport zu bieten haben – und sei es nur ein Gag wie der elektronisch kontrollierte Tennisschläger, der sich beim Spieler über jede falsche Schlagbewegung laut piepsend „beschwert“. Und ob das im Windkanal entwickelte aerodynamische Racket neue Marktanteile gewinnen kann, bleibt ebenso abzuwarten.

Branche zuletzt nicht verwöhnt

Tennis – das Supergeschäft für die in den letzten Jahren nicht gerade verwöhnte Sportartikelbranche? Man muß sicherlich kein Prophet sein, um dieser Bewegung ein längeres Leben als der Aerobic-, Skateboard- oder Roller-Skating-Welle vorherzusagen. Doch der Verbraucher erliegt trotz aller Begeisterung nicht jeder Verführung, wenn sie zu viel Geld kostet. Die Sommersaison 1986 brachte zwar dem Handel Zuwachsraten von bis zu 15 Prozent bei Tennisschlägern und gar bis zu 20 Prozent bei Tennisbekleidung. Bei hochpreisiger Ware aber mußten Umsatzeinbußen bis zu 50 Prozent bei Schlägern und bis zu 25 Prozent bei Bekleidung hingenommen werden.

Weiter nach vorne spielen will sich ebenso die österreichische Head Sportgeräte Ges.mbH, Kennelbach, die seit 1985 zur amerikanischen Minstar Corp., Minneapolis, gehört. Etwa 570 000 (510 000) Tennisrackets und 550 000 (500 000) Paar Ski sollen im laufenden Geschäftsjahr abgesetzt werden. Im Visier hat man dabei insbesondere den deutschen Markt, wo Head auf eine Absatzsteigerung um „erneut 35 Prozent“ hofft. Mit einem Marktanteil von rund 12 Prozent rangiert man nach eigenen Angaben hierzulande bereits in der Spitze der Tennisanbieter. Auf etwa 10 Prozent wird der Marktanteil bei Ski veranschlagt. In der Produktion beschäftigt Head in der Nähe von Bregenz über 800 Mitarbeiter und investiert jährlich 3 bis 4 Mill. DM in Forschung und Entwicklung.

Voll vom „Becker-Boom“ konnte 1985 auch die **Kneissl** Tirol AG, Kufstein, profitieren. Wie Marketingchef Heinz Pirker mitteilte, konnten in der vergangenen Saison 140 000 (130 000) Tennisschläger abgesetzt werden, davon allein 30 000 in der Bundesrepublik, was einer Verdoppelung des Vorjahresabsatzes entspreche. Gut gelaufen sei aber ebenso das Skigeschäft mit 220 000 (180 000) Paar verkauften Alpinski und 180 000 (110 000) Langlaufski. Im Umsatz schlug sich dies in einem Anstieg auf 60 (57) Mill. DM nieder. Die Exportquote erreichte 85 Prozent. Für 1986 wird eine weitere Umsatzsteigerung von zehn Prozent erwartet. Besondere Fortschritte verspricht man sich dabei vor allem in der Bundesrepublik durch die Übernahme des Vertriebs in eigene Regie. Dadurch sei es schon möglich, so Pirker, auf der Preisseite „flexibler“ reagieren zu können. Einen Umsatzschub dürfte aber auch die kürzlich erfolgte Fusion mit den amerikanischen Firmen Trak Inc. und Olin Corp. auf einigen europäischen und überseeischen Märkten bringen.

Optimistisch sieht auch der niederbayerische Tennisrahmen- und Skihersteller Franz **Völkl** GmbH & Co., Straubing, der Saison 1986/87 entgegen. Mit einer neuen Tennisschlägerkollektion in verkaufsstarken Preislagen hofft man, verlorenen Boden auf diesem hart umkämpften Markt wieder gutmachen zu können. Trotz der (nicht genannten) Umsatzeinbuße in dieser Produktgruppe stehe das Unternehmen „finanziell auf gesunden Beinen“. Dank des „hervorragenden“ Skiverkaufs – 1985 waren es rund 210 000 Alpin- und etwa 6000 Langlaufski – werde im laufenden Geschäftsjahr der 85er Umsatz von 53 (50) Mill. DM „erneut um einige Prozente übertroffen“. Immerhin habe man in den vergangenen Wochen wegen des guten Verkaufs im Alpinbereich Sonderschichten fahren müssen.

Billigschläger auf dem Vormarsch

Die **Fischer** Ges.m.b.H., Ried/Österreich, erwartet von dem Boris Becker-Boom im laufenden Jahr ein Gesamtmarktvolumen in der Bundesrepublik von 900 000 Rahmen. Wie die Geschäftsführung der deutschen Fischer-Vertriebsgesellschaft Euopa Sportartikel GmbH, Herrsching, mitteilt, sei das Gesamtvolumen von Januar bis Juli bereits um 60 Prozent gestiegen. Von diesem Wachstum profitierten die einzelnen Betriebsformen des Handels jedoch unterschiedlich. So erreichte das Plus im Sportfachhandel 38 Prozent, während die Warenhäuser und der Versandhandel 175 Prozent zulegten.

Gleichzeitig seien die Durchschnittspreise aber deutlich gefallen. Auf Billigschläger (unter 100 DM) entfalle schon ein Marktanteil von 36 Prozent. Fischer selbst hat im Geschäftsjahr 1985/86 (28.2.) den Angaben zufolge 860 000 Paar Ski (plus neun Prozent) abgesetzt und 150 000 Tennisschläger. Der Gesamtumsatz stieg um rund acht Prozent auf umgerechnet 110 Mill. DM. Im laufenden Geschäftsjahr ist ein Umsatz von knapp 115 Mill. DM eingeplant.

Steuern von der Rente zahlen?

In der heftiger werdenden Diskussion über die Sicherheit der Renten spielt auch die Besteuerung der Altersbezüge eine Rolle. Die weit verbreitete Meinung, Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung sei steuerfrei, trifft zwar nicht zu – doch liegt sie nahe der Wahrheit. Dem Grunde nach ist jede Rente steuerpflichtig – aber nur mit ihrem „Ertragsanteil“.

Das Steuerrecht geht davon aus, daß sich die Rente aus einem angesammelten Kapital, also den eingezahlten Beiträgen, und den daraus fließenden Zinsen zusammensetzt. Die Kapitalrückzahlung an den Rentner wird nicht besteuert; sie steht ihm als steuerfreie Einnahme zu. Doch die Verzinsung des angesammelten Kapitals ist steuerpflichtig – eben der Ertragsanteil.

Sozialrecht

Die Höhe des Ertragsanteils richtet sich nach der Rentenart und dem Lebensalter des Rentners beim Rentenbeginn bzw. nach der Laufzeit der Rente, wenn es sich um eine „Frührente“ (zum Beispiel wegen Berufsunfähigkeit) handelt. Als Faustregel gilt: Je jünger ein Versicherter bei Rentenbeginn ist, um so länger ist die Laufzeit – und um so höher der Ertragsanteil, also der Anteil der „Zinsen“. Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung und vom Versorgungsamt sind davon ausgenommen, bleiben also stets voll steuerfrei.

Der Renten-Ertragsanteil ergibt sich aus einer Tabelle, die der Gesetzgeber unter anderem aufgrund der mittleren Lebenserwartung aufgestellt hat. Die Höhe des einmal festgestellten Ertragsanteils bleibt für die Dauer des Rentenbezuges gleich, solange sich die gesetzlich unterstellte „Verzinsung“ nicht ändert.

So sind zum Beispiel bei Beginn der Altersrente nach vollendetem

- 60. Lebensjahr 29 Prozent der monatlichen Rente,
- 63. Lebensjahr 26 Prozent der monatlichen Rente und
- 65. Lebensjahr 24 Prozent der monatlichen Rente steuerpflichtig.

1500 DM Monatsrente ergeben demnach 435 DM, 390 DM oder 360 DM an monatlichem (steuerpflichtigem) Ertragsanteil – je nachdem, ob die Rente mit 60, 63 oder 65 begonnen hat. Das entspricht Jahresbeträgen von 5220 DM, 4680 DM bzw. 4320 DM.

Da im Steuerrecht eine Reihe von Freibeträgen gelten, kommt es zu einer tatsächlichen Versteuerung des Ertragsanteils einer Rente nur dann, wenn entweder eine sehr hohe Rente bezogen wird oder weitere Einkünfte anfallen, etwa Lohn, Mieteinnahmen oder Zinsen. Derzeit haben Rentner einen Jahres-Mindest-Freibetrag aus Grundfreibetrag, Werbungskostenpauschale, Sonderausgaben und Altersfreibetrag von 6026 DM.

Pensionen an Beamte werden normal versteuert. Vorweg wird allerdings der „Versorgungsfreibetrag“ von 40 Prozent (höchstens 4800 DM im Jahr) abgezogen. Beispiel: Von 25 000 DM Beamtenpension im Jahr bleiben nicht 10 000 DM (40 Prozent) steuerfrei, sondern nur 4800 DM. Der Rest ist dem Ertragsanteil einer gesetzlichen Rente vergleichbar.

WOLFGANG BÜSER

هكذا من الأهلي

„Good morning New York“: DATAPOST

DATAPOST. European Overnight Service (EOS)

Wenn in New York der Tag beginnt, sind wir schon da und Ihre wichtigen Unterlagen liegen pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt auf dem Tisch.

Mit dem neuen Service des internationalen Postkurierdienstes DATAPOST!

Der European Overnight Service fliegt über Nacht nach New York und in die wichtigsten europäischen Wirtschaftszentren, nach Belgien, Frankreich, Großbritannien, Irland, die Niederlande, Norwegen, Schweden, und in die Schweiz. So wächst auch Europa weiter zusammen.

Alle anderen DATAPOST-Sendungen – in nunmehr 50 Ländern der Welt – erreichen ihr Ziel genauso schnell wie bisher.

Wenn Sie also demnächst einmal eilige Waren, Dokumente, Datenträger oder Schriftstücke zu versenden haben: Fragen Sie Ihren Kundenberater bei der Post nach dem DATAPOST-Dienst, den EOS noch schneller macht.

European Overnight Service (EOS) von DATAPOST.

Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Information in Btx ＊20 000 #.



Post

Bramsche

Eine Firma, für die auch Salvador Dali arbeitet

Bei Rasch werden nicht nur Tapeten bedruckt

Was haben Otto und eine Wohnzimmertapete gemeinsam? Die Kalauer des Ostfriesen, aber auch das wandschmückende Papier haben einen gemeinsamen Produktions-Stamm. Sie werden unter der Beteiligung der Bramscher Familie Rasch ge- und bedruckt. Sie betreibt seit über 120 Jahren die schon bald nach der Gründung zu den führenden deutschen Tapetenfabriken zählende Firma. Das Unternehmen mit rund 500 Mitarbeitern und einem von Branchenkennern geschätzten Umsatz von rund 100 Millionen Mark hat diese Spitzenposition bis heute gehalten.

Der Ursprung war die Tapete, das Verlagswesen kam später hinzu. Zur Rasch-Gruppe gehört auch eine Druckerei + Verlag-Gesellschaft, die auf Kunstbände spezialisiert ist. Ein Verlagsschwerpunkt liegt in der Dokumentation des kulturellen Lebens von Stadt und Land Osnabrück. Daneben hält ein Familienmitglied unabhängig von der Gruppe eine Beteiligung an dem vor wenigen Jahren gegründeten Hamburger Verlag Rasch + Röhring, der das Otto-Buch herausgibt, aber auch mit anderen Werken von sich reden gemacht hat.

Größter Arbeitgeber

„Unsere Musterkarte wird eine wirklich hervorragende Auswahl bringen in deutscher und englischer Breite von: Naturelltapeten, Fondtapeten, Lacktapeten oder Holztapeten in Maschinen- und Handdruck", heißt es in einer Anzeige aus dem Jahre 1902. Einen Vorsprung in Design und Innovationsfreude reklamiert die Tapetenfabrik auch heute noch für sich. So habe man sich am Markt mit innovativen Produkten im Relief-Bereich durchgesetzt. Der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahre – auch im Export, dessen Anteil über 30 Prozent liegt – spiegelt sich in der Mitarbeiterzahl wider: Seit 1982 wurde wieder aufgestockt, bei den Auszubildenden um 50 Prozent. Geblieben ist Rasch dabei mit rund 500 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber der Stadt Bramsche.

Erste Bauhaus-Kollektion

Einer der Höhepunkte in der Geschichte des Unternehmens war die Zusammenarbeit mit dem Dessauer Bauhaus, der berühmten Architektur- und Kunstschule, die vor ihrer Auflösung 1933 weltberühmt war. Zwischen 1928 und 1930 hat die Tapetenfabrik die erste „Bauhaus-Kollektion" entwickelt, die 1931 auf der „Großen Berliner Bauausttellung" mit einem Ehrenpreis ausgezeichnet wurde. Der letzte Bauhaus-Direktor Mies van der Rohe hat dann die Rechte auf den Namen an Rasch übertragen. Die Kollektion wird auch heute noch produziert und ist das einzige vom Bauhaus produzierte industrielle Produkt, das auf dem Markt überlebt hat.

Die Verbindung zu Künstlern aber haben die Bramscher weiter intensiviert. Als das moderne Design dekorativer wurde – eine Entwicklung, bei der das Haus nach eigenen Angaben an führender Stelle mitgewirkt hat –, konnte Rasch für eine Künstler-Kollektion weltbedeutende Mitarbeiter gewinnen: Salvador Dali, Sigvard Graf Bernadotte und Shinkichi Tajiri waren darunter.

ERWIN SCHNEIDER

„Backverfahren" mit Heißluft für feinste Drähte

Der Bekanntheitsgrad der Lacroix + Kress, Klasing GmbH & Co KG über die heimische Region hinaus hält sich in Grenzen. In Fachkreisen indes genießt das Bramscher Unternehmen hohe Wertschätzung. Der Spezialist unter den deutschen Drahtherstellern hat Marktnischen besetzt, in denen er europaweit konkurrenzlos ist. In besonderem Maße gilt dies für den Bereich der Feinstdrähte, die in Bramsche auf einen Durchmesser von bis zu 0,01 Millimeter gezogen werden und damit dünner als ein Menschenhaar sind.

Rolf Ehrlich, bei Lacroix + Kress zuständig für Marketing und Vertrieb, will das Geschäft in dieser Sparte nicht überbewerten, läßt aber keinen Zweifel daran, daß gerade die Feinstdrähte zu den ertragsstärksten Produkten gehören. Anwendung finden diese Drähte auf allen Gebieten der Miniaturwickeltechnik.

Lieferant der Nasa

Zu den Abnehmern zählen unter anderen die führenden Uhrenhersteller in der Schweiz, in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland. Die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa steht ebenso auf der Kundenliste in Bramsche wie Unternehmen aus dem Ostblock.

Tragende Säulen des Unternehmens, das mit über 600 Beschäftigten jährlich einen Umsatz von gut 100 Millionen Mark erwirtschaftet, sind die Bereiche Kupferlackdraht und sauerstofffreier Tauchwalzdraht. Auf sie entfallen jeweils rund ein Drittel der Bramscher Anlage, deren Kapazität bei 35 000 Tonnen liegt.

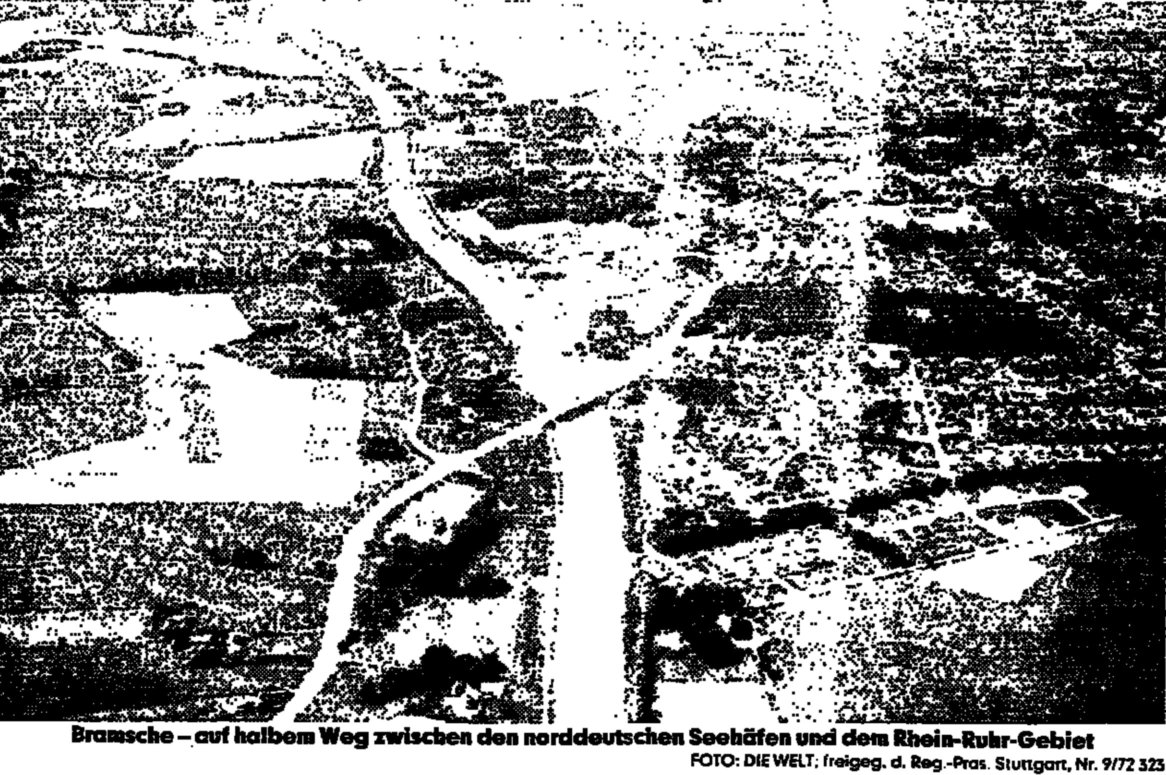
Seit 1964 produziert Lacroix + Kress auch Spezialkabel und -leitungen. Zum Programm gehören ferner feuerverzinnte Drahtlitzen.

Sehr gute Auftragslage

Ein Beispiel für das hohe technologische Niveau des Drahtherstellers ist die Anwendung des sogenannten Selbstbackverfahrens:

Dabei werden die Drähte im Gegensatz zum Tauchverfahren mit Hilfe von Heißluft ummantelt. Der sogenannte Backlackdraht (Feinstdraht) ist mit einer thermoplastischen Auflage versehen.

Zuversichtlich beurteilt das Unternehmen, das in Ingolstadt ein Zweigwerk mit 130 Mitarbeitern unterhält, die weitere Zukunft. Alle Bereiche sind voll ausgelastet. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt bei der Modernisierung der Fertigungsabläufe und des Maschinenparks. Lacroix + Kress, nach dem Krieg in Bramsche gegründet, gehört seit 1973 zum amerikanischen Unternehmen Raytheon Company, Lexington/Massachusetts. (dos)



Bramsche – auf halbem Weg zwischen den norddeutschen Seehäfen und dem Rhein-Ruhr-Gebiet
FOTO: DIE WELT; freigeg. d. Reg.-Präs. Stuttgart, Nr. 9/72 323

Die kleine Stadt und ihre großen Pläne: Junge Chefs gesucht

Noch in den sechziger Jahren hat die Mittelstadt im Osnabrücker Berg- und Hügelland sich, getreu einer 400jährigen Gewerbetradition, als „Tuchmacherstadt Bramsche" verstanden. Doch der Niedergang der Textilindustrie hat den Wertbegriff nicht verschont. Bramsche – so Stadtdirektor Edwin Sors und Stadtkämmerer Herbert Holzgrefe im Gespräch mit der WELT – besann sich auf andere Stärken: das vielseitige Potential einheimischer Facharbeiterkräfte, die günstige Lage im Verkehrskreuz von Fernstraßen, Schiene, Wasserweg, das reiche Angebot preisgünstiger Gewerbeflächen und die Bereitschaft zu unkonventionellen Wegen der Wirtschaftsförderung.

Stadtdirektor Sors: „Wir haben die ausgefahrenen Gleise der Standortwerbung und Wirtschaftsförderung verlassen, weil der inzwischen uniforme Grundton der Bemühungen konkurrierender Städte, Gemeinden und Länder uns nicht mehr den Erfolg verspricht. Mit dem Slogan ‚Bramsche – des Standorts wegen' im städtischen Brief-Freistempler war es nicht getan, um dem Stillstand bei der Betriebsansiedlung und dem zu Unrecht geleugneten Nord-Süd-Gefälle gegenzusteuern.

Deshalb haben wir das Bramscher Gründerprojekt (BGP) entwickelt; deshalb haben wir in der Stadtverwaltung einen hauptamtlichen Mitarbeiter, der sich ausschließlich der Wirtschaftsförderung und der Betreuung von Existenzgründungen widmet; deshalb werden wir die telefonische Beratungsaktion für junge Unternehmer und solche, die es werden wollen, in diesem Jahr wiederholen."

Und die finanziellen Förderinstrumentarien? Auch hier unkonventionelle Wege?

Kämmerer Holzgrefe: „Wir haben, als Leitbeispiel, vor etwa zehn Jahren mit der Ansiedlung eines bedeutenden papierverarbeitenden Betriebes Wege beschritten, die bis dahin nicht üblich waren: Wir haben außer sehr günstigen Konditionen für das Werksgrundstück neben den Landesfördermitteln ein zinsgünstiges Darlehen zur Verfügung getellt; der Betrieb ist heute einer der wichtigsten Arbeitgeber und Steuerzahler."

Hat Bramsche Not, wie andere norddeutsche Regionen, mit der Abwanderung von Facharbeitskräften?

Sors: „Wir haben eine Arbeitslosenquote von derzeit zehn Prozent, das entspricht etwa 500 Arbeitskräften. Unsere Bevölkerung ist sehr bodenständig, so daß Wanderungsverluste an den Süden nicht nennenswert sind – anders als etwa weiter nördlich im Emsland oder in Ostfriesland."

Ist dieses Arbeitskräftepotential nach seinem Ausbildungsstand an eine bestimmte Branche gebunden?

Sors: „Nein, die Fachkräfte kommen aus den verschiedensten Erwerbszweigen, sei es Metall- oder Holzverarbeitung, Bauhaupt- oder -nebengewerbe. Schwere Einbrüche blieben uns seit der Textilkrise erspart. Im Kernbestand haben wir heute eine vielseitige Mischstruktur von Unternehmen kleinerer und mittlerer Größenordnung – ein interessantes Ansiedlungsmerkmal zum Beispiel für zuliefernde Handwerks- oder Dienstleistungsfirmen."

Hat also nicht so sehr drückende Not, sondern vielmehr Selbstvertrauen den Anstoß gegeben, wieder intensiv für Bramsche zu werben?

Sors: „Seit der Gebiets- und Verwaltungsreform haben wir neue Spielräume gewonnen. Vor der Reform hatte Bramsche etwa 12 000 Einwohner auf sechs Quadratkilometern, inzwischen hat sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt, das Stadtgebiet aber verdreißigfacht. Vor 1972 konnten wir mangels Fläche kaum noch Gewerbe ansiedeln. Seither haben wir, etwa in den Stadtteilen Achmer, Hesepe und Engter, beträchtliche Flächen zur Verfügung. Besonderer Handlungsdruck ergab sich aus der hohen Arbeitslosigkeit. Seit Jahren wissen wir, daß bis 1988 die zeitweise bis zu 3000 Angehörigen der hier stationierten niederländischen NATO-Einheiten abgezogen werden. Aus zwei Siedlungskomplexen mit mehr als 400 Wohnungen, überwiegend Einfamilien-Reihenhäuser, dürfen keine Geisterquartiere werden. Für neu zuziehende Bürger aber müssen wir neue Arbeitsplätze schaffen."

Wie ist es um die klassischen Standortkriterien bestellt, angefangen mit dem Bodenpreis für Gewerbeflächen?

Holzgrefe: „Wir bieten zum Beispiel im Stadtteil Achmer ein voll erschlossenes Industriegrundstück mit Mittellandkanal- und Gleisanschluß für 27 Mark pro Quadratmeter an."

Wie ist die Verkehrs-Anbindung?

Sors: „Der Mittellandkanal ist mit unseren drei Hafenbereichen in Engter, Achmer und Bramsche-Mitte der wesentliche Pluspunkt in der Verkehrsstruktur. Bramsche ist für Massen- und Schwergüter unmittelbar erreichbar. Nur 20 Kilometer westlich liegt die Einmündung des Mittellandin den Dortmund-Ems-Kanal. Allein dadurch sind wir direkt in die Handels- und Warenströme von und nach dem Rhein-Ruhr- und dem Nordseeraum einbezogen. Hinzu kommt die vorteilhafte Lage im Kreuzungsbereich der Autobahnen Hansalinie/Hollandlinie (A 1/A 30) und richtungsgleicher Bundesstraßen (B 68/B 218) sowie an der Bundesbahn-Hauptstrecke Wilhelmshaven–Münster–Rhein/Ruhr-Gebiet."

In welchem Konkurrenzverhältnis steht Bramsche zu dem nahen Osnabrück? Gibt es – etwa bei Arbeitskräften, Kaufkraft oder wirtschaftlichen Problemen des Nachbarn – Sogwirkungen, denen die Bramscher Stadtväter gegensteuern müssen?

Holzgrefe: „Wir haben mehr Auspendler nach Osnabrück als Einpendler aus dem eigenen Umland."

Bramsche als „Schlafstadt" für Osnabrück?

Sors: „Diese Gefahr ist für Bramsche dank der Zuwächse aus der Gemeindereform abgewendet. Mit Investitionen im Rahmen des bundesweiten Stadtsanierungsprogramms arbeiten wir daran, Bramsches Attraktivität als Einkaufsstadt zu steigern und Kaufkraftabflüsse einzudämmen. Bramsche hat ein vitales Interesse an der wirtschaftlichen Prosperität des Oberzentrums, das beträchtliche Sorgen um seine lebenswichtigen Stahlbetriebe hat. Ich verhehle nicht, daß jeder strukturpolitische Gewinn für Bramsche selbst uns auch ein Stück Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von den Problemen der Großregion einbringt."

MICHAEL JACH

Gepflegtes Ambiente am gedeckten Tisch

Ständige Erweiterung der Produktionsfläche

Die Wachstumsraten der letzten Jahre sprechen für sich: Der Marktführer für Einmalprodukte rund um den gedeckten Tisch, die Deutsche Duni GmbH in Bramsche, baut seine Position konsequent weiter aus. Um jeweils 15 Prozent hat das Unternehmen, das 1958 in Hamburg als Papierhandelsgesellschaft gegründet wurde und seit 1972 in Bramsche produziert, den Umsatz pro Jahr gesteigert. Und Geschäftsführer Reinhard Liljenqvist läßt keinen Zweifel daran, daß die Zahl auch 1986 Gültigkeit hat. Dies würde einem Volumen von rund 125 (1985: 109) Millionen Mark entsprechen.

Parallel zu dieser Entwicklung hat Duni, ein Unternehmen der schwedischen Bonnier-Gruppe, auch die Belegschaft aufgestockt. Noch 1980 wurden 300 Mitarbeiter beschäftigt; heute zählt die Firma bereits 480 Mitarbeiter. Den wirtschaftlichen Erfolg in einem sicher nicht unproblematischen Branchen-Umfeld begründet Duni mit dem hohen Qualitätsniveau, von dem das Produktimage geprägt ist. Dies gelte sowohl für den Fach- und Lebensmittelhandel, für die Großvertriebsformen und nicht zuletzt für den Endverbraucher.

Eine Ausnahmestellung hat sich das Unternehmen mit tieffarbigen Servietten aus Tissue geschaffen. Der Marktanteil auf diesem Gebiet liegt nahe der 30-Prozent-Grenze. Mit dem patentierten „Dunicel"-Material für die Herstellung von Einwegtischdecken und -servietten hat sich das Bramscher Unternehmen weiter von der Konkurrenz abgesetzt.

Auch im Bereich des Einmalgeschirrs, das bei Party-Freunden immer mehr Anhänger findet, operiert Duni überaus erfolgreich.

Zur Absicherung des Wachstums, das fast ausschließlich über steigende Lieferungen realisiert wird – Preiserhöhungen läßt der Markt kaum zu –, bedarf es umfangreicher Investitionen. Auf dem etwa 60 000 Quadratmeter großen Firmengelände, auf dem auch das Zentrallager mit etwa 12 000 Palettenplätzen angesiedelt ist, wird die Produktionsfläche ständig erweitert.

Der Aufstockung der Kapazitäten diente zum Beispiel 1984 die Übernahme der Produktionsanlagen der Berliner Firma Servycette.

Vor kurzem hat Duni darüber hinaus den kompletten Maschinenpark der in Konkurs gegangenen Firma Condora, ebenfalls Berlin, erworben. Nach Angaben der Duni-Geschäftsführung ist noch nicht endgültig entschieden, wo die zusätzliche Produktion angesiedelt wird. (dos)

Auch bei der Arbeit immer chic

mj, Bramsche

Mit modisch orientierter Berufsbekleidung für medizinisch-pflegerische sowie für Berufe in Gastronomie und Ernährungswirtschaft (Küchenpersonal, Bäcker, Metzger) bedient die clinic & job-dress Helmut Wagner GmbH, Bramsche, einen nach eigener Einschätzung „recht krisenfesten Markt". Die modisch-saisonalen Akzente in den zweimal jährlich wechselnden Kollektionen betrachtet das 140-Mitarbeiter-Unternehmen als seine besondere Stärke, zumal es „unter diesem Gesichtspunkt nur noch einen Konkurrenten" habe.

Das 1952 in Münster gegründete Stammhaus clinic-dress zog 1970 nach Epe (seit der Gemeindereform ein Stadtteil von Bramsche) um; 1982 wurde der erweiterte Nähbetrieb nochmals verlegt in die Kernstadt Bramsche. Die zugleich als Tochterunternehmen gegründete job-dress wurde 1986 mit der Stammfirma vereinigt. Vertrieben wird ausschließlich im Katalogversand, abgesehen von eigenen Geschäften in Osnabrück, Münster, Essen (Wagner-Moden).

Den Jahres-Gruppenumsatz von zuletzt 20 Millionen Mark erzielt clinic & job-dress zu drei Vierteln auf dem deutschen Markt; den Auslandsanteil steuern mit gleichen Kollektionen Vertriebstöchter in der Schweiz, in Österreich und in Italien bei. Der Bereich clinic-dress ist am Geschäftsumfang mit 60 Prozent, job-dress mit 20 Prozent beteiligt; das restliche Fünftel trägt ein ergänzendes Angebot an Damen- und Herren-Freizeitkleidung, die zum größeren Teil gleichfalls im eigenen Haus entworfen und produziert wird.

Strategie der Marktlücke in Farbe

mj, Bramsche

Auf gute Wachstumschancen, insbesondere für ihre Polymer-Vorprodukte zur Herstellung von Binderfarben sowie bei Spezialdruckfarben für Tissue- und Hygienepapiere, setzt die Firma FHC – Farben und Hilfsmittel Chemie GmbH & Co KG. Bei seiner Gründung 1974 in Bramsche ein „Ableger" der alteingesessenen Tapeten- und Papierindustrie, eroberte das Unternehmen sich inzwischen beachtliche inländische Marktanteile mit seinen ursprünglichen Produktgruppen: 60 bis 70 Prozent bei den Tissue-Farben, 20 bis 25 Prozent bei Farbpigment-Zubereitungen für Dispersionsfarben und Papierherstellung. „Die Angaben", so wird betont, „stammen von der Konkurrenz."

Mit dem erst vor wenigen Jahren aufgebauten Polymer-Programm verfolgt FHC-Geschäftsführer Günter Celik eine Marktlücken-Strategie: Typische Stärke des kleinen Betriebes seien Synthese-Spezialitäten für unterschiedlichste Weiterverarbeitungs- und Anwender-Bedürfnisse. Die Zuwachsraten der Polymere, die bisher ausschließlich im 1984 erworbenen Zweigbetrieb Freyung (Oberpfalz) hergestellt wurden, lassen Pläne für eine zweite Produktionsanlage am Stammsitz Bramsche reifen.

Derzeit werden 20 Mitarbeiter beschäftigt, davon sechs in der Produktentwicklung. Der Jahresumsatz liegt bei zwölf Millionen Mark, davon inzwischen gut die Hälfte aus dem Polymer-Programm. Als Exportmärkte sind Österreich, Frankreich, Benelux und Skandinavien erschlossen; den Exportanteil gibt FHC für Farben mit „unter zehn", für Polymere mit „bis zu 30 Prozent" an.

Geschichte soll den Bürgerstolz wecken

Stadtentwicklung: Die Gestaltung der City

Bramsche putzt sich heraus. Ein umfangreiches Programm zur Innenstadtsanierung, gestützt auf Städtebauförderung und Denkmalpflege von Bund und Land Niedersachsen, wird gekoppelt mit einem Bündel von Maßnahmen zugunsten der Einzelhandelsstruktur. Je selbstbewußter die Bramscher Bürger demnächst ihre im Stadtbild wiedererweckte Geschichte vorzeigen können, desto einträglicher wird ihr Heimatstolz – so jedenfalls kalkulieren die Stadtväter – dann auch für die Kassen der heimischen Geschäftswelt.

Stadtdirektor Edwin Sors verschweigt es nicht: In der Substanzpflege der Kernstadt gibt es manches nachzuholen. Nicht allein, daß die Hauptdurchgangs- und Geschäftsstraße dringend zur Umgestaltung als Fußgängerzone ansteht; entsprechende Möglichkeiten zur Verkehrslenkung sind bereits geschaffen. Sors: „Anders als vergleichbare Städte in der Nachbarschaft hat Bramsche nie einen baulich ausgeprägten Marktplatz gehabt. Wir müssen unsere Stadtmitte erst gestalten."

Geplant ist eine der aus drei Jahrhunderten überkommenen Bausubstanz architektonisch angemessene Marktplatz-Randbebauung, in der sich um einen zentralen Verbrauchermarkt attraktive Einzelhandels-Fachgeschäfte gruppieren sollen – mit zweifachem Effekt: Die städtebauliche Vervollkommnung werde zugleich Kaufkraft der Bürger an die eigene Stadt binden, die derzeit „in erschreckendem Ausmaß" abfließe zu Einkaufszentren „auf der grünen Wiese" in benachbarten Osnabrücker Vororten. Zweckentsprechend sei das Projekt eine Einladung zuerst an die Adressen des vielfältigen alteingesessenen Einzelhandels.

Nicht anders als den leiblichen Bedürfnissen mag die Stadtheimat alsdann auch den seelischen Genüge tun. War unter dem Stichwort Bramsche im Abschnitt „sehenswert" im Niedersachsen-Lexikon von 1969 noch allein die wehrhaft-spätmittelalterliche Bruchstein-Kirche St. Martin verzeichnet, so weisen nun zwei seit Ende der siebziger Jahre beispielhaft gerettete Denkmalschutz-Schmuckstücke den weiteren Weg zu stadthistorischem Ansehen in des Wortes mehrfachem Sinn.

Da wurde erstmals 1977 ein in städtisches Eigentum übergegangenes, nach drei Jahrhunderten hinfälliges Vierständer-Fachwerkhaus mit original eichenem Dielentor und kunstvollem Inschrift-Schnitzwerk am Torsturz nicht niedergerissen, sondern sorgsam restauriert. Inzwischen beherbergt es die Stadtbücherei – und muß sich den Bramscher Bewahrerstolz schon teilen mit einem ganzen benachbarten Fachwerk-Ensemble. Den Preis ehrwürdiger Schönheit indes macht ihm neuerdings die alte Posthalterei streitig, mit Baujahr 1648 das vermutlich älteste erhaltene Profangebäude der Stadt. Der trauliche Name „Alte Post" lädt Einheimische und Auswärtige ein zu gediegener Gastlichkeit.

Im zweiten Anlauf immerhin ist es gelungen, ein nächstes Rettungsvorhaben auf den Zuschußlisten der Städtebauförderung zu plazieren: die arg ramponierten, weil lange als „unbrauchbar" mißachteten Walkmühlen-Gebäude der historischen Bramscher Tuchmachergilde am Hase-Fluß. Den Ursprungsort heimischer Wirtschaftskraft, inzwischen in kommunaler Hand, will ein eingetragener „Tuchmacher-Museumsverein" ausgestalten zum „produzierenden" Gewerbemuseum. Es wird den heutigen und künftigen Bramschern lebendig vorführen, wie ihre Altvorderen mit handwerklichem Fleiß und frühindustrieller Technik Ansehen und Wohlstand ihrer Stadt geschaffen und gemehrt haben.

MICHAEL JACH

Auf einen Blick

Gründung als fränkische Weilersiedlung nahe einer Furt des Ems-Nebenflusses Hase während der Sachsenkriege im 8. Jahrhundert; 1097 erstmals urkundlich erwähnt.

Umschlag- und Gewerbeplatz am alten Handelsstraßenkreuz Hannover/Minden–Niederlande und Bremen/Oldenburg–Westfalen-Hessen. Warenangebote am Markt Bramsche im 17./18. Jahrhundert zeitweise bedeutender als in Osnabrück.

Stadtrechte seit 1929, Landkreis Osnabrück.

Stadtwappen: Die Bramscher Rose geht auf das amtliche Gütesiegel von 1725 für die Stoffe der heimischen Tuchmachergilde zurück. Heraldische Bedeutung der Rose ungesichert – möglicherweise ein Bezug zum damals weitbekannten „besten Bramscher Rot" der hiesigen Tuchfärber.

Stadtteile seit der Gemeinde-Gebietsreform 1972: Ortschaften Achmer, Balkum, Engter, Epe, Evinghausen, Hesepe, Kalkriese, Pente, Schleptrup, Sögeln, Ueffeln.

Stadtgebiet: 183,3 Quadratkilometer, davon rund zehn Prozent überbaut, 60 Prozent Landwirtschafts- und Gartenflächen, 30 Prozent Wald, Gewässer, Moor, Heide.

Einwohner: 25 400 in 9450 Haushalten.

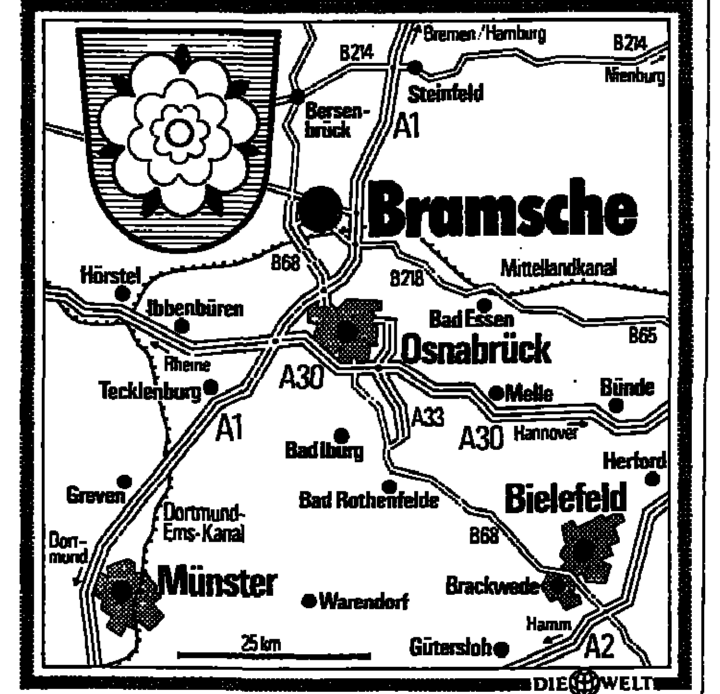
Industriezweige: Papierwaren, Tapeten, Textil/Bekleidung, Spezialdraht, Futtermittel. Insgesamt sind 1005 Gewerbebetriebe registriert.

Kommunale Steuersätze: Grundsteuer A und B je 260 v. H., Gewerbesteuer 300 v. H.

Verkehrswege: Autobahn 1 (Hansalinie), Bundesstraßen 68 und 218; Eisenbahn-Hauptstrecke Osnabrück–Oldenburg–Wilhelmshaven; Mittellandkanal.

Schulen, Kultur: Alle öffentlichen Schulformen, Freie Waldorfschule, Musikschule, Städtische Volkshochschule, Stadtbücherei mit knapp 32 000 Bänden und Mediothek.

Sozialeinrichtungen: Kinderspielkreise, fünf kirchliche Kindergärten, Diakoniestation, Altenzentrum, 150-Betten-Krankenhaus.



Sport und Freizeit: Jugendzentrum, Hallenbad, Freibäder beheizt und unbeheizt, Sportplätze und -hallen, Tennisplätze, Reithallen. Im Naherholungsbereich Segelflug- und Angelplätze. Naturschutzgebiet Darnsee, Wanderwegenetz im Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald/Wiehengebirge und im Gehnwald, Radwanderweg Osnabrück–Quakenbrück, ausgeschilderte Bramgau-Route für Autotouristen, Campingplätze, Bootssport auf dem Mittellandkanal. mj

Einziger Maßstab: die Zukunftsaussichten

Das Bramscher Gründer-Projekt – So nimmt Bramsche seine jungen Unternehmer unter die Fittiche

Das Bramscher Gründer-Projekt (BGP) richtet sich vor allem an Nachwuchskräfte aus gewerblicher Wirtschaft, produzierendem Gewerbe, Handel und Handwerk. Die Stadt setzt sich damit von anderen Kommunen ab, die überwiegend auf Hochtechnologie orientierte Unternehmensgründer bauen.

Jedoch: In Bramsche haben auch die innovativen Existenzgründer eine Chance. Die Begriffe Innovation und High Tech werden weit ausgelegt. Stadtdirektor Edwin Sors: „Einziger Maßstab sind für uns die Zukunftsaussichten am Markt."

Um jungen Unternehmern teure Erfahrungen zu ersparen, hat die Stadt ein für deren Belange maßgeschneidertes Förderungskonzept entwickelt. Der Schwerpunkt: Kostenloser Beratungsservice für die ersten drei Jahre der Betriebstätigkeit. Der Service wird mit einem Beraterstab abgewickelt, dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes und der Kammern Osnabrück-Emsland, Banker, Gewerkschafter, Steuerberater und Politiker angehören. Schon vor der Realisierung des Projekts klopfen diese Experten die Ideen auf ihre Erfolgsaussichten ab. Zusammen mit Bankfachleuten wird ein individueller Finanzierungs- und Förderungsplan entwickelt, der die Jungunternehmer nicht überfordert. Zur Verfügung stehen beispielsweise das Eigenkapitalhilfeprogramm, das Landesdarlehensprogramm oder das ERP-Existenzgründungsprogramm.

Alle Maßnahmen werden durch einen Ansprechpartner in der Stadtverwaltung koordiniert. Er stellt den „kurzen Draht" zu den Beratern her, sorgt für reibungslose Abwicklung in der Verwaltung und garantiert Vertraulichkeit.

Günstige und genau auf die Bedürfnisse zugeschnittene Räumlichkeiten – vom Büro über die Werkstatt bis hin zu kompletten Gebäuden – werden angeboten. Der aktuelle Stand des Angebots ist jederzeit bei der Stadtverwaltung abrufbar. Es stehen Miet-, Kauf- und Leasingobjekte bereit. Grundstücke sind ab acht Mark pro Quadratmeter zu haben.

Um die Ausgaben für Betriebsmittel so gering wie möglich zu halten, bietet die Stadtverwaltung die Nutzung ihrer Büroeinrichtungen an. Zweimal im Jahr soll in Bramsche ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den Jungunternehmern, allen Mitgliedern des Beraterstabes und der Stadtverwaltung stattfinden.

Mit diesem Leistungspaket braucht das Bramscher Gründer-Projekt den Vergleich mit Gründerzentren nicht zu scheuen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, dürfte es sogar ein effektiverer Weg sein. Während bundesweit für Technologie- und Gründerzentren in den letzten Jahren Millionen investiert wurden, kommt das Bramscher Konzept ohne derartige Vorleistungen der Stadt aus. Das BGP lebt allein von der ehrenamtlichen Tätigkeit des Beraterstabes und dem Zusammenwirken der Kräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

JÖRG KRAMER

Wer hat hier Angst vor Hieroglyphen?

Textverarbeitung international rund um die Uhr

Prospekttexte in hebräischer Schrift für Israel-Exporte; Literatur-Übertragungen für den Auslands-Buchmarkt Griechenland; repräsentativ-kommerzielle Drucksachen in Arabisch. Broschüren in kyrillischer Schrift für deutsche Kulturdiplomatie in der Sowjetunion. Texte in jeder europäischen Sprache, Isländisch eingeschlossen, sowie mathematische, physikalische, chemische Formeln.

Samt und sonders typographische und linguistische Spezialitäten, verarbeitet zu sauberem Lichtsatz. Dieser Katalog umreißt das Angebot eines mittelständischen Bramscher Dienstleistungsunternehmens, dessen Lebenselement die Kommunikationswirtschaft ist. Gestützt auf modernste elektronische Textverarbeitungs-Technik, auf die Qualifikation eigener Sprach- und EDV-Spezialisten sowie Zusammenarbeit mit namhaften Übersetzern, behauptet die Firma Satzdienst Bukowski sich auf einem Markt, der vielfach allein den Riesen des Druckgewerbes „zugetraut" wird.

Die Bramscher Stadtväter verweisen mit Vorliebe auf die „Perle" unter den Gewerbebetrieben. Vor zehn Jahren hat Firmenchef Hans Bukowski sein 1951 nach Typographie-Studium gegründetes Unternehmen von Wuppertal in die nordwestdeutsche Mittelstadt verlagert und, wie er sagt, die mit den Mitteln der Regionalförderung erleichterte Entscheidung „nie bedauert".

Seither ist der Geschäftsumfang stetig gewachsen. Im Zwei-Schichten-Betrieb arbeiten Spezialisten derzeit an allein sechs Datenterminals. Bukowski gilt unter Fachleuten als Pionier in Entwicklung und Einsatz fachspezifischer Software. Schon 1977 war er erster europäischer Anbieter von Russisch- und Griechisch-Programmen für den Bildschirm. Jüngste Innovationsbeispiele sind Programme für Arabisch und Hebräisch, selbst auf dem Bildschirm von rechts nach links „geschrieben", oder für den Chemie-Formelsatz. Für jede Fremdsprache wurde ein Worttrennungs-Programm entwikkelt. Ein umfangreicher Sonderzeichen-„Vorrat" steht zur Verfügung – von Firmensymbolen über Schachfiguren bis hin zu typographischen Hintergrundmustern für Urkunden und Scheckformulare.

Gesetzt wird bei Bukowski in vielseitiger Größen- und Typenauswahl nach den Schriftmustern des Linotype Font Center. Für die Belichtung der Satzprodukte ging kürzlich ein Laser-Belichter mit modernster Rasterelektronik in Betrieb.

Fehlt noch der I-Punkt des Dienstleistungsangebots: die Datenkonvertierung. Ein firmeneigener Interface-Converter liest die Daten von mehr als 500 verschiedenen, üblicherweise zwischen den Computerfabrikaten nicht austauschbaren Diskettentypen in das Satzsystem ein; zusätzlich können Magnetbänder verarbeitet werden. Dem Kunden werden damit nicht nur die lästigen Mehrfach-Bearbeitungszeiten und -kosten erspart; mit der entbehrlich gewordenen Mehrfach-Erfassung der Texte bei „herkömmlichem" Überschreiben von System zu System entfallen Fehlerquellen, die Textqualität wird optimiert.

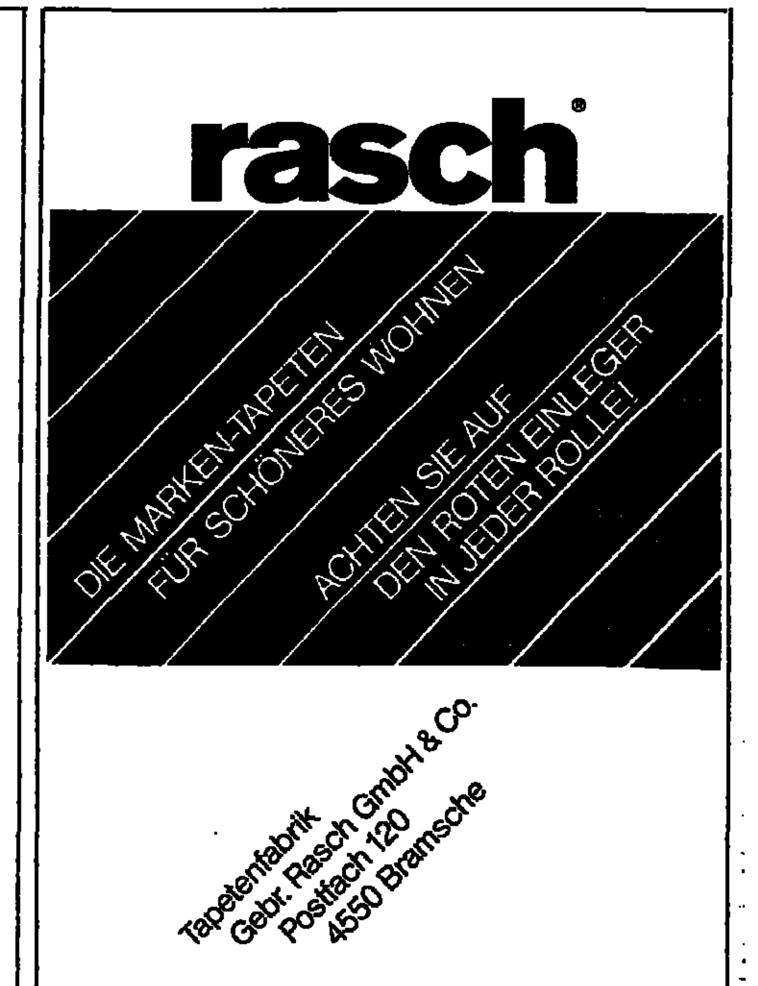
In Bukowskis Kundendatei ist vertreten, was Rang und Namen hat in der Export- und Werbewirtschaft, darüber hinaus auch im EG-Raum (ausländische Kunden tragen 15 Prozent zum Umsatz bei). Einschlägige Adressen der Bundesregierung stehen neben renommierten Fremdsprachen- und Wissenschaftsverlagen. In die Konkurrenz um den Markt teilen sich nicht mehr als ein halbes Dutzend Anbieter – neben „ganz Großen" der Medienbranche gleichauf der hochspezialisierte Muster-Mittelständler aus Bramsche.

M. J.









Aktien unter Druck

Nur noch Interesse für Metallwerte

DW. – Die sich schon an der Dienstagbörse abzeichnende Konsolidierung führte am Mittwoch zu deutlich nachgebenden Notierungen. Entscheidend war das Ausbleiben von Kaufaufträgen aus dem Ausland. Möglicherweise war daran der vorangegangene Kursrückschlag der US-Aktien schuld. Die feste Tendenz auf den internationalen Metallmärkten ermutigte den deutschen Börsenberufshandel, zu spekulativen Käufe in Aktien von Unternehmen, die über eigene Rohstoffvorkommen verfügen oder mit Metallen handeln.

Nutznießer der Metallhausse war auch die Preussag. Hier ist der Kurs in den letzten Tagen um mehr als 20 Prozent angehoben worden. Die Metallgesellschaft legte nach dem kräftigen Vortagssprung zunächst eine Pause ein. Relativ niedrig blieben die Einbußen der VW-Aktien, obwohl ihr Anstieg in jüngster Zeit genügend Anlaß zu Gewinnmitnahmen bieten würde. Ausgesprochen schwach lagen auch Bankaktien. Hier waren die Tagesverluste zum Teil zweistellig. Einigermaßen glimpflich kamen bisher die Titel der Großchemie davon. Ähnliche Einbußen gab es bei Siemens, auch bei MAN. Bei Feldmühle wurden die inländischen Anlagekäufe auf ermäßigter Basis fortgesetzt. Unverändert blieben Fiat, wo sich ebenfalls weiterhin Anlageinteresse zeigt.

Frankfurt: Agiv verminderten um 18 DM, Anzag um 6 DM und Enzinger Union um 5,90 DM. Weitere Kursverluste mußten Enka mit minus 14,50 DM und Escada mit minus 30 DM hinnehmen. Aesculap erholten sich um 14 DM.

Düsseldorf: AVA verminderten sich um 105 DM, Leffers um 10 DM und DAB um 2 DM. Dyckerhoff STA erhöhten sich um 4 DM und Hageda stockten um 2 DM auf. Rhenag lagen um 7 DM und Schiess um 4 DM fester.

Hamburg: Hapag Lloyd wurden um 7,20 DM höher gehandelt. HEW konnten sich um 2 DM auf 130 DM erholen. Beiersdorf verloren 7 DM und Phoenix Gummi 1 DM. Holsten Brauerei schwächten sich um 6 DM ab.

Berlin: Berthold und Dt. Hypobank Berlin verbesserten sich um je 5 DM. Berliner Elektro schwächten sich um 20 DM, Springer um 11 DM und Schering um 9 DM ab. Berliner Bank mußten um 7,50 DM zurückgenommen werden.

München: Agrob St. gaben um 10 DM, Deckel um 4,30 DM und Escada um 6 DM nach. NAK Stoffe verloren 4 DM. Wanderer verbesserten sich um 12 DM, Hutschenreuther um 20 DM, Audi um 9 DM und Otto Stumpf um 4 DM.

Stuttgart: Daimler verloren 41 DM. Traub waren um 13 DM gedrückt. Hohner lagen um 4,90 DM schwächer. Fester lagen die Stamm- und Vorzugsaktien von Fuchspetrolub um 3 DM bzw. 6,50 DM.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 286,82 (291,79)
WELT-Umsatzindex: 3730 (5785)
Advance-decline-Zahl: 65 (111)
38-Tage-Linie: 267,05 (266,45)
200-Tage-Linie: 276,19 (276,00)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inland

	3.9.	2.9.
H Aach M Betl. 12,5	2500	2500
H Aach. M. Vers. 7	1945	1995
D Aach. Rück. 9	2795	2795
D Asaag *4	360G	360G
M Ack-Gögg. 8	165	166bG
H Adca 3	189,5	188,5
D Adler 12+16	300G	300G
F AEG 0	320,5	334
D AEG KABEL 9	435	450T
S Aesculap 9	430	435
F AGAB 5	169	168
D Agrippina *0	3980	3800T
M Agrob *0	180	190bB
M dgl. Vz.* 0	144	141

D Cobk.Rente*0 RM	15,6T	16,2T
F Cobk.Genußsch.	125bB	125
D Conc. Chem. 4,5	240B	240bB
B Conc. Spinne *0	500G	500
D Contigas 8	340	335
D Conti Gummi 5	320,5	332,1
D Dahlb. St. 7,75	265	275
D dgl. Vz. 14,75	400T	400T
S Daimler 12+2,5	1312	1353
M Deckel AG 6	230,5bG	234,8
D Dt. Atl. Tel.10	745T	745T
D Dt. Babcock St. 3	205	207,5
D dgl. Vz. 3,5	196	197,8
F Dt. Bank 12	835	844,5
D Dt. Centroden 12	925T	945bB
D Dt. Conti Rück 0	4000G	4000G
D dgl. NA 0	1050G	1050G

H HEW 5,5	130	128
H Hdl. Llb. 9	690bB	-G
Hn Hann. Papier 6	261	269
H Harmstorf 0	49	49,8
D Harpener 11+1	317	320
F Hartm. & B.St. 6	2660bB	2660bB
F dgl. Vz. 6	1580T	1600
M Hasen-Bräu 9	970G	970G
S Heidelb. Zem. 7	680	675
M Hellt & W. 5	270	270G
D Hein, Lehm. *6	295T	295T
D Heinr. Ind. *16+2	640G	640bG
D Henkel 3	445	448
F Henninger 2	174,8bB	174,8
B Herlitz 0	185	195
B dgl. Vz. 0	170	176
B Hermes 8	805G	805G

F MAB 7,5	350G	350G
F dgl. Vz. 7,5	350T	355T
D Mannesmann 6	189,5	194,9
F Mannh. Vers. 8	910	920
H Markt & K. 8	220	220
F MAN St. 5,8	222	228,5
F dgl. Vz. 5,5	193,5	194
F MAN-Rol. 20,2	619	600
F Massa	470	481
S M.Mill.Weing. *0	325TG	325TG
D Mauser 0	82	81
F Mercedes 10,5	1207	1243
F Metallges. 6	360	354
S Met. u. Lack 0	98TB	100
S Mäag 4,5	455G	455
F Moenus 0	96,5	90,1
F Monachia 5	2750G	2750G

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

D H. O. Financial**0	–	–
M Inv. Propert Int.	22T	22T
M Uac **0	0,45bBr	0,45bBr

Ausland in DM

M Abbott Labor	99,3	101,2
F L'Air Liquide	230	236
D Akzo	142	141
F Alcan	65	63
F Alcoa	76bG	76G
F Alg. Bk. Nedld.	512	515
F All Nippon Air	13G	13G
F Allied Corp.	82	82
M ALPS El.	24	23

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM, *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung. Kursive Pos. = ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr.

Im tiefen Strome der Unendlichkeit
Ist alles Sein und alles Werden,
Ist das Verblühen und das Sterben
Nur eine Weltenwirklichkeit.

Eberhard Daecke

* 13. 8. 1919 † 27. 8. 1986

Gudrun Daecke geb. Barth
Angelika Weeres geb. Daecke
mit Irina Simone und Sonja Janine
Frank-Philipp Daecke
Traute Barth geb. Krefft

2000 Hamburg 67, Moorbekweg 31

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Wir trauern um unser ehemaliges Vorstandsmitglied, Herrn

Eberhard Daecke

Er ist für uns unerwartet am 27. August 1986 kurz nach Vollendung seines 67. Lebensjahres entschlafen.

Der Verstorbene hat in den Jahren von 1967 bis 1984 die schwierige Auf- und Ausbauphase unserer Bank mitgestaltet und insbesondere den Realkredit mit großer Hingabe und viel menschlicher Ausstrahlung zu wachsendem Ansehen und Erfolg geführt.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Norddeutsche Hypotheken- und Wechselbank AG

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Tief erschüttert hat uns die Nachricht, daß der Betriebsleiter unseres Betriebes in Dortmund, Herr

Herbert Witomsky

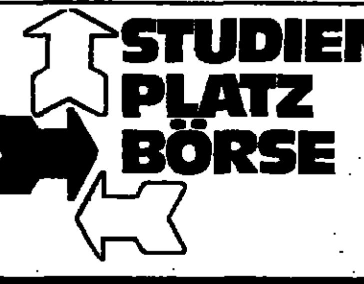
am 26. August 1986 in seinem Urlaubsort in Dänemark einem tragischen Unfall zum Opfer gefallen ist.

Mit Herrn Witomsky verlieren wir nicht nur einen langjährigen, zuverlässigen und gewissenhaften Mitarbeiter. Wir verlieren einen Mitmenschen, der durch sein fachliches Können, seine Geradlinigkeit und Einsatzfreudigkeit sowie die stete Fürsorge für seine Mitarbeiter die Achtung und anerkennende Zuneigung aller Firmenangehörigen besaß. Bescheiden in seinen Ansprüchen, war er stets zum Geben bereit.

Seine Erfahrung und seine Hilfe werden uns fehlen.

ABBAUTECHNIK
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Düsseldorf, den 2. September 1986



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1986/87

Rechtswissenschaften
Erstsemester

von	nach
1 Augsburg	Hannover
2 Augsburg	Tübingen
3 Bielefeld	Bonn
4 Bielefeld	Köln
5 Bielefeld	Münster
6 Berlin	Hamburg
7 Berlin	Kiel
8 Berlin	München
9 Bayreuth	Freiburg
10 Bayreuth	Münster
11 Bayreuth	Tübingen
12 Gießen	Bonn
13 Gießen	Bochum
14 Gießen	Frankfurt
15 Gießen	Köln
16 Gießen	Münster
17 Gießen	München
18 Gießen	Trier
19 Gießen	Tübingen
20 Göttingen	Freiburg
21 Göttingen	Heidelberg
22 Heidelberg	Bochum
23 Köln	Bonn
24 Kiel	Hamburg
25 Konstanz	Freiburg
26 Konstanz	Heidelberg
27 Konstanz	München
28 Konstanz	Tübingen
29 Marburg	Bonn
30 Marburg	Bochum
31 Marburg	Frankfurt
32 Marburg	Freiburg
33 Marburg	Hamburg
34 Marburg	Köln
35 Marburg	Münster
36 Münster	Bonn
37 München	Bonn
38 Mainz	Bonn
39 Mainz	Frankfurt
40 Mainz	Köln
41 Osnabrück	Hamburg
42 Passau	Bonn
43 Passau	Freiburg
44 Passau	Köln
45 Regensburg	Augsburg
46 Regensburg	Hamburg
47 Regensburg	Kiel
48 Saarbrücken	Bonn
49 Saarbrücken	Köln
50 Saarbrücken	Münster
51 Trier	Bonn
52 Trier	Bochum
53 Trier	Köln
54 Trier	Münster
55 Würzburg	Freiburg

Volkswirtschaft
Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Bonn
2 Bielefeld	Köln
3 Essen	Bonn
4 Essen	Köln
5 Frankfurt	Bonn
6 Frankfurt	Köln
7 Gießen	Bonn
8 Heidelberg	Bonn
9 Heidelberg	Karlsruhe
10 Kiel	Hamburg
11 Konstanz	Bonn
12 Konstanz	Freiburg
13 Konstanz	Köln
14 Münster	Bonn
15 Münster	Köln
16 Münster	Marburg
17 Regensburg	München
18 Regensburg	Tübingen
19 Paderborn	Bonn
20 Paderborn	Köln
21 Saarbrücken	Hamburg
22 Trier	Bonn
23 Trier	Köln

Betriebswirtschaft
Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Münster
2 Bayreuth	Frankfurt
3 Gießen	Frankfurt
4 Gießen	Köln
5 Gießen	Mannheim
6 Münster	Aachen
7 Passau	München
8 Regensburg	München
9 Siegen	Aachen
10 Siegen	Köln
11 Siegen	Münster
12 Siegen	Trier

Informatik
Erstsemester

von	nach
1 Kaiserslautern	Dortmund
2 Kaiserslautern	Saarbrücken
3 Koblenz	Bonn
4 Koblenz	Hamburg
5 Koblenz	Kiel

Humanmedizin Vorklin.
Erstsemester

von	nach
1 Bochum	Bonn
2 Bochum	Düsseldorf
3 Bochum	Köln
4 Berlin	Aachen
5 Berlin	Bonn
6 Berlin	Köln
7 Frankfurt	Hamburg
8 Frankfurt	Lübeck
9 Frankfurt	Kiel
10 Hamburg	Lübeck
11 Köln	Bonn
12 Mainz	Tübingen
13 Mainz	Ulm
14 Regensburg	Gießen
15 Regensburg	Göttingen
16 Regensburg	Marburg
17 Saarbrücken	Bonn
18 Saarbrücken	Köln
19 Saarbrücken	Münster
20 Ulm	Aachen
21 Ulm	Bonn
22 Ulm	Düsseldorf
23 Ulm	Köln
24 Ulm	Kiel
25 Ulm	Münster

Zahnmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Berlin	München
2 Berlin	Regensburg
3 Berlin	Ulm
4 Frankfurt	Bonn
5 Frankfurt	München
6 Göttingen	Erlangen
7 Göttingen	München
8 Göttingen	Regensburg
9 Mainz	Erlangen
10 Mainz	München
11 Mainz	Regensburg

Ausland

Amsterdam

	3.9.	2.9.
ACF Holding	351,5	350
Aegon	106,8	105,8
Akzo	160	160,3
Alg. Bk. Nederl.	584	584
Amev	78,5	76,5
Amro Bank	106	107,6
Berkel's Patent	39,5	39,5
Bijenkorf	119,7	118,9
Bols Lucas	166,5	166
Bredero	225	225
Buehrmann	222	222
Dessaux	186	182,5
Fokker	77	76
Gist Brocades	46,5	42,8
Océ-v. d. Grinten	550	550
Hagemeijer	71,5	71
Heineken Bierbr.	187	189,3
KLM	44,5	44,6
Hoogovens Kon.	72,5	73,8
Nationale Ned.	85,4	85,4
Ned. Lloyd Groep	182,8	179,9
Ommeren van	37,5	37,1
Pakhoed	65,9	66
Philips	55,7	56
Rijn-Schelde	4,01	4,01
Robeco	95,4	95,7
Rolinco	85,4	86,1
Rorento	49,8	50,3
Royal Dutch	210,5	208
Credit Lyonnais Bk.N	92,4	92,2
Unilever	517	514
Ver. Masch.	30	38,2
Volker Stevin	40,5	38,5
Index: ANP/CBS	297,90	279,20

Brüssel

	3.9.	2.9.
Arbed	2500	2415
Brux. Lambert	3280	3210
Cockerill Ougrée	131	134
Ebes	4810	4800
Gevaert	5910	5950
Kredietbank	17400	17400
Petrofina	8950	8910
Soc. Gén. d. Belg.	3060	3005
Sofina	11175	11175
Solvay	7970	7920
UCB	8600	8540
Index	3896,86	3877,21

Hongkong

	3.9.	2.9.
China Light + P.	16,4	16,3
Hongkong Land	6,55	6,6
Hongk. + Sh. Bk.	6,95	6,95
Hongk. Teleph.	11,5	11,5
Hutch. Whampoa	35	34,25
Jard. Matheson	17	16,8
Swire Pac. + A +	14	13,6

Kopenhagen

	3.9.	2.9.
Den Danske Bank	260	263
Jyske Bank	500	500
Kopenh. Handelsbk.	238	240
Novo Industri	–	232
Privatbanken	238	242
Ostasiat. Komp.	192	190
Dan. Sukkerfabr.	327	327
For. Bryggerier St.	1020	1020
Kgl. Porc. Fabr.	390	380

London

	2.9.	1.9.
All. Lyons	353	358
Anglo Am. Corp.	1362,5	1387,5
Anglo Am. Gold	6875	6675
Babcock Int.	188	192
Barclays Bank	519	522
Beecham Group	418	420
Bowater	326	325
B.A.T. Industries	425	423
Rover Group PLC	40	40
BLOC Int.	339	336
British Petroleum	665	683
British Aerospace	511	518
British Telecom	198	206
Britoil	128	133
BTR	315	315
Burmah Oil	407	409
Cable Wireless	342	344
Cadbury Schweppes	177	178
Charter Cons.	273	263
Cons. Gold. Fields	519	522
Cons. Murchison	162,5	150
Courtaulds	277	272
De Beers	655	655
Distillers	678	678
Driefontein	1462,5	1437,5
General Electric	184,5	188
Guinness	346	351
Hawker Siddeley	515	513
ICI	1097	1087
Imperial Group	365	365
Lloyds Bank	469	472
Lonrho	211	210
Marks & Spencer	217	216
Midland Bank	574	577
Nat. Westminster	562	572
Plessey	184	190
Reckitt & Colman	807	807
Rio Tinto-Zinc	621	624
Rustenburg Plat.	1163	1113
Shell Transp.	938	941
Thorn Emi	494	–
TI Group	469	473
Trusthouse Forte	154	155
Unilever	1910	1900
Unitech	190	195
Vickers	413	411
Woolworth	670	675
Financial Times	1319,10	1322,90

Devisenmärkte

Die Dollar-Nachfrage am 3. September belebte sich. Nachdem in New York vorgestern die Renditen für festverzinsliche Papiere stiegen, legten auch die Euro-Dollar-Zinsen ⅛ Prozentpunkt zu. Der Goldpreis von über 400 Dollar und der Ölpreis erweckten Besorgnis im Hinblick auf die Entwicklung der Inflation. Der Dollar zog im Tagesverlauf von 2,026 um etwas mehr als einen Pfennig an. Die Notiz wurde mit 2,0368 ermittelt. Im Vergleich zu den vergangenen Tagen war eine spürbare Belebung des Handels zu erkennen. Sowohl der Schweizer Franken als auch der Yen verloren gegen D-Mark an Boden. Der hohe Goldpreis bescherte dem kommerziellen Südafrikanischen Rand einen Kursgewinn von mehr als 4 Prozent gegen D-Mark auf 0,86. US-Dollar in: Amsterdam 2,2965; Brüssel 42,1575; Paris 6,6705; Mailand 1405,05, Wien 14,338; Zürich 1,6462; Ir. Pfund/DM 2,751; Pfund/Dollar 1,495, Pfund/DM 3,045.

Devisen und Sorten

3.9.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,0328	2,0408	2,0284	1,98	2,08
London[2]	10,0	3,038	3,052	2,998	2,96	3,11
Dublin[2]	16,5	2,744	2,758	2,71	2,69	2,84
Montreal[1]	8,58	1,4647	1,4727	1,4534	1,41	1,51
Amsterd.	5,00	88,54	88,76	88,46	87,75	89,50
Zürich	4,00	123,63	123,83	123,77	122,50	125,25
Brüssel	8,00	4,819	4,839	4,794	4,68	4,86

Rückschlag bei den Renten

Die vorangegangene Schwäche des US-Bondsmarktes übertrug sich auf die deutschen öffentlichen Anleihen. Da kaum noch Kaufaufträge aus dem Ausland eintrafen, wurden ihre Kurse teilweise bis zu 0,80 Prozentpunkte reduziert. Zwar wird erwartet, daß die Bundesbank demnächst die Leitzinsen weiter zurücknehmen wird, doch glauben Experten nicht, daß sich dies nennenswert auf das ausländische Zinsniveau auswirken wird. Der in Bankkreisen sich verstärkende Zinspessimismus griff teilweise auch auf den Pfandbriefmarkt über. Hier bröckelten die Kurse ab.

Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei. Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

Warenpreise – Termine

Mit außerordentlich hohen Gewinnen schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kakao fester notierte, ging Kaffee schwächer aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	2.9.	1.9.
Sept.	254,25-254,50	
Dez.	257,75-257,50	geschl.
März	255,25-255,00	

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif
St.L. 1 CW geschl. geschl.
Am. Durum

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

2.9.	1.9.
geschl.	geschl.

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk
geschl. geschl.

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Sept.	13,08-13,06
Okt.	13,20-13,23

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Devisenterminmarkt

Inflationsängste führten am 3.9. zur Befestigung der Dollar-Zinssätze und höheren Deports gegen

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,29-0,19	0,69-0,59	1,37-1,17
Pfund/Dollar	0,54-0,52	1,54-1,51	2,84-2,79
Pfund/DM	2,10-0,70	4,80-3,40	8,30-6,90
FF/DM	-15+1	30-14	52-36

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3.9.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,35-4,45 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,50 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 3.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3.9.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅝-5⅞	4⅓-4⅝	3⅞-4⅛
3 Monate	5½-5¾	4¼-4½	3⅞-4⅛
6 Monate	5⅝-5⅞	4⅛-4⅜	3⅞-4⅛
12 Monate	5⅝-5⅞	4⅛-4½	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 3.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 3.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 99,60, Rendite 5,34.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 3.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,795	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,95	5,81
Commerzbank	100,00	4.8.00	43,00	6,23
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	142,50	8,73
DSL-Bank R.264	157,01	2.7.90	113,03	5,15
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,50	5,15
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	58,01	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,75	6,24
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,82	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	42,07	6,50
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,33	6,15
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,86	6,63
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,75	6,53
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	28,33	6,65
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,95	6,40
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	59,00	6,20
WestLB 600	100,00	2.5.95	59,65	6,15
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,95	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,35	6,75
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,60	4,24
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,75	4,75
WestLB 503	115,76	3.10.88	unerh.	unerh.
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,30	5,08
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,00	7,43

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,55	(4,55)	100,5	101,3	102,3	103,2	104,2	105,1
2	4,65	(4,65)	100,7	102,4	104,2	106,1	108,0	[illegible]
3	4,86	(4,86)	100,4	102,9	105,6	108,3	111,1	113,9
4	5,27	(5,25)	99,05	102,2	105,8	109,3	112,8	116,5
5	5,52	(5,52)	97,55	101,6	105,9	110,2	114,4	118,7
6	5,76	(5,72)	95,75	101,2	105,7	110,6	115,5	120,5
7	6,01	(5,96)	93,85	99,95	105,0	110,5	116,1	121,7
8	6,31	(6,30)	91,40	98,10	103,6	109,7	115,9	[illegible]
9	6,46	(6,47)	89,65	96,30	102,9	109,6	116,2	122,9
10	8,52	(4,50)	88,40	95,55	102,7	109,9	117,0	124,2
15	6,83	(6,80)	82,35	91,50	101,6	109,8	119,0	128,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,756 (113,824)
Performance-Rentenindex: 247,972 (248,023)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	2. Sept.	5,819-5,8[illegible]
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage 60–270 Tage	[illegible]
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage 60 Tage 90 Tage	[illegible]
Certificates of Deposit	1 Monat 2 Monate 3 Monate 6 Monate 12 Monate	[illegible]
US-Schatzwechsel	13 Wochen 26 Wochen	[illegible]
US-Staatsanleihe	10 Jahre 30 Jahre	[illegible]
US-Diskontsatz		[illegible]

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Ziele des Kandidaten

„Aus der Rede des Kandidaten Rau"; WELT vom 22. August

Die Beteuerung des Kanzlerkandidaten Rau, ein Freund Amerikas zu sein, steht in einem eigenartigen Gegensatz zu seinen Zielen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Kündigung der SDI-Abkommen, Aufstellungsstopp und Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles, atomwaffenfreier Korridor in Mitteleuropa, chemiewaffenfreie Zone in Europa, Zurückfahren des Verteidigungshaushaltes auf den Anteil im letzten Jahr der *sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.* Wohlgemerkt, alle Ziele gelten ohne entsprechende Gegenleistung der UdSSR.

Auch wenn der Kanzlerkandidat der SPD vielleicht noch nicht über alle Einzelheiten unserer Sicherheit durch die NATO und USA informiert sein sollte, müßte ihm doch klar sein, daß die etwaige Verwirklichung seiner Ziele das Ende der NATO und jeder Sicherheitsgarantie der USA für Europa bedeuten müßte. Der Abzug der dann ungeschützten Truppen der USA in Europa wäre unvermeidlich und Deutschland wäre mit den anderen Ländern Europas den Sowjets schutzlos ausgeliefert.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Früchtnicht,
Hamburg 65

*

Mit der Forderung der SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag, aus der Kernkraft auszusteigen, wird der Ausstieg der Bundesrepublik durch Schwächung des Wettbewerbs gegenüber den anderen Industriestaaten in die Wege geleitet.

Die Folge dieser Entwicklung werden mehr Arbeitslose sein, die Bundesrepublik Deutschland wird zu einem bedeutungslosen und übervölkerten Land absinken.

Herr Morgenthau wird mit 50jähriger Verspätung siegen!

Manfred Janke,
Lübeck 1

Früh festgelegt

„Zurückgepfiffen"; WELT vom 29. August

Es hat keinen Tausch „West-Berlin" gegen Sachsen-Anhalt, Thüringen und West-Mecklenburg gegeben.

Die Grenzen der (ursprünglichen drei) Besatzungszonen und des besonderen Besatzungsgebiets Groß-Berlin wurden bereits 1941 (in London) festgelegt.

Neben der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" gibt es weitere drei „Gruppen der sowjetischen Streitkräfte" in Europa: die nördliche in Polen, die zentrale in der Tschechoslowakei und die südliche *in Ungarn.*

Mit freundlichen Grüßen
Edmund Trugly,
Berlin-Wannsee

Lappalie?

Mit der Bezeichnung „Wasserpfennig" soll dem zahlungspflichtigen Bürger doch suggeriert werden, daß es sich nicht lohnt, über diese Lappalie zu streiten.

Richard Ott,
Emmendingen

Appelle gab es nicht

„Die Züchter und das Problem der Dysplasie"; WELT vom 21. August

Die in dem Bericht von B. Günther enthaltenen Behauptungen über die Behandlung der Hüftgelenksdysplasie (HD) im „Deutschen Windhundzucht- und Rennverband" (DWZRV) sind falsch. „Appelle von Besitzern Irischer Wolfshunde ... die Röntgenpflicht wieder einzuführen", konnten nicht vom DWZRV und seinen Züchtern „rigoros abgelehnt" werden. Solche Appelle gab es nicht, weil es auch keine IWs gab, die „aufgrund schwerer HD schon in früher Jugend hatten eingeschläfert werden müssen". Eine einzige Besitzerin (Frau Brigitte Günther, Meckenheim) hat zwar behauptet, ihr IW sei deswegen eingeschläfert worden, sie war aber trotz eindringlicher Bitten des Züchters und der Zuchtleiterin des Verbandes nicht bereit, die Röntgenaufnahme der zentralen HD-Auswertungsstelle an der FU Berlin (Prof. Müller) einzusenden. Gleichwohl hat der Züchter auf Veranlassung unserer Zuchtleiterin eine Wurfschwester des getöteten Hundes, mit der gezüchtet werden sollte, röntgen lassen. Resultat: HD-frei mit dem seltenen Kommentar „vorzügliche Hüften"! Auch alle anderen *Wurfgeschwister haben nie* HD-Merkmale gezeigt.

Prof. Dr. Helmut Quaritsch,
Deutscher Windhundzucht- und
Rennverband e. V., Speyer

Klare Aussage

„Die Katastrophe in Tschernobyl war programmiert"; WELT vom 28. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel des Fachmanns Erwin Münch aus Jülich besagt im rechten Zeitpunkt, was von der hysterischen Diskussion über die Möglichkeit eines gleichen oder ähnlichen Unfalls in deutschen Kernkraftwerken zu halten ist.

Wenn dieser leitende Fachmann aus dem in Wien der Internationalen Atomenergiebehörde jetzt vorliegenden sowjetischen Unfallbericht Tschernobyl die darin zugegebene unterlegene Anlagentechnik gegenüber unseren deutschen Kernkraftwerken fachlich belegt, und in technischen Einzelheiten des verantwortlichen Sicherungssystems beim Namen *nennt, kann der Bürger hoffen,* daß diese Klarheit der Aussage für die international anerkannte Sicherheit unserer deutschen Kernkraftreaktoranlagen auch über den Verbreitungsrahmen der WELT hinaus der verunsicherten bundesdeutschen Bevölkerung und darin besonders unseren Frauen zur Kenntnis kommt.

Mit freundlichen Grüßen
Herbert Schultz,
Grafenaschau

Hinterlassenschaften

WELT-Serie: „Große Testamente"

Herr Schmidt-Mühlisch hat schlichtweg vergessen zu erwähnen, daß Preußen einen mächtigen Verbündeten hatte. Ohne die Bundesgenossenschaft *Großbritanniens,* welches in all diesen Jahren fast die gesamte Kampfkraft Frankreichs auf sich zog, ohne die britischen Siege unter anderem bei Quiberon (zur See), bei Quebec und in Ost-Indien und ohne den Einsatz britischer, hannoveranischer sowie braunschweigischer Truppen-Kontingente auf dem westdeutschen Kriegsschauplatz hätte Preußen auch nicht durchhalten können. Friedrich der Große hat persönlich gegen die Franzosen „nur" die Schlacht bei Roßbach geschlagen. Vorher und später hat er selbst auf dem westlichen Kriegsschauplatz nicht wieder in Erscheinung zu treten brauchen, sondern konnte diesen seinen Verbündeten unter dem Befehl des Herzogs von Braunschweig überlassen, der dann die Siege von Krefeld und Minden erfocht.

Kurt Frhr. v. Binzer,
Bonn 1

*

„Nur ein kranker Staat braucht neue Gesetze"; WELT vom 25. August

Sehr geehrte Redaktion,

der schlimme Ruf Richelieus beruht doch wohl vor allem auf seiner Heuchelei, daß nur ein zerstückeltes Deutsches Reich Frankreich „Sicherheit" bietet. Wann hatten die Deutschen unter wessen Führung jemals Frankreich angegriffen?

Die Despotie von oben, daß der Wille Gottes mit dem des absoluten Königs gleichgesetzt wurde, begann durchaus mit Richelieu und schlug nachher mit der radikalen Revolution der Jakobiner in eine Despotie von unten um.

Mit freundlichen Grüßen
W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Wort des Tages

„Vom Standpunkt der Jugend aus gesehen ist das Leben eine unendlich lange Zukunft; vom Standpunkt des Alters aus eine sehr kurze Vergangenheit."

Arthur Schopenhauer, deutscher Philosoph (1788–1860)

Personen

GEBURTSTAG

Auf ungewöhnliche Weise feiert der Präsident des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV), **Siegfried Kordts,** in Warnau bei Preetz in Schleswig-Holstein morgen seinen 70. Geburtstag: Auf seinen Wunsch wird am Abend in Neumünster ein Meeting mit WM-Teilnehmern und Nationalstaffelkämpfern aus England, Irland und Deutschland *organisiert. Kordts, pensionier*ter Sozialrichter, ist seit 1979 Präsident des DABV. An der Spitze der Ehrengäste, die sich für Freitag angesagt haben, stehen Sportbundpräsident **Hans Hansen** aus Kiel, der Welt- und Europaverbands-Vizepräsident **Karl-Heinz Wehr** aus Ost-Berlin sowie **Helmut Meyer,** Leitender Direktor des Bundesausschusses Leistungssport in Frankfurt am Main. Kordts bat seine Gäste keine Geschenke zu überreichen, sondern statt dessen Spenden beim DABV-Kuratorium einzuzahlen, das seit Jahren finanzielle Probleme lösen hilft und beispielsweise auch den von einer schweren Kopfverletzung nicht wieder völlig genesenen ehemaligen Mülheimer Mittelgewichtsboxer **Jürgen Krause** unterstützt.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter **Bonns** in Santo Domingo in der **Dominikanischen** Republik wird Dr. **Wolfgang Schultheiß.** Der Jurist, im In- und Ausland herangebildet, an den Universitäten von Tübingen, Genf und Bonn sowie *in Virginia, gehört dem Auswärtigen* Amt seit 1974 an. Er war an den Botschaften in Kairo und Algier sowie bei der MBFR-Delegation in Wien tätig. Seit 1983 ist er wieder in der Bonner Zentrale eingesetzt gewesen.

MUSEUM

Im **Stuttgarter** Linden-Museum, einem der führenden Völkerkundemuseen Europas, ist nach 15jähriger Amtszeit als Direktor Professor **Friedrich Kußmaul** verabschiedet worden. Sein Nachfolger wird Professor **Peter Thiele** vom Völkerkundemuseum Berlin, der am 15. September die neue Aufgabe übernimmt. Insgesamt 33 Jahre wirkte Professor Kußmaul nach dem Studium der Völkerkunde, Geographie, Archäologie und der Vergleichenden Religionswissenschaft im Linden-Museum, wo er 1954 als Volontär *anfing.*

EHRUNG

General **Bernard W. Rogers,** dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte der NATO in Europa, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Heute wird Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** dem amerikanischen General die Auszeichnung auf der Bonner Hardthöhe überreichen. Rogers wird mit militärischen Ehren empfangen und dann in Anwesenheit der Spitzen des Ministeriums die hohe Ehrung erhalten. Das Großkreuz ist der höchste zivile Orden, den der Bundespräsident verleiht. Darüber gibt es nur noch die Stufe, die Staatsoberhäuptern vorbehalten ist. Die Ehrung für Rogers gilt als Anerkennung seiner Arbeit als SACEUR, mit der er sich stets als „kompetenter Fürsprecher und Freund Deutschlands erwiesen" habe.



Bernard W. Rogers

VERANSTALTUNG

Einen originellen Sängerwettstreit mit Politprominenz hat sich die Münsteraner Kaufmannschaft einfallen lassen: Vor dem Erbdrostenhof, einem alten Adelssitz in Münster, wollen sich Samstag mittag um 12.00 Uhr Staatsminister **Jürgen Möllemann** (FDP), der Parlamentarische Staatssekretär Dr. **Friedrich Adolf Jahn** (CDU) und der SPD-Bundestagsabgeordnete **Wolf M. Cattenhusen,** begleitet von einer Kapelle, als Sänger produzieren. Die *musikalischen Talente* aus Bonn sind der Auftakt eines Barockfestes, das bis zum 14. September dauern wird. Im Mittelpunkt steht eine Konzertreihe mit internationaler Beteiligung.

BERUFUNG

Bernhard Hennecke (35), Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA), ist vom Bundesarbeitsminister zum ehrenamtlichen Richter beim Bundesarbeitsgericht in Kassel berufen worden. Hennecke ist damit einer der jüngsten ehrenamtlichen Richter beim Bundesarbeitsgericht, da das Arbeitsgerichtsgesetz als Mindestalter für die Berufung an das Bundesarbeitsgericht die Vollendung des 35. Lebensjahres vorschreibt.

GESTORBEN

Prälat **Joseph Buchmann,** von 1967 bis 1981 Direktor der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz, ist am Dienstag im Alter von 79 Jahren in Hamm gestorben. Papst **Johannes Paul II.** hatte Prälat Buchmann 1981 zum Apostolischen Protonotar ernannt.

FUSSBALL / Köln und Gladbach – zwei renommierte Klubs am Tabellenende

● Lebt ein Bundesliga-Zweikampf aus vergangenen Jahren wieder auf? Am Samstag spielt Bayern München gegen den Hamburger SV. Die Hamburger, dennen eine schwere Saison vorausgesagt worden war, scheinen wieder zur Spitzengruppe zu gehören. Auch Bayer Leverkusen, von vielen Experten als Geheimfavorit genannt, hält sich in der Spitze. Die gröbsten Enttäuschungen nach dem vierten Spieltag: Mönchengladbach und der 1. FC Köln, bei dem Trainer Keßler immer stärker ins Kreuzfeuer der Kritik gerät.

● Alte Bekannte, neue Gesichter, einige Kandidaten, die kurz vor der Weltmeisterschaft in Mexiko noch aussortiert wurden – so sieht das Aufgebot der Nationalmannschaft für das Spiel gegen Dänemark (24. September) aus. Teamchef Franz Beckenbauer nominierte gestern: Tor: Schumacher, Immel, Abwehr: Augenthaler, Brehme, Berthold, Buchwald, Wolfgang Funkel, Herget, Frontzek, Mittelfeld: Matthäus, Rahn, Rolff, Thon, Angriff: Klaus Allofs, Eckstein, Michael Rummenigge, Wohlfarth, Völler, Waas.

Prinzip der drei Affen als Konzept, Krisen zu meistern

U. S./DW. Köln/Gladbach

Der Blick auf die Tabelle der Fußball-Bundesliga entfacht Erstaunen: Der 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach ganz weit unten, nur Homburg ist noch schlechter. Zwei Renommierklubs, die schlecht aus den Startlöchern kamen. *In Köln* ist der Trainer Georg Keßler reif zum Abschuß. Insider wollen wissen, daß Amateur-Trainer Heinz Hornig, ein früherer Nationalspieler, schon bereitstehe. Geschäftsführer Michael Meier ließ sich nach dem 1:4 gegen Leverkusen eingehend über Pal Csernai informieren. Anders dagegen die Gladbacher. Sie tun das, was sie immer tun: Sie lassen nach dem 1:2 gegen Bremen die Zeit für sich spielen.

Beim Kölner Fußballklub aber verschwimmen immer mehr die Konturen. Geführt wird der Verein nach *dem Prinzip, der drei Affen (nichts* sehen, nichts hören, nichts sagen). In Köln kommt noch die vierte Kategorie hinzu: nichts wissen.

Nun ist der vorläufigen Tiefpunkt erreicht. Gegen den Nachbarn Leverkusen zu verlieren, das ist mehr als eine Niederlage, mehr auch als ein sportlicher Machtwechsel zwischen zwei Städten die so eng zusammenliegen, daß sie gemeinsame Straßenbahn-Verbindungen haben. Das ist ein Dolchstoß für das stets gepflegte, stets polierte, stets ein bißchen zu auffällig getragene Selbstwertgefühl der Kölner. *Und wieder einmal gaben* die leitenden Herren nichts als platte Sprüche von sich. Trainer Kessler: „Wir müssen jetzt Ruhe bewahren." Geschäftsführer Meier: „Wir müssen zusammenrücken und zeigen, daß wir ein Team sind." Vizepräsident Thielen: „Einen neuen Trainer brauchen wir nicht, das bringt nichts."

Die Mannschaft jedenfalls ist derart verunsichert, daß auch die älteren und erfahrenen Spieler schwere Fehler machen. Torwart Schumacher verschuldete zwei Treffer, Libero Olsen verlor oft die Übersicht. Klaus Allofs vergab nicht nur zwingende Torchancen, er verschoß beim Stand von 0:2 auch einen Elfmeter. Aber deutlich treten auch die Fehler des Trainers *zutage.* Das Kölner Team besitzt keine spielerische Linie. Die einzelnen Mannschaftsteile haben keine Verbindung zueinander. Wie in den Spielen zuvor waren die Kölner auch diesmal nicht auf Eigenarten und Eigenschaften des Gegners eingestellt.

„Dein Stuhl wackelt nicht, denn ich stehe dahinter," hatte Kesslers Frau Ingeborg ihrem Mann auf einen Zettel geschrieben und in die Jackentasche gesteckt. Für die Ehe der Keßlers mag das richtig sein. Für Keßlers Bindung zum 1. FC Köln sicher nicht.

Ruhe bewahren – mit diesem Motto will auch *Borussia Mönchengladbach* dem Fehlstart entgegentreten. Präsident Helmut Beyer gab sich nach dem Spiel gegen Werder Bremen ziemlich fatalistisch: „Wir müssen ganz einfach abwarten. Irgendwann wird sich der Wind schon drehen." Ratlosigkeit auch bei Trainer Jupp Heynckes. Er fragt sich: „Was soll ich denn machen." Er selbst kennt auch die Antwort: „Ich kann doch nur in Ruhe arbeiten."

Der Klub aus Mönchengladbach ist dafür bekannt, daß in schweren Zeiten alle zusammenhalten. 1:7-Punkten und *Platz 16 in der Tabelle* – in den meisten Klubs entsteht in solch einer heiklen Situation oftmals Panik, die sich in Streitereien oder Trainer-Entlassungen ausdrückt. Die Gladbacher bleiben sich wieder einmal selbst treu, wenn Manager Helmut Grashoff sagt: „Es gibt keinen Riß in der Mannschaft, keine Mißstimmigkeiten im Verein und erst recht keine Trainer-Entlassung." Die Bestimmtheit, mit der Grashoff dies sagt, duldet keinen Widerspruch. Und auch der Präsident umreißt noch einmal klar die Vereinspolitik: „Wir haben noch nie einen Trainer entlassen. Das soll so bleiben. An der Arbeit von Jupp Henyckes gibt es nichts auszusetzen."

Aber dennoch: *Ganz so harmonisch,* wie es der Manager und der Präsident sehen, ist die Atmosphäre am Bökelberg jedoch nicht. Denn Trainer Jupp Heynckes sagt: „Ich bräuchte noch einen guten Stürmer und einen guten Mittelfeldspieler. Das habe ich schon vor dem Saisonstart gesagt. Aber es ist ja kein Geld da. Und deshalb werde ich auch nicht nervös. Obwohl es schwer ist, die Mannschaft aufzubauen." Moralische Unterstützung findet der Trainer beim Präsidium allemal, sportliche Hilfe in Form von neuen Spielern auf keinen Fall. Grashoff sagt: „Es gibt keinen neuen Stürmer. Wir haben die Millionen nicht."

Seinen Gemütszustand bezeichnet der Trainer Jupp Heynckes jedenfalls als sehr stabil: „Das läßt mich alles kalt – meine Nerven halten. Der Knoten wird bald platzen."

Auch Heynckes, der so schlecht mit Kritik umgehen kann, scheint sich inzwischen daran gewöhnt zu haben, daß Verlierer kritisiert werden müssen – „also auch wir" (Heynckes). Er schränkt ein: „Aber sachlich und ausgewogen muß die Kritik sein." Schließlich *spiele* die *Mannschaft* auch ohne die verletzten Criens und Hochstätter gut. Die Gegentore würden durch individuelle Fehler selbstverschuldet.

Anders als beim 1. FC Köln, wo das Maskottchen, der Geißbock, zuweilen zu überraschenden Sprüngen ansetzt, ist den Mönchengladbachern abzunehmen, daß sie tatsächlich in Ruhe den Fehlstart wettmachen. Im Abwarten sind sie schon lange Meister.

ERGEBNISSE

Köln – Leverkusen	1:4	(0:2)
Gladbach – Bremen	1:2	(1:1)
Hamburg – Frankfurt	*2:0*	*(1:0)*
Dortmund – Homburg	3:0	(1:0)
Schalke – Uerdingen	2:1	(0:1)
Düsseldorf – Mannheim	2:0	(2:0)

TABELLE

1.Leverkusen	4	3	1	0	13:3	7:1
2.Hamburg	4	3	1	0	9:1	7:1
3.Bremen	4	3	0	1	8:7	6:2
4.München	3	2	1	0	8:2	5:1
5.Frankfurt	4	2	1	1	6:2	5:3
6.Uerdingen	4	2	1	1	7:5	5:3
7.Schalke	4	2	1	1	8:7	5:3
8.Bochum	3	1	2	0	7:5	4:2
9.Dortmund	*4*	*1*	*2*	*1*	*6:4*	*4:4*
10.Mannheim	4	2	0	2	6:8	4:4
11.Stuttgart	3	1	1	1	8:5	3:3
12.K'lautern	3	1	1	1	5:3	3:3
13.Berlin	3	1	0	2	5:8	2:4
14.Düsseldorf	4	1	0	3	2:13	2:6
15.Nürnberg	3	0	1	2	6:9	1:5
16.M'gladbach	4	0	1	3	4:9	1:7
17.Köln	4	0	1	3	2:10	1:7
18.Homburg	4	0	1	3	1:10	1:7

Die Torschützen: Köln – Leverkusen: 0:1 Rolff (33.), 0:2 Waas (40.), 0:3 Götz (48.), 1:3 Engels (51., Handelfmeter), 1:4 Schreier (90.). – Gladbach – Bremen: Gladbach – Bremen: 0:1 Kutzop (7., Foulelfmeter), 1:1 Thiele (40.), 1:2 Kutzop (82., Foulelfmeter). – HSV – Frankfurt: 1:0 Gründel (34.), 2:0 von Heesen (86.). – Dortmund – Homburg: 1:0 Raducanu (25.), 2:0 Keser (57.), 3:0 Wojcicki (79., Eigentor). – Schalke – Uerdingen: 0:1 Buttgereit (38.), 1:1 Bistram (51.), 2:1 Täuber (67.). – Düsseldorf – Mannheim: 1:0 Preetz (34.), 2:0 Demandt (41.).

VORSCHAU

Samstag: Homburg – Düsseldorf, Mannheim – Köln (1:1), Leverkusen – Nürnberg (0:0), München – Hamburg (2:0), Frankfurt – K'lautern (1:1), Bochum – Mönchengladbach (2:2), Stuttgart – Schalke (0:1), Uerdingen – Dortmund (2:0), BW Berlin – Bremen.
Zweite Liga, sechster Spieltag: Aschaffenburg – Aachen 1:2, Darmstadt – Freiburg 1:0, Saarbrücken – Ulm 2:0, Solingen – Wattenscheid 1:1, Essen – Braunschweig 1:1, Hannover – Köln 2:0, Bielefeld – St. Pauli.

GALOPP

Hoher Umsatz an den Totokassen

kgö, Baden-Baden

36 180 Zuschauer wurden an den drei ersten Renntagen der Großen Woche auf der Galopprennbahn in Iffezheim registriert, 7,01 Millionen Mark sind an den Wettschaltern umgesetzt worden. Erstaunlich vor allem, daß an einem Dienstag-Renntag 2 378 760 Mark durch die Totokassen geflossen sind.

Das Hauptrennen wurde wie 1985 vom Hengst Anatas gewonnen, der nach einem geschickten Ritt seines Jockeys Georg Bocskai den vierjährigen Hengst Cassis mit Peter Remmert auf den zweiten Platz verwies. Anatas gewann in den Farben des Gestüts Ittlingen. Besitzer Manfred Ostermann (32) aus Witten an der Ruhr will den Hengst im nächsten Jahr in seinem Gestüt in Werne als Deckhengst aufstellen will. Zu diesem Zweck soll ein Syndikat gebildet werden, auch andere Züchter können sich an Anatas beteiligen.

Die Goldene Peitsche als Hauptrennen des vierten Tages war bei Redaktionsschluß noch nicht gelaufen.

VOLLEYBALL

Zuviel Respekt vor WM-Zweiten

sid, Brünn

Ihr 357. Länderspiel möchte Rekordnationalspielerin Renate Riek am liebsten schnell vergessen. Im ersten Spiel der Volleyball-Weltmeisterschaft in Brünn in der CSSR erwischte die 26jährige aus Feuerbach, seit Jahren ideenreiche Stellspielerin im Team der Bundesrepublik Deutschland, beim 0:3 gegen Peru einen rabenschwarzen Tag.

„Ich war überhaupt nicht mit ihr zufrieden", kritisierte Bundestrainer Andrzej Niemczyk. Doch auch die übrigen Spielerinnen des Deutschen Volleyball-Verbandes, die im Mai in Italien die B-Weltmeisterschaft gewonnen hatten, zeigten zuviel Respekt vor den Zweiten der letzten WM. Zudem machte sich beim Block wie befürchtet das Fehlen der zurückgetretenen Karen Baumeister und Andrea Sauvigny bemerkbar.

Dagegen feierten die Favoriten leichte Siege. Kuba, am Dienstag Gegner des deutschen Teams, bezwang Brasilien 3:0. China (gegen den EM-Zweiten „DDR") und die USA (gegen Italien) siegten jeweils 3:1. Die UdSSR nahm beim 3:0 über Tunesien nur vier Gegenpunkte hin.

TENNIS / Steffi Graf morgen gegen Navratilova

Manuel Orantes als Trainingspartner geholt

H.-J. POHMANN, New York

Eines muß man der 17 Jahre alten Steffi Graf lassen. Den Umgang mit den Medien hat die junge Weltranglisten-Dritte schnell gelernt. Sie gibt sich routiniert und selbstbewußt auf den Pressekonferenzen und beantwortet brav, ja fast zurückhaltend, die *Fragen im vollbesetzten Inter*viewraum des Louis-Armstrong-Stadions im New Yorker Stadtteil Flushing Meadow, in dem die amerikanischen Tennis-Meisterschaften entschieden werden.

Stets darauf bedacht, der soeben bezwungenen Gegnerin Nettigkeiten mit auf den Weg zu geben – „Sie hat gut gespielt", oder „Ich mußte mich voll konzentrieren, um zu gewinnen" –, sammelt der neue Star im Damen-Tennis Tag für Tag Pluspunkte in der Öffentlichkeit.

Dabei ist eine derartige Bescheidenheit *fast schon* nicht mehr angebracht. Im Gegenteil – wirft man einen Blick auf ihren Weg ins Semifinale bei den US-Open, dann wird ein Klassenunterschied zu all ihren bisherigen Gegnerinnen deutlich. Bestes Beispiel dafür waren die 47 Minuten, die die immerhin an Nummer acht *gesetzte 23 Jahre alte* Bonnie Gadusek (USA) gegen Steffi auf dem Centre Court stehen durfte. Hilflos versuchte sich die doppelhändig schlagende Amerikanerin mit Gewaltschlägen aus der Umklammerung ihrer Gegnerin zu befreien.

Doch jeder noch so gut gemeinte Versuch war gegen die in allen Belangen überlegene Steffi, so hart es klingen mag, nicht mehr als ein Herauszögern der unvermeidbaren Niederlage.

Dabei hatte Steffi, nahezu unbemerkt, mit einem Problem ganz besonderer Art zu kämpfen. Ständig ging ihr Blick auf die Stadionuhr, auf der die bereits absolvierte Spielzeit angezeigt wurde. Und dabei versuchte sie, wie schon in den Runden zuvor, den Zuschauern etwas Besonderes zu bieten und in neuer Rekordzeit zu gewinnen. Gegen Raffaela Reggi ging dieses Vorhaben im Achtelfinale mit einem Satzverlust daneben. Jetzt im Viertelfinale schaffte sie es, ihren Part konzentriert bis zum Ende durchzuspielen.

Damit steht Steffi Graf wie auch im letzten Jahr im Semifinale der US-Open. Ein Triumph, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann, angesichts der bisherigen Überlegenheit jedoch fast schon selbstverständlich erscheint.

Selbst ihr Vater Peter, ansonsten immer darauf bedacht, vorsichtig zu agieren, sprang diesmal angesichts seiner fast perfekt spielenden Tochter über seinen Schatten. Schon vor dem Match gegen Bonnie Gadusek verpflichtete er im Hinblick auf die nächste Runde den ehemaligen Weltklassespieler Manuel Orantes als *Sparringspartner für seine Tochter.* Dabei zeigte sich wieder die Cleverneß von Peter Graf. Denn Orantes ist Linkshänder, genauso wie die Martina Navratilova, die Nummer eins der Welt und morgen Gegnerin der deutschen Weltklassespielerin.

Also durfte der Spanier gegen Morgen um elf Uhr in Flushing Meadow rund 200 Aufschläge auf die Rückhand der jungen Deutschen servieren. Denn genau mit diesem Rezept wird die Weltranglisten-Erste versuchen, ihre bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Berlin *erlittene Niederlage wettzumachen.* „Natürlich werde ich alles dransetzen, die beste Waffe von Steffi, die Vorhand, nicht anzuspielen."

Derart respektvoll äußerte sich Wimbledon-Siegerin Martina Navratilova dann auch nach ihrem 6:3, 6:4-Erfolg über ihre Doppelpartnerin Pam Shriver. Und um ganz sicher über die jetzige Form von Steffi informiert zu sein, beorderte sie ihren Coach Mike Estep als Spion zum Viertelfinale Graf gegen Gadusek.

Nach dem Spiel fand der frühere Doppelspezialist Estep wenigstens tröstende Worte für *Martina Navratilova:* „Bei der guten Vorhand von Steffi ist es zumindest beruhigend, daß sie auf dem schnellen Boden nicht auch ‚Serv und Volley' spielen kann."

*

Boris Becker ist derweil auf dem Weg, die nächste Stufe seiner steilen Karriere zu nehmen: den Sprung auf Platz zwei der Weltrangliste. Der Schwede Mats Wilander, der bisher hinter Ivan Lendl rangiert, schied in der Nacht zum Mittwoch gegen Miloslav Mecir aus der CSSR aus (7:6, 3:6, 3:6, 4:6). Becker würde seinen Platz einnehmen, wenn er nach seinem Erfolg über den Amerikaner Donnelly (6:4, 6:3, 6:7, 6:4) noch zweimal gewinnt. In der Nacht zum Freitag trifft Becker im Viertelfinale auf den Tschechoslowaken Milan Srejber, der den Wimbledonsieger schon einmal beim Turnier in Boca West besiegen konnte. Trainer Günther Bosch: „Der hat einen mörderischen Aufschlag."

NACHRICHTEN

Karpow nahm Auszeit

Leningrad (dpa) – Der Start zur zweiten Hälfte der maximal 24 Partien um die Schach-WM zwischen Ti*telverteidiger Garri Kasparow und* Anatoli Karpow (beide UdSSR) ist in Leningrad auf morgen verschoben worden. Karpow nahm seine zweite Auszeit. Kasparow führt mit 6,5:5,5 Punkten.

Hartmann kehrt zurück

Hannover (dpa) – Frank Hartmann (26) vom deutschen Fußball-Meister Bayern München kehrt nach einjährigem Gastspiel zu Hannover 96 zurück. Zweitliga-Tabellenführer Hannover zahlt jetzt 500 000 Mark.

Tafelmeier weiter in Form

Lausanne (dpa) – Bei seinem ersten Start nach seinem EM-Titel gelang dem Leverkusener Speerwerfer Klaus Tafelmeier (28) in Lausanne eine ganze Serie guter Weiten. Alle seine Würfe lagen über 81 Meter. Der weiteste landete bei 83,76. Edwin Moses (USA) erreichte in Lausanne in 47,38 Sekunden seinen 118. Sieg in Folge über 400 Meter Hürden.

Hechter wurde Präsident

Straßburg (sid) – Der Pariser Modeschöpfer Daniel Hechter ist neuer *Präsident des französischen Fußball*-Erstligaklubs Racing Straßburg. Hechter arbeitete vor Jahren bei Paris St. Germain, wurde aber nach Aufdeckung illegaler Praktiken gesperrt.

ZAHLEN

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Herren, Achtelfinale: Becker (Bundesrepublik Deutschland) – Donnelly (USA) 6:4, 6:3, 6:7, 6:4, Nystroem (Schweden) – Anger (USA) 7:6, 6:2, 6:2, Mecir (CSSR) – Wilander (Schweden) 6:7, 6:3, 6:3, 6:4, Srejber (CSSR) – Witsken (USA) 6:7, 7:6, 6:1, 6:4. – Damen, Viertelfinale: Navratilova – Shriver (beide USA) 6:2, 6:4, Graf (Bundesrepublik Deutschland) – Gadusek (USA) 6:3, 6:1.

FUSSBALL

Erste englische Division, 4. Spieltag: Arsenal – Sheffield 2:0, Charlton – Wimbledon 0:1, Chelsea – Coventry 0:0, Everton – Oxford 3:1, Southampton – Tottenham 2:0, West Ham – Nottingham 1:2.

VOLLEYBALL

WM der Damen in der CSSR, 1. Spieltag, Gruppe A: Bulgarien – CSSR 3:2, Südkorea – Kanada 3:0. – Gruppe B: China – „DDR" 3:1, UdSSR – Tunesien 3:0. – Gruppe C: Kuba – Brasilien 3:0, Peru – Bundesrepublik Deutschland 3:0. – Gruppe D: Japan – Nordkorea 3:1, USA – Italien 3:1, Japan – Italien 3:0.

HOCKEY

Länderspiel, Herren: Bundesepublik Deutschland – England 3:3.

Kasacks Fortsetzung der „Russischen Literatur"

Samisdat und Tamizdat

Es ist das Elend der Lexika, daß sie, kaum gedruckt, schon zu veralten beginnen. Das gilt besonders für Nachschlagewerke, die sich dem Aktuellen zuwenden. Das „Lexikon der russischen Literatur seit 1917", das Wolfgang Kasack 1976 bei Kröner in Stuttgart herausgab, bildet da keine Ausnahme. Denn gerade unter den russischen Autoren zeichneten sich im letzten Jahrzehnt Veränderungen ab, die sehr viel stärker als von literarischen Kriterien von politischen Umständen geprägt waren. Zahlreiche Schriftsteller haben inzwischen die Sowjetunion verlassen, neue Namen sind in den – allerdings sehr viel spärlicheren – Veröffentlichungen des Samisdat aufgetaucht, und natürlich wurden auch in den offiziellen



Verlagen bislang Unbekannte publiziert. Deshalb hat Wolfgang Kasack jetzt im Rahmen der „Arbeiten und Texte zur Slavistik" einen Ergänzungsband herausgebracht.

Er beschränkt sich mit seinen 165 Artikeln weitgehend auf Autoren, die im Hauptband noch nicht vorkommen. Lediglich Wassilij Aksenow und Lew Kopelew, die beide 1980 emigrierten, sowie Wladimir Nabokow und Jurij Trifonow, die 1977 bzw. 1981 starben, wurden ergänzende Beiträge zugebilligt. Immerhin sind unter den 131 neuen Namen auch Alja Rachmanowa, die noch zur „ersten Emigration" gehört, oder der Sängerpoet Wladimir Wysockij zu finden – und nicht zu vergessen ein gewisser „Leonid Breznev, Parteifunktionär", der „soweit bekannt ... nicht Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR" war.

Das Lexikon macht keinen Unterschied, ob ein Autor im Lande oder außerhalb lebt, ob er in der Sowjetunion veröffentlichen kann, sich mit dem Samisdat begnügen muß oder im Westen gedruckt wird. Entscheidend ist allein, daß er in Russisch schreibt und publiziert. So vereint es eine Fülle von Namen, die dem Leser, der auf Übersetzungen angewiesen ist, oft nicht zugänglich sind.

Außerdem umfaßt der Ergänzungsband noch 29 Sachartikel. Da werden Zeitschriften – des Samisdat wie „Metropol" und „Sintaksis" (Syntax) oder der Emigration wie „Echo" und „Strelec" (Der Pfeilschütze) – vorgestellt sowie literarische Begriffe erläutert. Auch den Institutionen, mit denen in der Sowjetunion das Publikationsmonopol nach innen und außen gewahrt werden soll, ist ein Stichwort eingeräumt. Dazu gehören vor allem „Meshdunarodnaja kniga" (Das internationale Buch) als einzige Organisation für den Ex- und Import von Büchern und Zeitschriften oder „VAAP", die Allunionsagentur für Urheberrechte, die weniger dem Schutz als der Gängelung der Autoren dient, weil allein diese Agentur berechtigt ist, Rechte und Lizenzen an das Ausland zu vergeben. Die nonkonformistischen Autoren lassen sich jedoch davon nicht einschüchtern. Viele publizieren im „Tamizdat" (dem „Dort-Verlag", in Anlehnung an den „Samisdat", den Selbstverlag), also im Westen ohne Einschaltung der „VAAP".

Andere Beiträge behandeln die „Emigration", „Gulag und Literatur" oder die „Zensur", Begriffe, die natürlich eng miteinander zusammenhängen. Das verrät nicht zuletzt die lange Namensliste der „Dritten Welle" der Emigration, die in den siebziger Jahren einsetzte und keineswegs nur politische Schriftsteller einbezog, sondern gerade auch Autoren der reinen Literatur.

Es ist insgesamt also ein sehr nützliches Buch. Trotzdem wünscht man sich – nicht zuletzt wegen des wenig augenfreundlichen Druckes –, daß es möglichst bald in eine Neuauflage des Kröner-Lexikons aufgehen möge. Das hätte den Vorteil, daß auch die anderen Beiträge auf einen neueren Stand gebracht werden könnten. Außerdem böte sich dann die Gelegenheit, in einem Register neben der slavistischen Transkription auch die im Deutschen übliche Schreibweise zu berücksichtigen, also nicht nur Cukovskaja, sondern auch Tschukowskaja, nicht nur Zinovev, sondern auch Sinowjew, so wie die Namen bei den deutschen Ausgaben geschrieben werden. PETER DITTMAR

Wolfgang Kasack: „Lexikon der russischen Literatur seit 1917", Ergänzungsband, Verlag Otto Sagner, München, 228 S., 22 Mark.





Kulturgeschichte à la Prechtl: „E.T.A. Hoffmanns Spaziergang in Bamberg mit Olympia, Hund Berganza und Kater Murr" (li.) und „Hybrides EG-Zuchtschaf", aus der Ausstellung in Hannover FOTOS: KATALOG

„Denkmalerei": Bilder von M. M. Prechtl im Wilhelm-Busch-Museum

Als Marilyn mit den Wikingern . . .

Während der Dichter die Muse malt, zaubert diese auf seinen kahlen Schädel einen Distelfink in leuchtenden Farben. Das Bild zählt zu den sanftesten Bildern eines Künstlers, der sich nicht scheut, die Großen der Geschichte auf recht ungewöhnliche, um nicht zu sagen skandalöse, Art darzustellen, und, so scheint es, weder Gott noch Mensch respektiert.

Doch im Grunde ist Michael Mathias Prechtl, vor 60 Jahren im bayerischen Amberg zur Welt gekommen, ein ungemein sanftes Mannsbild. Und er ist ein Künstler mit breitester Palette. Was das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover jetzt von ihm in einer sehenswerten Ausstellung zeigt, ist nur ein kleiner Ausschnitt aus seinem Werk. Unter dem Titel „Denkmalerei" sind vor allem die Bilder seiner „Intimen Sitten- und Kulturgeschichte" zu sehen, dazu eine Auswahl seiner Porträts.

Es gibt da kaum ein Thema, kaum eine historische Begebenheit, kaum einen Mythos, der Prechtl nicht zu einem Bild inspiriert hätte. Doch versucht er keine getreue Wiedergabe von dem, was damals geschah, als etwa Paris die schöne Helena entführte, Kleopatra auf dem Nil spazierenfuhr oder Caligula sein Pferd zum Senator ernannte. Prechtls Bilder erzählen, wie es gewesen sein *könnte*. Er gibt von jedem Ereignis seine ganz eigene Interpretation, läßt in seiner Phantasie Nero von den Christen verfolgt werden oder den Entdecker der westlichen Welt, Leif Erikson, den Reizen Virginias erliegen, die, deutlich erkennbar, die Züge Marilyn Monroes trägt.

Aber nicht nur diese Szenen einer sehr eigenwilligen, erotisch oftmals derben, aggressiv dramatischen Sittengeschichte enthalten eine Fülle von Zitaten aus Kunst, Kultur, Geschichte, Politik und Wissenschaft, auch Prechtls Porträts strotzen von Zitaten und historischen Anspielungen. Franz Kafka etwa erscheint mit einem Käfer im Auge und mit einer Dohle im Haar (Kafka bedeutet auf tschechisch Dohle). Die Armprothese deutet auf Kafkas Beruf als Schadenersatzsachbearbeiter hin.

Mit solchen Spielereien verwirrt der Maler den Betrachter, erreicht jedoch zugleich auch, daß man nicht rasch an seinen Bildern vorübergeht. Es gibt vieles auf ihnen zu entdecken, von der überraschenden Zartheit und Detailfreude der malerischen Ausgestaltung des Bildes bis hin zu den Wortspielen, die Prechtl mit Vorliebe einbaut. Für ihn sind Malerei und Literatur, Wort und Bild eng miteinander verknüpft und ergänzen sich. Das Bild entspringt dem Gedanken, und neue Ideen entzünden sich am Bild.

Das Reich der Phantasie kennt keine Grenzen, ebenso wenig wie Prechtl thematische Hemmschwellen zu kennen scheint. Das hat ihm, der Ludwig II. mit Strapsen malte, den Beinamen „Bayernschreck" eingebracht. Aber man würde den Künstler Prechtl verkennen, wenn man bei all der Satire über die Eleganz und die Kunst seiner Ausdrucksmöglichkeiten hinwegsähe. Prechtl der Satiriker ist ein zynischer Moralist. Prechtl der Künstler ist ein Perfektionist, der sich gelegentlich auch einmal einen freundlicheren Blick auf die Spezies Mensch erlaubt. (Bis 5. Oktober, Katalog 68 Mark)

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Rolandseck: Internationale Meisterkurse für Musik

Lernen, spielen, glänzen

Zwei Wochen im Jahr ist Johannes Wasmuths Künstlerbahnhof Rolandseck ein Eldorado für junge Musiker. Dann absolviert der musikalische Nachwuchs aus aller Herren Länder Meisterkurse im instrumentalen Feinschliff im Schulterschluß mit Musikern von internationalen Spitzenorchestern, und die drei Schülerkonzerte jeweils am Ende reichen nicht aus, zu zeigen, was sie alles gelernt haben, auch wenn man sie bis Mitternacht spielen läßt. Ihre Begeisterung würde auch noch darüber hinaus reichen.

Mal waren es die Spitzenpulte vom Israel Philharmonic Orchestra, dessen Konzertmeister Chaim Taub auch diesmal wieder als Spiritus rector fungierte, mal die des London Symphony oder des Saint Paul Chamber Orchestra mit Pinchas Zukerman, die sich vom Nachwuchs auf die Finger sehen ließen. Zum inzwischen fünften Festival Bahnhof Rolandseck kam in diesem Jahr das „Chicago Pro Musica"-Ensemble, also die gerade mit dem „Grammy Award" ausgezeichneten Solisten des Chicago Symphony Orchestra. Höher kann Wasmuth kaum greifen, aber vielleicht sollte jetzt auch mal eins der großen deutschen Orchester an die Reihe kommen.

14 Tage lang ist der weiße klassizistische Bahnhof über dem Rhein gegenüber dem Siebengebirge ein Haus der Musik, die morgens, mittags, abends aus allen Fenstern quillt. Mal von Meister-, mal von Schülerhand, und es fällt einem schon schwer, sie auseinanderzuhalten. Eine hinreißend schöne Angelegenheit, für die sich allerhand Sponsoren, die Stiftung Bahnhof Rolandseck, das Land Rheinland-Pfalz zu Recht stark machen. British Council, israelische Botschaft, Lufthansa, sie alle bestätigen den Rang dieser hierzulande einzigartigen Unternehmung.

In der Tat, da tarieren ein Geiger aus Südafrika und ein Cellist aus Israel zusammen mit einer israelischen Pianistin Schuberts B-Dur-Trio sensibel und klangschön aus. Oder perfekte, junge Angelsachsen spielen gemeinsam mit jungen Deutschen Hindemiths Kleine Kammermusik für Bläser, und die glänzende Rolle, die Norman Weidmann aus der Bundesrepublik dabei spielt, war noch vor wenigen Jahren gar nicht selbstverständlich.

Man hatte die Kurse diesmal gestrafft und die Teilnehmerzahl auf etwa 30 eingeschränkt, in der Hauptsache Engländer, Israelis und Deutsche, aber auch Finnland, Mexiko, Japan, die USA waren vertreten. Die Parade israelischer Wunderkinder, die in den letzten Jahren spektakulär auf sich aufmerksam machten, fand nicht statt: Shira Ravins Blaugestreiftes erinnerte nur noch von weitem ans Matrosenkleidchen, Bachs d-Moll-Chaconne spielte sie fast perfekt, aber noch nicht als geistige Erfahrung. Tali Steiner ist inzwischen Konzertmeisterin in Hamburg, Yaron Taub studiert in Hannover.

Darauf mag man sich auch in Rolandseck ein bißchen was einbilden. Und im übrigen ist man eben, so oder so, über die Jahre hinaus. Statt Wunderkinder arbeiteten hier gestandene Jungmusiker so um die 20, von denen beispielsweise die israelische Flötistin Efrat Shechter nachhaltig auf sich aufmerksam machte. Ansonsten war das Sommerfestival ja auch noch die traditionelle Kammermusikdemonstration der Lehrer in den abendlichen Konzerten – die Amerikaner vom „Chicago Pro Musica" waren fabelhaft in allen Belangen.

DIETER SCHÜREN

KULTURNOTIZEN

Franz Paul Decker, der ehemalige Dirigent des Sinfonieorchesters Wiesbaden, übernimmt den Dirigentenposten des Stadtorchesters von Barcelona.

Francesco Rosi dreht in Kolumbien einen Film nach dem Roman „Chronik eines angekündigten Todes" von Gabriel Garcia Marquez.

Mit Johann Wolfgang von Goethe beginnt zum 200. Jubiläum seiner Ankunft in Italien in Padua die Reihe „Ausländische Reisende in Padua" (26. 9.–26. 10.), die im nächsten Jahr mit Proust und 1988 mit Montaigne fortgesetzt wird.

Christliche Archäologie steht im Mittelpunkt eines Kongresses, der vom 21. bis 28. September in Lyon, Grenoble und Genf statfindet.

Ein Benefiz-Konzert für die elf Millionen Flüchtlinge in aller Welt findet am 30. September in Genf unter der Leitung von Lorin Maazel statt.

Die neue Symbiose von Politik und Glauben in den Vereinigten Staaten

Religiöse Renaissance via Fernsehen

Pat Robertson ist ein freundlicher Mann mit guten Beziehungen zum lieben Gott, die er zuweilen dazu nutzt, die Gebrechen seiner Mitmenschen zu heilen. In seinem Gesicht strahlt ein immerwährendes Grübchen-Lächeln. Seine Stimme und seine Botschaften sind sanft, optimistisch und eindringlich zugleich und verbreiten ein beruhigendes „Es wird schon alles wieder gut". Pat Robertson ist ein unverwüstlicher 56jähriger Cherubim.

Vor einem halben Jahr hat er wissen lassen, daß ihn das Amt des amerikanischen Präsidenten reize. Die endgültige Entscheidung will er im Dezember fällen. Bis dahin möchte er die politischen und religiösen Klimaverhältnisse im Lande testen. „Zehntausende von Amerikanern", so sagt er, „haben mir in Briefen geraten: Tue es." Einige seiner religiösen Mitstreiter warnen ihn dagegen dringend, die Finger davon zu lassen. Es würde der Sache und seiner Person schaden, sagen sie.

Pat Robertson verkörpert wie niemand anders in den USA die sich immer stärker profilierende Symbiose von Politik und Glauben. Er ist ein Fundamentalist mit eigener Glaubensbotschaft, eigener Fernsehgesellschaft, die seine Botschaften verbreitet und deren Sendungen monatlich von 27 bis 28 Millionen Zuschauern eingeschaltet werden. Sein Unternehmen hat einen Jahresumsatz von 200 Millionen Dollar. Er besitzt eine eigene Universität und ein eigenes Krankenhaus.

Pat Robertson ist kein Außenseiter in der Politik. Er stammt aus politischem Hause. Seine Vater saß als Senator im amerikanischen Kongreß. Er selbst eignete sich theologisches, juristisches und politisches Wissen an der Yale Universität an. Und da es ihm niemals an Selbstbewußtsein mangelte, versichert er nachdrücklich: „Ich traue mir das Amt im Weißen Hause zu."

Politik im Namen des Herrn ist kein neues Phänomen in den USA. Religion hatte in diesem Lande bereits in den vergangenen Jahrhunderten in sehr unbefangener Form einen anderen Stellenwert in der Politik als in Europa, obwohl der Versuch einiger Glaubenseiferer, einen Thomas Jefferson und Abraham Lincoln nachträglich zu Fundamentalisten zu machen, etwas strapaziös wirkt.

Religion made in USA – ZDF, 22.05 Uhr

Robertson glaubt, daß in diesem Jahrhundert die Hinwendung zur Religion noch niemals so stark war in den USA wie in den letzten zehn Jahren. Er setzt die Zahl der „wiedergeborenen Christen" zwischen 60 und 70 Millionen an und glaubt, daß 20 Prozent von ihnen politisch aktiv seien. Jimmy Carters politische Botschaft, die ihn 1976 ins Weiße Haus brachte, hatte starke religiöse Akzente. Ronald Reagan nahm sie 1980 in seine Wahlkampagne auf und wurde dabei von Jerry Falwell, der 1979 die „Moralische Mehrheit" in den USA gründete, wirksam unterstützt. Falwells religiöse Botschaften werden monatlich von 22 Millionen Amerikanern im Fernsehen zur Kenntnis genommen.

Falwell selbst hat keine direkten politischen Ambitionen, hat aber für den bevorstehenden Wahlkampf Vizepräsident Bush seine Unterstützung zugesagt. Es waren Falwell und Jimmy Swaggert, der in der Popularität der amerikanischen „Televangelisten" an dritter Stelle rangiert, die in der letzten Woche Robertson eindringlich aufforderten, seine Ambitionen, als nächster Präsidentschaftskandidat der Republikaner anzutreten, fallen zu lassen.

Bei den Republikanern schaut man mit gemischten Gefühlen auf die politischen Aktivitäten Robertsons. Man erinnert sich zu sehr noch der Rolle des Fundamentalisten Jesse Jackson, der bei den letzten Wahlen den Demokraten mehr schadete als nützte.

Eine kürzliche Meinungsumfrage des „Wall Street Journal" zeigte, daß 78 Prozent der Amerikaner 1988 nicht für einen Präsidentschaftskandidaten stimmen würden, der sich als ein „Prophet Gottes" zu erkennen gibt. Dieser Widerstand ist bei den jungen Amerikanern besonders stark. Da die Republikaner jedoch 1984 besonders bei den Jungwählern ihre größten Erfolge erzielten, fürchten sie, daß Pat Robertson mit einer Präsidentschaftskandidatur zahlreiche Jungwähler verprellen könnte.



Fernseh-Evangelist Pat Robertson strebt nach dem höchsten Amt FOTO: CAMERA PRESS

Wie immer sich Pat Robertson in den nächsten Monaten entscheiden mag – seine beste Chance wird sein, sich mit seinen politischen Ambitionen bei seinen Gläubigen einen Namen zu machen. Das Amt des Präsidenten – das ist im Augenblick die fast einhellige Meinung der politischen Profis in Washington – wird für ihn ein Wunschtraum bleiben.

FRITZ WIRTH

KRITIK

Alt-Report taufrisch

Getreu der (angenommenen) Stimmungslage im Volk waren es dieses Mal Themen aus der Umwelt, die Franz Alt in seinem politischen Gemischtwarenladen **Report** (ARD) feil bot. Zwei der drei angebotenen „Produkte" waren eher von mäßiger Qualität, um nicht – wie im Fall des Dauerthemas „Novalgin" – zu sagen, schon angeschimmelt. Taufrisch dagegen, auch in der Art der Darbietung, die Reportage „Chemie raus, Fruchtsaft rein" über die sogenannten Wechseltransporte.

Alt witterte wohl die Gefahr, Tschernobyl und die Folgen könnten in der Bundesrepublik Deutschland allzu schnell in Vergessenheit geraten. Doch der Versuch, mit Hilfe der „Elterninitiative gegen eine strahlende Zukunft" zu suggerieren, wir befänden uns noch immer in Gefahr, ging ins Leere. Oder sollen etwa an allen Erdritzen, wo die Becquerel-Werte noch über den Grenzwerten liegen, Schilder aufgestellt werden? Keiner sagte, wie groß die Gefahr wirklich ist.

Anders dagegen der Bericht über den „vielleicht größten Lebensmittelskandal in der EG", wo, untermauert durch Belege von Lebensmittelfahndern, deutlich wurde, wie „Wechseltransportfirmen häufig gegen Gesetz und Ordnung verstoßen". Da wurde in einem Fall Weißwein in einem Behälter transportiert, in dem kurz zuvor leichtes Heizöl war. Der Wirtschafts-Kontrolldienst der Polizei in Baden-Württemberg erklärte rund ein Drittel der überprüften Lasten bei Stichproben als ungenießbar. Ein Manko: Wieviel von der verschandelten Ware tatsächlich in den Handel kommt, blieb im Dunkeln.

ULRICH REITZ

Expansion mit Augenmaß

Das Zweite Deutsche Fernsehen will in den nächsten Jahren die Vermittlung zuverlässiger Informationen, den Ausbau der Reportagen, eine verstärkte Produktion eigener Serien und Live-Übertragungen vor allem aus dem kulturellen und sportlichen Geschehen als Prioritäten seiner Arbeit pflegen. ZDF-Intendant Dieter Stolte erklärte in einer Pressekonferenz in Hamburg, die Anstalt wolle mit diesen Schwerpunkten ihre Position im medienpolitischen Spektrum der Bundesrepublik noch deutlicher herausarbeiten und dabei auch „eine stärkere persönliche Note in den Beziehungen zum Zuschauer" anstreben.

Mit seinen Nachrichtensendungen will das ZDF nach den Worten Stoltes einen Standard erreichen, den der Intendant mit den Worten definierte, es gehe um die „möglichst zuverlässigsten Informationen überhaupt" – ein Anspruch, dem das ZDF insbesondere auch in ständiger Konkurrenz mit der ARD gerecht werden müsse. Eigenproduktionen will das ZDF vor allem deshalb forcieren, weil die Anstalt nicht mehr wie im bisherigen Maße von dem Markt internationaler Kaufserien abhängig sein will. Live-Sendungen möchte Stolte in der nächsten Zukunft zu einem Charakteristikum des ZDF werden lassen; es gehe darum, dem Zuschauer die unmittelbare Teilnahme am Geschehen zu ermöglichen. Dadurch könne „ein kulturelles Ereignis in einer bestimmten Stadt zu einem nationalen Kulturereignis" werden. Sein Auslandskorrespondentennetz werde das ZDF durch Reporter ergänzen, die für eine begrenzte Zeit aus Krisengebieten berichten sollen. Dieser Kurs einer Expansion mit Augenmaß werde zunächst keine Gebührenerhöhungen notwendig machen.

UWE BAHNSEN

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau
Tagesthemen
10.23 Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga
10.55 Aranka
12.00 Umschau
12.10 Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
15.50 Tagesschau
16.00 Gänsegeier und Hammerköpfe
Im Gebirgsland Jemens
Von Wieland Lippoldmüller
16.45 Anna, Ciro & Co.
Ein fremdes Mädchen
17.10 Kein Tag wie jeder andere
Roberts und Ragnas abenteuerliche Reise mit dem Fahrrad
17.30 Jimmy und das furchtsame Gespenst
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Dauerbrenner
Aus dem politischen Alltag von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher
Film von Lutz Mahlerwein
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Wunschkonzert
Moderation: Dagmar Berghoff, Max Schautzer
22.30 Tagesthemen
23.00 Feuer für den großen Drachen
Gesellschaftskritischer Krimi von -ky in derFernsehbearbeitung von Eberhard Itzenplitz
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Stippvisite bei Mitmenschen
Im Partnerland Ruanda
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Verkehrsarena
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht
19.00 heute
19.30 Der große Preis
20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Stoßwellen contra Steine. „Gesundheitshilfe Magen und Darm" gegründet. Kein Hausverbot für Tiere in Klinik und Altersheim
21.45 heute-journal
22.05 Religion made in USA
Glaube und Politik 1986
22.35 Die Sport-Reportage
Internationales Reit- und Springturnier CHIO, Donaueschingen
Volleyball-WM der Damen
Deutschland – Brasilien
Aufzeichnung aus Brünn
23.15 In der Hitze des Zorns
Australischer Spielfilm (1981)
Deutsche Erstaufführung
0.45 heute

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Frankensteins Sohn
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Synchronisierte Erstaufführung
21.50 Von Salatköpfen und Neutönern
Kunst der 60er Jahre in Köln
23.50 Reisewege zur Kunst
Schottland: Die Highlands
0.35 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Nichts als Staub in den Augen
Über die Indianer Perus
Von Marietta Peitz
19.00 Schulorchester
19.15 Tödliches Gift
Noch heute ist die Kreuzotter in Mooren, Heidegebieten und in den Alpen zu finden. Die Gefährlichkeit dieser Schlange wird jedoch zumeist übertrieben. Nur der Biß ihrer afrikanischen Verwandten, Puffotter und Gabunviper, ist lebensgefährlich.
20.00 Tagesschau
20.15 Die Ehe der Maria Braun
Deutscher Spielfilm (1978)
Mit Hanna Schygulla
Regie: Rainer Werner Fassbinder
22.10 Bücherjournal extra
Tania Blixen
22.55 Über Recht und Gerechtigkeit
Leihmütter
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame
Niemand ist vollkommen
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Dingsda
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Küsse, Kugeln und Kanaillen
Franz.-ital. Spielfilm (1955)
21.00 Aktuell/Neues
Nur für Baden-Württemberg:
21.15 Politik Südwest
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.15 Perspektiven/Treffpunkt
Gemeinschaftsprogramm:
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Stiftungsfest der Harmonie
23.30 Schach-WM '86
0.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
Meerschweinchen
18.45 Rundschau
19.00 Am Ende eines Sommers
Italienischer Spielfilm (1970)
20.25 Flash Gordon
Die Waldmenschen vom Mars
20.45 Stationen
Aus dem kirchlichen Leben
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
Nördlinger Dächerlandschaft
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Der Dämon der Insel
Französischer Spielfilm (1982)
Mit Anny Duperey, Jean-Claude Brialy
Regie: Francis Leroi

SAT 1

15.00 Marco
Eine gefährliche Einladung
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 US-Open in Flushing Meadow
Die Spiele der Nacht
17.00 Bravo-TV
17.50 APF blick
18.00 US-Open live aus Flushing Meadow
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 VIP-Fashion
Aktuelle Mode aus Mailand und Paris. Hinter den Kulissen der Modegrafie
22.45 Tennisschläger und Kanonen
23.35 APF-blick
23.45 Sieben Tote in den Augen der Katze
Deutsch-ital.-franz. Spielfilm (1972)
Mit Doris Kunstmann, Jane Birkin, Hiram Keller
Regie: Anthony M. Dawson
1.20 US-Open live aus Flushing Meadow



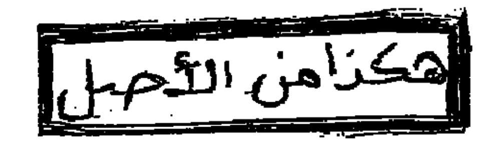
19.00 Topfguckers Abenteuer
Zu Gast in Schleswig-Holstein
19.30 Europa – deine Weise
Burgenland
Von Ursula Goetzl
20.00 Tagesschau
20.15 Ein kurzes Leben lang
21.05 Edward II
Von Christopher Marlowe
Fernsehfassung einer Aufführung des Theaters Heidelberg
23.00 Frühstück bei Tiffany
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Audrey Hepburn
0.50 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die Jungfrau und das Ungeheuer
Tschechoslow. Spielfilm (1978)
Regie: Juraj Herz
23.15 Kennwort: Kino
Surf-Movies aus Australien
23.40 Nachrichten



18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Dr. Jonathan Ferrier
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Heimatglocken
Deutscher Spielfilm (1952)
22.15 RTL-Spiel
22.20 Popeye
22.25 Der Spatz, der ein Star ist
Ein Abend mit Mireille Mathieu
23.05 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final
Live aus New York



Professor auf Abwegen

A. W. – Alle Achtung! Auf „Sinn und Form", die exklusive Zweimonatsschrift der Ostberliner Akademie der Künste, kann man sich verlassen. Irgendetwas Ausgefallenes, Ortsunübliches ist immer drin.

Diesmal serviert man (in Nummer 4/1986) eine rasant geschriebene Erzählung der Berliner Graphikerin Christine Perthen, in der ein volksdemokratischer Mathematikprofessor einem ausgefallenen Hobby frönt. Heimlich, still und leise verzieht er sich in seiner Freizeit auf eine versteckte Bodenkammer, die nicht einmal seine Frau kennt, und veranstaltet dort ganz private Leichenbegängnisse.

Jedesmal, wenn in der Zeitung eine ihn animierende Todesanzeige erscheint, passiert das. Der Professor bildet dann den fraglichen Toten en miniature in Plastilin nach, legt ihn in einen Sarg mit Klarsichtscheibe (vulgo: Eukalyptusbonbon-Schachtel aus Plastik) und „bestattet" ihn in der fraglichen Kammer hinter einem schwarzen Vorhang, wobei regelmäßig „sein Harnblasenmuskel versagt".

Jeder Leser der Zeitschrift wird sich bei der Lektüre sogleich fragen: Was hat das nun wieder zu bedeuten? Wer ist hier gemeint? Wie ist diese Publikation in die Ostberliner Kulturpolitik einzuordnen? *Deutet es auf „Tauwetter"*, oder signalisiert es Verhärtung?

Auf den Gedanken, daß der verantwortliche Redakteur den Text einfach hat absetzen lassen, weil er ihm gefiel, kommt kaum einer. Aber das liegt weniger am Leser als an den Verhältnissen. In einer Weltgegend, wo ein gut Teil der neuen Literatur wegzensiert wird, weil sie „nicht genehm" ist, erhalten ein verrückter Professor und seine Eukalyptusbonbon-Schachteln mit Naturnotwendigkeit überhöhtes spezifisches Gewicht.

Interview des Moskauer Dichters Wosnessenskij

„Zeit für Zivilcourage"

Jede Sekunde unserer Zeit lehrt uns, wie sehr wir alle auf dieser Welt miteinander verbunden sind. Es ist unmöglich, sich durch Zäune oder eiserne Vorhänge abzugrenzen … Das ist alles 19. Jahrhundert."

Diese für einen Sowjetbürger recht ungewöhnliche Feststellung trifft Andrej Wosnessenskij, einer der bekanntesten zeitgenössischen Lyriker und Schriftsteller der Sowjetunion, in einem Interview mit der Belgrader Zeitung „Politika" und dem jugoslawischen Wochenmagazin „Nin". Wosnessenski *hatte zuletzt von sich reden* gemacht, als ausgerechnet die „Prawda" einige Gedichte von ihm über die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl abdruckte, in denen der Beistand Gottes für die Rettungsmannschaften beschworen wurde.

„Bei uns (in der Sowjetunion) glaubte man lange Zeit, daß dem Volk alles gleichgültig sei", erklärt Wosnessenskij. „Jetzt sehen wir auf einmal, daß das Volk nicht apathisch ist … Aus den Briefen, die ich erhalte, sprechen sowohl Energie als auch Angst." Noch vor einem Jahr, so Wosnessenskij, wären solche Briefe niemals geschrieben worden. Früher hätten ihm die Leute Briefe über Themen der Poesie und Literatur zugesandt. „Jetzt aber interessieren sich meine Korrespondenzpartner für politische Veränderungen – und nur für Veränderungen."

Und Wosnessenskij sagt dann: „Die Menschen sprechen nicht mehr über Literatur, *sondern über das*, was man bei uns in Rußland ‚bürgerliche Tapferkeit' (also: Zivilcourage) nennt. Sie sagen mir, wie lange sie darauf gewartet hätten, daß die Schriftsteller endlich anfingen, die Wahrheit auszusprechen, ohne vor jemandem Angst zu haben oder sich zu verstecken."

Fast euphorisch meint der sowjetische Dichter dann, man müsse „jetzt" etwas tun: „Ich bin ein Dichter, aber auch ich wünsche, daß meine Landsleute gut essen, sich gut anziehen, sich gut erholen – und daß sie alles lesen können, was sie lesen sollten. Unser Volk muß alles lesen und alles sehen."

Wosnessenskij erwähnt auch, daß die Schriftsteller Okudschawa, Frau Achmadulina, Tschernitschenko und Kondratjew auf seinen Vorschlag hin in das neue Präsidium des sowjetischen Schriftstellerverbandes gewählt worden seien, obwohl sie nicht einmal Delegierte des jüngsten Kongresses *der Schriftsteller waren*. Aber nicht nur diese „Nonkonformisten" gelte es zu fördern. Wosnessenskij verlangt auch, daß die gesammelten Werke Boris Pasternaks, der Anna Achmatowa und Leonid Samjatins endlich in der Sowjetunion gedruckt werden müßten. Und mit Energie tritt er dafür ein, den verstorbenen russischen Emigranten-Schriftsteller Wladimir Nabokow in Moskau zu drucken. Wosnessenskij: „Wladimir Nabokow ist ein großer russischer Schriftsteller."

Der sowjetische Dichter sagt einen großen Wechsel an der Spitze der führenden sowjetischen Literaturzeitschriften voraus, fügt aber hinzu: „Für die Bedingungen der Demokratie, die wir schaffen, haben wir nicht genügend Kader, nicht genügend Menschen der neuen Art des Denkens. Aber die Redakteure (der Literaturzeitschriften) müßten gerade solche Leute sein."

Dann nennt Wosnessenskij einige bereits seit langem im Manuskript vorliegende Werke, deren Erscheinen bisher von den offiziellen sowjetischen Stellen verhindert wurde, so den Roman „Die Kinder des Arbat" von Anatolij Rybakow und die „Weißen Kleider" von Dudinzew. Noch wichtiger als das Drucken älterer, bisher unterdrückter Werke sei, so Wosnessenskij, „daß jetzt neue Romane geschrieben werden, daß die Menschen, die zur Feder greifen, nicht unterdrückt werden, daß sie die Wahrheit schreiben können und daß neue Namen erscheinen".

Wosnessenskij erwähnt auch die Zensur. „Leider wird die Konkurrenz zwischen unseren Schriftstellern oft in Form von politischen Beschuldigungen ausgetragen." Auch er selber sei auf dem jüngsten Schriftstellerkongreß von einem Kollegen, dessen Namen er lieber nicht nennen wolle, einer „antisowjetischen Haltung" bezichtigt worden; für ihn, so habe es geheißen, dürfe es nicht länger einen Platz im Sekretariat des Schriftstellerverbandes geben.

Auf die Frage des jugoslawischen Interviewers, worin seine angeblich antisowjetische Haltung bestanden habe, antwortet Wosnessenskij: „Weil meine Gedichte im illegalen Almanach ‚Metropol' gedruckt wurden und weil ich einige dieser Gedichte Emigranten gewidmet habe … Aber ich bin dennoch ins Sekretariat gewählt worden."

CARL GUSTAF STRÖHM

Düsseldorf: „Hanns Dieter Hüsch am Niederrhein"

Mehr Herz als Häme

Der Mann im grauen Hemd und in grauer Hose nimmt auf dem Klavierschemel vor der kleinen Orgel Platz, legt einen Stapel Blätter fein säuberlich geordnet vor sich, schiebt das oberste Blatt auf die linke Seite und blickt durchdringend ins Publikum: Auftakt zum Abend „Hanns Dieter Hüsch am Niederrhein". Es hätte uns auch wirklich gewundert, wenn jenes Programm mit dem Titel „Und sie bewegt mich doch", das er sich kürzlich zum 60. Geburtstag selbst geschenkt hat, sein letztes gewesen wäre – wie er behauptet hat. Im Düsseldorfer „Kom(m)ödchen" begann jetzt seine neue Tournee.

„Hanns Dieter Hüsch am Niederrhein" – das ist Programmtitel und Standorterklärung gleichermaßen, denn wenn auch sein Wohnsitz schon lange Mainz ist, so ist seine Seele immer noch irgendwo im Dreieck zwischen Wesel, Rheurdt und Moers verwurzelt, jener Welt, in der die Pappeln höher sind als die Kirchtürme.

Den Landstrich zwischen Duisburg und der holländischen Grenze hat er zu einem Seelenzustand gemacht. Hier wohnen die Menschen, die Typen und die Stereotypen, deren Leben sich wie rote Fäden durch seine Erzählungen ziehen. Mit ihnen entwirft er eine Welt der kleinen Leute, der Fuhrmänner, der Steiger, Kneipenwirte und Dienstmädchen.

Hüsch macht seine Witze nicht auf Kosten derjenigen, die diesen Kosmos bevölkern. Gewiß, er ist ironisch, aber niemals bösartig, und in seiner Satire steckt immer mehr Herz als Häme. Ob Ditz Atrops, stets besoffen, aber kerzengrade, an Johannes Kleinheisterkamps Theke von seinen Münchhausiaden erzählt; ob der Niederrheiner als Typ schlechthin geschildert wird („Er versteht nichts, kann aber alles erklären") – das alles erzählt, nein, das spielt Hüsch mit besserwisserisch gespitztem Mund, auftrumpfendem Kopfnicken, verschränkten Armen, wobei er sein fiktives Gegenüber durch blitzende Brillengläser fixiert. So ist die leere Bühne des „Kom(m)ödchen" mit einem Mal bevölkert von den Bewohnern eines ganzen Dorfes, und Hüsch versteht es blendend, einen jeden mit seinem ganz besonderen Tick zu schildern.

Köstlich persifliert er die Niederrhein-Mentalität, vom Hündersten ins Tausendste, oder wie man dort sagt, vom „Hölzken aufs Stöcksken" zu kommen, und hinter allem steht die autobiographische Erfahrung eines Menschen, dessen Beobachtungsgabe ihn zu einem Genremaler der Wörter gemacht hat.

Nicht alles ist neu, was Hüsch da oben auf der Bühne erzählt. Die „Nachfeier", die boshafte Schilderung einer Beerdigungsgesellschaft, hat schon reichlich Patina angesetzt. Aber wo gibt es schon mal Erkennungsapplaus für einen Kabarett-Sketch? Mit ihm ist dann auch das letzte Manuskriptblatt „erledigt", und Hüsch verschwindet so leise, wie er gekommen ist.

RAINER NOLDEN

Zwischenbilanz der Filmbiennale von Venedig: Bienenzüchter und ein deutsch-britisches Vaterland

Südlichen Lebens letzter Frühling

Der geflügelte Löwe von San Marco mit dem geöffneten Evangelium zwischen den Pranken – das alte Friedenssymbol der Republik Venedig – ist dieses Jahr der unübersehbare Schutzpatron der *Mostra Internazione del Cinema*. In den Kinosälen gibt er, zu Vivaldis Musik, den Auftakt zu jedem Film, während draußen das Badeleben auf Hochtouren läuft. Wenn man Glück hat, sieht man Peter Ustinov, der in der Jury ist, im blauweißgestreifter Badehose am Strand promenieren. Oder man begegnet der Lollo, die gekommen ist, um das bislang unveröffentlichte „Portrait of Gina" anzusehen, das Orson Welles in den späten fünfziger Jahren von ihr gedreht hat und das hier im Rahmen der Orson-Welles-Retrospektive gezeigt wird.



Zwiespältiges Echo auf den deutschen Beitrag: Szene aus Peter Lilienthals „Das Schweigen des Dichters" FOTO: DPA

Ein anderer großer italienischer Schauspieler sorgte für einen brillanten Höhepunkt im Programm der ersten Biennale-Hälfte: Marcello Mastroianni. Er ist der Titelheld in dem Film „Der Bienenzüchter", den Griechenlands renommiertester Regisseur, Theo Angelopoulos, gedreht hat. Der 50jährige Athener hat seiner Heimat im europäischen Film ein unvergeßliches Gesicht gegeben: ein Gesicht in den Farben des Südens, oft geheimnisvoll nebelverhangen, mit steinernen Dörfern und melancholisch-schweren Sonnenuntergängen. In diesem Ambiente ist auch der Bienenzüchter zu Hause, ein müder alter Mann, der allen seinen Träumen längst abgeschworen hat.

Im letzten Frühling seines Lebens macht er sich – in Todesgedanken versunken – noch einmal auf den Weg, den die Imker alljährlich zu nehmen pflegen, um ihre Bienen zu den Blüten zu bringen und den er schon unzählige Male zurückgelegt hat. Ein junges Mädchen, halb Tochter, halb Geliebte, wird ihm eine Weile zur Gefährtin, bis er sich eines Tages inmitten wundersam blühender Felder seinen Bienenvölkern ausliefert, die ihn totstechen.

Der ganze Film ruht auf Mastroiannis Schauspielkunst, und er ruht dort gut. Die Kamera arbeitet an Mastroiannis Gesicht wie ein Bildhauer an einem Modell. Seine bloße Präsenz – er hat hier einen recht schweigsamen Tag – treibt die Handlung wunderbar voran. Mastroianni *at his best*, in einer reifen, schönen Altersrolle. Die Jury wird an diesem Film schwerlich vorbeigehen können.

Mit einem kleinen Meisterwerk wartete auch Eric Rohmer für Frankreich auf. In seinem zweiten Filmzyklus „Komödien und Sprichwörter" porträtiert er bekanntlich junge Frauen von heute. *In der nunmehr fünften* Folge dieser 1980 begonnenen Reihe, die er – auf einen Jules-Verne-Roman anspielend – „Der grüne Strahl" genannt hat, erzählt er von Delphine (Marie Rivière), 30 Jahre alt, solo, im schwierigen Zeichen des Steinbocks geboren: Ein sensibles Mädchen, das die französischen Klassiker beinahe im Schlaf rezitiert. Kein Wunder, daß ihr die jungen Männer ihrer Umgebung recht fad erscheinen.

Der Film hat die Form eines Tagebuchs. Ein paar Momentaufnahmen aus Delphines Urlaub, den sie allein verbringt, zeigen ganz beiläufig, wie einsam sie ist. Bis sie den von Jules Verne beschriebenen, seltenen „grünen Strahl der Sonne" sieht, der Glück verheißt. Ende gut, alles gut. Sie findet eine verwandte Seele, den langersehnten „prince charmant". Der Film, der mit glänzenden jungen Schauspielern besticht, wurde am Lido auf Anhieb zum Publikumsliebling. Und Marie Rivière gilt als aussichtsreiche Anwärterin auf den Darstellerpreis.

Eine eigenwillige Tafelrunde führt der Italiener Pupi Avati in seinem Film „Das Weihnachtsgeschenk" vor. Anstatt den Weihnachtsabend mit ihrer Familie zu verbringen, treffen fünf Männer mittleren Alters in einem Landhaus bei Bologna zu einer Pokerrunde zusammen. Ein jeder hofft auf den großen Coup, der sein Leben grundlegend ändern wird – und jeder steht doch kurz vor dem Totalruin. Eine Tragikomödie aus dem bürgerlichen Heldenleben, mit dem großartigen Komiker Carlo Delle Piane hier erstmalig in einer – fast – ernsten Rolle.

Ein Kuriosum der diesjährigen Biennale ist der britische Beitrag „Vaterland" von Ken Loach, der ein deutsches Thema behandelt, weitgehend in deutscher Sprache gedreht wurde und für die englische Kinofassung untertitelt werden muß. Offensichtlich hat sich Loach von seinem Hauptdarsteller Gerulf Pannach inspirieren lassen, jenem Liedermacher *aus Leipzig, der 1975 Auftrittsverbot* erhalten hatte, wegen „staatsfeindlicher Umtriebe" ins Gefängnis kam und neun Monate später in den Westen abgeschoben wurde.

Pannach ist Klaus Drittman, der Held des Films. Wir begegnen ihm in östlichen wie in westlichen Verhören, wo er sich wortkarg gibt und beteuert, sein Vaterland mehr als alles andere zu lieben. Diesseits der Mauer entzieht er sich der Unterhaltungs*branche, die ihn vereinnahmen will*, und macht sich auf die Suche nach seinem Vater, der vor 30 Jahren ebenfalls Ost-Berlin verlassen hatte. Er findet ihn in Cambridge, wo er unter falschem Namen lebt. Und er erfährt von der Rolle, die sein Vater einst als Nazi-Spitzel gespielt hat. Ohne sich zu erkennen zu geben, verläßt der junge Drittman England. „Vaterland" beeindruckt vor allem durch die nüchtern-emotionslose, gelassene Haltung, mit der ein Mann, Gerulf Pannach, sein eigenes Schicksal nachspielt.

Peter Lilienthals neuer Film „Das Schweigen des Dichters" war ebenfalls schon in der ersten Biennale-Hälfte zu besichtigen. Ihm liegt eine Erzählung von Abraham Yehoshua zugrunde, die in Israel nach dem Yom-Kippur-Krieg spielt. Doch ist die Zeitgeschichte nur Hintergrund für eine sehr private Episode. Es geht um einen alten Schriftsteller, der seit vielen Jahren das Schreiben aufgegeben hat. Warum? Da mag es viele *Gründe geben. Die Zeitläufte*, der Tod seiner Frau, der spätgeborene Sohn Gideon, mit dem er allein in einem alten Haus am Stadtrand von Tel Aviv lebt. Es ist ein zurückgebliebenes Kind, ein Narr, ein Grenzfall.

Lilienthal zeigt – über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg – wie sich Vater und Sohn immer stärker ineinander verstricken. Der Film hat einige Meriten: Atmosphärische Bilder aus Tel Aviv und vor allem das einsame *tête-à-tête des alten Mannes* mit dem Kind. Das Interesse verliert sich jedoch, je älter der Junge wird, denn seine exzentrischen Späße sind ebensowenig abendfüllend wie ein schweigender Dichter.

Wenn der debile Junge dann den Vater mit allerlei Tricks wieder dazu verleiten will, Gedichte zu schreiben, wenn er gar selber alte Arbeiten des Vaters zu einem Verleger trägt, wirkt der Film vollends unglaubwürdig. Die drei Araber, die am Schluß unvermittelt durch die Wüste reiten, geben ebenfalls Rätsel auf. Lilienthals Film konnte in Venedig nicht überzeugen. Nur Jakov Lind, ein Poet auch im Leben, der die Titelrolle spielt und hier erstmals vor der Kamera steht, erhielt zu Recht einigen Beifall.

DORIS BLUM

Nach dem Stillstand des Intendanten-Karussells: Blick auf die Spielpläne der neuen Opernsaison

Ein guter „Ring" ist schon eine halbe Spielzeit

Wenn es denn einen Hattrick für Opernintendanten gibt, dann hat sich den Claus Helmut Drese für seine erste Spielzeit an der Wiener Staatsoper vorgenommen: Er hat Premieren mit Luciano Pavarotti (Verdis „Maskenball"), José Carreras (Massenets „Werther") und Placido Domingo (Verdis „Otello") angekündigt. Die drei Super-Tenöre von heute auf dem Premieren-Tableau einer einzigen Saison – das hat es wahrscheinlich noch nie gegeben.

Aber wer da schon fürchtet, die Wiener Staatsoper würde nun zur Arena für den Kampf um die höchsten Töne, der wird sich wundern: Für den „Maskenball" (Dirigent: Claudio Abbado) greift man auf die Ur-Version zurück: Pavarotti wird also keinen Riccardo, Gouverneur in Boston, zu mimen haben, sondern Gustav III. von Schweden, und seine Herzensdame Margaret Price heißt denn auch gut schwedisch Amelia Anckarström. Nikolaus Harnoncourt bekommt endlich Gelegenheit, seine Mozart-Exegesen nicht mehr nur im Züricher Exil vorzustellen, sondern auch im heimischen Wien: beim „Idomeneo", den Johannes Schaaf inszeniert. Und Bergs „Wozzeck" wird von Adolf Dresen für das Haus am Ring vorbereitet (Dirigent: Abbado).

Dreses Wechsel von Zürich nach Wien hat ja noch drei weitere Drehungen des berüchtigten Intendanten-Karussells ausgelöst, so daß auch anderswo auf neue Hausherren zu achten sein wird: Christoph Groszer übernimmt Dreses Position in Zürich, Claus Leininger die von Groszer in Wiesbaden, und Gelsenkirchen endlich hat einen Leininger-Nachfolger ohne Abwerbung gefunden – in dem bisherigen Frankfurter Gielen-Adlatus Matthias Weigmann.

Am spannendsten dürfte dabei sein, ob Zürich sein hohes Niveau halten kann. Immerhin ist für die Fortsetzung des Mozart-Zyklus von Ponnelle und Harnoncourt gesorgt („Die Zauberflöte"), Belcanto-Repertoire wird mit Bellinis „Puritani" und Rossinis „Italienerin in Algier" gebildet. Auch an vergessene Opern wird erinnert; so inszeniert Giancarlo del Monaco Othmar Schoecks 1937 in Dresden uraufgeführte „Massimilla Doni", der Claus H. Henneberg ein neues Libretto unterlegt. Vor allem aber beginnt hier Claus Helmut Drese, an der früheren Stätte seines Wirkens, mit seinem neuen „Nibelungen-Ring" zusammen mit dem Surrealisten Ul de Rico als Ausstatter.

Eine „Ring"-Spielzeit wird es wohl wieder werden. Die Bayerische Staatsoper hat sich vorgenommen, die vier Brocken, „Das Rheingold", „Die Walküre", „Siegfried" und „Götterdämmerung" binnen zehn Tagen auf die Bühne zu wuchten (Premierenzyklus vom 19. bis 29. März 1987). Die Inszenierung, mit der der Regisseur Nikolaus Lehnhoff und der Ausstatter Erich Wonder betreut sind, ist schon vorweg böse ins Gerede gekommen, weil sie angeblich 2,6 Millionen Mark kosten solle, was für vier so groß dimensionierte Werke gar nicht so exorbitant ist, wobei die Errechnung solcher Produktionskosten ohnehin eine dubiose Angelegenheit bleibt. Immerhin mußte Opernchef Wolfgang Sawallisch, der den „Ring" selbst dirigiert, den Erbsenzählern im Ministerium versichern, daß ein erheblicher Teil der Ausgaben für diese Produktion aus privaten Spenden stammen werde, worauf sich das Finanzministerium nicht entblödete zu kontern, diese Spenden würden dann gewiß von der Steuer abgesetzt, so daß dem Freistaat doch ein Ausfall entstünde.

Der dritte „Ring" von Gewicht schließt sich in dieser Spielzeit in Frankfurt, wo ja Dirigent Michael Gielen, Regisseurin Ruth Berghaus und Bühnenbildner Axel Manthey schon bis zur „Walküre" gediehen sind, also nur noch „Siegfried" und „Götterdämmerung" ausstehen. Mit wenigstens ebensoviel Neugier sollte man aber der Frankfurter Premiere von Mozarts „Hochzeit des Figaro" entgegensehen: Die in Brüssel eingeleitete szenische Erneuerung der Opern Mozarts durch die Regie-Kapitäne der Berliner Schaubühne, Luc Bondy und Karl-Ernst Herrmann, findet nun auch nach *Deutschland*.

Wer auch in der Oper das Heil weiterhin von der Regie erwartet, wie es wohl die meisten Theaterchefs tun und dabei seelenruhig zuschauen, wie die Kunst des Singens ausstirbt, der darf sich noch eine ganze Reihe spektakulärer Termine aufschreiben: zum Beispiel Rudolf Noeltes „Freischütz"-Inszenierung in Bremen, Meyerbeers „Hugenotten" in Berlin unter John Dew, Wagners „Meistersinger" unter Christof Nel in Gelsenkirchen oder „André Chénier" unter Hansgünther Heyme in Essen, Harry Kupfers „Schlaues Füchslein" (Köln) und dessen „Soldaten" von Bernd Alois Zimmermann (Stuttgart).



Gelingt ihm der Hattrick? Claus Helmut Drese von der Wiener Staatsoper FOTO: KEYSTONE

Einen ganz merkwürdigen Spielplan hat Kurt Horres für seine erste Spielzeit an der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf und Duisburg aufgestellt: Er umgeht bei seinem Premierenplan total die fünf Hauptsäulen des Repertoires, also Mozart, Wagner, Verdi, Puccini und Richard Strauss, vermeidet Ausländisches (bis auf eine Gounod-„Margarethe", aber auch die kommt auf deutsch), konzentriert sich dafür mit Werken wie Fortners „Bluthochzeit", Korngolds „Die tote Stadt", Mark Lothars „Schneider Wibbel" und Udo Zimmermanns „Schuhu und die Fliegende Prinzessin" ganz auf deutsches 20. Jahrhundert: sicher der seltsamste aller Spielpläne.

Das Uraufführungsangebot der neuen Saison ist schmal – kein Wunder, da ja gerade neue Werke von Reimann und Penderecki erschienen sind. Mannheim plant die „Hamletmaschine" von Wolfgang Rihm, Ulm einen „Luzifer" von Franz Hummel nach Oskar Panizzas „Liebeskonzil", Kassel Walter Haupts Pasolini-Huldigung „Pier Paolo", Kiel einen „Heinrich IV." (nach Pirandello) von Manfred Stahnke und Nürnberg die „Sturmnacht" des Ligeti-Schülers Wolfgang A. Schultz. Es sind also die jüngeren, noch nicht so arrivierten Komponisten, deren Opern in der neuen Spielzeit Platz finden.

Fündiger als in der Gegenwart wird die Oper eben in der Vergangenheit. Die erneute Erprobung von Werken des frühen 20. Jahrhunderts (George Antheils „Transatlantik" in Bielefeld zum Beispiel) ist ebenso ein Opernthema dieser Jahre wie die Wiederentdeckung der Klassik, die Stuttgart ganz spektakulär mit Glucks „Alceste" unter Bob Wilson mit Jessye Norman in der Titelpartie betreibt. Etwas mehr Mut zu solchen kulturhistorischen Unternehmen könnten jene Opernhäuser, denen außer Verdi und Puccini so gar nichts einfällt, gut zeigen. Aber die längst überfällige Neu-Strukturierung des Repertoires kommt eben nur sehr, sehr langsam in Gang.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Dissident Szoecs hat Rumänien verlassen

AFP, **Budapest**

Der regimekritische Schriftsteller Geza Szoecs, ein Angehöriger der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen, hat Rumänien mit einem für einen Monat gültigen Ausreisevisum für Ungarn verlassen. Der 36jährige Szoecs ist in Budapest eingetroffen und will offenbar ein Einreisevisum für die Bundesrepublik Deutschland beantragen. Der Schriftsteller war Redakteur der ungarischen Untergrundzeitschrift „Ellenpontok" (Gegenstimmen), die bis Ende 1983 in Siebenbürgen erschienen ist. Er hatte 1985 einen offenen Brief an die Menschenrechtskonferenz der KSZE in Ottawa gerichtet, in dem er die „gewaltsame rumänische Assimilationspolitik gegenüber der ungarischen Minderheit im Lande" anprangerte.

Fortbildungsprojekt für arbeitslose Schauspieler

dpa, **München**

Den Ausbildungsstand professioneller Schauspieler will die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) wieder auf ein „hoffnungsvolles Niveau" bringen. Mit finanzieller Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) startet die Gewerkschaft im Dezember erstmals für die Bundesrepublik in München ein Fortbildungsprojekt. Der Lehrgang dauert sieben Monate und soll dazu beitragen, die Situation der derzeit etwa 1400 arbeitslos gemeldeten Schauspieler zu verbessern.

Deutsche Erfolge bei kanadischem Filmfestival

AFP, **Montreal**

Große Erfolge waren beim 10. Weltfilmfestival in Montreal der neue Streifen des Franzosen Jean-Jacques Beneix, „37,2 le matin" (37,2 Grad morgens) und „Laputa", der neue Film der Deutschen Helma Sanders-Brahms. Beneix erhielt den Großen Amerika-Preis, die Hauptauszeichnung des Festivals, sowie den nicht offiziellen Publikumspreis. Den Preis der Jury ging an Helma Sanders-Brahms, außerdem wurde ihre Hauptdarstellerin, die Polin Krysztyna Janda, mit dem Darstellerpreis ausgezeichnet.

Symposion: Militärwesen zur Zeit Friedrichs d. Gr.

dpa, **Ulm**

Zum Thema „Friedrich der Große und das Militärwesen seiner Zeit" findet derzeit in Ulm ein Symposion des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (Freiburg) statt. In den Vorträgen befassen sich die Historiker mit Themen wie „Der Einfluß der Technik auf die Kriegsführung zur Zeit Friedrichs d. Gr.", „Bauernfreiheit durch Wehrpflicht" und „Die Nachwirkung Friedrichs d. Gr. im preußischen und deutschen Heer".

Gut erhaltene Mumien in Nordchina gefunden

AFP, **Peking**

Chinesische Archäologen haben in der autonomen Provinz Xinjiang im Nordwesten der Volksrepublik China 50 Mumien entdeckt, die mindestens 3000 Jahre alt sind. Die gut erhaltenen Mumien wurden nahe der Stadt Hami in ein bis zwei Meter Tiefe unter der Erdoberfläche ausgegraben. Vor sieben Jahren waren an der gleichen Stelle bereits drei Mumien entdeckt worden. Die Mumien aus dem ersten Jahrtausend v. Ch. sind nach Ansicht der Archäologen wegen des heißen und trockenen Klimas in Xingjian besonders gut erhalten.

Wichtelmänner im Brüder-Grimm-Museum

dpa, **Kassel**

Das Kasseler Brüder-Grimm-Museum ist nach anderthalbjähriger Renovierung mit der Ausstellung „Sag's, wenn die Hexe kommt!" wieder geöffnet worden. Ausgestellt werden bis zum 19. Oktober Illustrationen zu Kinder- und Hausmärchen der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm aus 150 Jahren. Eine Sonderausstellung zeigt Kinderarbeiten, darunter Zeichnungen von japanischen Kindern zum Thema „Wichtelmänner".

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Sollte eine dreiwöchige Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei der Grund für die mysteriösen Vorkommnisse sein, die Robert Karga in der letzten Zeit erlebt? Immerhin hatte ihn diese Zeit schon seine Stelle als Mathematiklehrer gekostet. Aber die beiden Männer, die er in seiner Wohnung *überrascht, sind aus einem anderen* Grund bei ihm eingebrochen. Die Ereignisse brechen schließlich über den ehemaligen Lehrer zusammen, und unvermittelt sieht er sich in der Mitte eines internationalen Komplotts. Um dessen Fängen zu entkommen, muß Karga Kopf und Kragen riskieren … no

Peter Schmidt: „Der EMP-Effekt", rororo, 216 Seiten, 7,80 Mark

Bei Privatpiloten ist das Risiko größer

Nach der Katastrophe von Los Angeles: Gespräch mit dem Fliegerarzt Jochen Wurster

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Bereits am Steuer eines Autos, erst recht aber hinter dem Knüppel eines Flugzeugs führen plötzlich auftretende Erkrankungen zu folgenschwersten Zwischenfällen. Der Herzinfarkt des amerikanischen Privatpiloten, der das Luftunglück in Los Angeles verursacht hat – es forderte mindestens 90 Tote –, zeigt die Gefahr, die ständig im Flugzeug mitfliegt. Auch hierzulande gibt es viele ältere Privatpiloten, die ein erhöhtes Risiko für unerwartete und plötzliche Erkrankungen besitzen. Darauf wies jetzt Dr. Jochen Wurster, Fliegerarzt des Luftfahrtbundesamtes, in einem Gespräch mit der WELT hin.

Die genaue Zahl solcher Notfälle im Cockpit ist allerdings nicht bekannt, weder in der kommerziellen noch der privaten Luftfahrt. Die Zwischenfälle werden eigentlich nur dann bekannt, wenn eine Maschine abstürzt oder eine dramatische Notlandung erforderlich wird. Durch die starke physische und psychische Belastung des Piloten beim Fliegen macht sich eine angegriffene Gesundheit doppelt bemerkbar. Abgesehen vom schlimmsten Fall, einem Herzinfarkt oder Schlaganfall, treten häufig plötzliche Übelkeit, Schwindel oder ein Kreislaufkollaps auf. Schon eine nicht auskurierte Grippe kann schlimme Folgen haben.

In der Bundesrepublik sind die Piloten verpflichtet, sich alle zwei Jahre einer fliegerärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Nach Überschreiten des 60. Lebensjahres verkürzt sich die Frist auf ein Jahr. Bestimmte Risikofaktoren für Erkrankungen, etwa sehr hoher Blutdruck, führen zum Entzug der Flugerlaubnis. Viele Krankheiten kann der Arzt aber nicht vorhersehen. Ein Patient kann auch nicht allein deshalb fluguntauglich geschrieben werden, weil er bestimmte Risikofaktoren für Herz- und Kreislaufkrankheiten (etwa Übergewicht, hohe Cholesterinwerte im Blut, Rauchen, Bluthochdruck) besitzt.

Bei den großen Fluggesellschaften werden die Piloten mindestens einmal im Jahr, zum Teil alle sechs Monate medizinisch untersucht. Die Firmen unterhalten einen eigenen flugärztlichen Dienst, der das fliegende Personal betreut. Die Piloten werden meist mit 60 Jahren, oft auch schon früher aus dem Liniendienst abgezogen. Krankheitsfälle im Cockpit werden von den Gesellschaften allerdings nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben, so daß auch hier genaue Zahlen über die Häufigkeit solcher Vorkommnisse fehlen.

Im Gegensatz zur kommerziellen Luftfahrt, wo immer ein Co-Pilot mitfliegt, der die Maschine jederzeit übernehmen kann, ist das Risiko für Privatflieger erheblich höher. Inzwischen werden „Schnellkurse" für Angehörige von Privatpiloten angeboten, die häufig mitfliegen. Dabei lernen sie, das Flugzeug notzulanden.

In den Sicherheitsstandards gibt es nach Auskunft Wursters kaum Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und den USA. Sicherheits- und Tauglichkeitsrichtlinien sind von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO festgelegt und werden in allen Mitgliedsländern gleichermaßen befolgt. Die Ausbildung der Piloten ist in den USA eher noch gründlicher als hierzulande.

Das größte Problem ist die hohe Zahl an Flugbewegungen über stark besiedelten Gebieten. Auch in der Bundesrepublik ist der Luftraum bereits sehr eng: Kommerzielle, private und Militär-Maschinen in großer Zahl teilen sich die engen Korridore am Himmel. Hinzu kommen schwierige und wechselhafte Wetterbedingungen, die oftmals ein Fliegen nur nach Instrumenten möglich machen.

Dennoch: ein Vorfall wie in Los Angeles könnte hierzulande nicht passieren, weil das Umfeld aller Verkehrsflughäfen für normale Privatmaschinen gesperrt ist. Im Fall des Frankfurter Flughafens reicht diese Zone von Wiesbaden bis fast nach Würzburg. Privatmaschinen dürfen in diesen Luftsektor nur dann einfliegen, wenn der Pilot eine spezielle Ausbildung und Berechtigung besitzt.

Frachter funkte: „Macht euch keine Sorgen"

AP, Moskau

Auch gestern wurde die Suche nach Überlebenden des Schiffsunglücks im Schwarzen Meer fortgesetzt. Bei dem Unglück fanden vermutlich 400 Menschen den Tod. Bisher wurden 79 Leichen geborgen.

Die Besatzungen der „Admiral Nachimow" und des Frachters „Pjotr Wassjew" hatten vor dem Zusammenstoß Sicht- und Funkkontakt. Der Steuermann des Passagierschiffes, Smirnow, sagte in einem Interview, die Besatzung habe schon früh den Kurs des Frachters erkannt. Der Offizier vom Dienst habe daraufhin per Funk die „Pjotr Wassjew" angerufen. Nach einer kurzen Pause sei die Antwort gekommen: „Macht euch keine Sorgen. Wir werden einander nicht in die Quere kommen. Wir werden tun, was erforderlich ist." Die Warnung an den Frachter sei wenige Minuten später wiederholt worden. Die Besatzung der „Pjotr Wassjew" habe daraufhin versucht, die Maschinen rückwärts laufen zu lassen, um den Zusammenstoß in letzter Minute zu verhindern. „Es war zu spät", sagte der Steuermann.

In der „Komsomolskaja Prawda" hieß es, die meisten Passagiere seien von der Kollision überrascht worden: „Nur wenige von denen, die auf dem Deck tanzten, sahen den herankommenden Frachter."

Fünffacher Mord: Polizei sucht Diener

dpa, London

War der fünffache Mord in dem einsamen Landhaus des Verlegers Joseph Cleaver ein Racheakt des entlassenen Dieners? Die Polizei in der südwestenglischen Grafschaft Hampshire begann gestern eine Großfahndung nach dem 35jährigen George Stephenson, der bis Anfang August bei Cleaver gearbeitet hatte. Als er entlassen wurde, mußte er sein kleines Häuschen auf dem einsam gelegenen Anwesen im Naturpark des New Forest verlassen. Gestern wurde im nahegelegenen Badeort Bournemouth auch ein etwa 25jähriger Mann festgenommen, in dessen Wohnung die Polizei ein aus der Cleaver-Villa stammendes Videogerät fand.

Offenbar waren die Täter am Montag abend in das 10-Zimmer-Haus eingedrungen und hatten die Familie beim Abendessen überrascht. Sie überwältigten den 80jährigen Cleaver, seine an einen Rollstuhl gefesselte Frau, den Sohn und die Tochter sowie eine Krankenschwester, die sich um die gelähmte Frau Cleaver kümmerte.

Dann schleppten sie die Opfer in verschiedene Schlafzimmer des Obergeschosses und erdrosselten sie. Die Täter nahmen verschiedene Wertgegenstände aus der Villa mit. Dann legten sie Feuer, das die Spuren verwischen sollte.

Bergführer fing Abstürzenden mit einer Hand

SAD, Paris

Eine in der internationalen Bergsteigergeschichte einmalige Rettung ist einem italienischen Bergführer im Montblanc-Gebiet gelungen. Mitten in einer Steilwand hängend, fing Hans Marguettaz einen Mann auf, der zehn Meter über ihm abgestürzt war.

Roland Matares (29) hatte zusammen mit seiner Ehefrau versucht, eine 250 Meter hohe Steilwand zu erklettern. Er verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte mit einem Schrei in die Tiefe. Zehn Meter unter dem Ehepaar befand sich der italienische Bergführer. Er hörte den Schrei und sah, wie der Franzose auf ihn zustürzte. Der Italiener reagierte blitzschnell: Mit der linken Hand klammerte er sich an einen Felsvorsprung und streckte den rechten Arm aus. Am Rückenteil des Anoraks bekam er den Verunglückten zu fassen. Mit beinahe übermenschlicher Anstrengung stoppte der Italiener den Sturz und hielt den Franzosen fest.

Vorsichtig zog er den Ohnmächtigen dann auf seinen Rücken und kletterte mit ihm ein paar Meter weiter auf eine kleine Felsplatte. Hier wartete er, bis die von Augenzeugen alarmierte Rettungsmannschaft im Hubschrauber der französischen Gendarmerie eintraf. Der verletzte Franzose wurde ins Krankenhaus gebracht.



In Amerika gilt der eigene Salonwagen als Dernier cri. FOTO: TIME MAGAZINE

Ein Steckenpferd für Millionäre

Wer meint, das Sammeln und Fahren alter Autos sei ein teures Hobby, muß sich eines Besseren belehren lassen. Amerikanische Millionäre haben ein neues exklusives Steckenpferd: den privaten Eisenbahnwaggon. Im eigenen Salonwagen wie einst John Jacob Astor oder John Pierrepoint Morgan reisen sie jetzt zum reinen Vergnügen durch das Land, bewirten darin Geschäftsfreunde oder halten Konferenzen ab. Der „Klub der Privatwaggon-Besitzer" hat bereits 157 volle und 240 assoziierte Mitglieder. Sie geben ihre eigene Zeitung heraus – Auflage: 3000.

Billig ist das Vergnügen nicht zu nennen. Bill Gardner (38), Chef einer Firma für Elektrogeräte, zahlte 1984 rund 45 000 Dollar für einen ausrangierten Waggon – und legte noch mal 450 000 (vierhundertfünfzigtausend) Dollar dazu, um ihn mit Telefon, Waschmaschine, Trockner, zwei mit Teakholz getäfelten Badezimmern, einem Wohn- und einem Schlafraum auszustatten.

Der Unternehmer Roy Thorpe fuhr 1973 als Fünfzigjähriger erstmals mit einer Dampflokomotive. Flugs kaufte er sich den bereits perfekt restaurierten Pullman-Waggon „Clover Colony". Ein Jahr später kaufte er den Waggon „Hampton Roads" dazu, mit zwei Salons, Küche, Personal-Einliegerwohnung und einer Aussichtsplattform. Heute gehören ihm insgesamt sieben Waggons, inklusive Speisewagen.

Auch ein Waggon aus dem ehemaligen Fuhrpark der Millionärsfamilie Morgan rollt wieder. Es ist der „Erie 400". Er gehört heute einem Anwalt aus West Virginia. Larry Haines, ein 71jähriger Amerikaner, hat in 14 Jahren für seinen Waggon „Clover Colony" 40 000 Dollar ausgegeben. Clark Johnson, ein Arzt aus Denver, kaufte vor drei Jahren für 10 000 Dollar den Waggon „Caritas" – und richtete ihn im perfekten Art-Déco-Stil für 280 000 Dollar ein.

Ein Anruf bei der amerikanischen Eisenbahnzentrale Amtrac genügt, und 24 Stunden später kann jeder seinen Privatwaggon an jeden beliebigen Personenzug anhängen lassen. „Das kann einen ruinieren, mehr noch als die Kosten einer Restaurierung", sagt ein Salonwagen-Besitzer. Für die Beförderung seines Waggons von Wisconsin nach Kalifornien und zurück kassierte Amtrac von ihm 14 500 Dollar. Für jene Erwachsenen, die lieber mit einer elektrischen Eisenbahn spielen, haben Besitzer von Salonwagen nur ein mitleidiges Lächeln übrig.

PETER SYLVER (SAD)

Neuseeland und die „Identitätskrise"

Aus einem vertraulichen Bericht der deutschen Mission in Neuseeland an das Auswärtige Amt in Bonn. (Pol 320.10, Ber.-Nr. 399/86).

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des „Fishing Industry Board" enthüllte eine explosive Restrukturierung der neuseeländischen Eßgewohnheiten. Industrie, Medien und Öffentlichkeit zeigen sich besorgt. Es geht um nichts weniger als die signifikante Abnahme des Konsums der hierzulande traditionellen Schnellspeise „fish and chips" zugunsten chinesischer und amerikanischer Fast-food-Angebote.

Die Mitte dieses Monats publizierte repräsentative Umfrage zeigte – bei drei Prozent Toleranz –, daß „fish and chips" landesweit nur von 50 Prozent der Take-away-Kunden gekauft wird, während 13 Prozent sich für chinesische, 21 Prozent für amerikanische Fast-food entschieden.

In kulturpolitischer Hinsicht wird von engagierten Beobachtern befürchtet, daß nunmehr ein wichtiges Element des angelsächsischen Beitrages zur – noch immer zu definierenden – neuseeländischen Identität in Frage gestellt sein könnte. Man weist darauf hin, daß Solanum tuberosa, die Kartoffel, von den britischen Einwanderern in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach Neuseeland gebracht wurde, wo sie bald die weniger haltbare einheimische Süßkartoffel (Kumara) zurückdrängte. Hinzu kam die Presse, die, bereits seit 1622 in England etabliert, bald der Kartoffel nach Neuseeland folgte. Schließlich bedurfte es nur noch der Fische, die allerdings, wie selbst entschieden traditionalistische Kommentatoren einräumen, schon seit prä-britischen Zeiten vorhanden waren, um auch die britische Nationalspeise „fish and chips" in der jungen Kolonie heimisch zu machen.

Noch heute gilt „fushunships" bzw. „shark'n'tattie", wie es die Bewohner der Südinsel nennen, als wichtiger Bestandteil der hiesigen, im allgemeinen für europäische Zungen eher einfachen Küche. Des tieferen Zusammenhangs zwischen Kopf und Magen ist man sich durchaus bewußt. Daher erheben einheimische Kulturkritiker, wohl zu Recht, Bedenken, daß die sich abzeichnende Überfremdung des kulinarischen Erbes auch Auswirkungen auf die mentale Perzeption des neuseeländischen Selbstverständnisses haben könnte.

Schließlich sind die außenpolitischen Konsequenzen der Fast-food-Umfrage nicht zu übersehen. Die zunehmende Nachfrage der neuseeländischen Bevölkerung nach US-amerikanischen und chinesischen Produkten könnte sich längerfristig negativ auf die zumindest unterschwellige antiamerikanische Politik der Regierung Lange auswirken und ein – von Lange wahrscheinlich nicht gewolltes – noch engeres Zusammengehen mit China präjudizieren. Selbst die trotz des Endes der Rainbow-Warrior-Affäre noch immer gespannten Beziehungen zu Frankreich könnten einen unerwarteten Akzent bekommen. Denn die Neuseeländer verlangen zunehmend „fish and – horribile dictu! – french fries".

Weitere Berichterstattung bleibt vorbehalten, insbesondere für den Fall, daß bei zukünftigen Verkehrskontrollen von Botschaftsangehörigen das Nicht-Mitführen von „fish and chips" von den neuseeländischen Behörden als unfreundlicher Akt und unvereinbar mit der Wiener Konvention beurteilt werden sollte.

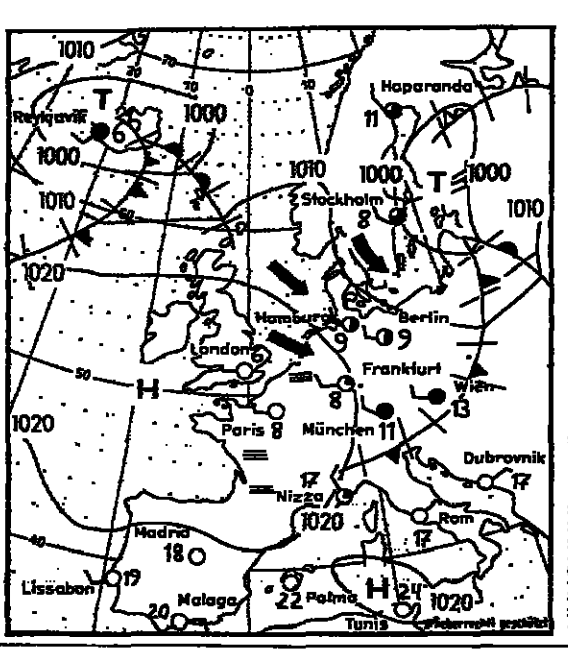
WETTER: Hochdruckeinfluß

Lage: Auf der Rückseite eines nach Polen gezogenen Tiefs fließt kühle Meeresluft nach Deutschland, die von Westen her rasch unter Hochdruckeinfluß gelangt.

Vorhersage für Donnerstag: In Südostbayern anfangs stark bewölkt und schauerartiger Regen, später dort wie im übrigen Deutschland wechselnd wolkig und mit Ausnahme des norddeutschen Flachlands kaum Schauer. Höchsttemperaturen 15 bis 18, nachts bis 10 Grad. Im Norden frischer, im Süden schwacher Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten: Heiter und trocken. Höchsttemperaturen zwischen 20 Grad im Norden und 25 Grad im Süden.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.40 Uhr*, Untergang: 20.00 Uhr; **Mondaufgang:** 7.45 Uhr, Untergang: 20.36 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	17	bw
Bielefeld	13	R
Braunlage	11	R
Bremen	14	R
Dortmund	13	R
Dresden	19	bw
Düsseldorf	12	R
Erfurt	17	bw
Essen	10	R
Feldberg/S.	11	he
Flensburg	10	R
Frankfurt/M.	19	bd
Freiburg	21	bw
Garmisch	21	he
Greifswald	12	R
Hamburg	12	R
Hannover	14	R
Kahler Asten	9	R
Kassel	15	R
Kempten	19	wl
Kiel	11	R
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	14	R
Konstanz	21	he
Leipzig	17	R
List/Sylt	10	R
Lübeck	12	R
Mannheim	20	bd
München	21	bw
Münster	13	R
Norderney	14	R
Nürnberg	21	bw
Oberstdorf	21	he
Passau	21	he
Saarbrücken	17	bd
Stuttgart	22	bw
Trier	15	R
Zugspitze	5	he

Ausland:		
Algier	30	he
Amsterdam	15	bw
Athen	30	he
Barcelona	26	he
Belgrad	24	he
Bordeaux	20	he
Bozen	24	he
Brüssel	13	bw
Budapest	23	he
Bukarest	26	he
Casablanca	27	wl
Dublin	14	bw
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	12	he
Faro	28	he
Florenz	27	wl
Genf	22	he
Helsinki	11	Rs
Hongkong	31	he
Innsbruck	20	he
Istanbul	25	bw
Kairo	32	wl
Klagenfurt	20	he
Konstanza	26	he
Kopenhagen	14	bw
Korfu	29	he
Las Palmas	24	he
Leningrad	14	bd
Lissabon	27	he
Locarno	20	bw
London	13	bw
Los Angeles	18	bd
Luxemburg	13	R
Madrid	28	he
Mailand	23	wl
Malaga	27	he
Mallorca	27	he
Moskau	12	bd
Neapel	29	wl
New York	19	bd
Nizza	23	he
Oslo	16	he
Ostende	14	bw
Palermo	27	he
Paris	16	bw
Peking	27	bw
Prag	19	he
Rhodos	27	he
Rom	27	he
Salzburg	21	he
Singapur	25	R
Split	26	he
Stockholm	15	bw
Straßburg	22	bw
Tel Aviv	30	he
Tokio	29	he
Tunis	28	he
Valencia	26	he
Varna	28	he
Venedig	23	he
Warschau	15	bw
Wien	22	he
Zürich	21	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Frankreich: Fremde Schlager mit Untertiteln

SAD, Paris

Im französischen Fernsehen sollen ausländische Schlager nur noch mit Untertiteln in französischer Sprache gesendet werden. Entsprechende Maßnahmen bereitet der französische Staatssekretär für die Kommunikation, Philippe de Villiers, vor. Die beiden staatlichen Programme, Antenne 2 und FR 3, sollen verpflichtet werden, mindestens 50 Prozent französischer „musikalischer Erzeugnisse" ins Programm zu nehmen. Das Ministerium hoffe, dem Publikum dadurch die „Nichtigkeit und die geistige Leere" der englischen und amerikanischen Schlager vor Augen zu führen. Die Anordnung soll Anfang 1987 in Kraft treten. Ausgenommen davon sind die privaten Fernsehanstalten La Cinq, TV 6 und das zur Zeit noch staatliche Programm TF 1, das bis Ende des Jahres in Privatbesitz überführt werden soll.

Anklage erhoben

dpa, Bielefeld

Ersatz- und Zubehörteile im Gesamtwert von nahezu zehn Millionen Mark sollen zwei Handlungsbevollmächtigte innerhalb von zwei Jahren bei der Paderborner Nixdorf Computer AG veruntreut haben. Das Material sei mit Hilfe von zwei Hehlern über Scheinfirmen in Verl (Kreis Gütersloh) und Heilbronn an Interessenten im In- und Ausland verkauft worden. Nach mehr als zehnmonatigen Ermittlungen hat die Bielefelder Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität jetzt gegen die vier Männer Anklage erhoben.

Tote bei Wohnhausbrand

AP, Paris

Bei einem Brand in einem fünfstöckigen Wohnhaus in einem Pariser Arbeiterviertel sind in der Nacht zum Mittwoch sieben Menschen ums Leben gekommen und 17 weitere zum Teil schwer verletzt worden. Im Haus wohnten überwiegend Gastarbeiter und Einwanderer. Sechs der Opfer erstickten. Eine siebte Person starb nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Hausbewohner, die vor den Flammen aus dem Fenster sprangen, verletzten sich zum Teil schwer.

Vergiftete stach zu

dpa, Paris

Ein 30jähriger Mann, der in Bagnolet bei Paris seine Frau vergiftet hat, ist von der Sterbenden mit dem Messer schwer verletzt worden. Nach Angaben der Polizei flößte der von der französischen Karibikinsel Martinique stammende Franz Jean seiner sieben Jahre älteren Frau Yvette nach einem Streit mit Gewalt ein vergiftetes Getränk ein. Die Frau wehrte sich und konnte ein Messer ergreifen, mit dem sie ihren Mann schwer an Rücken und Gesicht verletzte. Nachbarn fanden die beiden bewußtlos am Boden liegen. Die Frau starb im Krankenhaus.

Hilferuf auf dem Klavier

AP, Frankfurt

Durch kräftiges Einhämmern auf ein Klavier hat ein 44jähriger Frankfurter versucht, Hilfe zu rufen, die ihn aus einem abgeschlossenen stockdunklen Weinkeller befreien sollte. Dort war er nach durchzechter Nacht aufgewacht. Bei seiner Suche nach einem Lichtschalter fand er lediglich das Klavier. Da niemand seine künstlerische Darbietung beachtete, machte er sich erneut auf die Suche, fand dabei das Telefon und wählte den Polizeinotruf.

Jäger contra Wanderer

AP, Düsseldorf

Eine Einschränkung des allgemeinen Rechts, den Wald zu betreten, hat der Landesjagdverband Nordrhein-Westfalen gefordert. Wie sein Vorsitzender, Constantin Freiherr Heereman, sagte, werde das Wild durch Jogger, Pilzsucher und Wanderer gezwungen, tagsüber und bei Dämmerung in der Deckung zu verweilen. Dies führe zu erheblichen Schäden in den Rückzugsgebieten der Tiere. Große Probleme bereite den Jägern auch der „Zusammenbruch des Marktes für Wildfleisch" nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl. Der Preis für Wildfleisch sei infolge der geringeren Nachfrage von zwölf auf fünf Mark gefallen.

ZU GUTER LETZT

„Alle als ‚schadstoffarm' eingestuften Autos brauchen nicht mehr jährlich, sondern nur noch einmal im Jahr zu der Sonderuntersuchung." Es stand in der WELT.